

Die beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie vom Mittelalter bis zur Gegenwart

*Dissertation der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Volkswirtschaft*

Vorgelegt von

Georg R. Wyler

von Wäldi (Thurgau)

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Max Silberschmidt

Genossenschafts-Druckerei Arbon

1953

Die beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie vom Mittelalter bis zur Gegenwart

*Dissertation der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Volkswirtschaft*

Vorgelegt von

Georg R. Wyler
von Wäldi (Thurgau)

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Max Silberschmidt

Genossenschafts-Druckerei Arbon

1953

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät
gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender
Dissertation, ohne damit zu den darin ausgespro-
chenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 16. Februar 1952

Der Dekan: Prof. Dr. G. Weiß



Vater, ich danke Dir!



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507226_0114

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
-------------------	---

Einleitung

I. Themastellung	9
II. Die Formen der beruflichen Verbände	10
1. Gliederung nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft	11
2. Gliederung nach der Zielsetzung und Tätigkeit	12
3. Gliederung nach der rechtlich Form der Organisation	13
III. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der beruflichen Verbände	14
IV. Die geschichtliche Entwicklung der beruflichen Verbände	15
V. Die Epochen der Entwicklung der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie	15

Erstes Kapitel: Die Epoche des Zunftwesens vom Mittelalter bis 1798

I. Die Industrie im Zeichen der handwerklichen Kleinbetriebe	17
II. Das Vorherrschen der ständischen Gesellschaftsordnung	19
III. Das Werden und die Blüte der zunftmässigen Organisationen	20
1. Die beruflichen Verbände in Diessenhofen	22
2. Die beruflichen Verbände in Frauenfeld	26
3. Die beruflichen Verbände in Arbon	27
4. Die beruflichen Verbände in Bischofszell	28
5. Die beruflichen Verbände in den übrigen Orten	30

Zweites Kapitel: Die Epoche der Politik des «Laissez faire» von 1798 bis 1874

I. Das Aufkommen der ersten mechanischen Grossbetriebe	32
II. Die Erschütterung der ständischen Gesellschaftsordnung durch den Individualismus	35
III. Der Zerfall der zunftmässigen Organisationen und die Anfänge der modernen beruflichen Verbände	37
1. Die getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	39
A. Die Arbeitgeberorganisationen	39

B. Die Arbeitnehmerorganisationen	42
a. Die Arbeitnehmerorganisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung	43
b. Die wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen	43
c. Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen	45
d. Die politischen Arbeitnehmerorganisationen	46
C. Die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten	46
2. Die gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	47
A. Die zunftmässigen Organisationen	47
B. Die gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen	52
a. Die Betriebskrankenkassen	52
b. Die Gesellen- und Berufskrankenkassen	54

Drittes Kapitel: Die Epoche des modernen Interventionismus von 1874 bis zur Gegenwart

I. Die wachsende Bedeutung der fabrikmässigen Produktion	60
II. Die Verschärfung der Klassegegensätze und die Bemühungen um eine neue dauerhafte Gesellschaftsordnung	66
III. Das Hervortreten der umfassenden Dachverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Ausgestaltung der übrigen Formen der beruflichen Verbände	68
1. Die getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	70
A. Die Arbeitgeberorganisationen	70
a. Der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein und der ihm angeschlossene Thurgauische Handels- und Industrie-Verein	73
b. Der Schweizerische Gewerbeverband und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau	78
I) Der Thurgauische Gewerbeverband	80
II) Die lokalen und regionalen Gewerbevereine	86
III) Die gewerblichen Fachverbände	89
c. Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau	92
I) Der Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung	94
II) Die selbständigen lokalen Industrievereine	96
d. Die Meisterschaft Frauenfeld	97
e. Die übrigen Arbeitgeberorganisationen	99
B. Die Arbeitnehmerorganisationen	101
a. Die Arbeitnehmerorganisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung	102

I) Der Schweizerische Arbeiterbund	103
II) Die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale, der Thurgauische Arbeitersekretariatsverband und die lokalen Arbeiterunionen	105
1) Der Thurgauische Arbeitersekretariatsverband	107
2) Die lokalen Arbeiterunionen	114
III) Die umfassenden Spitzenorganisationen der christlichsozialen Richtung	118
1) Der Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau	120
2) Die lokalen christlichsozialen Kartelle	125
b. Die wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen	126
I) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau	131
II) Die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und die angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau	143
III) Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau	153
IV) Der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter	159
V) Der Landesverband freier Schweizer Arbeiter	162
VI) Der Zentralverband gewerblicher Arbeitnehmerorganisationen	163
VII) Die übrigen wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen	164
c. Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen	165
I) Die Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Arbeiter-Sport- und Kulturverbände	167
II) Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung	173
d. Die politischen Arbeitnehmerorganisationen	175
I) Die sozialistischen Parteiorganisationen	176
II) Die politischen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung	178
C. Die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten	179
2. Die gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	182
A. Der Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund	183
B. Die Gesamtarbeitsvertragsgemeinschaften	185
C. Die gemeinsamen Fachverbände	187
a. Die gemeinsamen Fachverbände der technischen Berufe	187
b. Der Zentralverband der Stickereiindustrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs	190
D. Die betrieblichen Arbeiterkommissionen	191
E. Die gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen	194
F. Die übrigen gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	197

Schlussbetrachtung

I. Das Charakteristische der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie . . .	198
II. Das Verhältnis der beruflichen Verbände zum Staat	200
III. Die sozial-ethische Bedeutung der beruflichen Verbände	202

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Archive	205
II. Allgemeine Literatur zum Verbandswesen	205
III. Spezielle Literatur zur Geschichte der beruflichen Verbände im Thurgau und in den angrenzenden Gebieten	207
IV. Periodica und Protokolle	210
V. Statistische Quellenwerke	211

Vorwort

Schon seit mehr als zwei Jahrhunderten bilden die beruflichen Verbände Gegenstand besonderer Abhandlungen. Es sei hier nur stichwortmässig an das von Johann Gottlieb Heineccius verfasste Werk «De collegiis et corporibus opificum» (posthum herausgegeben in Genf 1746) erinnert, das als eines der ersten wissenschaftlichen Werke über das berufliche Verbandswesen zu betrachten ist. Seither ist der Strom von Schriften, welche sich mit den beruflichen Verbänden befassen, nicht mehr zum Stillstand gekommen, sondern er hat — namentlich seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts — ein rasch wachsendes Ausmass erhalten.

Es kann jedoch nicht behauptet werden, dass die Erforschung der beruflichen Verbände heute in jeder Beziehung einen befriedigenden Stand aufweist. Es bestehen leider noch recht viele Lücken. Namentlich das Verbandswesen in den ländlichen Gegenden ist oft nur ganz fragmentarisch untersucht worden. Dieser Mangel ist um so bedenklicher, da dadurch auch die Erkenntnis des Gesamtproblems des beruflichen Verbandswesens in Frage gestellt wird. Es erscheint daher unumgänglich, die vorhandene Literatur durch eine Reihe von Spezialstudien über die beruflichen Verbände in ländlichen Gegenden zu ergänzen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den umfassenden Darstellungen des Verbandswesens ein solides Fundament zu geben.

Was die Schweiz betrifft, so erscheint es gerechtfertigt, mit einer Darstellung der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie einen Anfang zu machen, denn hier handelt es sich zweifellos um ein Gebiet, das grundlegend vom Typus des reinen Industriegebietes oder der grossen Stadt abweicht. Die Siedelungsweise im Kanton Thurgau (der im Jahre 1803 in seiner heutigen Ausdehnung geschaffen worden ist) ist auch heute noch ausgesprochen dörflich. Es fehlt ein grosstädtisches Zentrum. Selbst der Hauptort Frauenfeld, der hinsichtlich der Einwohnerzahl an der Spitze aller Gemeinden steht, zählte anlässlich der Eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1950 lediglich 11 026 Einwohner. Gleichwohl ist das Gebiet des Thurgaus schon seit Jahrhunderten verhältnismässig dicht besiedelt, und auf Grund der jüngsten Volkszählung ist die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des insgesamt 1 006 qkm umfassenden Kantons sogar auf knapp 150 Einwohner pro qkm angestiegen. Wie in früheren Jahren so liegt auch noch heute die Bevölkerungsdichte des Thurgaus erheblich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Diese Besonderheit der Bevölkerungsstruktur des Thurgaus äussert sich nicht zuletzt auch in der Gestaltung des Verbandswesens.

Die Dezentralisation des Verbandswesens hat sich nicht zuletzt auch in der Zersplitterung des Quellenmaterials geltend gemacht. Ich möchte es aber nicht unterlassen, an dieser Stelle dankbar hervorzuheben, dass mir das Thur-

gausische Staatsarchiv und die Thurgauische Kantonsbibliothek in Frauenfeld sowie die Zentralbibliothek und das Sozialarchiv in Zürich bei der Beschaffung des erforderlichen Quellenmaterials besonders gute Dienste leisteten.

Einen nicht unbedeutenden Teil der Angaben habe ich ungedruckten Quellen entnommen. So benützte ich u. a. die entsprechenden Akten verschiedener Archive, und bei der Darstellung der jüngsten Entwicklung konnte ich mich vielfach auch auf ungedruckte Akten der einzelnen Organisationen und auf persönliche Mitteilungen stützen. Ausserdem enthält die Abhandlung einen Teil der Ergebnisse einer Enquête, welche ich bei den thurgauischen Fabrikunternehmungen mit über 50 Arbeitern durchführte.

Natürlich habe ich bei der Bearbeitung meines Themas auch die einschlägige Literatur herangezogen. Von den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Abhandlungen über die thurgauischen Verhältnisse möchte ich vor allem die Schriften von Johann Adam Pupikofer, Johann Jakob Häberlin-Schaltegger, Dr. Ernst Herdi und Dr. Egon Isler erwähnen, ferner die ortsgeschichtlichen Studien von Dr. Ernst Leisi, Arnold Oberholzer und Dr. Willi Rüedi. Als gedruckte Quellen für die neuere Verbandsgeschichte kamen dagegen vor allem die Festschriften und Jahresberichte der hier behandelten Organisationen in Frage, insbesondere die Publikationen des Thurgauischen Handels- und Industrie-Vereins, des Thurgauischen Gewerbeverbandes, des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes und des Verbandes christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau. Recht aufschlussreich erwiesen sich auch die Festschriften einiger regionaler, lokaler und betrieblicher Organisationen sowie die Veröffentlichungen der im Kanton Thurgau vertretenen ost- und gesamtschweizerischen Organisationen.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, allen denen herzlich zu danken, die mir in wohlwollender Weise bei der Beschaffung der Angaben behilflich waren und durch Anregungen die Arbeit förderten. Ganz besonders möchte ich meinem verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Max Silberschmidt für die aufbauende Kritik danken, die er mir bei der Ausarbeitung dieser Abhandlung zukommen liess.

Der Verfasser.

Einleitung

1. Themastellung

Eine geschichtliche Abhandlung, die den beruflichen Verbänden in der thurgauischen Industrie gewidmet ist, bedarf wohl keiner langen Erklärung und Begründung, denn die grossen Wandlungen des Verbandswesens im Verlaufe der letzten Jahrhunderte sind zu offensichtlich und treten beinahe greifbar deutlich in Erscheinung. Diese bewegte Entwicklung des Verbandswesens soll hier am Beispiel des Thurgaus eingehend dargestellt werden, wobei es insbesondere darum geht, die Vielfalt der Formen der beruflichen Verbände in der Industrie (d. h. im Wirtschaftssektor, welcher der Weiterverarbeitung von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten dient) als Ausdruck der verschiedenen Epochen der thurgauischen Entwicklung herauszukristallisieren.

Der zentrale Begriff unserer Abhandlung ist zweifellos der **Begriff des beruflichen Verbandes**. Es mag auf den ersten Blick etwas befremdlich erscheinen, dass in diesem Zusammenhang diese im Deutschen ungewohnte Bezeichnung gewählt worden ist. Die Verwendung des Ausdrucks «beruflicher Verband» ist jedoch von grundsätzlicher Bedeutung und ist daher nicht bloss zufällig. Nur auf diese Weise wurde es uns möglich, die organisatorischen Erscheinungen, um die es hier geht, eindeutig zu kennzeichnen.

Von einem beruflichen Verband sprechen wir überall dort, wo **Vertreter bestimmter Berufe oder Wirtschaftsgruppen zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen eine körperschaftliche Organisation bilden**, deren rechtliche Grundlage in der Regel durch das **Vereins- oder Genossenschaftsrecht** gegeben ist. Diese Definition ist für die nachfolgenden Ausführungen wegleitend. Wir stützen uns also vor allem auf drei Begriffselemente: 1. die Zusammensetzung der Mitgliedschaft; 2. die Zielsetzung und Tätigkeit; und 3. die rechtliche Form der Organisation.

Es kann in vorliegender Abhandlung nicht darum gehen, die Probleme des Verbandswesens in erster Linie unter juristischen Gesichtspunkten zu betrachten. Die rechtliche Form der Organisationen ist in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Andererseits liegt es uns aber fern, dieses Kriterium vollständig ausser Acht zu lassen, denn wir sind uns bewusst, dass das Vorhandensein einer Gruppe von Berufs- oder Erwerbstätigen noch nicht genügt, um diese Gruppe als beruflichen Verband kennzeichnen zu können. Mit Werner Sombart möchten wir betonen: «Eine statistische Gruppe von Berufstätigen ist noch kein Verband.»¹ Es bedarf der sinnvollen Verbundenheit, damit aus einer Gruppe ein Verband wird. Dem von Sombart vertretenen Standpunkt ist prinzipiell zuzustimmen, dass «die als Einheit gedachten oder erscheinenden

¹ Vgl. Sombart, Beruf: Handwörterbuch der Soziologie, S. 26.

Mehrheiten von Menschen, denen das Merkmal der geistigen Verbundenheit fehlt», als «unechte Verbände» zu klassieren sind.² Es wäre aber falsch, das Unterscheidungskriterium des «Sinnzusammenhangs» (Sombart) kurzerhand gegen dasjenige der rechtlichen Form ausspielen zu wollen. Auch die rechtlichen Verhältnisse repräsentieren in gewisser Hinsicht geistige Zusammenhänge, und die Statuten und Reglemente einer Organisation sind vielfach der prägnanteste Ausdruck der inneren Einheit der Mitglieder. Im übrigen ist natürlich auch die praktische Betätigung der Organisationen zu beachten. Alle Organisation ist — wie Othmar Spann sagt — «Handeln bewirkendes Handeln».³ Diese auf das Handeln hinweisende Komponente des Verbandsbegriffes darf nicht mit den Satzungen einer Organisation identifiziert werden, obwohl in der Regel zwischen diesen beiden Begriffselementen eine weitgehende Korrelation besteht.

Der vorstehend umschriebene Begriff des beruflichen Verbandes deckt sich in hohem Masse mit dem Begriff der «occupational association», wie er von den amerikanischen Soziologen R. M. MacIver und Charles H. Page vertreten wird. Diese Autoren verstehen unter «occupational associations» solche Organisationen «that are based on the performance of a specific function» und «that exist to promote the interests of an inclusive group bound together by similarity of function or status».⁴

Im Unterschied zu dem von Ernst Rudolf Huber vertretenen Begriff des «wirtschaftsrechtlichen Verbandes» lassen wir die Organisationen mit öffentlich-rechtlichem Charakter im allgemeinen ganz auf der Seite, gehen aber andererseits bei der Behandlung der Verbände des privaten Rechts weiter.⁵ Eine ähnliche Diskrepanz besteht im Verhältnis zu den von andern Autoren vertretenen Begriffen des «wirtschaftlichen Verbandes», der «Berufsorganisation» etc.

II. Die Formen der beruflichen Verbände

Die Verbände sind — wie Otto Gierke sagt — «gesellschaftliches Sein höherer Ordnung», in welche unser Ich eingegliedert ist.⁶ Wie aber können wir die unabsehbare Fülle von Verbänden gliedern, ohne dass wir der Gefahr einer blossen Aufzählung erliegen? Um zu einer systematischen und dem Sinn dieser Abhandlung entsprechenden Gliederung der Verbandsformen zu gelangen, haben wir uns an die hauptsächlichen Verbandsmerkmale zu halten, welche wir bereits bei der Begriffbestimmung hervorgehoben haben: die Zusammensetzung der Mitgliedschaft, die Zielsetzung und Tätigkeit und die rechtliche Form der Organisation.

² Vgl. Sombart, Grundformen des menschlichen Zusammenlebens: Handwörterbuch der Soziologie, S. 223.

³ Vgl. Spann, Organisation: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 6. Bd., S. 766.

⁴ Vgl. Society, S. 476.

⁵ Vgl. Huber, Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 2/3 und 7.

⁶ Vgl. Gierke, Das Wesen der menschlichen Verbände, S. 22.

1. Gliederung nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft

Bereits die Gliederung nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft schliesst in sich eine grosse Zahl von Verbandsformen, welche uns im Verlaufe der geschichtlichen Darstellung in eindrucklicher Weise entgegentreten. Da sich aber die Gliederungsformen praktisch sehr verschiedenartig vermischen, kommen wir bei diesem Einteilungskriterium nicht darum herum, noch eine Reihe Untergruppen zu bilden. Wir gliedern diese in systematischer Weise in vier Stufen: 1) die betriebliche Stellung der Mitglieder (Arbeitgeber, Arbeitnehmer bzw. Angestellte und Arbeiter), 2) die Berufs- oder Erwerbstätigkeit der Mitglieder, 3) die Betriebszugehörigkeit und die siedelungsmässige Streuung der Mitglieder, und 4) die übrigen demographischen Merkmale der Mitglieder (Geschlecht, Alter, Zivilstand etc.). Entsprechend diesen Untergruppierungen bedienen wir uns einer Reihe von Fachausdrücken, von denen die wichtigsten nachstehend noch kurz erläutert seien.

Unter allen Formelementen der Gliederung nach der Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist bei den beruflichen Verbänden die Gliederung nach der betrieblichen Stellung der Mitglieder am wichtigsten, weshalb es auch am Platze ist, die hier vorkommenden Fachausdrücke voranzunehmen. Von **Arbeitgeberorganisationen** sprechen wir, wenn sich der Verband aus Arbeitgebern (Unternehmer, Betriebsleiter, Betriebsinhaber etc.) zusammensetzt. Im engeren Sinn versteht man unter Arbeitgeberorganisationen nur die Organisationen, welche von Arbeitgebern zum Zwecke der Wahrung der Interessen gegenüber den (organisierten) Arbeitnehmern geschaffen worden sind. Wir gebrauchen den Ausdruck im Rahmen dieser Darstellung jedoch im weiteren Sinn, d. h. auch im Sinne von Organisationen anderer Zielsetzung. Faktisch gehören also auch die Selbstständigerwerbenden in die Kategorie der Arbeitgeberorganisationen. — Andererseits ist auch der Begriff der **Arbeitnehmerorganisation** im weiteren Sinn zu verstehen. Auf die Unterscheidung in besondere Arbeiter- und Angestelltenorganisationen legen wir kein Gewicht, obwohl ideologisch typische Unterschiede bestehen (was sich nicht zuletzt auch in der vielfach anzutreffenden organisatorischen Trennung der Arbeiter- und Angestelltenbewegung äussert). — Neben den beiden Grundformen der getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind schliesslich auch noch die **gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer** zu nennen. Sofern in den Organen dieser Verbände die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ungefähr gleich stark vertreten sind, werden diese gemeinsamen Organisationen gewöhnlich als «paritätische Verbände» bezeichnet (z. B. durch L. auf der Maur); diese Bezeichnung ist jedoch wenig geeignet, da sie leicht zu Missverständnissen Anlass gibt. — Besitzen ausser den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch noch staatlich gewählte Drittpersonen Mitsprache- oder Mitbestimmungsrecht in den Organisationen, so spricht man von «tripartistischer Zusammenarbeit» (*collaboration tripartite, organisme tripartite*).⁷ Diese Organisationsform hat in geradezu klassischer Form in der Internationalen Arbeitsorganisation Eingang gefunden. Da aber die tri-

⁷ Vgl. *Méthodes de collaboration*, S. X und 121.

partistischen Organisationen in der Regel öffentlich-rechtlichen Charakter haben und in der thurgauischen Industrie selbst nur geringe Bedeutung besitzen, können wir uns diesbezüglich sehr kurz halten.

Hinsichtlich der Gliederung nach der Berufs- oder Erwerbstätigkeit der Mitglieder bilden die sogenannten Fach- und die Branchen- oder Industrieverbände die beiden wichtigsten Verbandstypen. Die **Fachverbände** umfassen gewöhnlich nur Angehörige einer einzigen Berufsart oder einiger einander nahe stehender Berufe; die **Branchen- oder Industrieverbände** umfassen dagegen Angehörige einer grossen Zahl von Berufen oder Erwerbszweigen.

Sehr vielfältig sind die Verbandstypen in bezug auf die Betriebszugehörigkeit und die siedelungsmässige Streuung der Mitglieder. Die unterste Stufe bilden in dieser Hinsicht die auf einen einzelnen Betrieb oder eine einzelne Unternehmung beschränkten **Betriebs- oder Hausverbände**. Die nächstfolgende Stufe bilden die **lokalen und regionalen Organisationen**, ferner die **Kantonal- und die Landesverbände**.

Als oberste Stufe der beruflichen Verbände figurieren seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die **internationalen Organisationen**, wobei man aber einschränkend beifügen muss, dass diese weit weniger gut ausgebaut sind als die über kleinere Gebiete sich erstreckenden Verbände.

2. Gliederung nach der Zielsetzung und Tätigkeit

Wie wir schon bei der Begriffsbestimmung ausführten, subsummieren wir nicht bloss die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen unter den Begriff des beruflichen Verbandes, sondern wir rechnen hierzu auch die Wahrung der kulturellen und politischen Interessen. Diese verschiedenen Zielsetzungen können bei den einzelnen Organisationen je nachdem mehr oder weniger spezialisiert auftreten. In der Regel überwiegt eines der Tätigkeitsgebiete so stark, dass es gerechtfertigt erscheint, kurz von **wirtschaftlichen, kulturellen oder politischen Organisationen** (Wirtschafts-, Kultur- oder Parteioorganisationen) zu sprechen. Nur die zukunftsgerichteten Organisationen und einzelne moderne berufliche Verbände können als **Organisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung** bezeichnet werden.

Nicht selten besitzt die Zielsetzung und Tätigkeit der beruflichen Verbände einen ausgeprägten ideologischen, von der wirtschaftlichen und sozialen Lage beeinflussten weltanschaulichen Einschlag. Dies gilt nicht nur von Arbeitnehmerorganisationen, sondern auch von den Arbeitgeberorganisationen und von den gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese ideologische Färbung erscheint gleichsam als notwendiges Uebel. Wichtiger als die Tatsache ideologischer Einflüsse ist allerdings die Frage, welcher Art die Richtungen sind. Bei den modernen Arbeitnehmerorganisationen ist vor allem die sozialdemokratische und die christlichsoziale Richtung verbreitet, bei den modernen Arbeitgeberorganisationen die liberaldemokratische und die konservative Richtung. Es kann natürlich nicht Aufgabe dieser Abhandlung sein, auf diese weltanschaulichen Richtungen eingehend einzutreten. Wir müssen uns darauf

beschränken, jeweils die Grundzüge der weltanschaulichen Orientierung zu skizzieren.

Zielsetzung und Tätigkeit der beruflichen Verbände sind einem ständigen Wandel unterworfen. In der Wandlungsfähigkeit einer Organisation zeigt sich deren Stärke und Schwäche. Allzu grosse Starrheit wie auch Unstetigkeit sind negativ zu bewerten, während eine lebensfähige, prosperierende Organisation durch langsames, aber kontinuierliches Anpassen von Zielsetzung und Tätigkeit stets den neuen Gegebenheiten Rechnung trägt, ohne indessen leichtthin die Errungenschaften der Vergangenheit preiszugeben. Diese Aufgabe stellt freilich sehr hohe Anforderungen an die beschliessenden, leitenden und ausführenden Instanzen der beruflichen Verbände. Die Organisationen haben die Tendenz zu «verkrusten». Die Institutionen, welche von ihnen geschaffen werden, werden zu festen Apparaturen, die nur schleppend den wechselnden Bedingungen und Bedürfnissen entsprechen können. So kann es dann vorkommen, dass die Organisationen zu selbstherrlichen Gebilden entarten, welche nur noch ihren eigenen «vested interests» anstatt den lebendigen Interessen der Mitglieder dienen.

3. Gliederung nach der rechtlichen Form der Organisation

«Jede Organisation braucht und hat eine Verfassung.»⁸ Durch die Verfassung werden die Rechte und Pflichten der einzelnen innerhalb der Organisation näher umschrieben und aufeinander abgestimmt. Dabei interessiert uns im Rahmen dieser Abhandlung vor allem der allgemeine organisatorische Aufbau, die Art und Weise der Bildung der Organe. Die übrigen rechtlichen Merkmale werden in der Regel kaum erwähnt.

Der einfachste Typus des organisatorischen Aufbaus eines beruflichen Verbandes ist die Körperschaft, deren Mitgliedschaft sich ausschliesslich aus natürlichen Personen zusammensetzt und deren leitende Organe unmittelbar von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt werden. In den meisten Fällen ist der organisatorische Aufbau aber wesentlich komplizierter. Nicht nur pflegen die modernen Arbeitgeberorganisationen und die heutigen gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch Personen- und Handelsgesellschaften als Mitglieder zu umfassen, sondern die Mitgliedschaft selbst ist in mannigfaltiger Weise zu untergeordneten Gruppierungen zusammengefasst. Alle grossen beruflichen Verbände der Gegenwart gliedern sich einerseits in beruflich oder branchenmässig und in räumlich differenzierte Unterverbände. Diese Verbände können daher nicht mehr als **Einheitsverbände** angesprochen werden, wie dies in der Zeit ihrer Gründung noch zutreffen mochte, sondern sie sind zu eigentlichen **Spitzenorganisationen oder Dachverbänden** geworden. Gleichwohl sind die Einheitsverbände nicht vollständig von der Bildfläche verschwunden, wie ein Blick auf den heutigen Stand der beruflichen Verbände bestätigt; hin-

⁸ Vgl. Klein, Das Organisationswesen der Gegenwart, S. 106.

sichtlich der Mitgliederzahl und der praktischen Bedeutung liegt die Führung im Verbandswesen der Gegenwart jedoch unbestreitbar bei den eigentlichen Spitzenorganisationen (oder, wie man gelegentlich auch sagt, bei den «föderativen Wirtschaftsverbänden»). Bei einer Reihe von Verbänden ist die Untergliederung in Unterverbände wenigstens teilweise durchgeführt. Fraglos werden die Verbände mit einem föderativen organisatorischen Aufbau auch in der Zukunft im Vordergrund der Entwicklung stehen, da sie die Vorzüge der beruflichen Spezialisierung, der kantonalen (und regionalen) Selbstverwaltung und der Zentralisierung und Koordinierung aller gemeinsamen Aufgaben in sich vereinigen.

Schliesslich sei noch mit einigen Worten die rechtliche Grundlage der beruflichen Verbände berührt. Wie bereits angedeutet handelt es sich bei dieser Organisation vor allem um Vereine und Genossenschaften. Bei einzelnen Organisationsformen bildet das Vertragsrecht die rechtliche Grundlage (insbesondere bei den Gesamtarbeitsvertragsgemeinschaften). Es ist nicht zu übersehen, dass die beruflichen Verbände z. T. sehr weitgehend durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen beeinflusst werden, wodurch der privatrechtliche Charakter der betreffenden Organisationen verwischt wird. Soweit es sich aber um eigentliche öffentlich-rechtliche Körperschaften, Anstalten oder Verwaltungsstellen handelt, sehen wir von einer detaillierten Darstellung ab, da dies den Rahmen unsrer Abhandlung sprengen würde.

III. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der beruflichen Verbände

Die Bildung der beruflichen Verbände erfolgt nicht im luftleeren Raum. Immer knüpfen die Organisationen an die konkreten Verhältnisse des menschlichen Zusammenlebens an. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen spielen namentlich bei den beruflichen Verbänden eine hervorragende Rolle, und zwar in quantitativer wie qualitativer Beziehung. Wohl wäre es verfehlt, in den äusseren Gegebenheiten die einzigen Voraussetzungen der Verbandsbildung zu sehen, aber die Erfahrung beweist, dass sich die jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse deutlich in der Struktur der beruflichen Verbände widerspiegeln.

Diese Einsicht ist für uns zugleich der Schlüssel zum besseren Verständnis der Verschiedenheiten und Gleichartigkeiten in der Entwicklung der beruflichen Verbände. Jeder Zeitabschnitt, jedes Gebiet, jeder Wirtschaftszweig hat in dieser Beziehung seine Eigenheiten, wie ja auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen Unterschiede aufweisen. Die verschiedenen Voraussetzungen lassen sich nicht ohne weiteres gleichschalten, und gerade

⁹ Vgl. Moser, Struktur der Wirtschaftsverbände, S. 16 und 22.

deshalb bleibt auch heute, im Zeitalter der nationalen und internationalen Verbände, das Gebot der individuellen Anpassung der Verbandsstruktur an die jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Landesteile, Kantone, Bezirke, Orte, Betriebe und Betriebsabteilungen.

Auf diesen Zusammenhang zwischen dem Verbandswesen und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen haben wir in den nachfolgenden Ausführungen noch öfters einzugehen. Manche Eigentümlichkeit der Entwicklung der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie kann dadurch als eine durchaus sinnvolle Abweichung von den Verhältnissen in anderen Gebieten begriffen werden. Darüber hinaus wird auch der geschichtliche Werdegang des Verbandswesens besser verständlich.

IV. Die geschichtliche Entwicklung der beruflichen Verbände

In Anbetracht der grossen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen seit dem Mittelalter bis zur Gegenwart kann es uns nicht überraschen, dass auch die beruflichen Verbände in diesem Zeitraum tiefgreifende Veränderungen durchgemacht haben. Gesamthaft zeigt die Entwicklung zur Hauptsache eine einzigartige grosse Pendelbewegung von einer Epoche der nahezu vollständigen Stagnation des Verbandswesens und hierauf wieder zurück zu einer Epoche des Korporationismus (dieses Mal freilich in einer anderen Ausgestaltung). Diese Entwicklungslinie ist so eindrücklich, dass man versucht ist, diese Pendelbewegung als eine eigentliche soziologische Gesetzmässigkeit zu deuten, wie dies z. B. Heinrich Mannstaedt tut.¹⁰ Wie dem aber auch sei, so steht geschichtlich jedenfalls fest, dass die beruflichen Verbände im gesamten Abendlande in der Zeit vom Mittelalter bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert bzw. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet haben, worauf dann ein schwerer Rückschlag eintrat, der aber gegen das Ende des 19. Jahrhunderts bereits wieder überwunden werden konnte.

Heute, in der «Epoche des modernen Interventionismus», erfreut sich das Verbandswesen einer so vielfältigen Blüte, wie dies selbst in der «Epoche des Zunftwesens» nicht der Fall gewesen ist. Ganz abgesehen von der grösseren Ausdehnung besitzen die beruflichen Verbände grossenteils auch ganz andere Formen. Die im 19. Jahrhundert siegreich vordringende «Politik des Laissez faire» (Eucken) hat mit den ursprünglichen zunftmässigen Organisationen freilich sehr gründlich aufgeräumt. Die traditionsgebundenen Zünfte haben die Belastungsprobe nicht ausgehalten, welcher sie unter der Herrschaft der neuen wirtschaftspolitischen Doktrin ausgesetzt wurden. Doch die Auflösung der alten Organisationen bildete keinen endgültigen Abschluss der Entwicklung, wie die bald erfolgende Neugeburt des Verbandswesens bewies.

¹⁰ Vgl. Mannstaedt, Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe, S. 2.

V. Die Epochen der Entwicklung der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie

Die Frage, ob sich in der thurgauischen Industrie das Verbandswesen grundlegend anders als in den andern Teilen Mittel- und Westeuropas entwickelt habe, muss verneint werden. Auch im Thurgau lässt sich die vorhin skizzierte Entwicklungslinie nachweisen, wenn auch in einzelnen manche Eigentümlichkeiten festzustellen sind. In zeitlicher Hinsicht haben sich die Verbandsformen im Thurgau vielfach mit einer gewissen Verspätung entwickelt. Besonders auffällig ist dies inbezug auf die zunftmässigen Organisationen, deren Blütezeit im Thurgau in das 18. Jahrhundert fiel. Im grossen und ganzen hat aber die thurgauische Entwicklung mit der gesamtschweizerischen Schritt gehalten.

Wie aber sollen die einzelnen Epochen der Entwicklung der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie zeitlich abgegrenzt werden? — Diese Frage lässt sich am besten beantworten, wenn wir vorerst versuchen, die Spannweite der «Epoche der Politik des Laissez faire» zu bestimmen. Die entscheidenden Wendepunkte waren in dieser Beziehung die Jahre 1798 und 1874. Diese beiden Stichjahre bescherten dem Lande nicht nur Ereignisse von grösster staatspolitischer Bedeutung, sondern sie waren auch für die Wirtschaftspolitik und die beruflichen Verbände Marksteine der Entwicklung, nämlich einerseits durch die 1798 staatlich dekretierte Aufhebung der zunftmässigen Organisationen und Ehehaften und anderseits durch die 1874 vorgenommene Schaffung der verfassungsmässigen Grundlage für ein gesamtschweizerisches Verbandsrecht und für eine ganze Reihe von staatlichen Eingriffen in die Privatwirtschaft. Diese beiden Stichjahre kennzeichnen zugleich auch das Ende bzw. den Anfang der beiden andern Epochen.

Gegen die Wahl dieser beiden Jahre als Grenzpunkte der Epochen der thurgauischen Verbandsentwicklung kann eingewendet werden, dass die «Epoche der Politik des Laissez faire» hinsichtlich der Verbandsform durchaus kein einheitliches Gepräge aufweist, denn zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlebten die zunftmässigen Organisationen teilweise eine Restaurierung und bereits um die Jahrhundertmitte fassten einzelne moderne berufliche Verbände in der thurgauischen Industrie Fuss (z. B. entstand die Sektion Frauenfeld des «Schweizerischen Typographenbundes» um 1863). Diese Einwendungen wiegen aber nicht allzuschwer, denn es gehört ja mit zum Wesen einer Uebergangsepoche, dass sie in gewissem Umfange auch Formelemente der andern Epochen enthält.

Erstes Kapitel

Die Epoche des Zunftwesens vom Mittelalter bis 1798

1. Die industrielle Entwicklung im Zeichen der handwerklichen Kleinbetriebe

Die Anfänge einer intensiveren industriellen Betätigung der thurgauischen Bevölkerung reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück. Es scheint, dass hierbei das im Nordwesten des Gebietes des heutigen Kantons Thurgau gelegene Rheinstädtchen Diessenhofen ein erster Sammelpunkt industrieller Berufstätiger wurde. Dieses im Jahre 1178 vom Kyburger Grafen Hartmann III. gegründete Stadtwesen verzeichnete im 13. Jahrhundert immerhin schon eine ganze Reihe von handwerklichen Berufstätigen, von denen wir — den Ausführungen Hektor Ammanns folgend — vor allem die Schmiede, Bäcker, Schneider und Wagner erwähnen möchten.¹ Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Jahre 1283 die dem Thurgau benachbarte Reichsstadt Konstanz eine «Leinwat-Ordnung» erliess, wodurch der hier stattfindende Leinwandmarkt strengen Vorschriften unterworfen wurde; diese Massnahme spricht dafür, dass bereits zu dieser Zeit in der Gegend von Konstanz die Leinwandindustrie betrieben wurde.

Im 14. Jahrhundert besass die thurgauische Industrie schon an mehreren Orten eine recht beachtliche Stellung. So spricht das Stadtrecht Diessenhofens nun selber ausdrücklich von einer Mehrzahl von handwerklichen Berufen: von Bäckern, Metzgern, Schneidern, Schuhmachern, Schmieden, Webern und Kürschnern. Anderseits finden sich da und dort auch Spuren der Leinwandbleicherei; wie aus einer Studie von P. Fricker hervorgeht, bestanden derartige Betriebe sowohl in Romanshorn (1357) als auch in Steckborn (1374).² Von besonderer Bedeutung für die Entfaltung der thurgauischen Industrie war natürlich die unmittelbare Nähe Konstanzs, denn diese Stadt bildete im 14. Jahrhundert überhaupt eines der wichtigsten und bekanntesten Industriezentren Mitteleuropas. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der Ruf der Konstanzer Leinwand, der sogenannten «Tela di Costanza», zu einem nicht unbedeutenden Teil auch der im Thurgau erzeugten Leinwand zugute kam, ganz abgesehen davon, dass der Thurgau in bedeutendem Umfang für die Lieferung von Leinengarn besorgt war.

Die expansive Entwicklung der thurgauischen Industrie hat sich im 15. und 16. Jahrhundert in kräftiger Weise fortgesetzt. Der empfindliche Rückschlag der Konstanzer Leinenindustrie seit 1430 zog zwar teilweise auch thurgauische Orte in Mitleidenschaft, doch erlebten nun namentlich Frauenfeld, Bischofszell und

¹ Vgl. Ammann Hektor, Diessenhofener Wirtschaft im Mittelalter: Thurgauische Beiträge zur vaterländischen Geschichte, Heft 86 (1949), S. 90.

² Vgl. Fricker, Thurgaus Handel im Mittelalter: TZ, 29. November 1882.

Arbon einen desto stärkeren Auftrieb. Frauenfeld verzeichnete schon um 1500 ein Farbhaus (im Eigentum der Stadt), und Bischofszell zählte am Ende des 15. Jahrhundert sogar zwei Farbhäuser (von denen das eine um die Mitte des 16. Jahrhunderts ebenfalls in das Eigentum der Stadt übergeführt wurde). Ausser der Textilindustrie erlangte nun auch die Gerberei und die Metallbearbeitung in Frauenfeld namhafte Bedeutung.

Im 17. Jahrhundert ist zunächst ein Stillstand in der industriellen Entwicklung eingetreten, doch hielt der depressive Zustand nicht allzulange an. Jedemfalls nahm die industrielle Aktivität gegen das Ende des 17. Jahrhunderts wiederum rasch zu, insbesondere in Frauenfeld, Bischofszell und Arbon, sowie in Steckborn und Hauptwil. In den oberthurgauischen Orten war es wie bisher vor allem die Leinenindustrie, welche florierte. In den unterthurgauischen Orten trat diese jedoch immer mehr in den Hintergrund; hier trug die Industrie einen stark gemischten Charakter.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts hat die oberthurgauische Leinenindustrie ihre eigentliche Blütezeit erlebt. Das Bodenseestädtchen Arbon trat nun in hervorragender Weise als Handelsplatz in Erscheinung und erwarb sich durch die Bleicherei und Färberei ein weit über die Landesgrenzen gehendes Ansehen. In der besten Zeit haben — wie Johann Adam Pupikofer darlegte — regelmässig etwa 400 Ballen Leinwand im Gesamtgewicht von rund 60 000 Pfund das industriell so regsame Städtchen verlassen.³ Mit diesen günstigen Exportmöglichkeiten konnte die oberthurgauische Leinenindustrie indessen in den beiden letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts bereits nicht mehr rechnen. Es war daher eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, dass der Oberthurgau in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts auch der Entfaltung der übrigen Industriezweige grössere Aufmerksamkeit schenkte, wie dies in Frauenfeld, Diessenhofen und Steckborn schon vorher der Fall gewesen war.

Von grundlegender Bedeutung für die thurgauische Industrie des 18. Jahrhunderts erwies sich insbesondere das Aufkommen der Baumwollindustrie. Dieser Industriezweig hat sich im Thurgau freilich erst verhältnismässig spät durchgesetzt. Die ersten Spuren dieses Industriezweiges fallen offensichtlich erst in die Mitte des 18. Jahrhunderts. Zunächst scheint sich vor allem die Baumwollspinnerei ausgebreitet zu haben und zwar vor allem im thurgauisch-zürcherischen Grenzgebiet (z. B. um 1848 bei Wüsthäuschen und Niederwil westlich von Frauenfeld).⁴ In der gleichen Gegend — bei Kefikon — hat um 1765 Bernhard Greuter in bescheidenem Ausmasse das Färben von Baumwollgeweben aufgenommen und seit 1773 mit wachsendem Erfolg in Islikon weitergeführt. Erst die vom nämlichen Unternehmer — Bernhard Greuter — 1777 vorgenommene neue Betriebsgründung in Islikon erfüllte die in sie gesetzten Erwartungen. In ähnlicher Weise entwickelte sich die Baumwollindustrie etwas später im Oberthurgau, wo die schweren Absatzstockungen der Leinenindustrie am Ende des 18. Jahrhunderts der industriellen Umstellung vorschub leisteten.

³ Vgl. Pupikofer, Arbon: Thurgauisches Neujaarsblatt 1924, S. 11.

⁴ Vgl. Pupikofer, Geschichte der Stadt Frauenfeld, S. 352.

⁵ Vgl. Hanharts Rudolf, Beschreibung des Fabrikorts Islikon und Lebensgeschichte von Bernhard Greuter, Thurgauisches Neujaarsblatt 1833, S. 4.

Während dieser ganzen Epoche vom 13. Jahrhundert bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieb die Produktionsweise in der thurgauischen Industrie fast ausschliesslich durch die handwerklichen Kleinbetriebe bestimmt. Abweichungen von dieser Produktionsweise waren selten, sowohl hinsichtlich der Arbeitstechnik als auch hinsichtlich der Betriebsgrösse. Die Verwendung mechanischer Antriebskräfte beschränkte sich hauptsächlich auf die mit Wasserrädern ausgerüsteten Getreidemühlen, Sägereien, Stampfen und Schleifereien. Eigentliche Grossbetriebe — wie sie beispielsweise bereits im 17. Jahrhundert in der französischen Industrie vorkamen — fehlten im Thurgau vor 1798 noch vollständig. Selbst die in der 2. Hälfte des 18. Jahrhundert entstandenen Textilveredlungsbetriebe zählten durchwegs kaum einige Dutzend Arbeiter.

II. Das Vorherrschen der ständischen Gesellschaftsordnung

Mit keinem andern Worte lässt sich die Struktur der Gesellschaftsordnung der industriellen Berufstätigen dieses Zeitabschnitts besser charakterisieren als gerade mit dem Ausdruck Berufsstände. Die industriellen Berufstätigen haben sich nicht nur als Stände gefühlt, sondern sie haben auch praktisch in diesem Sinne gehandelt, nämlich — wie Ferdinand Tönnies in seiner Definition der Stände hervorhebt — als gesellschaftliche Gruppen, die «wie Organe oder Glieder eines Leibes» zusammenwirken, im Unterschied zu den Klassen, die «einander als prinzipiell gegnerisch» betrachten und behandeln.⁶

Damit haben wir zugleich auch den besonderen Charakter des sozialen Bewusstseins der industriellen Berufstätigen dieses Zeitabschnitts skizziert: das Bewusstsein der ständischen Verbundenheit. Das soziale Bewusstsein der industriellen Berufstätigen stand also massgeblich im Zeichen einer universellen Harmonie, jedoch nicht in einer liberal-demokratischen, sondern in einer hierarchisch-organischen Form. «Jeder Stand hat Gruppencharakter; er fühlt sich als Einheit, insbesondere ist er sich seiner Besonderheiten und damit seiner Verschiedenheit von den übrigen Ständen bewusst. Vor allem hat jeder auch ein Bewusstsein seines besonderen Wertes, das zugleich von den übrigen anerkannt und geteilt wird . . .»⁷ Was hier Alfred Vierkandt in grundsätzlicher Weise hervorhebt, trifft im Wesentlichen auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der thurgauischen Berufstätigen dieses Zeitabschnitts zu. Dabei ist zu betonen, dass sich die hierarchisch-organische Form nicht nur auf das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ständen, sondern auch auf die innere Struktur der Stände bezieht. Auch hier gruppieren sich die einzelnen Teile der Stände in Glieder mit differenzierten Rechten und Pflichten. Der Aufbau der Stände kann in dieser Beziehung geradezu mit grossen Familiengemeinschaften verglichen werden, in welchen gleichfalls jedes einzelne Familienglied seine besondere Funktion und Stellung besitzt.

Damit kommen wir noch zu einem weiteren Merkmal der Gesellschaftsordnung jener Zeit: die sehr hohe ethische Geltung der Berufsarbeit. Diese

⁶ Vgl. Tönnies, Stände und Klassen: Handwörterbuch der Soziologie, S. 617.

⁷ Vgl. Vierkandt, Familie, Volk und Staat in ihren gesellschaftlichen Lebensvorgängen, S. 57.

äusserte sich in der Betonung des Lebensrechtes sowohl der einzelnen Vertreter wie auch der Gesamtheit der Berufsstände. Die Wirtschaftsführung wurde beherrscht durch die «Idee des standesgemässen Unterhalts» und die ihr wesensverwandte «Idee der Nahrung».⁸ Diese Anschauung hat das Wirtschaftsleben auf mannigfache Weise beeinflusst und diesem das Gepräge gegeben.

Wir haben jedoch an dieser Stelle auch der Unzulänglichkeiten der ständischen Gesellschaftsordnung zu gedenken. Die hierarchistisch-organische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse bot nicht bloss eine erhöhte Sicherheit der Existenz der Berufstätigen, sondern sie hatte auch eine Kehrseite, indem sie dazu beitrug, den Zugang zu den gehobenen Berufsverbänden ungebührlich zu beschränken. Namentlich in den Stadtgemeinden hat es nicht an Versuchen gefehlt, die Rechte der Berufsstände zu sorgsam gehüteten Privilegien zu machen. Die Berufs- und Ortsfremden wurden dadurch natürlich von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeit ausgeschlossen.

Das Bestreben nach lokaler und ständischer Abschliessung hat sich auch in den thurgauischen Kleinstädten und Dörfern geltend gemacht. Am stärksten kam dies wohl bei Frauenfeld zum Ausdruck; diese Ortschaft hat den grössten Aufschwung des Ständewesens erlebt. Gleichwohl erhielt auch Frauenfeld kein eigentliches Zunftregiment wie die benachbarten «Zunftstädte» Konstanz, Sankt Gallen oder Zürich. Die zunftmässigen Organisationen blieben im Thurgau durchwegs zu schwach, um die politische Macht an sich reissen zu können. Sie mussten sich damit zufrieden geben, dass sie von den Behörden in der Regel wohlwollend respektiert wurden.

Abschliessend sei noch kurz die Frage der Zuwanderung von fremden Handwerkern, Kaufleuten und Unternehmern gestreift. Es steht zweifellos fest, dass diese Zuwanderung nur wenig ins Gewicht fiel, ausgenommen beim Leinwandhandel. Teilweise handelte es sich bei den im Thurgau sich niederlassenden fremden Leinwandhändlern um Glaubensflüchtlinge; dies gilt beispielsweise von der im Jahre 1548 in Bischofszell Zuflucht suchenden reformierten Kaufmannsfamilie Scherb.

III. Das Werden und die Blüte der zunftmässigen Organisationen

Die typischen beruflichen Verbände in der Zeit vom Mittelalter bis zum Durchbruch der Politik des «Laissez faire» waren die **zunftmässigen Organisationen**. Wir verstehen hierunter jene körperschaftlichen Organisationen, die unter Betonung des «Herkommens», der Standesehre und der berufsständischen Ordnung eine weitgehende universelle Zielsetzung verfolgen. Neben den eigentlichen Zünften gehören hieher auch die Bruderschaften, Stubengesellschaften etc. Freilich handelt es sich bei diesen Organisationen nicht durchwegs um Organisationen der industriellen Berufstätigen; manche zunftmässigen Organisationen umfassen im Gegensatz dazu auch andere Berufstätige, z. B. Kaufleute, Beamte, Rats- und Gerichtsherren etc. Im Rahmen unserer Abhandlung haben

⁸ Vgl. Sombart, Der moderne Kapitalismus, I. Bd., S. 32 u. 34.

wir uns jedoch vor allem mit den eigentlichen Handwerkerorganisationen zu befassen, wobei wir im speziellen Teil die Entwicklung in den verschiedenen thurgauischen Ortschaften gesondert darstellen.

Die ersten zunftmässigen Organisationen entstanden auf thurgauischem Boden um die Mitte des 14. Jahrhunderts, also zu einem Zeitpunkt, da das Zunftwesen in vielen Städten ausserhalb des Thurgaus bereits eine beachtliche Blüte zu verzeichnen hatte. Die Zunftbildung hat also im Thurgau erst verhältnismässig spät eingesetzt, ja, sie hat, wie man hinzufügen muss, in einer ganzen Reihe von thurgauischen Ortschaften sogar bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts auf sich warten lassen. Mit Egon Isler sind wir der Meinung, dass die Kleinheit der Verhältnisse diese Verzögerung verursachte.⁹

Die Blütezeit der zunftmässigen Organisationen in der thurgauischen Industrie weist natürlich ebenfalls eine ganz erhebliche Verspätung gegenüber anderen Gebieten auf. Eigentlich hat das thurgauische Zunftwesen erst im Laufe des 18. Jahrhunderts seine Blüte erlebt. Interessanterweise haben aber die zunftmässigen Organisationen nicht bloss in den Stadtgemeinden, sondern auch in verschiedenen Dörfern Fuss gefasst. Die dezentralisierte Siedelungsweise hat also die Entfaltung des Zunftwesens lediglich verzögert, nicht aber vollständig verhindert.

Gesamthaft haben wir folgende hauptsächliche Wesenszüge des thurgauischen Verbandswesens dieser ersten Epoche hervorzuheben:

1. In der Regel umfassten die Verbände Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.
2. Die meisten Verbände waren dem Wesen nach Fachverbände.
3. Die Verbände erstreckten sich gewöhnlich nur über ein recht kleines Gebiet von örtlicher oder regionaler Ausdehnung.
4. Zielsetzung und Tätigkeit der Verbände waren in der Regel weitgehend universell.
5. Die rechtliche Form der Verbände war gewöhnlich diejenige von behördlich anerkannten Genossenschaften.

Es muss uns auffallen, dass es zu dieser Zeit noch keine selbständigen Arbeitnehmerorganisationen in der thurgauischen Industrie gab. Dieser Umstand spricht für das Fehlen eines Klassengegensatzes zwischen den Meistern und Gesellen. Auch ausserhalb des Thurgaus haben sich die Arbeitnehmer noch kaum zu eigenen Organisationen zusammengeschlossen. Immerhin machten da und dort die Handwerksgesellen Anstrengungen zur Bildung eigener Körperschaften, und es ist auch verschiedentlich zu streikartigen Unruhen gekommen, welche von einer in der Opposition stehenden Gesellenbewegung getragen wurden. Derartige Ansatzpunkte zeigte nicht zuletzt auch die Entwicklung in der Stadt Konstanz. Hier kam es beispielsweise gegen das Ende des 14. Jahrhunderts zu einer gemeinsamen Arbeitsniederlegung der «Knechte» im Schneidergewerbe. Der gewagte Schritt machte sich freilich nicht bezahlt, denn «der Rat schritt schleunigst gegen sie ein, verbannte die beiden Rädelsführer, vereidigte die übrigen zum Gehorsam gegen die Zunftmeister und Rat, versprach ihnen

⁹ Vgl. Isler, Industrie-Geschichte des Thurgaus, S. 52.

aber zugleich, wenn die Schneider zu hart gegen sie seien, sich ihrer anzunehmen.»¹⁰ Dieser Konflikt endete also wiederum mit der feierlichen Anerkennung des traditionellen patriarchalischen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen, wie dies für die damalige Zeit typisch war.

Sehr zu beachten ist ferner, dass die damaligen beruflichen Verbände in der Regel eine weitgehend universelle Zielsetzung verfolgten. Die zunftmässigen Organisationen bildeten schlechthin umfassende Lebensgemeinschaften. «Die mittelalterliche Genossenschaft forderte», wie Otto Gierke sagt, «den **ganzen** Menschen . . . Jede . . . Gilde hatte daher zugleich religiöse, gesellige, sittliche, privatrechtliche und politische Ziele.»¹¹ Dieser universelle Charakter der zunftmässigen Organisationen trat im Thurgau auch im 18. Jahrhundert noch deutlich in Erscheinung.

1. Die beruflichen Verbände in Diessenhofen

Diessenhofen war die erste thurgauische Siedlung, die in aller Form mit Stadtrechten ausgestattet wurde, wobei die Stadtverfassung von Freiburg im Breisgau als Vorbild und Beispiel diente. Aber es waren nicht vorwiegend wirtschaftliche Motive, die den Kyburger Grafen dazu bewogen, den kleinen Flecken am Rhein zur Stadt zu erheben. Der tiefere Grund der Stadtgründung war vielmehr die militärische Sicherung der Rheinlinie. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass das damalige Recht — und auch dasjenige von 1260 — noch nicht von Marktrechten sprach, denn die allgemeinen Voraussetzungen für einen regen Markt waren damals noch nicht erfüllt. Erst gegen das Ende des 13. Jahrhunderts gewann die Abhaltung von Wochenmärkten grössere Bedeutung.

Im Laufe des 14. Jahrhunderts ist das Rheinstädtchen endlich in eine Phase der Prosperität eingetreten. Die Zahl der Handwerker hat nun erheblich zugenommen, doch auch ihr soziales Selbstbewusstsein ist wesentlich erstarkt. Dem Beispiel der Handwerkerbewegungen in anderen Städten folgend, schlossen sie sich nun zu beruflichen Verbänden zusammen. Der soziale Aufstieg der Handwerker vollzog sich ebensowenig wie in den meisten anderen Städten ohne Hindernisse. In den fünfziger Jahren des 14. Jahrhunderts kam es auch in Diessenhofen zu einem offenen Konflikt zwischen den Stadtbehörden und den Handwerkern. Während aber die Zünfte z. B. in Zürich um 1336 siegreich aus der Kraftprobe hervorgegangen waren, endete die Bewegung hier mit einer empfindlichen Schlappe. «Alles spricht dafür, dass die Handwerker bei den Auseinandersetzungen unterlegen sind.»¹² Die neuen Organisationen mussten sich nun wieder der Macht von Schultheiss und Rat unterordnen. «Der schultheiss und der rat hant gesetzet uff ir ayd, das nieman dekainen ainungen setzen sol an den rat, weder pfister (d. h. Bäcker), noch smit, noch suter (d. h. Schuster),

¹⁰ Vgl. Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, 1. Bd., S. 344.

¹¹ Vgl. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 1. Bd., S. 227/228.

¹² Vgl. Rüedi, Geschichte der Stadt Diessenhofen im Mittelalter, S. 111.

noch weber, noch dehain antwerch.»¹³ Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen die neuen Vorschriften wurde eine schwere Strafe in Aussicht gestellt. Immerhin scheinen den Handwerkern doch gewisse Zugeständnisse gemacht worden zu sein, wozu wohl auch das zur Versöhnlichkeit mahnende Schreiben von Herzog Rudolf IV. von Oesterreich beigetragen hat. In diesem Brief, den der Herzog am 11. Mai 1358 von Rheinfelden aus an die Stadt Diessenhofen richtete, forderte er diese in eindringlichen Worten auf, «daz ir ein gantze luter sune und fruntschaft mit einander habent von der vorgenannten ufloeuffe wegen».¹⁴

Nur wenige Jahrzehnte nach den Handwerkerunruhen ging das Städtchen bereits zu einer strafferen Regelung des wirtschaftlichen Lebens über. Diessenhofen erhielt nun das Recht, alljährlich je zwei fünftägige Jahrmärkte abzuhalten (1387).¹⁵ Ferner wurden die Lebensmittelgewerbe (Bäckerei, Metzgerei und Müllerei) strengen Vorschriften unterworfen. Interessante Gesichtspunkte bietet namentlich die Regelung der Bäckerei.¹⁶ Dieser Berufszweig gliederte sich in zwei Gruppen: die Lauben- und die Konstanzer-Bäcker. Die ersteren arbeiteten für den lokalen Bedarf und hatten dementsprechend das Verkaufsmonopol in der Stadt; die letzteren führten dagegen ihre Brote aus — «gen Costenz alder anderswa hin» — und durften daher nur ausnahmsweise in der Stadt verkaufen, wenn es ihnen der Rat ausdrücklich gestattete. Für den Brotverkauf in der Stadt waren besondere Brotlauben errichtet, für deren Benützung die Bäcker alljährlich einen Zins zu zahlen hatten. Ausserhalb der Brotlauben durfte in der Stadt kein Brot verkauft werden. Damit bezweckte man vor allem eine bessere Kontrolle der vorgeschriebenen Qualität des Brotes. Zur Aufsicht setzte die Stadt 3 Brotschau ein, die über die Qualitäten wachten und die Preise festsetzten. Ueberdies waren die Bäcker bestimmten Vorschriften über das Anfeuern des Ofens unterstellt. Für die Metzger galt eine ähnliche Regelung.¹⁷ Auch ihre Tätigkeit wurde von städtischen Beamten (Fleischschauer) beaufsichtigt, und auch sie durften nur an den von der Stadt bezeichneten Verkaufsstellen (Fleischbänke) ihre Ware feilbieten.

Obwohl die strengen Vorschriften über die Lebensmittelgewerbe nicht von den Berufstätigen selbst, sondern von den Stadtbehörden erlassen wurden, lassen sie auf eine erneute Belebung der beruflichen Verbände in der Stadt schliessen. Jedenfalls traten im 15. Jahrhundert wieder zunftmässige Organisationen auf, vorzugsweise in der Form von Bruderschaften. So hören wir um 1400 von der Kerze der Schuhmacher, um 1407 von der Kerze der Rebleute, später auch von der Pfister- und Müller-Kerze (1407) und von der Kerze der Schmiede (1499).¹⁸ Von all diesen Bruderschaften sind freilich nur sehr wenige Einzelheiten der Nachwelt geblieben. Es steht aber fest, dass verschiedene Bruderschaften auch noch im 16. Jahrhundert eine beachtliche Stellung einnahmen.

¹³ Vgl. Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen, 2. Bd., Nr. 1.

¹⁴ Vgl. Thurgauer Urkundenbuch, 5. Bd., S. 234/235.

¹⁵ Vgl. Rüedi, eb., S. 47 und 226.

¹⁶ Vgl. Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen, 2. Bd., Nr. 105/108, 120/121 u. 174; Rüedi, eb., S. 273/274.

¹⁷ Vgl. Rüedi, eb., S. 274.

¹⁸ Vgl. Rüedi, eb., S. 279/280.

Einer Uebersicht der Aemter der Stadt Diessenhofen ist zu entnehmen, dass auch die Einzüger der Bruderschaften (der Schmiede, der Müller und der Rebleute) und der Obmann der 1478 gegründeten Dionys-Bruderschaft (der Geistlichen) um 1530 zu den Beamtungen der Stadt gerechnet wurden.¹⁹

Von sämtlichen Stiftungsbriefen der Diessenhofer Bruderschaften ist nur ein einziger erhalten geblieben: der aus dem Jahre 1499 stammende Stiftungsbrief der Müller und Bäcker.²⁰ Die Urkunde wurde am Tage des heiligen Erzengels Sankt Michael (29. September) 1499 ausgestellt, wobei Schultheiss und Rat ausdrücklich die Zustimmung zur Stiftung der Bruderschaft erteilten und den Brief mit dem Secretinsiegel versehen. Die Bruderschaft umfasste sowohl die Meister als auch die Gesellen und zwar nicht allein die Berufsleute des Städtchens selbst, sondern auch diejenigen der umliegenden Orte Sankt Katharinenthal, Willisdorf und Basadingen. Jedes Mitglied hatte jeweils an Fronfasten einen Kreuzer als Beitrag an die Bruderschaft zu zahlen. Das Geld diente zum Unterhalt einer gemeinsamen Altarkerze, die «hinfür ewenkllich . . . all hochzittlich tag und all firtag» zu brennen hätte. Wenn ein Mitglied der Bruderschaft starb, waren die übrigen Berufsgenossen verpflichtet, das Begräbnis «ehrlich und löblich» zu begehen.

Ausser diesen sogenannten Bruderschaften haben in Diessenhofen zur gleichen Zeit auch verschiedene andere berufliche Verbände bestanden. So hatten die Inhaber der vier Mühlen um 1420 untereinander einen Vertrag (Einung) hinsichtlich des Verkehrs mit den Kunden.²¹ Aehnliche Verhältnisse bestanden bei den Handwerkern der Bekleidungsgewerbe (Gewaudschneider, Schneider, Tuchscherer und Kürschner) und bei den Leinenwebern. Erstere waren in den Jahren 1456 und 1496 am Abschluss gemeinsamer Vereinbarungen über berufliche Angelegenheiten mit den entsprechenden Organisationen der Städte Zürich, Winterthur, Schaffhausen und Zofingen beteiligt.²² Letztere haben im Jahre 1466 gemeinsam mit den Leinenwebern der Städte Zürich, Baden, Lenzburg, Aarau, Bremgarten, Mellingen, Eglisau, Kaiserstuhl, Schaffhausen, Winterthur und Stein am Rhein und der Insel Reichenau (Untersee) eine umfassende Handwerksordnung ausgearbeitet (25. Mai und 25. Juni 1466).²³ Diese Vereinbarung hatte also für mehr als ein Dutzend Ortschaften Geltung. Doch verdient nicht allein der ausgedehnte Geltungsbereich der Vereinbarung Beachtung, sondern es ist auch sehr bemerkenswert, welche wirtschafts- und sozialpolitischen Bestimmungen in die Handwerksordnung aufgenommen worden sind. Wie aus dem Text hervorgeht, hatten die Leinenweber nicht nur die gerechten Gewichte und Masse einzuhalten, sondern sie hatten sich auch an bestimmte Richtlinien bei der Entlohnung der Knechte, bei der beruflichen Ausbildung, beim Garnkauf und beim Verkehr unter sich und mit den Kunden zu halten. Einzelne Weisungen richten sich speziell an die «meisters frowen» und «jung frowen»

¹⁹ Vgl. Rüedi, eb., S. 278/279.

²⁰ Vgl. BAD, Schubl. Nr. 15; Rüedi, eb., S. 279/280.

²¹ Vgl. Rüedi, eb., S. 273.

²² Vgl. Ammann, eb., S. 90; Schnyder, Quellen zur Zürcher Zunftgeschichte, Nr. 175 (1. Bd., S. 150/151).

²³ Vgl. Merz, Die Rechtsquellen der Stadt Aarau, Nr. 93 (S. 161/164).

— ein Zeichen dafür, dass in diesem Berufszweig auch die Mitarbeit weiblicher Personen eine gewisse Rolle spielte. Abschliessend erklären die Satzungen, dass die Berufsgenossen, welche sich nicht an die Vorschriften halten, aus der Berufsgemeinschaft auszuschliessen seien. Einem Meister, der «obgeschribenen sachen nit gehorsam sin woelte oder wer, dem soellent die meister kein geschirr lichen noch kein gemeinsany mit im haben in dehein wiss.» Dieselbe Form des Ausschlusses richtete sich auch gegen die bei ungehorsamen Meistern in Stellung befindlichen Knechte. Dies zeigt deutlich, wie sehr der Berufsverband als eine auf Vertragstreue gegründete Lebensgemeinschaft verstanden wurde.

Einen weiteren Ansatzpunkt zu zunftmässigen Organisationen bildeten die Diessenhofer Stubengesellschaften.²⁴ Die ältere von ihnen, die Zunft zur Herrenstube, wurde bereits im 14. Jahrhundert ins Leben gerufen, und auch die zweite derartige Organisation, die Zunft zum grimmen Löwen, reicht bis ins Jahr 1420 zurück. Während aber die Herrenzunft vor allem die Vertreter des Adels umfasste, hatte die Löwenzunft mehr bürgerliches Gepräge.

Die Blütezeit des Zunftwesens war in Diessenhofen freilich nicht von langer Dauer. Im 16. und 17. Jahrhundert traten die zunftmässigen Organisationen hier nur noch sehr spärlich in Erscheinung. Es scheint, dass die meisten Organisationen wieder eingegangen sind. Nur die Löwenzunft hat auch noch in dieser Zeit eine verhältnismässig rege Tätigkeit entwickelt.²⁵ So geht beispielsweise aus den Quellen hervor, dass die Zunft um die Wende des 16. Jahrhunderts weitere Glasgemälde anschaffte. Gesamthaft lässt sich aber nicht übersehen, dass die beruflichen Verbände in Diessenhofen im 16. und 17. Jahrhundert einen empfindlichen Rückschlag erlitten haben.

Erst das 18. Jahrhundert hat nochmals einen gewissen Aufschwung der beruflichen Verbände gebracht. Besonders überraschend ist dabei die Lebenskraft der Organisation der Leinenweber.²⁶ Im Jahre 1708 haben die Leinenweber durch den Magistraten von Diessenhofen eine neue Handwerksordnung erhalten. Diese neuen Satzungen sind in der Folge mehr als hundert Jahre in Kraft geblieben, und es scheint auch, dass sie «bis dahin in besten Maassen gehalten worden» sind und zwar nicht nur in Diessenhofen, sondern auch in den benachbarten Ortschaften Schlatt, Schlattingen und Basadingen. Erheblich später als die Leinenweber haben auch die Maurer, Zimmerleute, Hafner, Seiler, Kaminfeger und Weinhäuser Handwerksordnungen erhalten (1764).²⁷ Die wenig zahlreichen Vertreter der Metallgewerbe des Städtchens Diessenhofen scheinen es dagegen vorgezogen zu haben, bei den Berufsgenossen in Schaffhausen ihren organisatorischen Rückhalt zu suchen. Dies gilt insbesondere von den Diessenhofer Zinngießern, die bei der Innung der Schaffhauser Zinngiesser ihr «zünftlerisches Rückgrat» stärkten.²⁸

²⁴ Vgl. Rüedi, eb., S. 269; Vock, Beiträge zur Kulturgeschichte der nordostschweizerischen Kleinstadt im Zeitalter der Reformation, S. 178.

²⁵ Vgl. Vock, eb., S. 178.

²⁶ Vgl. TSA, IV 731 (Memorial über Handwerksanstände mit den Leinenwebern zu Schlatt, 2. August 1816).

²⁷ Vgl. TSA, IV 731 (Klage betreffend Gebrüder Dietrich von Oberschlatt, 17. März 1815).

²⁸ Vgl. Knöpfli Albert, Die Zinngiesserei: NZZ, 31. Mai 1944, Nr. 919.

2. Die beruflichen Verbände in Frauenfeld

In Frauenfeld gehen zwar die ersten Ansätze von beruflichen Verbänden kaum weniger weit zurück als dies in Diessenhofen der Fall war, aber die Blüte des Verbandswesens ist hier trotzdem erst im 18. Jahrhundert eingetreten.

Aehnlich wie in Diessenhofen so ist auch in Frauenfeld die Bäckerei und Metzgerei im 14. Jahrhundert amtlichen Vorschriften unterworfen worden.²⁹ Die ersten Bestimmungen finden sich in der Stadtordnung von 1331. Diese Regelung ist im Jahre 1431 weiter ausgebaut worden, wobei den Bäckern eine gemeinsame Brotlaube und den Metzgern eine gemeinsame Fleischbank zugewiesen wurde.

Ein sehr alter Vorläufer der beruflichen Verbände ist ferner die sogenannte Konstaflergesellschaft.³⁰ Sie hat schon im 14. Jahrhundert bestanden. Den Grundstock bildeten die in Frauenfeld niedergelassenen edlen Familien (auf diesen Ursprung deutet übrigens auch der Name Konstaffel). Die Gesellschaft hat sich aber im Laufe der Zeit durch die Aufnahme reicher und angesehener Bürger und Vertreter der Geistlichkeit ergänzt und sich schliesslich zu einer vermöglichen Trinkstuben-Gesellschaft entwickelt, die über eine eigene Trinkstube verfügte.

Die Konstaflergesellschaft blieb nicht die einzige Trinkstuben-Gesellschaft Frauenfelds. Schon vor 1440 bestand daneben auch die sogenannte Gesellschaft zum wilden Mann, die ebenfalls eine Trinkstube besass.³¹ Im Gegensatz zur weitgehend aristokratischen Konstaflergesellschaft war diese Gesellschaft durchwegs aus gewöhnlichen Bürgern zusammengesetzt. Sie kann daher bereits als eine erste Handwerkerorganisation betrachtet werden.

Die Bildung eigentlicher Fachverbände scheint in Frauenfeld nicht vor dem 17. Jahrhundert eingesetzt zu haben.³² Einen ersten solchen Verband bildeten im Jahre 1605 die Tischler. Es handelt sich aber nur um eine recht locker gefügte Organisation. Etwas später machten auch andere Berufsgruppen den Versuch, sich zu Fachverbänden zusammenzuschliessen, jedoch noch während mehreren Jahrzehnten ohne sichtbaren Erfolg. Erst die Weber vermochten die sich bietenden Widerstände zu brechen. Sie haben im Jahre 1685 eine eigene Handwerksordnung erlassen, welche die freie Berufstätigkeit beschränkte. Da sich die webenden Rebleute nicht ohne weiteres den Satzungen fügen wollten, riefen die Weber den Stadtrat um Unterstützung an; dieser hat darauf prompt die Klage geschützt. Im folgenden Jahr schlossen sich ferner die Posamenter zu einem Fachverband zusammen.

Ihren stärksten Aufschwung erlebte das Zunftwesen Frauenfelds jedoch im 18. Jahrhundert.³³ Nun haben sich ein ganzes Dutzend Berufszweige zu Berufsverbänden zusammengeschlossen: um 1711 die Schmiede (Stadt und Landschaft), gleich darauf auch die Schlosser, um 1719 die Büchschmiede und

²⁹ Vgl. Isler, Das Gewerbe in alter Zeit: NZZ, 31. Mai 1944, Nr. 916.

³⁰ Vgl. Leisi, Geschichte der Stadt Frauenfeld, S. 72.

³¹ Vgl. Leisi, eb., S. 73.

³² Vgl. Pupikofer, Geschichte der Stadt Frauenfeld, S. 308/309 u. 350.

³³ Vgl. Pupikofer, eb., S. 350/351.

Wagner, um 1724 die Schuster, Sattler und Bäcker, etwas später die Schneider und nach einer längeren Pause um 1760 die Küfer, Zimmerleute, Hafner und Maurer und um 1761 die Metzger. Daher bildete die Stadt im 18. Jahrhundert gleichsam den Brennpunkt des thurgauischen Zunftwesens.

Obwohl die Entwicklung des Verbandswesens seit dem Ende des 17. Jahrhunderts unverkennbar auf eine stärkere Betonung der fachlichen Gliederung hinauslief, blieben die einzelnen Organisationen miteinander in engem Kontakt. Die Konstattergesellschaft, die um 1646 mit der Gesellschaft zum wilden Mann vereinigt worden war, bildete hierbei gleichsam das Bindeglied.

3. Die beruflichen Verbände in Arbon

Auch das Bodenseestädtchen Arbon zeichnet sich durch ein hohes Alter aus. Die älteste Öffnung der Stadtgemeinde datiert vom 29. Januar 1255.³⁴ Die in lateinischer Sprache abgefasste Urkunde verdient aber nicht nur ihres hohen Alters in diesem Zusammenhang Erwähnung, sondern noch weit mehr um der Tatsache willen, dass sie bereits Vorschriften über die Bäcker (*pistores*) und Metzger (*carnifices*) enthält. Alle Jahre hatten sie und die Wirte eine besondere Naturalabgabe zu entrichten und sich vor dem Ammann gegen allfällige Klagen zu verantworten. Später sind auch Brot- und Fleischschauer eingesetzt worden, um die amtliche Aufsicht zu gestalten.

Die eigentlichen Zunftorganisationen sind jedoch in Arbon überhaupt erst im 18. Jahrhundert entstanden. Wohl der erste Berufszweig, der sich in Arbon zu einem Fachverband zusammenschloss, war die Meisterschaft der Rotgerber.³⁵ Diese hat im Jahre 1738 eine Zunftordnung erhalten. Die als *Articul-Brief* bezeichneten Satzungen enthalten eingehende Bestimmungen über die Berufsverhältnisse, sowie auch Vorschriften gesellschaftlicher Art.

Vier weitere zunftmässige Organisationen sind etwa ein Jahrzehnt später entstanden.³⁶ So erwähnt das Arboner Ratsprotokoll im Jahre 1747 die Messerschmiedezunft und ihre Handwerksordnung. Drei Jahre nachher hören wir von der Erteilung eines Zunftbriefes für die Schreiner, Schlosser und Büchsenmacher. An einer weiteren Sitzung des Rats wurden entsprechende Satzungen für die Schneider genehmigt, und um 1752 erfahren wir endlich auch nähere Einzelheiten über die Meisterschaft der Schuster.

Besonders aufschlussreich ist der Zunftbrief für die Handwerker der Schreiner, Schlosser und Büchsenmacher, der am 14. Januar 1750 vom Obervogt der Stadt und Herrschaft Arbon erteilt worden ist.³⁷ Der Brief umfasst 30 Artikel. Der Inhalt spiegelt in deutlicher Weise die vielseitige Bedeutung der Zünfte als Lebensgemeinschaften.

³⁴ Vgl. Älteste Öffnung der Stadtgemeinde Arbon; Oberholzer, Geschichte der Stadt Arbon, S. 15/16.

³⁵ Vgl. HMA (Stempel der «Rotgerber Arbon» und Abschrift des Zunftbriefs); Der Oberthurgauer, 17. März 1927.

³⁶ Vgl. Oberholzer, eb., S. 51/53.

³⁷ Vgl. BAA (Regesten: Verschiedene Akten, Nr. 46).

Es seien daher einige der Bestimmungen hier in vollem Umfange wiedergegeben:

«Erstlichen solle keiner ander dermahlen noch künftighin in diese handwerckher aufgenommen werden, der nicht ehrlich erzeuget und gebohren oder den Ihro Hochfürstl. Gnaden unseren gnädigsten Fürsten und Herren legitimiert worden seye.

Zweytens solle diese handwerckher alle halb jahr zusammen kommen. eine freie, stille, züchtige umbfrag halten und wan einer auf den anderen etwas zu klagen hätte, solches, weil die laad offen stehet, gebührend dargetan, alwo dan nach handwercksbrauch der fehlbare abgestrafft werden mag.

Sibentens solle ein jeder meister und gesell bey der ordinari halbjähriger umbfang 12 X auflaggelt zu geben schuldig seyn. wodañ 8 X zu der zech, die übrige 4 aber in die lad gehören.

Achtens, wan ein burger in das handwerckh aufgenommen werden will, hat er dem gemeinen handwerckh in die lad 1 fl, für den trunckh 1 fl und dem handwerksschreiber 15 X zu bezahlen, ist es aber ein ausburger, so zahlt derselbe in die lad 1 fl 30 X, für den trunckh 1 fl 30 X und dem handtwercksschreiber 15 X.»

Eine weitere charakteristische Bestimmung — die sich übrigens auch im Zunftbrief der Rotgerber findet — befasst sich mit dem Umgang mit weiblichen Familienangehörigen der Scharfrichter, den «freymans frauen». Mit Nachdruck wird gesagt, dass der Umgang «mit dergleichen leüthen» zu vermeiden sei. Ferner enthält der Brief die Bestimmung, dass beim Tode eines Meisters der Verstorbene von den vier jüngsten Mitmeistern zu Grabe getragen werden solle.

Ausser diesen mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse betonenden Vorschriften enthalten die Satzungen natürlich auch zahlreiche andere, die sich speziell mit der Berufslehre und mit dem Schutz der ansässigen Meister gegen die Konkurrenz fremder Meister und hausierender Handwerker befassen.

Abschliessend sei noch kurz auf die Entwicklung der beruflichen Organisation der Metzger hingewiesen. Wie aus einem Lehr- und Abschiedsbrief hervorgeht, waren die Arboner Metzger am Ende des 18. Jahrhunderts unmittelbar der Metzgerzunft der Stadt Sankt Gallen angeschlossen.³⁸

4. Die beruflichen Verbände in Bischofszell

Bischofszell, dieses am Zusammenfluss der Thur und der Sitter gelegene Städtchen, war wie Diessenhofen schon im 12. Jahrhundert von Wall und Mauer umgeben und erlangte auch schon frühzeitig Marktrechte und politische Selbstverwaltungsrechte (1350 Freibrief des Bischofs von Konstanz). Aber die Bildung der zunftmässigen Organisationen erfolgte trotzdem nur zögernd.

³⁸ Vgl. HMSG, Raum XXVI (Lehr- und Abschiedsbriebe für Carlle Victor Schlumpf von Johann Konrad Berchenmeyer, Bürger und Meister in Arbon, gesiegelt von Othmar Rietmann, Zunftmeister der Metzgerzunft der Stadt St.Gallen, 3. Juli 1792).

Zu den ältesten Spuren beruflicher Verbände gehören die städtischen Vorschriften über die Leinenindustrie. Schon im 15. Jahrhundert führte Bischofszell ein eigenes Schauzeichen für die Leinwand. Andererseits geht aus einem Schreiben der Konstanzer Leinenweber an den Stadtrat von Konstanz hervor, dass Bischofszell gegen Ende des 16. Jahrhunderts über eine sehr strenge Weberordnung verfügte; es wurde hier ein so schwieriges Meisterstück verlangt, dass selbst die Konstanzer Leinenweber darauf eifersüchtig wurden (1586).³⁹ Es scheint indessen, dass die Bischofszeller Leinenweber keine eigentliche Zunft bildeten. Immerhin bestanden schon damals zunftmässige Organisationen in der Form von Trinkstuben. Die sogenannte Herrentrinkstube ist im Jahre 1498 geschaffen worden; ihre Satzungen atmen noch ganz den Geist der mittelalterlichen Bürgerkultur.⁴⁰ Für die Gesellen diente dagegen die sogenannte Jungesellenstube als gemeinsamer Treffpunkt; auch diese Trinkstube bestand schon zu Beginn des 16. Jahrhunderts.⁴¹

Einen spürbaren Auftrieb erhielten die Handwerkerorganisationen Bischofszells in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Dies wird aus der gewerbepolitischen Regsamkeit der Behörden ersichtlich. Im Jahre 1650 wurde beispielsweise von Vogt und Rat kurzerhand bei Strafe verboten, bei fremden Schreincrn arbeiten zu lassen, solange der einheimische Handwerker in angemessener Weise den Bedarf zu decken vermöge.⁴² In dasselbe Horn stiess die am 6. April 1699 von Marquart Rudolf, Bischof von Konstanz, erlassene Polizei-Ordnung. In dieser Verordnung hat sich der Bischof ungewöhnlich eingehend mit dem Schutz der einheimischen Handwerker auseinandergesetzt. Obwohl nirgends von Zünften die Rede ist, spiegelt der Erlass, der bis 1798 in Kraft blieb, deutlich den Einfluss einzelner Berufsgruppen, namentlich der Rot- und Weissgerber, der Schneider, Schuster, Sattler, Säckler, Kupferschmiede und Metzger, sowie der Krämer. In Artikel 22 fordert die Verordnung: «Die Handwerker betreffend, so solle erstlich keiner dem anderen eintrag thun.» Und noch deutlicher wird der Gedanke des Gewerbeschutzes im Artikel hinsichtlich der Schneider dargelegt: «Dahero weil sich die Schneider beschwert, dass gewüsse Näherinnen und fremden Schneider in der Statt allerley Arbeit annehmen und stümpeln, so solle ein solches künftig nicht gelitten, sondern diejenigen, die sich desen underfangen, wurden alsogleich zur Straf gezogen werden.» Aehnlichen Wortlaut hatten die Bestimmungen über das Schuster- und Kupferschmiedehandwerk.⁴³

Die nur spärlich erhalten gebliebenen Urkunden erlauben uns keine sicheren Rückschlüsse hinsichtlich der Fachverbände der Bischofszeller Handwerker. Die Nähe der Stadt St.Gallen hat auch hier wie in Arbon teilweise zu einer Anlehnung an die dortigen Zünfte geführt. Dies gilt vor allem von den Metzgern,

³⁹ Vgl. Wielandt Friedrich, Meisterrecht und Meisterstück in Konstanz: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, N. F., Bd. 50, Heft 2/3 (1936), S. 465.

⁴⁰ Vgl. Knöpfli Albert, Handwerk und Gewerbe in alt Bischofszell: Handwerk und Gewerbe.

⁴¹ Vgl. Bridler Theodor, Das Gerichtswesen im alten Bischofszell: Bischofszeller Mappe, 1948.

⁴² Vgl. Knöpfli, eb.

⁴³ Vgl. BAB (Abschrift der Memorabilia EpiscopiceUana von Jos. Caspar Diethelm, 1. Bd., S. 316/329).

wie man aus einem Lehr- und Abschiedsbrief aus dem Jahre 1761 und einem Lehrbrief aus dem Jahre 1793 entnehmen kann.⁴⁴ Die beiden Urkunden bezeugen, dass die Bischofszeller Metzger der «loblichen Metzger Zunft» der Stadt Sankt Gallen angehörten. Auch die verschiedenen Zinngiesser scheinen sich – wie Albert Knöpfli vermutet – nach Sankt Gallen orientiert zu haben.⁴⁵ Dagegen haben die Gerber – zum mindesten am Ende des 18. Jahrhunderts – einen eigenen lokalen Fachverband gebildet: ein aus dem Jahre 1791 stammendes Zunftschild der Gerber ist noch heute erhalten.⁴⁶

5. Die beruflichen Verbände in den übrigen Orten

Eine verhältnismässig starke Entfaltung des Zunftwesens verzeichnete im übrigen namentlich auch das Unterseestädtchen **Steckborn**. Diese Ortschaft hat im Jahre 1313 das Recht auf den Wochenmarkt und gegen das Ende des 16. Jahrhunderts das Recht auf 2 Jahrmärkte erhalten. Die Entwicklung der Zunftorganisationen hat freilich nichtsdestoweniger erst im 18. Jahrhundert kräftig eingesetzt.⁴⁷ Die Gesamtzahl der einzelnen Verbände ist nun auf vier angestiegen, wobei die Schuster, die Küfer und die Schreiner besondere Fachverbände bildeten, während ein vierter Verband die Nadler, Drechsler («Styler») und Säckler umfasste. Es darf indessen angenommen werden, dass noch mehr Berufszweige zunftmässig organisiert waren. Wie im Jahre 1807 Joh. Jak. und Joh. Hch. Labhart in einer Petition an die thurgauische Regierung argumentierten, musste sich «bekannter dingen» vor 1798 «jeder Bürger, der sich einer Profession bediente, an diejenige Handwerksordnung anschliessen, welche zu seinem Fache geeignet war».⁴⁸

Die Gründung der meisten dieser Organisationen Steckborns fällt in die Mitte des 18. Jahrhunderts, sind doch von oben erwähnten vier Verbänden immerhin drei in den fünfziger und sechziger Jahren entstanden: nämlich die Schuster-Meisterschaft (etwa um 1750), der Handwerksverband der Küfer (1757) und die Schreinerzunft (1762). Etwas später – um 1775 – folgte die Meisterschaft der Nadler, Drechsler und Säckler. Die von diesen Verbänden ausgearbeiteten Handwerksordnungen haben interessanterweise zum Teil die ausdrückliche Genehmigung durch die «gnädigen Herren» zu Frauenfeld erhalten. Ausser den Satzungen der Schreiner, die von einer derartigen Bestätigung der Handwerksprivilegien sprechen⁴⁹, verweist auch ein Schreiben der Küfer aus dem Jahre 1824 darauf, dass die alte Handwerksordnung vom «ehemaligen Syndikat» bewilligt worden sei⁵⁰.

⁴⁴ Vgl. HMB.

⁴⁵ Vgl. Knöpfli, eb.

⁴⁶ Vgl. HMB.

⁴⁷ Vgl. TSA, IV 731.

⁴⁸ Vgl. TSA, IV 731 (Petition zur Wiederherstellung der Handwerksordnung im Namen der Säckler, 20. Februar 1807).

⁴⁹ Vgl. HMA (Abschrift der Zunftordnung der Schreinerzunft).

⁵⁰ Vgl. TSA, IV 731 (Eingabe der Küfer, 10. Januar 1824).

Die zunftmässigen Organisationen haben sich aber auch in verschiedenen Dörfgemeinden durchzusetzen vermocht. So schritten im Jahre 1763 die Schuster von **Ermatingen** zur Bildung einer Meisterzunft. Auch hier sind die Satzungen, wie in einer im Jahre 1818 der thurgauischen Regierung eingereichten Eingabe behauptet wird, vom Syndikat in Frauenfeld genehmigt worden.⁵¹ Die Vertreter der Metallgewerbe — einschliesslich der vereinzelter Zinngiesser — haben dagegen im Zunftwesen der Stadt Konstanz Rückhalt gesucht.⁵²

Wahrscheinlich ebenfalls im Laufe des 18. Jahrhunderts haben sich die Schuster von **Berlingen** zu einer Innung zusammengeschlossen. In einem Memorial aus dem Jahre 1822 berichten die Berlinger Marktschuster allerdings sehr selbstbewusst, dass die dortige Innung schon «seit undenklichen Zeiten» existiere.⁵³

Ferner verdient in diesem Zusammenhang der am Fusse des Ottenberges gelegene Marktflecken **Weinfelden** Erwähnung. Die am 13. Juni 1725 vom Obervogt Johann Ludwig Escher erlassene Metzgerordnung lässt auf eine straffe organisatorische Zusammenfassung der dortigen Metzger schliessen⁵⁴. Dasselbe gilt von den Bäckern. Sie haben am 20. März 1731 eine den Satzungen der Konstanzer Bäcker nachgebildete Bäckerordnung erhalten; aber im Gegensatz zur Metzgerordnung wurde diese Verordnung von J. L. Escher in der Funktion als thurgauischer Landvogt erlassen.⁵⁵ Im übrigen ist auch von Weinfelder Zinngiessern zu bemerken, dass sie sich zunftmässig Konstanz zuwandten (der Schmiedezunft).⁵⁶

Deutlich bekundet sich der Einfluss Konstanzs übrigens auch in Weinfeldens Nachbardorf **Märstetten**. Wie Friedrich Schaltegger nachgewiesen hat, befanden sich hier im 15. Jahrhundert etliche Häuser im Eigentum von Kaufleuten, die zur Konstanzer Zunft der Kaufleute im Thurgau gehörten⁵⁷. Die Mitglieder dieser Zunft waren, wie man auf Grund verschiedener Urkunden annehmen kann, hauptsächlich Konstanzer Bürger, die im Thurgau Geschäfte machten und zu diesem Zwecke in Märstetten eine Handelsniederlassung errichtet haben.

⁵¹ Vgl. TSA, IV 731 (Eingabe der Küfer, 10. Januar 1824).

⁵² Vgl. TSA, IV 731 (Memorial der Meisterschaften und Zunftgenossen von Ermatingen, Rikenbach, Gottlieben, Triboltingen und Tägerwilen, 19. April 1817); Knöpfli, Die Zinngiesserei, a. a. O.

⁵³ Vgl. TSA, IV 731 (Memorial der Berlinger Marktschuster, 7. Dezember 1822).

⁵⁴ Vgl. SAZ, A 337 (2).

⁵⁵ Vgl. Wäli, Geschichte der Herrschaft und des Fleckens Weinfelden, S. 291/292; SAZ, A 337 (1).

⁵⁶ Vgl. Knöpfli, eb.

⁵⁷ Vgl. Schaltegger Friedrich, Das Zunfthaus der Kaufleute im Thurgau: TZ, 21. Dezember 1926.

Zweites Kapitel

Die Epoche der Politik des *Laissez faire* von 1798 bis 1874

1. Das Aufkommen der ersten mechanischen Grossbetriebe

Der Zeitabschnitt von 1798, dem Jahr, da der Thurgau aus der Untertanenstellung gegenüber den 8 Alten Orten entlassen und kurz darauf der Helvetischen Republik einverleibt worden ist, bis 1874, dem Jahr der grundlegenden Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung, war nicht nur eine politisch, sondern auch wirtschaftlich sehr bewegte Epoche. Der Thurgau ist in diesem Zeitabschnitt unaufhaltsam in ein Gebiet mit stark industriellem Einschlag verwandelt worden. Zugleich hat sich auch die Struktur der Industrie und deren Produktionsweise grundlegend verändert. Es ist daher nicht ganz abwegig, von einer eigentlichen «industriellen Revolution» zu sprechen, umsomehr als das beschleunigte Tempo der industriellen Entwicklung stark von den früheren Verhältnissen absticht.

Die traditionelle Leinenindustrie konnte sich nun nicht mehr länger als thurgauische Exportindustrie halten. Sie machte im Verlaufe dieser wenigen Jahrzehnte einen bedenklichen Schrumpfungsprozess durch. Sie ist schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den grösseren Ortschaften fast durchwegs durch die besser gedeihende Baumwollindustrie verdrängt worden und konnte nur noch in den kleineren Landgemeinden mehr oder weniger gut weiterexistieren. Um 1837 waren die Erwerbsverhältnisse in der thurgauischen Leinenindustrie bereits so kärglich, dass Johann Adam Pupikofer zum Schlusse kam: «Wenn die Zeit und Mühe, welche dieselbe erfordert, nach dem Tagelöhnerpreis berechnet werden müsste, so überträfen die Unkosten den Verkaufspreis um das Doppelte oder Dreifache.»¹ Die Leinenindustrie gehörte also nicht mehr wie ehemals zu den tragenden Säulen des thurgauischen Volkswohlstandes. Vielfach diente sie nur noch zur Deckung des Eigenbedarfes der landwirtschaftlichen Gutsbetriebe.

Die Baumwollindustrie entfaltete demgegenüber in diesem Zeitabschnitt eine äusserst grosse Aktivität. Zwar machte sie wiederholt schwere Produktions- und Absatzkrisen durch (namentlich 1808/1817 und in den 1860er Jahren), doch wurde ihre dominierende wirtschaftliche Stellung dadurch nicht erschüttert. Sie ist sowohl in der Form der Spinnerei und Weberei, als auch in derjenigen der Färberei und Druckerei während allen Jahrzehnten im Thurgau wettbewerbsfähig geblieben. Ihre wichtigsten Standorte bildeten das Thur- und Murgegebiet; in den übrigen Kantonsteilen war die Baumwollindustrie dagegen nie so stark vertreten.

¹ Vgl. Pupikofer, Der Kanton Thurgau, S. 101.

Gegen das Ende der 1860er Jahre hat sich auch noch die Stickereiindustrie zu einem der wichtigsten Industriezweige des Thurgaus entfaltet. Dieser Industriezweig war in den Kantonen Sankt Gallen und Appenzell schon ein halbes Jahrhundert früher zu grosser Bedeutung gelangt, hatte aber interessanterweise bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts im Thurgau erst ganz vereinzelt Wurzeln geschlagen. Diese Zurückhaltung gegenüber der Stickereiindustrie machte nun jedoch einem lebhaften Interesse Platz. Wie aus den statistischen Erhebungen des Kaufmännischen Direktoriums in Sankt Gallen ersichtlich ist, beschäftigte die thurgauische Maschinenindustrie im Jahre 1872 bereits 1711 Personen.² Damit war der Thurgau beinahe über Nacht zu einem der wichtigsten Stickereigebiete der Schweiz geworden.

Von den übrigen Industriezweigen, die in diesem Zeitabschnitt einen starken Aufschwung erlebten, sind noch die Seidenindustrie und die Metallindustrie (Metallbearbeitung einschliesslich Maschinen) hervorzuheben. Die erstgenannte Industrie prosperierte namentlich im Oberthurgau (Arbon, später auch in Schönenberg und Hauptwil), während die letztere ihren Schwerpunkt zunächst in Frauenfeld, später in Arbon besass. Beide Industriezweige arbeiteten wie die Baumwollindustrie in einem wesentlichen Umfange auch für den Export.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auch noch auf die Bekleidungsindustrie, auf die Holzindustrie, die Lebensmittelgewerbe, die Graphische Industrie, die Industrie der Steine und Erden näher einzutreten. Wir möchten uns darauf beschränken zu erwähnen, dass auch diese Industriezweige eine Belebung erfuhren, allerdings unter Beibehaltung der vorwiegend lokalen oder regionalen Absatzorientierung.

Die Gesamtzahl der in der thurgauischen Industrie berufstätigen Personen erreichte gemäss der eidgenössischen Volkszählung des Jahres 1860 schon in diesem Jahre 17 502, womit die Industrie sogar die Zahl der in der Urproduktion berufstätigen Personen — die im gleichen Jahre mit 17 325 ausgewiesen wurde — leicht überflügelte. Auch wenn man berücksichtigt, dass bei der Landwirtschaft zahlreiche im Betriebe mitarbeitende Familienangehörige nicht als Berufstätige gezählt wurden, spricht dieses Zahlenverhältnis deutlich dafür, dass der Thurgau schon um 1860 nicht mehr ein «Bauernland» war. Ein ähnliches Bild ergibt die Volkszählung von 1870, nach deren Ergebnissen der Thurgau 18 354 in der Industrie und 20 180 in der Urproduktion berufstätige Personen (ortsanwesende Bevölkerung) zählte.

Nicht weniger eindrucksvoll als diese enorme Entwicklung der Zahl der industriellen Berufstätigen ist die in dieser Epoche eingetretene Umstellung in der Produktionsweise. Sie stand im Zeichen der ersten fabrikmässigen Grossbetriebe (wobei wir den Ausdruck fabrikmässig wie den Ausdruck handwerklich in seinem weitesten Sinne verstehen und ihn dementsprechend zur Kennzeichnung des Vorwiegens der Maschinenarbeit verwenden). Es ist das «Maschinenzeitalter», das nun in der thurgauischen Industrie seinen Einzug hielt.

² Vgl. Statistik der Maschinenstickerei, 1872, S. 10/20.

Das während der ganzen Epoche umfangreichste Fabrikunternehmen des Thurgaus war die Baumwollfärberei und -druckerei, welche um 1777 durch Bernhard Greuter in Islikon ins Leben gerufen worden war. Die Verbindung des Gründers mit dem Winterthurer Geschäftshaus Rieter verschaffte dem Unternehmen einen soliden Rückhalt (1798), sodass die Betriebsanlagen in Islikon bald darauf durch einen Zweigbetrieb in Frauenfeld ergänzt werden konnten (1805). Das Unternehmen ist auch unter den Nachfolgern Bernhard Greuters, der im Jahre 1822 starb, in weitsichtiger Weise ausgebaut worden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter konnte dadurch auf mehrere hundert erhöht werden. Einem Bericht von Rudolf Hanhart zufolge zählte zu Beginn der 1830er Jahre allein schon der Druckereibetrieb in Islikon gegen 300 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.³ Die gesamte Arbeiterzahl des Unternehmens bezifferte sich vorübergehend auf über 600.⁴ Sie hat auch noch gegen das Ende der 1860er Jahre, als sich die Absatzverhältnisse ungünstiger gestalteten, über 500 Arbeiter beschäftigt. Gemäss der Enquête der Thurgauischen Fabrikkommission, die damals durchgeführt wurde, zählte der Frauenfelder Betrieb 332, der Islikoner Betrieb 221 Arbeiter.⁵

Sehr bedeutenden Umfang erlangten auch die Baumwollwebereien Grüneck (bei Müllheim) und Weinfelden. Beide Fabriken beschäftigten gemäss der Enquête der Thurgauischen Fabrikkommission rund 250 Arbeiter. Nur wenig kleiner war die Seidenbandweberei Arbon, die im gleichen Zeitpunkt 207 Arbeiter zählte. Selbst die Maschinenfabrik von Franz Saurer in Arbon erreichte nur wenige Jahre später ebenfalls einen Bestand von über 200 Arbeitern (1870), was umso erstaunlicher erscheint, da dieser Betrieb um 1864 erst ein Dutzend Personen beschäftigte.

Freilich spielte in diesen ersten fabrikmässigen Grossbetrieben die Handarbeit noch eine ziemlich wichtige Rolle. Einzig bei der Baumwollspinnerei war man schon damals in breitem Masstabe zur Verwendung mechanischer Antriebskraft übergegangen. Aus dem Bericht der Thurgauischen Fabrikkommission geht hervor, dass die 6 thurgauischen Betriebe über insgesamt 214 PS Wasserkraft und 75 PS Dampfkraft verfügten (bei einer Gesamtzahl von rund 400 Arbeitern). Die grosse Baumwollfärberei und -druckerei Egg, Ziegler, Greuter & Co. umfasste demgegenüber nur insgesamt 30 PS Wasserkraft (im Frauenfelder Betrieb) und 35 PS Dampfkraft (wovon 15 PS im Frauenfelder Betrieb und 20 PS im Islikoner Betrieb). Ungefähr gleich stark waren die beiden Baumwollwebereien Grüneck und Weinfelden mit mechanischer Antriebskraft ausgerüstet (64 bzw. 80 PS Wasserkraft), während die beiden grossen Arboner Unternehmen erst in weitem Abstände folgten: die Seidenbandweberei mit 3 PS Dampfkraft und die Maschinenfabrik von Franz Saurer mit insgesamt 8 PS motorischer Antriebskraft (Dampfkraft) und — man verwundere sich nicht — einem Pferdegöppel.

³ Vgl. Hanhart, Beschreibung des Fabrikorts Islikon und Lebensgeschichte von Bernhard Greuter; Thurgauisches Neujahrsblatt 1833, S. 16.

⁴ Vgl. TSA (Handelsenquête von 1843).

⁵ Vgl. Bericht über das thurgauische Fabrikwesen: TSA (Enquête der Thurgauischen Fabrikkommission).

II. Die Erschütterung der ständischen Gesellschaftsordnung durch den Individualismus

«Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!» So lautete die Losung der liberal-demokratischen Bewegung, die am Vorabend des 19. Jahrhunderts im Thurgau den politischen Sieg errang und dabei zugleich der traditionellen ständischen Gesellschaftsordnung einen ersten schweren Stoss versetzte, indem sie die rechtlich verankerten Standesunterschiede beseitigte. Die liberal-demokratische Bewegung richtete sich aber nicht nur gegen einzelne offensichtliche Mängel des Ständewesens, sondern überhaupt gegen alles, was an die ständische Gesellschaftsordnung erinnerte. Den Standesprivilegien wurden die individuellen Freiheitsrechte gegenübergestellt, wozu nicht zuletzt auch die Handels- und Gewerbefreiheit zählte. Es gehört jedoch mit zur Tragik der liberal-demokratischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, dass sie sich von der Freiheitsidee blenden liess, sodass sie die Gefahr der Ueberteigerung der Forderung nach persönlicher Freiheit nicht genügend erkannte. Die Freiheitsidee wurde daher vielfach zu einer blossen Maxime des persönlichen Interesses entwertet, ohne dass im Namen der Freiheit dieser Verfälschung der Idee entgegengetreten wurde.

Von besonderer Tragweite für die gesellschaftliche Entwicklung war es, dass sich der Durchbruch des Individualismus im Zeichen eines verstärkten Strebens nach wirtschaftlichem Reichtum vollzog. Die Verbesserungen der industriellen Produktionsweise waren kaum dazu angetan, auf weise Mässigung des Erwerbsstrebens hinzulenken, sondern trugen womöglich noch zu dessen Entfesselung bei. Von einsichtigen Persönlichkeiten wurde dies schon bald nach dem Auftreten der ersten grossen Fabriken klar erkannt. In diesem Sinne äusserte sich beispielsweise auch der thurgauische Antistes J. M. Sulzberger, der im Jahre 1815 in einer Ansprache zur Frage eines kantonalen Fabrikgesetzes Stellung nahm und bei dieser Gelegenheit auf die ungünstigen Auswirkungen der Fabriken hinwies: «Neben dem mehr glänzenden Geldvorteil, den diese Zustände bringen, ist das Postulat eine alle Vorstellung übersteigende Versunkenheit des physischen und moralischen Menschen, neben der Anhäufung grossen Reichtums in den Händen einiger konnigen (= Erfolgreicher), die bitterste Armut in Begleit aller Schlechtigkeit, welche diese beiden Extreme zu allen Zeiten in der Welt gewirkt haben».⁶ In ähnlicher Weise hat im Jahre 1836 der thurgauische Staatskassier J. C. Freymuth den Grundzug der neuen Wirtschaftsgesinnung aufgezeigt: «Das Streben nach Erwerbsmitteln, um sich Genuss zu verschaffen, war wohl bei keiner früheren Generation so ausgeprägt, wie bei der gegenwärtigen».

Drängte die Betonung der persönlichen Freiheit zur Atomisierung der Gesellschaft, so sorgte andererseits die Notdurft des Lebens dafür, dass sich die Einzelnen wiederum zu Schicksalsgemeinschaften zusammenschlossen. Diese Reak-

⁶ Vgl. TSA (Ansprache von Antistes Sulzberger vom 1. Dezember 1815).

⁷ Vgl. Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen im Kanton Thurgau, Verhandlungen 1836, S. 2/3.

tion lässt sich besonders gut am Beispiel der Handwerker verfolgen. Die Handwerksmeister haben sich bereits wenige Jahre nach 1798 wieder in aller Form um die Wiederherstellung des Zunftwesens bemüht, da sie keine andere Möglichkeit sahen, um ihre gefährdete wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung hinreichend zu festigen. Die gesetzgebenden Behörden zeigten indessen wenig Lust, den Wünschen der Handwerksmeister zu entsprechen. Sie hielten es für klüger, die Antragsteller auf die Zukunft zu trösten, und als sie dem unermüdlichen Drängen schliesslich nicht mehr länger widerstehen konnten und am 7. Juni 1826 einer kantonalen Handwerksordnung zustimmten, war es die Regierung, welche ihrerseits nur zögernd an den Vollzug des Gesetzes herantrat. Noch bevor eine Vollziehungsverordnung erlassen wurde, wurde das Gesetzeswerk zu einer Beute der im Jahre 1830 stürmisch hervorbrechenden thurgauischen Regenerationsbewegung, zu welcher die zündend geschriebene Schrift Thomas Bornhausers «Ueber die Verbesserung der thurgauischen Staatsverfassung» (Trogen 1830) das Zeichen gegeben hatte. Die im Anschluss daran ausgearbeitete neue Kantonsverfassung, die im Frühjahr 1831 durch die Volksabstimmung sanktioniert wurde, machte dementsprechend aus ihrer Ablehnung des während der Restauration (1814/1830) eingeschlagenen politischen Kurses kein Hehl. Es wurde nun noch stärker als bisher der Akzent auf die individuellen Freiheitsrechte — namentlich auf die Pressefreiheit, Arbeits-, Erwerbs- und Handelsfreiheit, Verkehrsfreiheit und Niederlassungsfreiheit — gelegt. Sehr bezeichnend für die individualistische Haltung ist ferner die Verfassungsbestimmung, welche das Eigentum heilig erklärt. Dieser Kranz von verfassungsmässigen Freiheitsrechten ist anlässlich der Revision von 1849 ausserdem noch durch das «Recht, Vereine zu bilden und öffentliche Versammlungen zu halten» ergänzt worden (in Uebereinstimmung mit der Bundesverfassung von 1848, welche ebenfalls das Vereinsrecht ausdrücklich anerkennt). Dagegen wurde der Verfassungsartikel über das Eigentumsrecht insofern etwas abgeschwächt, als das Eigentum nun als unverletzlich bezeichnet wurde. Die 1869 folgende Revision der Kantonsverfassung brachte endlich auch noch die volle «Glaubens- und Kultusfreiheit», die durch die früheren Kantonsverfassungen nur für die christlichen Konfessionen anerkannt worden war.

Die in dieser Epoche eingetretene Entwicklung zeigt eindringlich, dass ein Verharren bei der ständischen Gesellschaftsordnung oder eine Rückkehr zu dieser im Thurgau scheiterte. Was aber auch der Gesetzgeber nicht verhindern konnte, war die wachsende klassenmässige Aufspaltung der industriellen Berufstätigen. Das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestaltete sich immer weniger im Geiste der Gemeinschaft. So suchte und fand der um seine materielle Existenz ringende industrielle Arbeitnehmer seinen Rückhalt in der klassenmässigen Schicksalsgemeinschaft. Die klassenmässige Struktur der in der thurgauischen Industrie berufstätigen Personen war allerdings vorläufig noch wenig ausgeprägt. Die thurgauischen Industriearbeiter verfügten zwar im Allgemeinen über Löhne, die eher niedriger waren als diejenigen ihrer Berufsgenossen in den grossen Städten, aber die Lebensführung war dagegen meist durch grössere Sparsamkeit gekennzeichnet, was mit dazu beitrug, dass auch die einfachen Arbeiterfamilien eigenen Grund und Boden

erwerben konnten. Die thurgauischen Industriearbeiter lebten daher wohl in armen, nicht aber in ausgesprochen proletarischen Verhältnissen. Wir begreifen daher, dass es der thurgauische Historiker J. J. Häberlin ablehnte, die thurgauischen Fabrikarbeiter kurzerhand als «Proletariat» abzustempeln (1876).⁸ Andererseits wäre es aber nicht weniger falsch, die damaligen Lebensverhältnisse der Industriearbeiter zu beschönigen. Wie sehr auch in der thurgauischen Industrie bedenkliche Arbeitsverhältnisse vorkamen, bezeugt der Erlass eines kantonalen Fabrikgesetzes im Jahre 1815.⁹ Die am 22. Dezember 1815 erlassene «Verordnung über Beschulung und Beaufsichtigung der bei den Arbeiten in Fabriken angestellten Kinder» betrachtete nämlich eine täglich 12 bis 14 Stunden dauernde Beschäftigung keineswegs als untragbar, sondern hat sie ausdrücklich erlaubt, sofern dadurch nicht die Schulung der Kinder behindert würde und sofern die Arbeitgeber hinsichtlich der Nacht- und Sonntagsarbeit etc. die zwingenden Vorschriften einhielten. Der Vollzug des Fabrikgesetzes im darauf folgenden Jahre hat gezeigt, dass trotz der sehr bescheidenen gesetzlichen Forderungen eine Ueberwachung der Kinderarbeit in den Fabriken durchaus nicht überflüssig war. Leider trat die Verordnung schon am 18. April 1817 wieder ausser Kraft, da es die Behörden versäumten, weiterhin die Einhaltung der Vorschriften zu überwachen. Die Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung tauchte jedoch später von neuem auf. Seit dem Jahre 1859, da sich die thurgauische Regierung an einer vertraulichen Besprechung der am Abschluss eines interkantonalen Fabrikgesetz-Konkordates interessierten Kantone vertreten liess, kam dieses Thema nicht mehr zur Ruhe. Die Ausarbeitung eines kantonalen Fabrikgesetzes blieb indessen auf halbem Wege stecken. Die zur Abklärung verschiedener umstrittener Einzelheiten durch den Grossen Rat des Kantons Thurgau am 16. Februar 1866 eingesetzte Thurgauische Fabrikkommission gab zwar mit ihrem 1869 veröffentlichten Bericht dem Gedanken der Arbeiterschutzgesetzgebung neuen Auftrieb, doch wurde im Hinblick auf den baldigen Erlass eines schweizerischen Fabrikgesetzes von einem entsprechenden kantonalen Gesetzeserlass — entgegen dem Antrage der Fabrikkommission — gänzlich abgesehen. Das einzige positive Ergebnis erzielten die Befürworter eines kantonalen Fabrikgesetzes im Rahmen der Revision der Kantonsverfassung im Jahre 1869; die Verfassung erhielt nun eine Bestimmung, welche es zur Aufgabe der Gesetzgebung machte, «Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu heben, sowie das Wohl und die Gesundheit der arbeitenden Klassen zu schützen und zu fördern».

III. Der Zerfall der zunftmässigen Organisationen und die Anfänge der modernen beruflichen Verbände

In keinem andern Abschnitt der Geschichte der beruflichen Verbände herrschte eine so weitgehende Unstabilität der Organisationen wie gerade im 19.

⁸ Vgl. Häberlin, *Der Kanton Thurgau*, S. 192/193.

⁹ Das Gesetz wurde in den meisten Teilen dem kurz vorher erlassenen zürcherischen Fabrikgesetz nachgebildet.

Jahrhundert, dem «Jahrhundert des Laissez faire» (E. H. Carr). Einerseits brachte dieses Jahrhundert das Ende der zunftmässigen Organisationen, und andererseits bildete es den Ausgangspunkt der modernen beruflichen Verbände. Viele der heutigen Verbände gehen sogar unmittelbar auf das 19. Jahrhundert zurück, sodass man diese Zeit geradezu als die Wiege des modernen Verbandswesens bezeichnen kann. Es war die Zeit der Experimente — auch auf dem Gebiete der Verbandsbildung.

Während den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts standen noch immer die zunftmässigen Organisationen im Vordergrund des thurgauischen Verbandswesens. Ihnen zur Seite traten indessen sehr bald auch einzelne **gemeinsame Versicherungs- und Hilfskassen**. Diese neuen Organisationen haben sich im Laufe der Jahrzehnte sogar recht erfolgreich durchgesetzt. Sie hatten insofern eine gewisse Aehnlichkeit mit den zunftmässigen Organisationen, als auch sie auf das vertrauensvolle Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hienzielten und grossen Wert auf traditionelle Formen legten. Aber im Gegensatz zu den zunftmässigen Organisationen war hier die Zielsetzung und Tätigkeit vor allem auf die Durchführung spezieller wirtschaftlicher Unterstützungszwecke gerichtet.

Weit radikaler als die gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen haben die getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit den überlieferten Verbandsformen gebrochen. Die Bildung derartiger beruflicher Verbände hat in der thurgauischen Industrie ungefähr in den 1840er Jahren eingesetzt und zwar hatten die Arbeitgeber hierbei die Führung. Letztere haben bereits um 1843 mit kühnem Schwung die Gründung einer kantonalen und nationalen Spitzenorganisation an die Hand genommen. Die überstürzte Gründung hatte allerdings nicht lange Bestand. Sowohl der kantonale Handels- und Gewerbeverein als auch der Schweizerische Gewerbeverein sind bald nach ihrer Gründung um 1843 wieder erloschen. Es bedurfte noch weiterer intensiver Anstrengungen, bis die Arbeitgeber das gesteckte Ziel der Schaffung dauernder kantonalen und nationaler Verbände erreichten. Auf der Seite der Arbeitnehmer setzte die Bildung beruflicher Verbände im Thurgau erst im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts ein. Die Vorläufer hiefür bildeten die deutschen Arbeiterbildungsvereine und die Grütlivereine. Diese Organisationen, denen anfänglich vielfach auch Handwerksmeister etc. angehörten, haben sich in der Folge zusehends zu eigentlichen Arbeitnehmerorganisationen entwickelt. Typische Arbeitnehmerorganisationen waren dagegen schon damals die **Gewerkschaften**, d. h. die auf die gemeinsame Beeinflussung der Arbeits- und Lohnverhältnisse gerichteten Arbeitnehmerorganisationen. Als die erste Gewerkschaft auf thurgauischem Boden ist, wie es den Anschein hat, die «Typographia Frauenfeld» zu betrachten, die im Jahre 1863 als die Buchdrucker-Gewerkschaft des Platzes Frauenfeld gegründet worden ist. Die Organisation hat bezeichnenderweise schon im Gründungsjahr den Anschluss an den kurz zuvor gegründeten gesamtschweizerischen Fachverband der Buchdrucker, den Schweizerischen Typographenbund, gesucht und gefunden.

Trotz der Bildung getrennter Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist es vorläufig noch nicht zu grösseren kollektiven Arbeitsstreitigkeiten

in der thurgauischen Industrie gekommen. Die organisatorische Scheidung war also dem Arbeitsfrieden nicht ohne weiteres abträglich. Diese Tatsache ist sehr zu beachten, da in andern Industriegebieten die Spannungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern z. T. bereits ein unheilvolles Ausmass gewonnen hatten.

Fassen wir die in dieser Epoche hervortretenden Wesensmerkmale der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie zusammen, ergibt sich im grossen und ganzen folgendes Bild:

1. Die Bedeutung der gemeinsamen Organisationen wurde nun erheblich vermindert, während sich anderseits eine beachtliche Zahl von getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildeten.
2. Die meisten Verbände umfassten nun Angehörige einer Mehrzahl von Berufen, waren also dem Wesen nach als Industrieverbände anzusprechen.
3. Obwohl viele Verbände auch in dieser Epoche nur ein sehr kleines Verbandsgebiet umfassten, ist die Tendenz zur Bildung grösserer Verbandsgebiete unverkennbar erstarkt und hat in der Gründung von Kantonal- und Landesverbänden ihren ersten Niederschlag gefunden.
4. An die Stelle der weitgehend universellen Zielsetzung und Tätigkeit trat nun immer deutlicher die Spezialisierung der Verbände.
5. Die rechtliche Form der Verbände war nun in der Regel die Form freier Vereine.

In der Epoche der Politik des «Laissez faire» ist das Verhältnis der beruflichen Verbände zum Staat ein besonders lockeres geworden. Der Staat zeigte nicht mehr die Bereitschaft, dem Verbandswesen seine ausdrückliche Anerkennung oder gar seine Förderung zu gewähren. Der einzige wesentliche Vorstoss, der im Thurgau in dieser Beziehung unternommen wurde, war die Handwerksordnung von 1826, die aber praktisch auf dem Papier blieb. In diesem Gesetz wurde vorgesehen, dass die Handwerker zu obligatorischen Handwerksgesellschaften zusammenzufassen seien. Dieser Versuch zur Errichtung öffentlich-rechtlicher Berufs-Körperschaften ist jedoch rasch wieder in Vergessenheit geraten, und als im Jahre 1859 das Privatrechtliche Gesetzbuch für den Kanton Thurgau erlassen wurde, überliess dieses die Verbände weiterhin einer praktisch fast unbeschränkten Gestaltungsfreiheit. — Natürlich hat man in Uebereinstimmung mit der freiheitlichen Grundhaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch von einer polizeilichen Unterdrückung der beruflichen Verbände abgesehen. Die Verbandsbildung wurde also auch nicht durch Verbote dieser Art in Fesseln geschlagen.

1. Die getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

A. Die Arbeitgeberorganisationen

Gewisse Ansätze zu Arbeitgeberorganisationen lassen sich bereits bei manchen zumftnässigen Organisationen nachweisen. Eine deutliche Abkehr vom

Typus der gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgte aber damals noch nicht, selbst nicht im Falle der sogenannten Meisterschaften. Eigentliche Arbeitgeberorganisationen haben sich in der thurgauischen Industrie erst im Laufe der 1830er Jahre zu bilden begonnen.

Soweit sich die spärlichen Quellen über die Entwicklung der ersten thurgauischen Arbeitgeberorganisationen überblicken lassen, handelte es sich zunächst um nur locker organisierte lokale Vereine, teils mit wirtschaftlichen, teils mit kulturellen Zielen. Eine der ersten derartigen Organisationen entwickelte sich in Bischofszell. Wie aus einem anfangs der 1870er Jahre zusammengestellten Vereinsverzeichnis hervorgeht, nahm der in jenem Zeitpunkt bestehende Gewerbeverein Bischofszell schon im Jahre 1839 seinen Anfang.¹⁰ Ungefähr um die gleiche Zeit haben sich auch die Handwerksmeister von Frauenfeld enger zusammengeschlossen. Die hier seit 1823 bestehende Kasse zur Unterstützung der kranken Gesellen scheint dabei den Ausgangspunkt gebildet zu haben, denn die zur Durchführung der Krankenkasse vereinigten Arbeitgeber haben sich in den 1840er Jahren z. B. auch mit Fragen der Lehrlingsausbildung befasst und im Jahre 1845 in Verbindung mit der Schulvorsteherschaft Frauenfeld eine «Schreib- und Zeichnungsschule für die Lehrknaben» gegründet. So hat sich gleichsam unter der Hülle der sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer umfassenden Organisationen eine reine Arbeitgeberorganisation konstituiert.¹¹

Schon bald nach dem Auftauchen dieser ersten lokalen Arbeitgeberorganisationen haben sich überdies kantonale und nationale Verbände gebildet.¹² Schon im Jahre 1843 wurde vom Gewerbeverein Zofingen (Kanton Aargau) die Initiative zur Gründung eines Schweizerischen Gewerbevereins ergriffen. Hauptsächliches Ziel des Zusammenschlusses bildete die Stellungnahme zugunsten der schweizerischen Zollunion. An der Gründung beteiligten sich auch thurgauische Interessenten, die sich in der Form eines kantonalen Handels- und Gewerbevereins der schweizerischen Organisation angeschlossen.¹³ Der organisatorische Vorstoss hatte jedoch viel zu stark spekulativen Charakter. Schon nach der zweiten Hauptversammlung, die im Jahre 1845 in Solothurn stattfand, löste sich die schweizerische Organisation wieder auf. Dieser Misserfolg schreckte aber den Gewerbeverband Aarau nicht ab, im Jahre 1847 erneut die Gründung einer schweizerischen Organisation an die Hand zu nehmen. Auch dieser Verband, der unter der Bezeichnung Eidgenössischer Gewerbeverein sein Glück versuchte, im übrigen aber die gleiche Zielsetzung wie die vier Jahre früher gegründete Organisation verfolgte — erlitt schon nach kürzester Zeit Schiffbruch.

Wesentlich günstiger erging es dem Thurgauischen Handwerkerverein, der sich im Jahre 1848 bildete. Diese Organisation hatte immerhin bis in die 1860er Jahre Bestand. Dasselbe gilt von dem auf Anregung der kantonal-zürcherischen

¹⁰ Vgl. TSA (Vereinsverzeichnis, wahrscheinlich vom Jahre 1873).

¹¹ Vgl. Meisterschaft Frauenfeld, Gedenkschrift, S. 18.

¹² Vgl. Schweizerischer Gewerbeverband, Festschrift, S. 25/26.

¹³ Vgl. Häberlin, Geschichte des Kantons Thurgau, S. 314/315.

Gewerbevereine im Februar 1849 gegründeten Schweizerischen Gewerbeverein; auch diese Organisation stellte ihre Tätigkeit erst um 1864 wieder ein.

Im Gegensatz zu den 1843 entstandenen Organisationen verfolgten diese beiden neuen Gründungen eine wesentlich umfassendere Zielsetzung: neben den handelspolitischen Massnahmen wurden nun auch den Massnahmen zur Berufsbildung etc. grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Beachtenswerte Aktivität bewiesen sie ferner auf dem Gebiete des Ausstellungswesens. Der Thurgauische Handwerkerverein führte bereits im Jahre 1850 eine erste kantonale Gewerbeausstellung durch; um 1855 folgte eine zweite. In ähnlicher Weise hat sich die schweizerische Organisation, welcher sich der Thurgauische Handwerkerverein im Jahre 1855 als Kantonalverband anschloss, in massgeblicher Weise an der schweizerischen Landesausstellung von 1857 beteiligt.

Im Rahmen des am 27. April 1848 konstituierten Thurgauischen Handwerkervereins hat sich noch im Laufe des Gründungsjahres der Bezirksverein Frauenfeld gebildet, wobei die Meisterschaft Frauenfelds diesem zu Gevatter stand.¹⁴ Die regionale Untergliederung des Kantonalverbandes war indessen nur von geringer praktischer Bedeutung. Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich anfangs 1859 auf rund 100.¹⁵

Einen neuen Aufschwung erlebten die Arbeitgeberorganisationen gegen das Ende der 1860er Jahre. Dem im Spätherbst 1866 ergangenen Aufruf zur Gründung einer gewerblichen Lesegesellschaft in Frauenfeld haben 24 Interessenten Folge geleistet. Die Anregung ist also nicht unbeachtet geblieben, und schon am 2. Januar 1867 erhielt die Organisation ihre ersten Statuten. Diese umschrieben die Zielsetzung der Gesellschaft im Artikel 1 wie folgt: «Die gewerbl. Lesegesellschaft hat zunächst den Zweck, den Tit. Mitgliedern des Handwerker- und Gewerbestandes durch vorzugsweise gewerbliche Lektüre die Mittel in die Hand zu geben, sich auf der Höhe der Zeit zu erhalten; im weiteren strebt sie die Gründung eines Gewerbevereines an, der ebensowohl die Mehrung der materiellen als die Förderung der geistigen Interessen des Gewerbestandes zu seinen Aufgaben zu machen hätte.» Die bereits in dieser Bestimmung angedeutete Absicht, die gewerbliche Lesegesellschaft zu einem eigentlichen Gewerbeverein auszugestalten, ist im Jahre 1877 in aller Form vollzogen worden. Tatsächlich wurde der Tätigkeitsbereich der Organisation schon vorher nach jener Richtung ausgeweitet, namentlich durch die Veranstaltung von Vorträgen und durch die tatkräftige Förderung der örtlichen Fortbildungsschule.¹⁶

Zur Bildung eines neuen Kantonalverbandes und einer neuen schweizerischen Organisation der Gewerbetreibenden kam es im Jahre 1869. Nun wurde die «Handels- und Gewerbe-Gesellschaft des Kantons Thurgau» ins Leben gerufen.¹⁷ Eine entsprechende schweizerische Organisation entstand gleichzeitig unter der Bezeichnung «Schweizerischer Gewerbeverein», unmittelbar gefolgt

¹⁴ Die Eröffnungssitzung erfolgte am 15. Oktober 1848. Vgl. TKB, L 181 (Rede von J. Sulzberger, gehalten bei der Gründung des Handwerker-Vereins des Bezirkes Frauenfeld); Meisterschaft Frauenfeld, Gedenkschrift, S. 18.

¹⁵ Vgl. TZ, 4. Mai 1859.

¹⁶ Vgl. BAF (Protokoll der gewerblichen Lesegesellschaft 1866/1877).

¹⁷ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1949.

vom «Schweizerischen Handels- und Industrieverein». Der Schweizerische Gewerbeverein ist indessen bald wieder versandet. Seine einzige grössere Aktion blieb die im Jahre 1870 an die Bundesversammlung gerichtete Petition zum handelspolitischen Schutze des einheimischen Gewerbes.¹⁸ Besseren Erfolg hatte der Schweizerische Handels- und Industrieverein, dessen Gründung im Frühjahr 1869 von der Handels-Commission des Kantons Glarus angeregt worden ist; die definitive Konstituierung des Vereins erfolgte allerdings erst anlässlich der Delegiertenversammlung vom 12. März 1870 in Bern (wobei auch die Handels- und Gewerbe-Gesellschaft des Kantons Thurgau, die an der ersten Delegiertenversammlung vom 15. November 1869 noch fehlte, zugegen war).¹⁹ Diese Organisation hat sich in der Folge als dauerhaft erwiesen. Sie hat als repräsentativer Landesverband der Fabrikindustrie und des Grosshandels bald eine recht einflussreiche Stellung erlangt.²⁰

Ungefähr um die gleiche Zeit, da die «Handels- und Gewerbe-Gesellschaft des Kantons Thurgau» gegründet worden ist, sind auch die ersten Fachverbände der industriellen Arbeitgeber in der Schweiz entstanden. Wohl die erste gesamtschweizerische Organisation dieser Art war der Schweizerische Buchdruckerverein, der 1869 gegründet worden ist. Nur wenig später hat auch die Textilindustrie einen ersten schweizerischen Fachverband erhalten, den Schweizerischen Spinner-, Zwirner- und Weber-Verein; dieser Verband zählte bereits im Jahre 1870 ebenfalls zu den Unterverbänden des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins.²¹ Es mag auffallen, dass dieser Dachverband, der ja von seinen Gründern als Spitzenorganisation der kantonalen und lokalen Organe des schweizerischen Handels- und Industriestand gedacht gewesen war, auch den Fachverbänden ohne weiteres die Möglichkeit der Mitgliedschaft einräumte. Wir ersehen daraus, dass es den leitenden Männern der jungen Organisation sehr daran gelegen war, dem statutarischen Zweck, «Angelegenheiten, welche die Interessen des gesamten schweizerischen Handels- und Industrie-Standes berühren, gemeinschaftlich zu beraten und zu vertreten», in möglichst grosszügiger Weise Rechnung zu tragen. Auch im engeren Gebiete des Thurgaus hat sich übrigens schon zu Beginn der 1870er Jahre die Tendenz zur Bildung von Fachverbänden geltend gemacht, wie die im Jahre 1872 erfolgte Gründung des Schuhmachermeisterverbandes Frauenfeld beweist.²²

B. Die Arbeitnehmerorganisationen

Im Gegensatz zu den Arbeitgeberorganisationen haben sich die Arbeitnehmerorganisationen im grossen und ganzen viel stärker verzweigt. Wir können

¹⁸ Vgl. Schweizerischer Gewerbeverband, Festschrift 1879/1929, S. 31.

¹⁹ Vgl. Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein, Gedenkschrift 1870/1882. S. 2/12.

²⁰ Ein Antrag der thurgauischen Handels- und Gewerbe-Gesellschaft, auch das Gewerbe im Verband zu berücksichtigen, wurde infolge der Aussichtslosigkeit einer Annahme wieder zurückgezogen.

²¹ Vgl. Gerster, Die Arbeitgeberorganisationen der Schweiz, S. 7 u. 10.

²² Vgl. Thurgauischer Gewerbeverband, Jubiläumsschrift, S. 46.

daher schon in den 1860er Jahren, da sich die thurgauischen Industriearbeiter zusehends zu organisieren begannen, verschiedene Hauptzweige von Organisationen unterscheiden: wirtschaftliche, kulturelle und politische Arbeiterorganisationen, sowie — seit 1873 — gleichsam als Ueberbau dieser verschiedenen Zweige von Organisationen: der (alte) Schweizerische Arbeiterbund.

a. Die Arbeitnehmerorganisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung

Die erste Arbeitnehmerorganisation mit weitgehend universeller Zielsetzung war in unserm Lande der **Schweizerische Arbeiterbund**, der an Pfingsten 1873 ins Leben gerufen wurde. Diese unter Beteiligung von Vertretern der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Arbeiterorganisationen zustande gekommene Spitzenorganisation der schweizerischen Arbeitnehmer war zugleich ein Versuch, die Gefahr einer unfruchtbaren Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu bannen. Diese Gefahr, die in anderen Teilen der Schweiz schon einige Jahrzehnte früher ihr Haupt erhoben hatte, war bekanntlich durch die im Jahre 1864 erfolgte Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation nicht vermindert, geschweige denn beseitigt worden. So war es dem Schweizerischen Arbeiterbund vorbehalten, einen ersten kräftigen Vorstoss zur Bildung einer Arbeitnehmerorganisation mit weitgehend universeller Zielsetzung zu unternehmen. Sein Ziel war, wie aus der programmatischen Erklärung hervorging, «die Vereinigung aller Arbeitergesellschaften zu einem Bunde, um sich über die Mittel zur einstweiligen Verbesserung des Arbeitslosen zu verständigen und zur endlichen Ersetzung des Arbeitslohnes durch Arbeitsertrag mittels Produktivgenossenschaften und damit zur Aufhebung aller Klassenherrschaft zu gelangen.» Die Mitglieder des Arbeiterbundes sollten alle auf die geistige und materielle Hebung der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen unterstützen, wobei in der programmatischen Erklärung gleich eine ganze Reihe konkreter Postulate angeführt wurden.²³

Es steht fest, dass von den zu jener Zeit im Kanton Thurgau bestehenden Arbeitnehmerorganisationen zum mindesten der Deutsche Verein Frauenfeld unmittelbar Mitglied des Schweizerischen Arbeiterbundes geworden ist.²⁴ Ob auch einzelne andere deutsche Arbeiterbildungsvereine des Thurgaus mitmachten, ist dagegen unsicher. Wahrscheinlich haben sie — wie auch die Grütlivereine, Gewerkschaften und Krankenkassen — eine passive Haltung eingenommen.

b. Die wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen

Bei den wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen haben wir zu unterscheiden zwischen den Gewerkschaften, welche sich u. a. in massgeblicher

²³ Vgl. Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, S. 123/124; Farner, Die Geschichte des Schweiz. Arbeiterbundes, S. 18.

²⁴ Die Mitgliedschaft ist jedoch schon im folgenden Jahr infolge Meinungsverschiedenheiten wieder aufgelöst worden. Vgl. Felleisen, 1. Juni 1874 (Nr. 12).

Weise mit der direkten Beeinflussung der Arbeits- und Lohnverhältnisse befassen, und den reinen Unterstützungskassen etc., welche sich einer solchen Einflussnahme auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse enthalten. So klar sich aber auch die Scheidung zwischen diesen beiden Gruppen von wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen theoretisch nachweisen lässt, so schwer fällt es, die beiden Gruppen in ihrer Entwicklungsgeschichte scharf auseinanderzuhalten. Wir können es uns daher ersparen, einen derartigen fragwürdigen Trennungsstrich bei der Darstellung der Geschichte der wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen zu ziehen. Leider gestattet uns das nur spärlich erhaltene Quellenmaterial ohnehin nicht, weit auszuholen.

Als die eigentlichen Pioniere in der Gründung wirtschaftlicher Arbeitnehmerorganisationen können im Thurgau — ähnlich wie in manchen andern Gebieten — die Buchdrucker bezeichnet werden. Diese Gruppe von Berufsarbeitern verfügte schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Frauenfeld über eine sogenannte «Viatikumskasse» zur Ausrichtung von Wanderunterstützungen an durchreisende Buchdruckergehilfen. Aus dieser Kasse hat sich schliesslich in aller Form eine Gewerkschaft herausgebildet, die «**Typographia Frauenfeld**».²⁵ Dieser Schritt von der blossen Unterstützungskasse zur Gewerkschaft wurde am 2. Februar 1863 vollzogen, also zu einem verhältnismässig späten Zeitpunkt, wenn man bedenkt, dass in den grösseren Städten in der Regel schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts derartige Organisationen ihren Anfang genommen hatten.

Es besteht kein Zweifel, dass die Gründung des Schweizerischen Typographenbundes von 1858 bzw. 1861 anspornend auf die Frauenfelder Buchdrucker gewirkt hat, und sie haben denn auch keinen Augenblick gezögert, sich diesem Landesverband als Sektion anzuschliessen. Noch während des Gründungsjahres konnte der Mitgliederbestand der «Typographia Frauenfeld» von 8 auf 12 gesteigert werden. Ueberdies gelang es der unter der Leitung von G. Seiler stehenden Sektion, die ausdrückliche Anerkennung der am Platze Frauenfeld ansässigen Buchdruckermeister zu gewinnen. Die Sektion hat es nicht unterlassen, die von ihr am 14. März durchberatenen Statuten der Kranken- und Viatikumskasse den Prinzipalen zur Genehmigung zu unterbreiten, wies aber den von Buchdruckereibesitzer Gromann eingereichten Abänderungsantrag kraft Versammlungsbeschluss vom 28. März ebenso selbstbewusst wieder zurück. Dieser liess sich indessen dadurch nicht in Harnisch bringen und erklärte kurz darauf sogar unmittelbar den Beitritt zur Sektion.

Das folgende Jahr brachte allerdings bereits ein fühlbares Nachlassen der erfolgreichen Tätigkeit. Die Lage der Kasse erforderte eine strenge Handhabung der Wanderunterstützung und eine Erhöhung des Eintrittsgeldes für die Krankenkasse. Während den Jahren 1864 und 1865 trat leider ebenfalls keine Verbesserung der Lage ein. Nachdem im Oktober 1866 der Kassier von seinem Amte zurückgetreten war, war die Sektion überhaupt nicht mehr fähig, die Tätigkeit weiterzuführen. Sie führte nun während eines ganzen Jahres keine Versammlungen mehr durch.

²⁵ Vgl. *Typographia Frauenfeld*, Protokolle 1863/1868.

Mit einem Bestand von 7 Mitgliedern nahm die Sektion am 5. Oktober 1867 aber erneut ihre Arbeit auf. Sogleich ging sie nun auch an die Ausarbeitung eines Tarifes zur Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Gemäss Versammlungsbeschluss vom 2. Februar 1868 wurden die Vorschläge — unter Beilage des Lehrlingsregulativs des Schweizerischen Typographenbundes — an die Prinzipale weitergeleitet. Die Anstrengungen waren nicht vergeblich. Zu Beginn des Jahres 1869 einigten sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf einen Tarif, der am 9. Januar 1869 in Kraft trat. Ausserdem verzeichnete die Sektion gute Erfolge bei der Mitgliederwerbung, indem nun auch Buchdruckergehilfen einzelner anderer thurgauischer Druckorte die Mitgliedschaft erwarben. Im Jahre 1870 zählte die Sektion immerhin wieder 11 Mitglieder. Diese günstige Aufwärtsentwicklung hielt auch während den nächsten Jahren ununterbrochen an.

c. Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen

Nur mit einem gewissen Vorbehalt können wir im Kanton Thurgau schon vor 1874 von kulturellen Arbeitnehmerorganisationen sprechen, denn auch jene Organisation, die in diesem Zeitabschnitt noch am ehesten dieses Prädikat verdient, der **Schweizerische Grütliverein**, zählte keineswegs nur Arbeitnehmer zu seinen Mitgliedern. Der Ausdruck Arbeitnehmerorganisation darf also in diesem Zusammenhang nur mit Vorbehalt gebraucht werden.

Die wichtigste hier zu erwähnende Organisation ist der Schweizerische Grütliverein. Diese Organisation hatte im Jahre 1838 in Genf seinen Anfang genommen. Sie hat in Albert Galeer einen hervorragenden Führer gefunden, der es verstand, die Bewegung in das Volk hineinzutragen. Ihr Ziel blieb auch noch später grundsätzlich das gleiche: die Förderung der Volksbildung im Sinne des Leitspruchs: «Durch Bildung zur Freiheit!» Dieses Ziel suchte der Grütliverein zu erreichen durch freie Aussprachen, durch Vorträge, Unterrichtskurse, Pflege des Gesanges, Errichtung von Bibliotheken, Herausgabe einer eigenen Zeitschrift (seit 1851) etc. Der Grütliverein wandte sich hierbei grundsätzlich stets an die Gesamtheit des Volkes. Selbst die im Jahre 1869 revidierten Statuten deuteten mit keinem Worte an, dass die Mitgliedschaft auf die Arbeiterschaft beschränkt wäre, heisst es doch in Artikel 2 ausdrücklich: «Unter seinen Mitgliedern kennt der Grütliverein keinen Unterschied des Standes, der Geburt oder der Konfession. Er umfasst alle Stände und erstrebt die Entwicklung aller Volkskräfte; er erkennt für seine freie Entwicklung keine andern Schranken als diejenigen, welche in der Natur eines geselligen Bildungsvereins liegen.» Je mehr sich aber die Mitgliedschaft aus industriellen Arbeitnehmern zusammensetzte, desto stärker wurde auch das Bedürfnis nach bestimmten wirtschaftlichen Leistungen der Organisation. Der Antrag auf Schaffung einer Grütlibank wurde zwar verworfen (1869), doch fand der Statutenentwurf zu einer freien Leih- und Sparkasse bei der Urabstimmung Annahme (1870); ebenso erhielt der Entwurf zu einer allgemeinen Kranken- und Sterbekasse des Grütlivereins die Zustimmung der Mitglieder (1872).

Der Schweizerische Grütliverein hat erst verhältnismässig spät im Thurgau Sektionen erhalten. Der Grütliverein Frauenfeld nahm im Juli 1858 seine Tätigkeit auf, blieb aber noch während längerer Zeit die einzige Sektion und musste sogar selbst eine zweijährige Pause einschalten (1860/1862). Die Gesamtzahl der Mitglieder der thurgauischen Sektionen, die noch um 1868 erst 58 betrug, stieg dank der regen Zunahme schon um 1870 auf über 100.²⁶

Eine besonders vielseitige Tätigkeit entfaltete der Grütliverein Frauenfeld. Diese Sektion unterhielt nicht nur eine eigene Bibliothek, sondern auch eine eigene Sparkasse (seit 1863). Sehr eifrige Pflege fand der Gesang, doch wurde auch Schreib- und Französisch-Unterricht erteilt. Ferner führte der Grütliverein Frauenfeld Vorträge und Diskussionen durch, ja sogar das Schiesswesen fand in einer besonderen Untersektion seine gebührende Pflege.²⁷

d. Die politischen Arbeitnehmerorganisationen

Wie der Schweizerische Grütliverein so kann auch der von 1848 bis 1875 bestehende **Zentralverband der deutschen Arbeiterbildungsvereine** nicht als eine reine Arbeitnehmerorganisation bezeichnet werden.²⁸ In mancher Beziehung weisen die beiden Organisationen ähnliche Wesenszüge auf, und doch fehlt es auch nicht an Kontrasten. Diese ergeben sich nicht nur daraus, dass sich der Schweizerische Grütliverein ausdrücklich als «schweizerischer Verein» kennzeichnete, während der Zentralverband der deutschen Arbeiterbildungsvereine ein weitgehend deutsches Gepräge aufwies, sondern dies zeigte sich auch in der Zielsetzung und Tätigkeit. Im Vergleich zum Schweizerischen Grütliverein besass der Zentralverband der deutschen Arbeiterbildungsvereine — ungeachtet seines Namens — mehr politischen Charakter. Allerdings wurden daneben auch die kulturellen und wirtschaftlichen Belange nicht ganz ausser Acht gelassen.

Die Zahl der im Thurgau bestehenden deutschen Arbeiterbildungsvereine blieb während des ganzen Zeitabschnittes gering. Im Jahre 1863 zählte man erst drei derartige Vereine, nämlich in Frauenfeld, Amriswil und Romanshorn. Im Laufe des nächsten Jahres sind noch zwei weitere entstanden: der Deutsche Verein Diessenhofen und der deutsche Arbeiterbildungsverein Ermatingen. Der letztere entsprach indessen seiner Tätigkeit nach weit mehr einem lokalen Grütliverein; aus einem 1867 veröffentlichten Tätigkeitsbericht geht hervor, dass er — eingedenk der Losung «Durch Bildung zur Freiheit» — u. a. Unterrichtsstunden in Buchhaltung, Rechnen und Turnen erteilte, die von den Mitgliedern rege besucht wurden.²⁹

C. Die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten

Ihren schärfsten Ausdruck findet die organisatorische Getrenntheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den kollektiven Arbeitsstreitigkeiten: in den

²⁶ Vgl. Der Grütliener, 1858/1874.

²⁷ Vgl. TZ, 13. April 1872.

²⁸ Vgl. Farner, eb., S. 14.

²⁹ Vgl. Felleisen, November 1863, November 1864 u. November 1867.

Streiks, Aussperrungen und ähnlichen Konflikten. In ihnen erweitern sich die Verschiedenheiten der Interessen und Meinungen zu offenen Kämpfen, in welchen die Arbeitnehmer — vielfach aber auch die Arbeitgeber — als kollektive Einheiten auftreten, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Es besteht kein Zweifel, dass das Aufkommen der grossen Fabriken dem Ausbruch kollektiver Arbeitsstreitigkeiten Auftrieb gegeben hat. Ein drastisches Beispiel hiefür ist der Brand von Uster im Zürcher Oberland, der am 22. November 1832 erfolgte. Der von den um ihre Existenz besorgten Handwebern ausgelöste Konflikt fand seinen Höhepunkt in der Verbrennung der neuerbauten mechanischen Weberei der Firma Corrodi & Pfister. Wenige Jahre später — um 1837 — kam es auch im Kanton Glarus zu einem ersten Konflikt, indem die Stoffdrucker der Firma Egidius Trümpi in Emmenda wegen der Einführung einer Arbeitsglocke in den Streik traten und erst nach 14 Tagen ihre Arbeit wieder aufnahmen, nachdem der Arbeitgeber sich bereit erklärt hatte, von seinem Vorhaben abzusehen.

In der thurgauischen Industrie kam es aber vorläufig noch nirgends zu derartigen Konflikten. Die thurgauische Regierung hat denn auch nicht versäumt, ihrer Genugtuung über diese Tatsache Ausdruck zu geben. In ihrem Rechenschaftsbericht von 1871 erklärte sie ausdrücklich, dass «von störenden Bewegungen» von Seiten der Industriearbeiter oder Arbeitseinstellungen, «wie sie anderwärts häufig vorkommen», im Thurgau nichts zu bemerken sei und dass eine derartige Gefahr auch nicht zu bestehen scheine.³⁰

II. Die gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

A. Die zunftmässigen Organisationen

Die Beseitigung des Ancien Régime im Jahre 1798 warf zugleich die Frage des Weiterbestandes der zunftmässigen Organisationen im Thurgau auf. Die grundsätzlich negative Einstellung der Helvetischen Republik liess es zunächst als ganz zweifelhaft erscheinen, dass die alten Körperschaften weiterexistieren könnten. Die Chancen für eine Neubelebung des Zunftwesens sind aber zu Beginn des 19. Jahrhunderts unversehens gewachsen, um so mehr als auch in andern Landesteilen eine teilweise Restaurierung der zunftmässigen Organisationen erfolgte.

Die Frage der Erneuerung des Zunftwesens stellte sich im Thurgau jedoch von vornherein etwas anders als z. B. in Zürich, denn im Thurgau hatten die zunftmässigen Organisationen nie eine so machtvolle Rolle wie dort gespielt. Der Kampf um die Wiederherstellung des Zunftwesens warf daher im Thurgau keine so grossen Wellen. Immerhin hat die Frage die Behörden noch bis in die 1820er Jahre beschäftigt. Der Streit drehte sich allerdings weniger um die unmittelbare Wiederherstellung der alten Körperschaften, sondern um den Erlass

³⁰ Vgl. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates, 1871, S. 41.

einer **kantonalen Handwerksordnung**. Bereits am 9. Oktober 1809 ist dem Grossen Rat des Kantons Thurgau eine Botschaft wegen einer allgemeinen Handwerksordnung vorgelegt worden; dem Antrag wurde jedoch nicht Folge geleistet, als der Rat in seiner Sitzung vom 9. Mai 1810 hierzu Stellung nahm. Um 1817 erging sodann eine neue Weisung, und zwar ging der Wunsch dieses Mal direkt vom Grossen Rat aus, es möchte die Ausarbeitung einer Handwerksordnung an die Hand genommen werden. Die Sache machte aber auch jetzt keine wesentlichen Fortschritte. Erst in den 1820er Jahren kam die Angelegenheit wirklich ins Rollen, nachdem um 1823 aus einer anderen Veranlassung erneut die Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden war. Das in der Folge von der «Commission des Innern» ausgearbeitete Gutachten vom 9. Mai 1825 gab der Forderung nach einer Handwerksordnung weiteren Auftrieb.³¹ Damit trat die Vorlage in ihr entscheidendes Stadium. Die am 7. Juni 1826 vorgenommene Genehmigung des Gesetzes durch die zuständigen Behörden erwies sich jedoch im Grunde nur als ein Scheinerfolg, da der Vollzug des Gesetzes unterblieb. Wie in Vorahnung der Undurchführbarkeit des Erlasses hat J. Conrad Pestalutz im Anschluss an eine diesbezügliche Vernehmlassung der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Thurgau um 1829 wie folgt hierzu Stellung genommen: «Die Vollziehungsvorschrift der neuen Handwerksordnung im Kanton Thurgau wird erst noch erwartet, und es mag zu grossen Zweifeln Veranlassung geben, wenn es auf der einen Seite heisst, dass künftig niemand, auch auf dem Lande nicht, sein Handwerk als Meister solle treiben können, anders als er stehe im Zunftverband seines Bezirkes, habe zünftig gelernt und sei zünftig gewandert, — und auf der andern, dass das Gesetz dem Grundsatz der Gewerbefreiheit ziemlich treu bleibe und namentlich keine Beschränkung der Konkurrenz gestatte, weder in der Besetzung der Handwerke noch im Absatz der Erzeugnisse derselben . . .»³² Die Zweifel hinsichtlich der Durchführbarkeit des Gesetzes waren offensichtlich mehr als berechtigt, denn nach dem politischen Umschwunge im Jahre 1830 ist der Handwerksordnung überhaupt keine Beachtung mehr geschenkt worden.

Obwohl der thurgauischen Handwerksordnung von 1826 kein praktischer Erfolg beschieden war, sei dennoch auf deren Inhalt kurz eingegangen. Das zum Schutz und zur Förderung des Handwerks erlassene Gesetz war in 4 Teile gegliedert: 1) Schaffung von Handwerksgesellschaften, 2) Lehrlingswesen, 3) Gesellenwesen, 4) Meisterwesen. Die Schaffung von Handwerksgesellschaften bildete den eigentlichen Grundstock der vorgesehenen Ordnung. Durch den Kleinen Rat sollte das gesamte Kantonsgebiet in Handwerksbezirke eingeteilt werden (§ 3). Jeder Einwohner, der ein Handwerk als Meister betrieb, sollte einer Handwerksgesellschaft angehören (§ 6). Wo noch von älteren Handwerksverbindungen her Fonds übrig geblieben waren, waren sie an die neu zu errichtenden Handwerkskassen abzugeben (§ 13). Die Handwerksgesellschaften sollten jeweils aus mindestens 7 Meistern bestehen (§ 5). Alljährlich sollten sie

³¹ Vgl. TSA, XVI 430a (Gutachten der Commission des Innern über eine allgemeine Handwerksordnung für den hiesigen Kanton, vom 9. Mai 1825).

³² Vgl. Pestalutz. Bericht an die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft über das Zunft- und Innungswesen in der Schweiz, S. 19/20.

wenigstens einmal eine ordentliche Versammlung abhalten (§ 16). Jede Gesellschaft hatte aus ihrer Mitte einen Obmann, Schreiber, Rat- und Bottmeister zu wählen (§ 10).

Eine recht bemerkenswerte Neuerung dieser Handwerksordnung bildete die Schaffung von Handwerksbezirken. Diese sollten in der Regel gleich eine Mehrzahl von Gemeinden umfassen. Aus einem von den Behörden ausgearbeiteten Entwurf zur Durchführung des Gesetzes geht hervor, dass man insgesamt 31 Handwerksbezirke vorsah.

Der Umstand, dass die Bemühungen um eine kantonale Handwerksordnung schlussendlich scheiterten, darf aber nicht so ausgelegt werden, als ob die zunftmässigen Organisationen nach 1798 bloss noch als parlamentarischer Diskussionsstoff eine Rolle gespielt hätten. Die Akten lassen im Gegenteil erkennen, dass die zunftmässigen Organisationen trotz der fehlenden ausdrücklichen gesetzlichen Anerkennung in mannigfacher Form zu neuem Leben erwacht sind und jedenfalls bis gegen das Ende der 1820er Jahre eine mehr oder weniger rege Tätigkeit entfaltet haben.

Die meisten zunftmässigen Organisationen hatten auch noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Charakter **lokaler** Verbände. Immerhin fehlen auch die **regionalen** und **kantonalen** Verbände nicht gänzlich.

Anzeichen einer sich über den gesamten Kanton Thurgau erstreckender zunftmässigen Organisation finden sich namentlich in einzelnen Zuschriften der Rotgerber und Färber an die thurgauische Regierung.³³ So reichte der Frauenfelder Rotgerbermeister Dumelin am 23. Juli 1807 «im Namen der gesamten Rothgerbermeisterschaft des Kantons Thurgau» der Regierung das Gesuch um Bewilligung einer Handwerksordnung ein, um den gelernten Meistern einen bessern Schutz ihrer Berufstätigkeit zu verschaffen. Ferner wandte sich am 16. März 1815 die Färbermeisterzunft Weinfelden «namens des Färber-Handwerks im Kanton» an die Regierung, um gegen die Konkurrenz einiger nicht handwerksmässig gelernter «Individuen» Klage zu führen. In ähnlicher Weise lassen die Eingaben der Schwarz- und Schönfärbermeister des Kantons von 1804/5 erkennen, dass die Vertreter dieses Berufes zusammen eine Vereinigung gebildet haben.

Interessanterweise haben sich in den 1820er Jahren da und dort überdies zunftmässige Organisationen gebildet, die einen ganzen Amtskreis umfassten. Dies geht aus einem Schreiben der Schuhmacher des Kreises Müllheim hervor, das dieselben zu Beginn des Jahres 1825 der Regierung einreichten, nachdem sie es zuvor dem Oberamtsmann in Steckborn zur Einsicht vorgelegt hatten.³⁴ Das Schreiben enthält einen ausführlichen Entwurf einer Handwerksordnung für sämtliche Schuhmacher des Kreises Müllheim einschliesslich der Ammannschaft Homburg. Die zur Genehmigung eingereichten Satzungen bezeichnen als Zweck der Zunft oder Innung, «folgerichtig die Rechte als Meister sowohl unter sich als in Bezug auf Gesellen und Lehrlinge zu sichern, auch die letztern durch Handhabung dieses Gesetzes in Ordnung zu bringen oder zu halten, da-

³³ Vgl. TSA, IV 731.

³⁴ Vgl. TSA, XVI 430a.

mit dieselben nicht zum Nachteil einzelner Meister nach Gutdünken weglassen und von andern aufgenommen werden dürfen. Die Satzungen enthalten im übrigen eingehende Bestimmungen über das «Geselle und Meister werden». Wie in der Begründung der Petition erklärt wird, ist die Ausarbeitung der betreffenden Handwerksordnung durch das Beispiel der benachbarten Gemeinden der Amtsbezirke Steckborn und Gottlieben angeregt worden.

Eine regionale Zusammenfassung der Berufstätigen bestand im übrigen schon seit 1708 bei den Leinenwebern in der Umgebung von Diessenhofen. Hierüber geben die Akten über eine 1816/1817 der Regierung unterbreitete Streitigkeit Aufschluss.³⁵ Während die Weber von Schlattingen und Basadingen die Weiterführung der alten Handwerksordnung grundsätzlich bejahten, waren die Weber von Schlatt ebenso entschieden dagegen. Die Meinungsverschiedenheit fand dann aber dank der Nachgiebigkeit der letztern verhältnismässig rasch ein Ende. Die neue Handwerksordnung wurde hierauf mit Schreiben vom 15. Januar 1817 den Behörden zur Genehmigung vorgelegt. Wie sehr auch diese neuen Satzungen der Tradition verpflichtet waren, zeigt u. a. die Bestimmung, dass Handwerker, die den Namen Gottes verlästerten, der Obrigkeit anzuzeigen seien.

Schliesslich sei noch kurz auf die Entwicklung hingewiesen, welche die lokalen zunftmässigen Organisationen seit 1798 genommen haben. Die örtlichen Verschiedenheiten waren auch in dieser letzten Phase des Zunftwesens recht auffallend. In einem Punkte dachten aber — wie es scheint — die Vertreter dieser Organisation gleich: in der Frage des Schutzes des einheimischen Handwerks gegen die fremde Konkurrenz. Man erachtete es fast durchwegs als unumgänglich, dass der Staat den zunftmässigen Organisationen in diesen Bestrebungen beistehe. In zahlreichen Eingaben an die thurgauische Regierung drängten sie die Behörden, diesem Begehren zu entsprechen. Dabei zeichneten sich namentlich die zunftmässigen Organisationen in den Ortschaften im thurgauisch-badischen Grenzgebiet durch wiederholte derartige Gesuche aus, während sie anderseits in den oberthurgauischen Orten in dieser Beziehung passiv blieben.

In **Frauenfeld** waren die zunftmässigen Organisationen vor allem in der Mediationszeit (1803/1815) um die Erneuerung ihrer alten Privilegien bemüht. So wandten sich folgende Berufsgruppen an die Regierung zwecks Erlangung der staatlichen Genehmigung ihrer alten Handwerksordnungen: die Schneidermeisterschaft (1805), die Schustermeisterschaft (1806) und die Meisterschaft der Schlosser, Schmiede, Wagner und Schreiner (1807). Auch die Sattlerzunft wandte sich zur Erlangung der staatlichen Unterstützung ihrer protektionistischen Forderungen unmittelbar an die Regierung (1815). Etwas später haben einzelne Berufsgruppen ihre Eingaben zur Erlangung der staatlichen Genehmigung der Handwerksordnungen nochmals wiederholt, insbesondere die metallverarbeitenden Berufe (Schlosser, Schmiede, Uhren-, Büchsen- und Windenmacher) und die Schuster. — Die alte Konstablergesellschaft hat dagegen schon 1810/1811 ihren Charakter als beruflichen Verband endgültig verloren, da die

³⁵ Vgl. TSA, IV 731.

Bürgerschaft der Stadtgemeinde Frauenfeld in ihrer Versammlung vom 15. Januar 1810 beschloss, das restliche Vermögen der Konstablergesellschaft neuen Zwecken zuzuführen. Es wurde demgemäss ein Bürgerfonds errichtet, dessen Hauptzweck durch die Satzungen vom 7. Januar 1811 dahin umschrieben wurde, dass er zur Bestreitung der Kosten des alljährlichen Gesellschaftstrunkes dienen solle, um durch freundschaftliches Beisammensein der Bürgerschaft Einigkeit und gegenseitiges Zutrauen zu erhalten und Gemeinbürgersinn zu erwecken. Im weiteren sollte der Fonds zur Förderung von Handwerkern und Lehrlingen verwendet werden (durch Gewährung von Vorschüssen gegen Sicherheit).³⁶

In **Steckborn** lag die Initiative zur Neubelebung des Zunftwesens zunächst bei der Meisterschaft der Nadler, Drechsler («Styler») und Säckler und bei der Schreinerzunft; diese haben die thurgauische Regierung zu Beginn des Jahres 1807 um Wiederherstellung der Handwerksordnung ersucht. Um 1822 bewarb sich ferner die Schustermeisterschaft um die Bestätigung ihrer alten Handwerksartikel durch die Behörden, und kurze Zeit später folgte das Handwerk der Küfer diesem Beispiel, wobei in der Eingabe hervorgehoben wurde, dass die Körperschaft eine Wanderunterstützungskasse unterhalte (Schreiben vom 10. Januar 1826).

Die Handwerksmeister von **Ermatingen** haben es gleichfalls nicht an Anstrengungen fehlen lassen, um dem Zunftwesen neuen Auftrieb zu geben. Nicht nur hat die alte Schustermeisterzunft der Regierung das Gesuch um «Bestätigung oder Erneuerung» ihrer Handwerksordnung eingereicht (1819), sondern der Zunftgedanke ist auch von den Schneidern und Schreibern aufgegriffen worden. Die Schneider haben bereits am 10. September 1809 eine von den Gemeindebehörden unterstützte Petition an die Kantonsregierung gerichtet, sie möge ihre neugeschaffene Handwerkslade genehmigen, und am 11. August 1811 gelangten sie mit einem erneuten Bittschreiben an die Regierung, worin diese ersucht wurde, der Schneidermeisterzunft Unterstützung zu gewähren, um die wiederholte Verletzung der «mit Erlaubnis der Regierung» im Jahre 1809 in Kraft gesetzten Handwerksordnung wirksam zu ahnden. Ob es sich bei der zitierten behördlichen Genehmigung der lokalen Handwerksordnung um eine ausdrückliche Zustimmung der Regierung gehandelt hat, muss allerdings sehr bezweifelt werden. — Andererseits haben es die «standesbewussten» Schreiner als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, dass jeder Schreiner des Ortes obligatorisch der Schreinermeisterschaft anzugehören hatte. Die Durchführung des Beitrittszwanges gestaltete sich jedoch nicht so einfach, haben doch am 22. Februar 1825 gleich sechs Schreiner gemeinsam bei der Regierung dagegen Einsprache erhoben.

In **Berlingen** waren es insbesondere die Schuster, welche es für nötig erachteten, der Regierung mitzuteilen, dass «eine zwanzigjährige Erfahrung sie belehrt habe, dass im Grossen wie im Kleinen alles seine Ordnung haben müsse», weshalb sie um die Bestätigung ihrer Handwerksordnung ersuchten (Memorial

³⁶ Vgl. Statuten der Bürgergemeinde Frauenfeld, ihrer Anstalten und Foundationen, S. 31/32.

vom 7. Dezember 1822). Eine ähnliche Eingabe reichten am 19. Februar 1825 die Küfer ein.

In **Diessenhofen** waren es namentlich die Zimmerleute, welche sich um die Erhaltung der alten Rechte bemühten. Am 17. März 1815 reichten sie im Namen der Meisterschaft der Maurer, Zimmerleute, Hafner, Seiler, Kaminfeger und Weinhäuser Klage ein wegen einer Beeinträchtigung ihrer Rechte durch ein auswärtiges Zimmermannsgeschäft.

Interessanterweise haben sich auch die Schreiner und Drechsler von **Weinfelden** nun zur Aufstellung einer Handwerksordnung entschlossen. Am 23. Januar 1815 übermittelten sie den entsprechenden Entwurf der Regierung zur Sanktion.

B. Die gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen

Im Gegensatz zu den zunftmässigen Organisationen war den gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen in der thurgauischen Industrie im 19. Jahrhundert eine ausgesprochen gedeihliche Entwicklung beschieden. Zur Hauptsache handelte es sich hierbei um Kranken-Unterstützungsvereine, deren Zweck es war, den verunfallten oder erkrankten Arbeitnehmern wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Die Mitwirkung der Arbeitgeber spielte bei diesen Kassen insofern eine bedeutende Rolle, als dieselben vielfach die Finanzierung und Geschäftsführung besorgten oder doch in wesentlichem Masse daran beteiligt waren.

Die Anfänge der gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen reichen in der thurgauischen Industrie bis in die Zeit der Helvetik zurück, genau gesagt bis 1802. Allerdings ist die Zahl der gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen auch im Thurgau in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch recht bescheiden geblieben. Die meisten derartigen Kassen sind erst nach 1850 entstanden. Ihre Gesamtzahl belief sich Ende 1874 auf mindestens 43.³⁷

Bei den gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen sind nach der Ausdehnung des Verbandsgebietes zwei hauptsächliche Unterarten zu unterscheiden: einerseits die betrieblichen Kassen (die Betriebskrankenkassen) und andererseits die lokalen und regionalen Kassen (die Gesellen- und Berufskrankenkassen). Auf diese beiden Grundformen der gemeinsamen Kassen sei nachfolgend noch etwas näher eingegangen.

a. Die Betriebskrankenkassen

Die Betriebskrankenkassen sind dadurch gekennzeichnet, dass sich ihre Mitgliedschaft aus Berufstätigen eines einzigen Betriebes oder Unternehmens zusammensetzt. Derartige Organisationen sind im kleinbetrieblichen Handwerk schlechterdings undenkbar. Daher kann es uns nicht verwundern, dass es den Fabriken vorbehalten blieb, in dieser Richtung bahnbrechend voranzugehen.

³⁷ Berechnung dieser Angabe auf Grund der statistischen Veröffentlichungen über die gegenseitigen Hilfsgesellschaften in der Schweiz (unter ergänzender Heranziehung von Akten des Thurgauischen Staatsarchivs und anderer Quellen).

Der Ruhm, die älteste Betriebskrankenkasse in der thurgauischen Industrie gewesen zu sein, gebührt der Drucker- und Modellstecher-Gesellschaft der **Baumwollfärberei und -druckerei Greuter & Rieter** in Islikon. Dieser betriebliche Unterstützungsverein ist im Jahre 1802 gegründet worden und ist während Jahrzehnten für derartige Institutionen vorbildlich geblieben und zwar nicht bloss im Thurgau, sondern auch für die angrenzenden Gebiete. Wie den detaillierten Angaben von Pfarrer Hanhart im Thurgauischen Neujahrsblatt 1833³⁸ zu entnehmen ist, verfügte die «Gesellschaft der vereinigten Drucker und Modellstecher» dieses Unternehmens schon um 1813 sowohl über eine Reisekasse (zur Unterstützung durchreisender Berufsarbeiter) als auch über eine Krankenkasse. Nach dem im Jahre 1822 erfolgten Tode des überragenden Fabrikanten Bernhard Greuter ist der Drucker- und Modellstecher-Gesellschaft auch noch ein Reserve- und Hilfsfonds angegliedert worden (1823). Um 1833 zahlte die Kasse neben den bereits erwähnten Reise- und Krankenunterstützungsgeldern auch Invalidengelder an ihre Mitglieder, ferner Unterstützungen an die im Militärdienst erkrankten oder verwundeten Arbeiter. Beim Hinschied wurde ein Totengeld von 3 Gulden gewährt, sowie ein entsprechender Anteil an den Fonds; ausserdem war die Drucker- und Modellstecher-Gesellschaft für die Durchführung eines Grabgeleites besorgt. Schon diese wenigen Hinweise lassen erkennen, dass es sich hier um eine verhältnismässig gut aufgebaute Hilfskasse handelte. Dementsprechend waren die Aufnahmebedingungen so beschaffen, dass eigentlich nur die «Elite» der Arbeiterschaft — nämlich die Drucker, Modellstecher, Zeichner und Färber — die Mitgliedschaft erwerben konnte. Die in die Gesellschaft eintretenden Arbeiter mussten zudem das 18. Altersjahr erreicht und eine vierjährige Lehrzeit abgeschlossen haben. Zuwandernde Arbeiter konnten Mitglieder werden, sofern sie noch nicht 50 Jahre alt waren und gute Gesundheit aufwiesen. Die Finanzierung der segensreichen Institution erfolgte zur Hauptsache durch die Arbeiter selber (in der Form wöchentlicher Beiträge), doch leistete auch der Arbeitgeber gelegentlich erhebliche Summen.

Die Drucker- und Modellstecher-Gesellschaft umfasste — wie bereits angedeutet — nicht die gesamte Belegschaft der Baumwollfärberei und -druckerei Greuter & Rieter. Um 1859 betrug die Mitgliederzahl der Gesellschaft 105 und um 1865 120.³⁹ Für die Handlanger und Arbeiterinnen sind jedoch ebenfalls Hilfskassen geschaffen worden (für die ersteren um 1829/30 und für die letzteren um 1839). Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit kamen diese besonderen Institutionen allerdings bei weitem nicht an die Kassen der Drucker- und Modellstecher-Gesellschaft heran.

Die übrigen Betriebskrankenkassen in der thurgauischen Industrie sind fast ausnahmslos erheblich später entstanden. Lediglich die Krankenunterstützungskasse der Posamenter in Arbon (1834) und der Brunschweilersche Krankenunterstützungsverein in Hauptwil (1839) sind gleichfalls noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden. Einen starken Aufschwung nahmen die Be-

³⁸ Vgl. Hanhart, eb., S. 17/18.

³⁹ Vgl. TZ, 29. April 1859; Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften in der Schweiz im Jahre 1865, S. 44.

triebskrankenkassen jedoch seit 1850. Zahlreiche Fabrikunternehmen haben nun die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit betrieblicher Hilfs- und Versicherungskassen eingesehen und entsprechende Massnahmen getroffen. Als Beispiel einer derartigen Fabrikkrankenkasse greifen wir diejenige der **Baumwollspinnerei Stierlin-Joos & Comp.** in **Wängi** heraus. Die Gründung dieser Kasse erfolgte im Jahre 1851. Sie sah gemäss ihren ersten Satzungen die Ausrichtung von finanziellen Leistungen zur Deckung der Kosten bei Verletzungen und Krankheit der Arbeiter und Arbeiterinnen vor. Die Finanzierung erfolgt in der Form eines Lohnabzuges (zunächst 1 Prozent, später erhöht auf 2 Prozent), sowie durch Zuschüsse der Firma (10 Prozent der Beträge der Versicherten), durch die Zinserträge (für welche die Firma einen relativ hohen Zinsfuss garantierte) und durch die Erträge aus dem Bussenwesen.⁴⁰ Die Gesamtzahl der Versicherten erreichte im Jahre 1865 die runde Zahl von 200 Personen, wovon 57 erwachsene Arbeiter, 105 erwachsene Arbeiterinnen und 38 Kinder waren.⁴¹

b. Die Gesellen- und Berufskrankenkassen

Im Gegensatz zu den Betriebskrankenkassen erstrecken sich die Gesellen- und Berufskrankenkassen auf eine Mehrzahl von Betrieben oder Unternehmen. Die erste Gesellenkrankenkasse entstand um 1823 in Frauenfeld, doch folgten bereits nach wenigen Jahren weitere erfolgreiche Gründungen: 1826 (Gesellen- und Dienstboten-Krankenkasse der Municipalgemeinde Arbon), 1827 (Kranken-Unterstützungsverein der fremden Gesellen in Bischofszell), (Gesellenkrankenverein Weinfelden), 1833 (Gesellenkrankenverein Steckborn), 1842 (Gesellenkrankenkasse Sulgen), 1846 (Gesellenkrankenkasse der Kirchgemeinde Amriswil-Sommeri und Umgebung) und 1849 (Gesellenkrankenkasse Diessenhofen). Es bestanden also um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits acht derartige Institutionen im Thurgau. Ueberdies ist um 1826 eine erste Berufskrankenkasse geschaffen worden (Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell). — Nach 1850 hat die Entwicklung der Gesellen- und Berufskrankenkassen einen etwas anderen Verlauf genommen. Einerseits kam die Gründungswelle der Gesellenkrankenkasse allmählich zum Abschluss, doch sind dafür die Berufskrankenkassen etwas kräftiger ins Kraut geschossen, namentlich innerhalb der Stickereiindustrie, wo man um 1874 bereits 4 Berufskrankenkassen zählte.

Es kann sich nicht darum handeln, von allen diesen Kassen einen Abriss ihrer geschichtlichen Entwicklung zu geben. Wir möchten uns nachfolgend vor allem mit folgenden drei Kassen näher befassen: 1) der Handwerksgezellen-Krankenverein der Ortsgemeinde Frauenfeld, 2) die Gesellenkrankenkasse Sulgen und 3) die Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell. Alle drei Kassen verzeichneten im 19. Jahrhundert einen recht interessanten Werdegang, wie wir gleich sehen werden.

Betrachten wir zunächst die Geschichte des **Handwerksgezellen-Kranken-**

⁴⁰ Vgl. TSA (Enquête der Thurgauischen Fabrikkommission).

⁴¹ Vgl. Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz im Jahre 1865, S. 44.

vereins der Ortsgemeinde Frauenfeld.⁴² Diese Kasse wurde am 15. April 1823 aus der Taufe gehoben, ursprünglich unter der Bezeichnung «Ersparnisfond». Der Zweck der Kasse wurde in der Gründungsurkunde dahin umschrieben, dass sie zur Ausrichtung eines Taggeldes an die kranken Gesellen bestimmt sei «in Beachtung, dass fremde und einheimische Handwerksgesellen in Krankheitsumstände geraten können, ohne das Vermögen zu besitzen, sich selbst verpflegen zu können und in Ermangelung hierortiger Anstalt zur hinreichenden Verpflegung und Aufnahme für solche Individuen». Die Kasse hatte den Charakter einer für die Handwerksgesellen des Ortes obligatorischen Krankenkasse, an welche die Versicherten regelmässig Prämien (Wochenbeiträge) zu entrichten hatten. Die Kassenverwaltung war jedoch nicht ausschliesslich in die Hände der Gesellen gelegt, sondern sie war einem Triumvirat, bestehend aus einem Vertreter der Meisterschaft (Obmann) und zwei Vertretern der Gesellen (Altgesellen) übertragen. Begreiflich bemühte man sich schon bei der Gründung um die behördliche Anerkennung der Satzungen, um für die Durchführung der Bestimmungen die nötigen rechtlichen Kompetenzen sicherzustellen. Diese ausdrückliche Sanktion ist denn auch von den Stadtbehörden bereitwillig erteilt worden.

Der «Ersparnisfond» ist im Laufe des 19. Jahrhunderts natürlich noch öfters Statutenänderungen unterworfen worden. Sie zeigen gesamthaft, dass sich die organisatorische Verantwortung immer mehr auf die Seite der Meisterschaft verlagerte.

Durch die Statutenänderung von 1845 erhielt die Organisation die Bezeichnung Handwerksgesellen-Krankenverein der Ortsgemeinde Frauenfeld. Schon diese erste Totalrevision der Statuten führte zu einer wesentlichen Verstärkung des organisatorischen Einflusses der Meister. Die Verwaltung setzte sich nunmehr aus fünf Mitgliedern zusammen, die ausnahmslos von der Meisterschaft gewählt wurden. Die Gesellen wählten zwar weiterhin zwei Vertreter, doch waren deren Befugnisse nur noch von untergeordneter Bedeutung. Die Mitspracherechte der Gesellen beschränkten sich nun auf das Recht zur Einsichtnahme in die Kassenrechnung, auf die Uebermittlung von Anträgen, Wünschen, Klagen etc. an den am Quartalsgebot anwesenden Obmann der Meisterschaft zuhänden der ordentlichen Versammlung der Meister und auf die Wahl von zwei Delegierten (nun Altgesell und Junggesell genannt), welche bei der Durchführung der alle Vierteljahre erfolgenden Gesellenversammlung («Quartalsgebot») und bei der Anmeldung und Betreuung erkrankter Gesellen bestimmte Funktionen zu erfüllen hatten. Andererseits übernahmen die Meister allerdings nun ebenfalls die Verpflichtung, finanzielle Beiträge zu leisten (in der Form eines Eintrittsgeldes und von Jahresbeiträgen). Ferner kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die organisatorischen Änderungen praktisch keiner Verminderung der Kassenleistungen Vorschub leisteten; die Leistungen wurden im Gegenteil noch vermehrt, einerseits durch die Zusicherung auf die Benützung des Krankenhauses, dessen Bau im Jahre 1844 beschlossen worden war, und

⁴² Vgl. BAF (Akten der Krankenkasse der Meisterschaft Frauenfeld); Meisterschaft Frauenfeld, Gedenkschrift.

andererseits durch die Gewährung von Beiträgen an die Beerdigungskosten besitzloser Gesellen.

Einen wesentlichen Eingriff in den organisatorischen Aufbau des Unterstützungsvereins brachte ferner die Statutenänderung von 1825. Die Einrichtung des Quartalgebots wurde nun gänzlich fallen gelassen. Desgleichen verlor die Arbeitnehmerschaft das Recht auf generelle Einsichtnahme in die Rechnungsführung und auf Wahl von zwei ständigen Vertretern. Die von der Krankenkasse erfassten Arbeiter erhielten lediglich noch das Recht zugesprochen. «jeweilen nach der ordentlichen Vereinsversammlung von der diesbezüglichen Abteilung der Rechnung durch eine Abordnung von zwei Mann beim Obmann Einsicht zu nehmen und demselben allfällige Wünsche oder Beschwerden zu Händen des Verwaltungsrates oder der Vereinsversammlung einzugeben.» (Artikel 27).

Im Mittelpunkt der Tätigkeit des Unterstützungsvereins blieb während dieser Zeit die Unterstützung der erkrankten Gesellen. Es ist aber zu beachten, dass es dabei nicht sein Bewenden hatte. Im Jahre 1845 ist auf Anregung des Vereins eine «Schreib- und Zeichnungsschule für die Lehrknaben» errichtet worden; diese Schule wurde trotz mancherlei Schwierigkeiten aufrecht erhalten. Zu ihrer Leitung wurde eine besondere Schulkommission bestimmt. — Ein anderer Schritt von erheblicher Tragweite wurde im Anschluss an die Gründung des thurgauischen Handwerkervereins im Jahre 1848 unternommen; die dem Unterstützungsverein angeschlossenen Meister haben nämlich kurze Zeit darauf den Beitritt beschlossen und bildeten einen besonderen Bezirksverein (1851). Freilich ist es bald wieder recht still um diesen Bezirksverein geworden, sodass im Jahre 1866 ein neuer Anlauf unternommen wurde, um eine entsprechende Arbeitgeberorganisation ins Leben zu rufen, nunmehr unter der Bezeichnung «Gewerbliche Lese-Gesellschaft Frauenfeld»; diese Organisation ist im Jahre 1875 in den noch heute bestehenden Gewerbeverein Frauenfeld umgewandelt worden. — Interessanterweise sind auch Schritte unternommen worden, um den Unterstützungsverein für die Unterstützung der Meister und ihrer Angehörigen dienstbar zu machen; der im Jahre 1868 geschaffene Hilfsvereinstonds, dem die Einkaufstaxen der Meister, ihre jährlichen Beiträge, die Bussen und Vermächtnisse zuflossen, wurde jedenfalls der Kassenverwaltung in dem Sinne zur Verfügung gestellt, dass sowohl Gesellen als Meister oder ihre Hinterlassenen unterstützt werden konnten. Da dieser Fonds im Jahre 1872 dem Hauptfonds einverleibt wurde, fiel auch diese erweiternde Zweckbestimmung wieder dahin.

Abschliessend sei noch kurz die Entwicklung des Mitgliederbestandes des Unterstützungsvereins skizziert.⁴³ Die Zahl der angeschlossenen Meister belief sich bei der Gründung im Jahre 1823 auf 24, um 1838 dagegen bereits auf 89; nachher ist jedoch eine gewisse Stagnation eingetreten, indem die Mitgliederzahl während den folgenden Jahrzehnten meist zwischen 80 bis 100 schwankte (mit einem Höchstbestand von 108 Mitgliedern im Jahre 1868). In ähnlicher Weise hat sich die Zahl der versicherten Arbeitnehmer anfänglich rasch auf rund 100 gehoben (1938 104) und hierauf während längerer Zeit ohne grosse Abweichungen stets ungefähr auf dieser Höhe gehalten.

⁴³ Vgl. Meisterschaft Frauenfeld, Gedenkschrift, S. 28/29.

Die Geschichte der **Gesellenkrankenkasse Sulgen** bietet im Vergleich zum Handwerksgesellen-Krankenverein der Ortsgemeinde Fraunfeld in mancher Beziehung ein anderes Bild.⁴⁴ Ein auffallender Unterschied besteht beispielsweise hinsichtlich des Verbandsgebietes, denn bei der Gesellenkrankenkasse Sulgen handelt es sich von Anfang an um eine regionale Institution. Aus den Gründungsstatuten vom 6. November 1842 geht hervor, dass die Kasse bestimmt war, nicht allein die in der Kirchgemeinde Sulgen in Arbeit stehenden Gesellen zu erfassen, sondern auch diejenigen in den Kirchgemeinden Berg und Erlen und im Dorfe Bürglen. Damit ergab sich auch das Bedürfnis, die Satzungen von den Bezirksbehörden genehmigen zu lassen. Jedenfalls haben die Gründer sowohl beim Gemeinderat Sulgen als auch beim Statthalter des Bezirks Bischofszell um Ratifizierung der Statuten nachgesucht und dieselbe zugesprochen erhalten. Im Anschluss an die Statutenrevision von 1860 hat sich die Kasse sogar ganz mit der bezirksrätlichen Ratifikation begnügt. Ein Jahrzehnt später ist freilich auch diese dahingefallen, da sich das Bezirksamt inzwischen zum Standpunkt bekehrt hatte, dass die Gesellenkrankenkasse als freiwilliger Verein zu betrachten sei, der keiner obrigkeitlichen Genehmigung bedürfe (3. Dezember 1870).

Ungeachtet des grösseren Verbandsgebietes wurde innerhalb der Gesellenkrankenkasse Sulgen auf eine enge, beinahe brüderschaftliche Verbundenheit Aller Wert gelegt. Das am 5. März 1843 vollendete Verbandsschild (das heute noch im Gasthof zum Löwen in Sulgen aufbewahrt wird) bringt diese Haltung geradezu pathetisch zum Ausdruck: «Wir vereinte Brüder gönnen einander das Leben . . . Gesegnet sey der Tag, wo Meister und Gesellen zu diesem Bunde sich vereinigt haben.» Wenn auch dieser Grundsatz in der Praxis etwas derb zum Ausdruck gebracht wurde, ist nicht zu verkennen, dass die Gesellenkrankenkasse mit Erfolg das friedliche Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begünstigte. Besonders grosse Bedeutung hatte der Gedanke der vertrauensvollen Zusammenarbeit für die Kassenverwaltung. Der Kassenvorstand war zu gleichen Teilen aus Vertretern der Meister und Gesellen zusammengesetzt, nämlich aus je einem Obermeister, Beisitzmeister, Altgesellen und Beisitzgesellen. Die Vertreter der Meister waren jeweils für ein Jahr, die Vertreter der Gesellen für ein Vierteljahr zu wählen (wobei aber in allen Fällen eine Wiederwahl der bisherigen Amtsinhaber möglich war). Als erster Obermeister wurde der in Sulgen wohnhafte Schuster Conrad Engeli gewählt, der in der Folge dieses Amt bis 1853 bekleidete; ihm folgte 1853/56 der Kupferschmied Georg Sauter, 1856/60 der Schlosser Jakob Forster und 1860/83 der Hutmacher Jakob Engeli, welche alle ebenfalls in Sulgen niedergelassen waren. Bei den Altgesellen ergaben sich naturgemäss häufigere Veränderungen.

Die Finanzierung der Gesellenkrankenkasse erfolgte einerseits durch die Beiträge der Meister (Einschreibegelder) und anderseits durch die Beiträge der Gesellen (Einschreibe- und Auflagegelder). Die Zahlungen waren in der Regel am ersten Sonntag eines jeden Monats vom Kassenvorstand entgegenzunehmen; überdies war alle 12 Wochen vor allen Gesellen in Gegenwart von 6 Meistern,

⁴⁴ Vgl. Krankenkasse Sulgen, Jubiläumsbericht 1842—1942; AKS.

welche vorher von den Gesellen zu bezeichnen waren, Rechnung abzulegen. Damit nicht einseitig über die Gelder verfügt werden konnte, wurde schon im Gründungsjahr eine «Gesellenlade» angeschafft, deren Schloss so konstruiert war, dass es nur mittels zwei Schlüsseln geöffnet werden konnte.⁴⁵ Der eine Schlüssel wurde dem Obermeister, der andere dem Altgesellen zur Verwahrung übergeben. Sollte einer der obgenannten sich erlauben, die Lade allein zu öffnen, war er zu büssen.

Ueber den Beitritt zur Kasse konnten die einzelnen Meister selbständig entscheiden, dagegen bildete die Mitgliedschaft der Meister zugleich die Voraussetzung für die Mitgliedschaft der Gesellen. Die von der Kasse ausgerichteten Leistungen kamen dagegen einzig den Gesellen zugute (analog zur Regelung im Handwerksgesellen-Krankenverein der Ortsgemeinde Frauenfeld). Die wichtigste Leistung der Kasse war zweifellos die Deckung der Pflegekosten (einschliesslich der Gewährung von Kost und Logis) während der Dauer der Krankheit (aber höchstens während 10 Wochen). Im übrigen bezahlte die Kasse nötigenfalls die Kosten zur Heimschaffung erkrankter Gesellen oder zur Bestattung im Falle des Hinschieds. Von der Ausrichtung eines Krankengeldes wurde vorläufig noch abgesehen (diese Form der Leistung ist von der Kasse erst gegen das Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt worden). Dagegen dachte man schon bei der Gründung an die Ausrichtung von gelegentlichen Leistungen zur Durchführung von Festlichkeiten. In diesem Sinne wurde 1845 und 1862 anlässlich des Bezugs einer neuen Herberge eine erhebliche Summe gestiftet, um den Wechsel gebührend feiern zu können.

Die Zahl der angeschlossenen Meister belief sich zunächst auf über 60; an der Versammlung vom 4. Dezember 1842 wurde der Beitritt von insgesamt 67 Meistern bekannt gegeben, namentlich von Schustern, Hutmachern, Färbern, Gerbern, Kupferschmieden, Schneidern, Müllern, Bäckern, Metzgern, Küfern, Schreibern usw. Später ist die Zahl der Meister auf weniger als 50 zurückgegangen; sie betrug nach den Protokollen um 1854 noch 47 und um 1871 45. Es scheint, dass die Kasse Mühe hatte, sich allgemein durchzusetzen. — Die Zahl der Gesellen ist im gleichen Zeitraum stets hinter derjenigen der Meister zurückgeblieben. Sie betrug anfänglich bis zu 28 (1843), verminderte sich dann aber beträchtlich und erreichte um 1849 einen Tiefstand von 12 Gesellen. Erst im Laufe der 1860er Jahre stieg die Zahl der Gesellen wieder auf die frühere Höhe und bewegte sich in den 1870er Jahren in der Grössenordnung von 30 bis 40 (1870 34). Wie die Meister, so stammten auch die Gesellen zur Hauptsache aus dem Handwerk. 1867 ist ausnahmsweise auch ein Sennenknecht in die Kasse aufgenommen worden.

Schliesslich sei noch die **Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell** als Beispiel einer Berufsrankenkasse einer kurzen Betrachtung gewürdigt.⁴⁶ Diese Kasse ging in der Entstehung dem allgemeinen

⁴⁵ Die Lade ist auch noch heute wohl erhalten und dient nunmehr als Archiv der Krankenkasse Sulgen.

⁴⁶ Vgl. Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell, Jubiläumsschrift, S. 3/15; Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz im Jahre 1865, S. 44.

«Kranken-Unterstützungsverein der fremden Gesellen in der Stadtgemeinde Bischofszell», welcher am 24. Juni 1827 ins Leben gerufen wurde, voraus und hat es verstanden, auch späterhin seine organisatorische Selbständigkeit zu wahren.

Schon zu Beginn der 1820er Jahre hat in Bischofszell eine Unterstützungskasse der Zimmerleute bestanden. An diese Institution schloss sich im Frühjahr 1826 — am 6. Mai 1826 — die Gründung des statutarisch geregelten Vereins, dessen Zweck es war, unermögenden Zimmergesellen im Falle von Unfall oder Krankheit beizustehen. Die Kasse sollte hierzu durch die Beiträge der Gesellen gespiesen werden (neben einer Einstandsgebühr waren auch Monatsbeiträge vorgesehen). Die Gesellen erhielten dadurch im Bedarfsfalle den Anspruch auf ein Taggeld. Die Mitwirkung der Arbeitgeber im Rahmen dieser Organisation äusserte sich hauptsächlich in der Kassenverwaltung. Diese beruhte auf dem Grundsatz der Parität von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In diesem Sinne schrieb Art. 14 der Statuten vor: «Wenn die Kasse soll geöffnet werden, soll der Kassameister dem Gesell, der den Schlüssel hat und dem, der die Kontrolle führt, Anzeige machen. Diese sind dann gegenwärtig. Der Schreiber soll die Summe, an welchem Tag, zugleich auch an wen sie verwendet, sorgfältig ins Verzeichnis nehmen.» An der Kassenverwaltung nahmen also je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer teil. Ihre Wahl erfolgte durch die ordentliche Jahresversammlung der Gesellschaft.

Die Statuten sind am 7. November 1830 erstmals einer Revision unterzogen worden, wobei die organisatorischen Verhältnisse noch etwas genauer geregelt wurden. Zur alljährlich stattfindenden Rechnungsablage sollten inskünftig auch die Meister, deren Gesellen der Kasse angehörten, eingeladen werden und Gelegenheit zur Revision erhalten. Eine Neuordnung fand ferner das Beitragswesen. Der Einzug der regelmässigen Beiträge wurde nun den beiden Altgesellen übertragen. Die Statutenänderung konnte indessen nicht verhindern, dass die Kasse nach einigen Jahren zusehends dem Zerfall entgegenging. Es bedurfte einer Neugründung, um die Sache wieder in Schwung zu bringen. Diese Erneuerung der Kasse erfolgte am 4. Mai 1851, wobei aber am Wortlaut der alten Statuten nicht viel geändert wurde. Wichtiger als das war aber, dass die Statuten nun ausdrücklich die Genehmigung durch den Bezirksstatthalter und die thurgauische Regierung erhielten.

Die Zahl der von der Kranken-Unterstützungskasse erfassten Gesellen war freilich nie gross. Bei der Gründung im Jahre 1826 waren bloss 10 Gesellen zugegen, und anlässlich der Statutenänderung von 1830 war deren Zahl nur um ein einziges Mitglied grösser. Bei der Reorganisation im Jahre 1851 war die Gesellenzahl wiederum nahezu dieselbe (13). Erst in den 1860er Jahren kletterte die Zahl etwas höher (1865 19) und erreichte im Sommer 1871 einen bis dahin noch nie erreichten Höchststand von 22, was in der Entwicklung dieser kleinen Organisation einen eigentlichen Höhepunkt bedeutete.

Drittes Kapitel

Die Epoche des modernen Interventionismus von 1874 bis zur Gegenwart

I. Die wachsende Bedeutung der fabrikmässigen Produktion

Die Industrialisierung des Thurgaus hat seit dem Ende des 19. Jahrhunderts weiterhin grosse Fortschritte gemacht. Die Urproduktion geriet dadurch immer mehr in den Hintergrund. Allerdings hat die thurgauische Landwirtschaft auch noch heute eine verhältnismässig grosse volkswirtschaftliche Bedeutung, denn der Thurgau ist dank der günstigen natürlichen Grundlage eine wichtige Fruchtkammer der Schweiz geblieben (speziell was die Produkte der Milchwirtschaft und des Obstbaus anbelangt). Die dezentralisierte Siedelungsweise und die Einbettung der Ortschaften in landwirtschaftliche Nutzflächen unterstreichen diese Eigenart der Wirtschaftsstruktur des Thurgaus. Wohl jeder flüchtige Besucher dieses Kantons ist daher geneigt, den Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Volkswirtschaft verhältnismässig höher einzuschätzen, als dies auf Grund der statistischen Ergebnisse getan werden dürfte. «Der Thurgau macht noch immer den Eindruck eines vorwiegend bäuerlichen Kantons», so fasst Redaktor Dr. Ernst Nägeli die Meinung weiter Volkskreise zusammen.¹ Aber kein aufmerksamer Beobachter wird übersehen können, dass die Industrie in Wirklichkeit schon bald in jeder Gemeinde mit kleineren oder grösseren Fabriken vertreten ist. Diese innige Durchdringung der Agrarlandschaft durch die Industrialisierung ist so typisch für den Thurgau, dass man versucht ist, im Thurgau das verwirklicht zu sehen, «was der Landesplanung als Wunsch und Ideal vorschwebt».² Auf diese Weise kann man den Thurgau geradezu als klassisches Beispiel für ein gesundes Verhältnis zwischen Industrie und Urproduktion anführen, wobei man freilich nicht den Fehler machen darf, dieses verhältnismässig kleine Wirtschaftsgebiet völlig isoliert von der Aussenwirtschaft zu betrachten.

Auf Grund der Bevölkerungsstatistik³ lässt sich sagen, dass die thurgauischen Berufstätigen schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ungefähr zur Hälfte aus industriellen Berufstätigen zusammengesetzt waren. Besonders gross war der Anteil der industriellen Berufstätigen im Jahre 1910; damals betrug

¹ Vgl. Nägeli, Vielfältiger Thurgau, NZZ, 31. Mai 1944, Nr. 916.

² Vgl. Nägeli, eb.

³ Vgl. Eidgenössische Volkszählung 1. Dezember 1941, Bd. 2 (Statistische Quellenwerke Heft 140), S. 30; Eidgenössische Volkszählung 1. Dezember 1880, 3. Bd. (Schweiz. Statistik LIX), S. 160/163.

ihr Anteil 52 Prozent. Nachher ist ihr Anteil wieder um ein Stück zurückgegangen und hat sich auf der Höhe von etwa 46 Prozent stabilisiert. Der Anteil der Berufstätigen in der Urproduktion hat sich dagegen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts deutlich vermindert, während die Erwerbsklassen Handel, Verwaltung, Verkehr etc. im gleichen Zeitraum eine erhebliche Zunahme ihres Anteils an der Gesamtzahl der Berufstätigen erfahren haben. — Verglichen mit den entsprechenden Zahlen der ganzen Schweiz hat der Thurgau bei allen Volkszählungen von 1880 bis 1941 einen etwas höheren Anteil der industriellen Berufstätigen aufgewiesen.

Die Zahl der industriellen Berufstätigen im Kanton Thurgau:

Zähljahre	Berufstätige total	Industrielle Berufstätige
1880	46 490	21 665
1888	47 345	22 237
1900	53 174	26 063
1910	66 834	35 666
1920	65 535	31 037
1930	64 642	31 412
1941	64 782	31 673

Natürlich entfällt nur ein Teil der Gesamtzahl der industriellen Berufstätigen auf die Fabrikindustrie. Immerhin lässt sich bei einem Vergleich mit den Fabrikstatistiken leicht erkennen, dass schon seit der Jahrhundertwende über die Hälfte aller industriellen Berufstätigen zur Kategorie der vom Fabrikgesetz erfassten Arbeitnehmer gehören. Die Zahl der letztern bewegt sich seit einer Reihe von Jahren bereits über der 20 000er Grenze, hat sich also seit 1882, da die erste eidgenössische Fabrikstatistik vorgenommen wurde, nahezu verdreifacht. Dies illustriert eindrucklich den Aufstieg der fabrikmässigen Produktion im Verlaufe dieser Epoche.

Die Zahl der vom Fabrikgesetz erfassten Arbeitnehmer im Kanton Thurgau:

Zähljahre	Fabrikarbeiter	Zähljahre	Fabrikarbeiter
1882	7 992	1929	19 296
1895	9 475	1936	14 930
1911	18 714	1941	18 896
1923	15 990	1947	21 867

Die Fabrikindustrie ist zwar wiederholt durch Krisen heimgesucht worden, konnte aber dadurch nicht dauernd an der Weiterentwicklung gehindert werden. Demgegenüber zeigt das Handwerk und die Hausindustrie ein wesentlich anderes Bild. Es ist nicht zu erwarten, dass diese beiden Sektoren der Industrie nochmals eine so grosse Rolle spielen werden, wie dies früher der Fall war. Andererseits ist aber auch nicht mit einem vollständigen Verschwinden dieser beiden Grundformen der industriellen Produktion zu rechnen. Namentlich das Handwerk (einschliesslich des Baugewerbes) besitzt auch noch heute respektablen Umfang, zählte man doch noch anlässlich der gewerblichen Betriebszählungen von 1929 und 1939 insgesamt 12 928 bzw. 11 825 Berufstätige in diesem Wirtschaftssektor. Bei der Hausindustrie ist die rückläufige Entwick-

lung ausgeprägter. Dieser Wirtschaftssektor erfreute sich nur noch bis zum ersten Weltkrieg einer weitgehend gedeihlichen Entwicklung (mit einem Bestand von 6 085 Heimarbeitern im Jahre 1905); die darauf einsetzenden Krisenerscheinungen haben sich bei der Hausindustrie besonders schwerwiegend ausgewirkt, und auch in den konjunkturell günstigeren 1940er Jahren beschäftigte sie nur noch 2—3 000 Personen (1947 etwa 2 550).

Bei der seit 1874 eingetretenen industriellen Entwicklung sind in der Hauptsache zwei Phasen zu unterscheiden, wobei der erste Weltkrieg die zeitliche Trennungslinie bildet. In der ersten Phase stand die Stickereiindustrie im Vordergrund, in der zweiten hat dagegen die Metallindustrie die dominierende Stellung gewonnen und nimmt diese auch noch heute ein.

In der Blütezeit beschäftigte die Stickereiindustrie im Thurgau über 10 000 Personen (1910/11). Der Thurgau, der zunächst ganz unter dem Einfluss des sanktgallischen Stickereihandels stand, hat es verstanden, ähnlich wie im 18. Jahrhundert im Falle der Leinenindustrie allmählich eine selbständigere Stellung zu erringen. Diese teilweise Lösung von der Handelstätigkeit Sankt Gallens hat aber den Thurgau in keiner Weise gegen die Depression gefeit, welche nach dem ersten Weltkrieg lähmend um sich griff. Die thurgauische Stickereiindustrie ist jedenfalls nicht weniger schwer vom Konjunkturumschlag getroffen worden. «Der grössere Teil der Maschinen ist schon seit Monaten ausser Betrieb», so hiess es bereits im Geschäftsbericht 1920 der Thurgauischen Kantonalbank.⁴ Dieses düstere Bild hat sich in den folgenden Jahren noch verschlimmert. Den meisten Betrieben blieb schliesslich nur noch die Einstellung der Produktion übrig. Die Massnahmen der im Jahre 1922 gegründeten Stickerei-Treuhand-Genossenschaft haben das ihrige zur beschleunigten Stillegung von Stickereibetrieben beigetragen. Nur eine recht kleine Auslese von Betrieben hat dem Ansturm der wirtschaftlichen Bedrängnis standgehalten. Um 1941 betrug die Zahl der dem Fabrikgesetz unterstellten thurgauischen Stickereibetriebe nur noch 28 (mit insgesamt 193 Arbeitnehmern), während dreissig Jahre zuvor noch 175 unterstellte Betriebe (mit insgesamt 7 449 Arbeitnehmern) gezählt worden waren. Obwohl sich die Verhältnisse in der Stickereiindustrie seither wieder gebessert haben, umfasst dieser Industriezweig im Thurgau auch heute nur noch wenige Hundert Beschäftigte.

Der Niedergang der Stickereiindustrie hat sich im Thurgau indessen nicht so verheerend ausgewirkt wie beispielsweise im Kanton Sankt Gallen. Die durch den Ausfall der Stickerei entstandene Lücke in der Volkswirtschaft ist verhältnismässig schnell wieder überbrückt worden, insbesondere durch die Ausweitung der Metallindustrie. Innerhalb der Metallindustrie war es vor allem der Maschinenbau, der sich kräftig ausdehnte. Die Herstellung und Bearbeitung von Metallwaren hat zwar im Verlaufe der letzten Jahrzehnte auch erheblich zugenommen, steht aber gesamthaft noch stark hinter dem Maschinenbau zurück. Eine ausgesprochen geringe Verbreitung besitzen vorläufig noch die Uhrenindustrie und Bijouterie, sowie die Herstellung von Metallen (einschliesslich der Giesserei).

⁴ Vgl. Thurgauische Kantonalbank, Geschäftsbericht 1920, S. 7.

Die zwei wichtigsten Plätze der thurgauischen Metallindustrie sind Arbon und Frauentfeld. Erst in grossem Abstand folgen Steckborn, Kreuzlingen, Ermingen, Aadorf und Sirmach als weitere namhafte Standorte der thurgauischen Metallindustrie, wobei ausserdem zu beachten ist, dass sich in diesen Orten z. T. erst in jüngster Zeit grössere Betriebe dieser Art entwickelt haben.

In Arbon verdankt die Metallindustrie ihren Aufstieg hauptsächlich dem von Veringen bei Sigmaringen (Hohenzollern) stammenden Franz Saurer und dessen Sohn Adolph. Der im Jahre 1863 von Franz Saurer in Arbon übernommene Betrieb hat sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Unternehmen mit über 2 000 Arbeitern entwickelt. Unter der Führung Adolph Saurers hat sich die Fabrik einen international bekannten Ruf verschafft, vorerst durch den Bau von Motorfahrzeugen (seit 1896).

Als der Stickmaschinenbau nach dem ersten Weltkrieg infolge der fehlenden Nachfrage nicht mehr weitergeführt werden konnte, wurde der Fahrzeug- und Motorenbau das eigentliche Rückgrat des Unternehmens. Neuerdings hat das Unternehmen auch den serienmässigen Bau von Seidenstoffwebstühlen aufgenommen (1936). Die bekanntesten Erzeugnisse der Firma, die im Sommer 1919 in die Aktiengesellschaft Adolph Saurer umgewandelt wurde, sind aber auch noch heute die Automobile. Die Patentrechte werden z. T. auch durch Tochter- und Lizenzfirmen des Auslandes ausgewertet. So bestehen Saurer-Werke u. a. in Lindau am Bodensee (schon seit 1910), in Suresnes bei Paris, in Wien und in Brescia. Im übrigen ist an dieser Stelle auch auf die enge Zusammenarbeit mit den Berna-Werken in Olten hinzuweisen. — Den Charakter eines Familienunternehmens hat die Firma schon um 1919 verloren, denn der Verwaltungsrat der neugebildeten Aktiengesellschaft wurde nicht etwa durch Adolph Saurer präsiert, sondern durch Leopold Dubois. Auch Hippolyt Saurer, Adolph Saurers Sohn, der nach dem Tode Adolph Saurers (1920) mit der Leitung des Betriebes betraut wurde, konnte diese Entwicklung nicht mehr rückgängig machen, umso weniger als er schon im Jahre 1936 ebenfalls vom Tode ereilt wurde. Generaldirektor des Unternehmens ist heute Albert Dubois (seit 1938), Präsident des Verwaltungsrates Dr. Hans Sulzer, Winterthur (seit 1928).

Wir müssen uns schon aus Raumgründen versagen, auch auf die Entwicklung der übrigen Betriebe der thurgauischen Metallindustrie einzugehen. Dagegen seien hier noch einige Worte zur Entwicklung der übrigen Industriezweige beigefügt.

Die Textilindustrie bildet gesamthaft auch noch heute einen recht umfangreichen Sektor der thurgauischen Industrie. Sie ist vor allem durch die Baumwollweberei und -veredlungsindustrie, die Woll- und Seidenindustrie (seit 1923 auch durch die Kunstseidenindustrie) vertreten. Seit der Jahrhundertwende hat sich ferner die Textilbekleidungsindustrie kräftig entfaltet, vor allem in Anriswil und Kreuzlingen (Wirkerei, Strickerei, Konfektion). Eine verhältnismässig starke Verbreitung haben ferner die Holz-, die Nahrungsmittel- und die Schuhindustrie, sowie das Baugewerbe, während anderseits die Chemische und die Graphische Industrie noch immer auffallend schwach verbreitet sind.

Nach diesem kurzen Abriss der Entwicklung der einzelnen Industriezweige

bleibt uns noch übrig, die seit 1874 eingetretenen Wandlungen in der Produktionsweise aufzuzzeigen. Während die fabrikmässigen Grossbetriebe bis dahin nur vereinzelt vorkamen, sind sie nun zu einer stark verbreiteten Betriebsform geworden. Allerdings hat die handwerkliche und kleinbetriebliche Produktionsweise auch noch heute ihren Platz in der thurgauischen Industrie. Es kann also nicht von einer Beseitigung der älteren Produktionsweise gesprochen werden.

Betrachten wir zunächst die Entwicklung der Betriebsgrösse, so ist vor allem darauf hinzuweisen, dass sich nun auch im Thurgau Unternehmen entwickelten, die über 2 000 Arbeiter beschäftigten. Dabei ist nicht uninteressant festzustellen, dass dies bisher nur in Arbon der Fall war. Hier erreichte bereits im Jahre 1911 die Stickereifirma Stickereiwerke Arbon A.-G. (vormals Arnold B. Heine & Cie.) einen Arbeiterbestand von 2 150.⁵ Diese hohe Zahl von Arbeitern konnte von der Firma aber nur kurze Zeit gehalten werden, und nach dem ersten Weltkrieg war das Unternehmen bereits zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Im Jahre 1923 beschäftigte die Firma nur noch 23 Arbeiter, und um 1930 ist das Unternehmen — seit 1927 unter der Firma Stickereiwerke Arbon Wollmatingen G. m. b. H. — sogar gänzlich stillgelegt worden. Eine wesentlich stabilere Entwicklung des Arbeiterbestandes war der Maschinenfabrik Aktiengesellschaft Adolph Saurer beschieden. Im Frühjahr 1920 beschäftigte die Firma 2 625 Arbeiter.⁶ Zwar erzwang auch hier die Depression eine wesentliche Verminderung des Arbeiterbestandes (mit einem Tiefstand um 1922 mit 791 Arbeitern). Seit 1924 ist aber der Arbeiterbestand nicht mehr unter die Tausendergrenze gesunken, und seit 1938 hat er sich sogar ständig auf einer Höhe von über 2 000 bewegt (mit einem Höchststand von 2 670 im Dezember 1945).

Ein gutes Bild der Grössenverhältnisse der thurgauischen Industriebetriebe ergeben die Erhebungen des Eidgenössischen Fabrikinspektorates. Wir beschränken uns hierbei auf eine Wiedergabe der Ergebnisse der Erhebungen vom 18. September 1947.⁷

Grössengliederung der dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe im Kanton Thurgau

Grössenklassen (Anzahl Arbeiter)	Zahl der Betriebe	Zahl der vom Gesetz erfaßten Arbeiter
über 500	3	2 731
401—500	1	435
301—400	8	2 922
201—300	9	2 241
151—200	8	1 279
101—150	12	1 565
51—100	61	4 327
0— 50	360	6 367
<u>Alle</u>	<u>462</u>	<u>21 867</u>

⁵ Vgl. Isler, Industriegeschichte des Thurgaus, S. 171.

⁶ Gemäss persönlichen Mitteilungen der Firma.

⁷ Auf Grund eigener Bearbeitung, zu welcher ich die Erlaubnis der Behörde erhielt.

Aus obigen Zahlen geht hervor, dass im Jahre 1947 immerhin 15 500 Industriearbeiter in Betrieben mit über 50 Arbeitern beschäftigt waren. Dies entsprach ungefähr drei Vierteln der Gesamtheit der vom Fabrikgesetz erfassten Industriearbeiter. Ausserdem ist aus den Angaben ersichtlich, dass die durchschnittliche Arbeiterzahl pro Betrieb knapp 47 betrug.

Die Ergebnisse der Fabrikstatistik können allerdings nicht ohne weiteres als Masstab für die gesamte Industrie genommen werden. Einerseits sind eine grosse Zahl kleiner industrieller Betriebe überhaupt nicht dem Fabrikgesetz unterstellt, und anderseits werden auch in den unterstellten Betrieben nicht sämtliche Berufstätige erfasst. Aber auch wenn man diese notwendigen Korrekturen berücksichtigt, wird man zur Feststellung kommen müssen, dass der Anteil der in den grossen Betrieben beschäftigten Personen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stark zugenommen hat.

Die Gesamtzahl der industriellen Betriebe belief sich gemäss der Eidgenössischen Industrie (einschliesslich des Baugewerbes und der Steinbrüche etc.) auf 4 646 (mit 31 518 Beschäftigten). Es entfielen also durchschnittlich knapp 7 Beschäftigte auf jeden Betrieb (ohne die bei der Zählung nicht erfassten hausindustriellen Betriebe).

In ähnlicher Weise wie die betriebliche Konzentration machte auch die unternehmungsmässige Konzentration seit 1874 erhebliche Fortschritte. Die Art und das Ausmass der unternehmungsmässigen Verflechtung lässt sich allerdings nicht immer leicht feststellen. Nur dort, wo verschiedene Betriebe unmittelbar zur gleichen Firma gehören, tritt der Zusammenhang in voller Klarheit in Erscheinung. Dies zeigt sich übrigens auch bei der Fabrikstatistik, denn die Zahl der vom Fabrikgesetz erfassten Unternehmen belief sich beispielsweise im Jahre 1947 auf 444, war also um 18 Einheiten geringer als die Zahl der Betriebe. Die direkte firmenmässige Einheit ist jedoch nicht die einzige Form der unternehmungsmässigen Verflechtung verschiedener Betriebe. Es müssen auch die in der Form von Konzernen, Trusts etc. bestehenden Verflechtungen zur Vervollständigung des Bildes herangezogen werden.

Inbezug auf die Arbeitstechnik lässt die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eingetretene Weiterentwicklung der Produktionsweise sogar noch grössere Wandlungen in bezug auf die Betriebsgrösse erkennen. Die Maschinenarbeit hat nun fast in jedem industriellen Berufszweig Einzug gehalten. Auch die Kleinbetriebe haben vielfach eine erhebliche Mechanisierung des Arbeitsprozesses vorgenommen. So kommt es, dass selbst die dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Industriebetriebe nicht selten eine ganze Reihe von Motoren verwenden. Die Erfindung des Elektromotors hat die Mechanisierung in einer ganz ungeahnten Weise erleichtert.

Die Zahl der in der thurgauischen Industrie eingesetzten PS motorischer Betriebskraft erreichte bereits im Jahre 1939 insgesamt 59 253 PS, wobei die dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe allein schon 41 088 PS auf sich vereinigten (Eidgenössische Betriebszählung). Seither ist diese Entwicklung unaufhaltsam weitergegangen. Der weitaus grösste Teil der Betriebskraft entfällt nun schon seit Jahrzehnten auf die Elektrizität. Gemäss der Fabrikstatistik von 1944 entfielen von den insgesamt 60 836 PS verwendbarer Kraft der dem Fabrikgesetz

unterstellten Betriebe 53 975 PS auf installierte Elektromotoren und nur 6 861 PS auf selbsterzeugte Kraft zum direkten mechanischen Antrieb.

II. Die Verschärfung der Klassengegensätze und die Bemühungen um eine neue dauerhafte Gesellschaftsordnung

Der Individualismus, der im 19. Jahrhundert zu starker Entfaltung gelangte, scheiterte nicht zuletzt daran, dass er allzu sehr damit rechnete, dass sich die sozialen Probleme von selbst lösen würden. Die Wirklichkeit hat aber gezeigt, dass es nicht möglich war, auf dieser Grundlage eine dauerhafte Gesellschaftsordnung zu schaffen. Darüber hinaus zeigte die Entwicklung aber auch, dass die Politik des «Laissez faire» den Boden für klassenkämpferische Auseinandersetzungen vorbereitet hat. Die Ueberbetonung der individuellen Freiheit hat dem klassenmässigen Antagonismus Vorschub geleistet. In keinem Wirtschaftszweig kam dies schärfer zum Ausdruck als gerade in der Industrie. Hier begannen sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in besonders starkem Masse in gesellschaftlicher Beziehung als Klassen zu empfinden. Es kann nicht geleugnet werden, dass diese Entwicklung auch in der thurgauischen Industrie eingetreten ist.

Die Verschärfung der Klassengegensätze erwies sich gleichsam als eine Bestätigung der düstern Zukunftsvision, die Karl Marx und Friedrich Engels ihrem gemeinsam verfassten Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 (später kurz Kommunistisches Manifest genannt) zugrunde gelegt haben: «Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei grosse feindliche Lager, in zwei grosse, einander direkt gegenübergesetzte Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.»⁸ Die Verschärfung der sozialen Spannungen liess aber auch die politische Schlussfolgerung der Verfasser des Manifests in ganz ungeahnter Weise aktuell werden: «Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist.»⁹

Es ist nun allerdings gegen diese dogmatische Festlegung der Entwicklungstendenz der gesellschaftlichen Verhältnisse einzuwenden, dass sie keine allgemeine Gültigkeit besitzt. Die Verschärfung der Klassengegensätze ist im Thurgau im Laufe der Zwischenkriegszeit wiederum durch eine gegenläufige Bewegung abgelöst. Die praktische Entwicklung zeigt aber auch, dass die Ueberwindung der Klassengegensätze nicht der Diktatur des Proletariates bedarf, wie dies im Manifest angedeutet wird. Die gesellschaftliche Entwicklung in der

⁸ Vgl. Marx/Engels Gesamtausgabe, I. Abt., 6. Bd., S. 526.

⁹ Vgl. Marx/Engels eb., S. 546.

thurgauischen Industrie spricht nachdrücklich dafür, dass die Ueberwindung der Klassegegensätze auf dem Wege der Evolution erfolgte. Auch in den übrigen Teilen der Schweiz und in anderen Ländern erwiesen sich die evolutionären Kräfte stark genug, um den klassenmässigen Antagonismus einzudämmen und zu überwinden.

Der Sieg der Gegenkräfte gegen den Klassenkampf spiegelt sich in sehr deutlicher Form in der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung. Diese hat sich im grossen Ganzen mit gutem Erfolg um eine harmonische Verbindung des Freiheits- und Solidaritätsgedankens bemüht. Aber auch die beruflichen Verbände haben sich im Allgemeinen für den evolutionären Weg des sozialen Ausgleichs entschieden: desgleichen die mannigfachen anderen Körperschaften (Religionsgemeinschaften, gemeinnützige Vereine etc.). Das Ganze bietet das Bild eines vielfältig gegliederten Systems der sozialen Kontrolle und Planung, jedoch ohne dass diese Massnahmen in totalitärer Weise auf eine eigentliche Beseitigung der individuellen Freiheit hinauslaufen würden.

Eine grosse Zahl der sozialen Interventionen haben gesamtschweizerischen Charakter. Nicht die Gemeinden oder die Kantone sind zu den hauptsächlichsten Trägern des modernen Interventionismus geworden, sondern der Bundesstaat. Im Falle der thurgauischen Industrie trifft diese Akzentverteilung besonders stark zu, denn im Unterschied zu manchen andern Teilen der Schweiz setzte der Kanton Thurgau erst in der Zwischenkriegszeit mit einer eigenen wirksam ins Gewicht fallenden Sozialgesetzgebung ein. Die wichtigsten hier zu nennenden Massnahmen des Kantons fallen ausnahmslos in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg: das Lehrlingsgesetz (1919), das Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung (1926), das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung (1930), das Gesetz über die Sanierung des Krisenfonds (1938), das Gesetz über die Schaffung eines Fonds für kantonale Alters- und Hinterlassenen-Beihilfe und das Gesetz über die Einführung der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung im Kanton Thurgau (1947), sowie das Gesetz betreffend Abänderung des Gesetzes über die obligatorische Krankenversicherung (1948). Demgegenüber befasste sich die Bundesgesetzgebung schon bald nach der Verfassungsrevision von 1874 sehr tatkräftig mit Fragen des Arbeiterschutzes etc. Es kann hier nicht darum gehen, diese vielschichtigen Entwicklungen näher zu erläutern, weshalb wir uns darauf beschränken, lediglich auf die wichtigsten Gesetze hinzuweisen: das Bundesgesetz über die Arbeit in den Fabriken (1877, revidiert 1905, 1914 und 1919), das Bundesgesetz betreffend Haftpflicht aus Fabrikbetrieb (1881, revidiert 1887), das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung (1911), das Bundesgesetz über die Beschäftigung der jugendlichen und weiblichen Personen in den Gewerben (1922), das Bundesgesetz über die Beitragsleistung an die Arbeitslosenversicherung (1924), das Bundesgesetz über die berufliche Ausbildung (1930), das Bundesgesetz über die wöchentliche Ruhezeit (1931), das Bundesgesetz über das Mindestalter der Arbeitnehmer (1938), das Bundesgesetz über die Heimarbeit (1940) und das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (1947). Die starke Entfaltung der Bundesgesetzgebung lässt nicht selten vergessen, dass auch die Kantone Möglichkeiten erfolgreicher wirtschafts- und sozialpolitischer Gesetz-

gebung besitzen und von diesen auch mehr oder weniger ausgiebig Gebrauch machen. Selbst die Gemeinden kommen als Träger bestimmter Massnahmen dieser Art in Frage - z. B. im Gebiet des Fürsorge- und Versicherungswesens und bei der Berufsbildung etc. — und es darf erwähnt werden, dass die thurgauischen Gemeinden im Allgemeinen eine beachtliche Aktivität beweisen. Schliesslich haben sich seit der Jahrhundertwende auch zahlreiche Ansätze zur internationalen Ordnung arbeitsrechtlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse entwickelt (insbesondere im Rahmen der 1919 geschaffenen Internationalen Arbeitsorganisation).

Der gesetzliche Schutz der wirtschaftlich schwachen Teile der Bevölkerung bietet in mancher Beziehung ähnliche Aspekte wie die ständische Gesellschaftsordnung des Mittelalters. Dem modernen Interventionismus fehlt aber (zum mindesten noch heute) eine Grundeinstellung, die dem Standesbewusstsein der Vergangenheit gleichgesetzt werden könnte. Die sozialen Gruppen, die sich heute als Stände bezeichnen, sind im Grunde weit mehr als Schichten — ohne feste Rangordnung und ohne feste Begrenzung des von ihnen erfassten Personenkreises — anzusprechen. Allerdings bestehen bei einzelnen sozialen Gruppen nicht geringe soziologische Unterschiede. Es ist z. T. eine eigentliche Erneuerung des Ständegedankens eingetreten. Am stärksten bekundet sich dies beim sogenannten alten Mittelstand: im Kleingewerbe. Dieser Kreis der industriellen Berufstätigen hat sich seit dem ersten Weltkrieg nachhaltig dafür eingesetzt, die korporative Idee, die in der mittelalterlichen Zunftordnung richtunggebend war, einer neuen Blüte entgegenzuführen. Es ist aber charakteristisch, dass man dabei im Thurgau weniger von Ständen als von «Mittelstandsschichten» sprach.¹⁰ Man war sich jedenfalls auch hier weitgehend bewusst, dass es nicht um eine «Restaurierung» des früheren Zunftwesens gehen konnte. «Wir brauchen eine vom fortschrittlichen Zeitgeiste erfasste mittelständische Geistes- und Gemütsverfassung, um zielsicher und richtungskundig an die Lösung der mittelstandspolitischen Zeitfragen herantreten zu können.»¹¹ Mit diesen Worten hat der thurgauische Gewerbesekretär Dr. Paul Beuttner im Jahre 1928 die Richtung aufgezeigt, die für die Mittelstandspolitik im Thurgau in Frage kommen konnte.

III. Das Hervortreten der umfassenden Dachverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Ausgestaltung der übrigen Formen der beruflichen Verbände

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben die beruflichen Verbände einen ganz ausserordentlichen Aufschwung erlebt. «Es gibt nur wenige Züge in der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die so deutlich zu fassen sind, wie die starke Tendenz zur **Bildung von Berufsorganisationen** zum Zweck einer gemeinsamen Beratung von Berufsinteressen und einer Beeinflussung der Politik in dieser Richtung», so schrieb zu Beginn des ersten Weltkrieges der

¹⁰ Vgl. Beuttner, Gegenwarts- u. Zukunftsaufgaben des Thurgauischen Gewerbeverbandes, S. 9.

¹¹ Vgl. Beuttner, Mittelstandsgrundsätzliche Gedankengänge, S. 15.

Wiener Sozialökonom Eugen von Philippovich, noch unmittelbar unter dem Eindruck der stürmischen Entwicklung des Verbandswesens um die Jahrhundertwende.¹² Um die gleiche Zeit hat auch der Berliner Soziologe Alfred Vierkandt mit Nachdruck darauf verwiesen, dass keine andere Epoche «über ein derartig ausgebildetes und vielseitiges Vereinswesen» verfügt habe.¹³ Seither hat sich diese Entwicklungstendenz noch stärker ausgewirkt. Der Gedanke der Verbandsbildung hat jedenfalls auch heute eine kaum verminderte Werbekraft, obwohl da und dort verschiedene Anzeichen auf eine gewisse Ueberdimensionierung des beruflichen Verbandswesens schliessen lassen.

Das am meisten in die Augen springende Merkmal der seit 1874 in der thurgauischen Industrie eingetretenen Entwicklung der beruflichen Verbände ist die Bildung umfassender Dachverbände, sowohl auf der Seite der Arbeitgeber als auch auf der Seite der Arbeitnehmer. Daneben haben sich aber auch viele andere Verbände entwickelt; diese bilden heute mit den Dachverbänden zusammen ein für den Laien kaum mehr überblickbares dichtes Geflecht von organisatorischen Beziehungen. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Form des Gesamtarbeitsvertrages; die auf diese Weise gebildeten Vertragsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sind heute ausserordentlich zahlreich und bilden ein für den sozialen Frieden äusserst wertvolles Bindeglied zwischen den klassenmässig getrennten Organisationen. Obwohl es sich bei den Gesamtarbeitsverträgen streng genommen nicht um Verbände im eigentlichen Sinne handelt, kommen wir nicht darum herum, gerade auch im Rahmen dieser Abhandlung auf deren Entwicklung und Bedeutung hinzuweisen.

Die moderne Entwicklung des Verbandes steht im Zeichen einer früher völlig unbekannten Weiträumigkeit der Verbandsgebiete. Auf diesen Umstand ist auch von uns nachdrücklich hinzuweisen, obwohl uns die Themastellung nicht gestattet, auf die nationale und internationale Verbandsbildung eingehend einzutreten. Diese Ausweitung der räumlichen Grundlage steht in einem engen Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, die ja gleichfalls die vorwiegend lokal und regional akzentuierten Lebensformen des Mittelalters sprengte. Dennoch hat die Ausweitung der Verbandsgebiete nicht einfach zu einer schematischen Gleichschaltung aller betrieblichen, lokalen und regionalen Besonderheiten geführt, wie die thurgauischen Verhältnisse eindrücklich zeigen.

Ihre stärkste Entfaltung haben die beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie erwartungsgemäss dort erlebt, wo die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten war: in den Stadtgemeinden Frauenfeld und Arbon. Später haben sich zu diesen Zentren des thurgauischen Verbandswesens noch weitere Schwerpunkte gesellt, insbesondere das im Herzen des Kantons gelegene Dorf Weinfelden und die an Konstanz angrenzende junge Stadt Kreuzlingen.

¹² Vgl. von Philippovich, Entwicklung der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale: Grundriss der Sozialökonomie, 1. Abt., 1. Teil, S. 181.

¹³ Vgl. Vierkandt, Staat und Gesellschaft in der Gegenwart, S. 42.

Gesamtheit lässt sich die Entwicklung der beruflichen Verbände während dieser Epoche wie folgt charakterisieren:

1. Die Bildung getrennter Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat nun grosse Fortschritte gemacht, doch sind die gemeinsamen Organisationen gleichwohl in mancherlei Formen lebensfähig geblieben und haben in jüngster Zeit einen neuen kräftigen Auftrieb erhalten.
2. Soweit es sich um vorwiegend wirtschaftliche Organisationen handelt, ist nun der Typus des Föderativverbandes (d. h. des in fachliche Unterverbände gegliederten Dachverbandes) in den Vordergrund getreten.
3. Zur wichtigsten räumlichen Abstufung der Verbandsgebiete ist jetzt der Bundesstaat geworden; überdies haben sich zahlreiche internationale Spitzenorganisationen zu bilden begonnen, während anderseits die betrieblichen, lokalen und regionalen Verhältnisse vielfach durch die Bildung von entsprechenden Unterverbänden oder Sektionen berücksichtigt werden.
4. Die Tendenz zur Spezialisierung der Tätigkeit der beruflichen Verbände hat weiterhin zugenommen, wobei allerdings z. T. Spitzenorganisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung einen mehr oder weniger engen Kontakt untereinander fördern.
5. Einen hohen Grad der Differenzierung zeigen nicht zuletzt auch die rechtlichen Formen der Verbände; neben einer grossen Zahl von Vereinen (im Sinne des ZGB) bestehen heute auch zahlreiche Genossenschaften (im Sinne des OR) und organisatorische Formen mit arbeitsrechtlichem Einschlag (Gesamtarbeitsverträge, Arbeiterkommissionen etc.).

1. Die getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

A. Die Arbeitgeberorganisationen

Wenn Nationalrat Ed. Sulzer-Ziegler in einem im Februar 1910 gehaltenen Vortrag hervorhob, dass die Arbeitgeberverbände «ein Gebilde neuesten Datums» seien,¹⁴ dachte er zweifellos lediglich an die speziell zum Zwecke der zur Abwehr der gewerkschaftlichen Vorstösse gegründeten Arbeitgeberorganisationen. Nur in diesem Sinne kann man sagen, dass die Arbeitgeberverbände erst verhältnismässig spät entstanden sind. Betrachtet man aber die Arbeitgeberorganisationen unter einem weiteren Gesichtswinkel, gehörten diese Organisationen bereits seit den 1870er Jahren zu einem wichtigen Bestandteil des schweizerischen Verbandswesens. Zunächst waren es vor allem der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein und die ihm angeschlossenen Unterverbände, welche die industriellen Arbeitgeber organisatorisch zusammenfassten. Schrittweise sind jedoch noch weitere bedeutende Dachverbände der Arbeitgeber der schweizerischen Industrie entstanden: um 1880 der Schweizerische Ge-

¹⁴ Vgl. Sulzer-Ziegler, Ueber Arbeitgeber-Verbände: Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller, Jahresbericht 1910, S. 60.

werbeverein (seit 1917 Schweizerischer Gewerbeverband genannt) und um 1908 der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen. Darüber hinaus haben sich zahlreiche weitere Arbeitgeberorganisationen gebildet oder aus älteren organisatorischen Zusammenschlüssen heraus entwickelt, sowohl auf lokaler als auch auf breiterer Grundlage.

Bei den seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sich entwickelnden Arbeitgeberorganisationen in der thurgauischen Industrie können wir uns in diesem Zusammenhang weitgehend auf die Behandlung der drei grossen Dachverbände und der ihnen angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen beschränken. Die übrigen Organisationen erfordern — mit Ausnahme der Meisterschaft Frauenfeld — hier keine eingehende Darstellung, da sie entweder nur einen sehr kleinen Umfang aufweisen (z. B. die «Vereinigung christlicher Unternehmer der Schweiz») oder andernfalls weit über den Kreis der industriellen Arbeitgeber hinausreichen (z. B. die parteipolitischen Organisationen). Diese Umstände lassen es auch als zweckmässig erscheinen, auf eine Gruppierung der Arbeitgeberorganisationen nach der Art der Zielsetzung und Tätigkeit zu verzichten. Dies bedeutet freilich nicht, dass die industriellen Arbeitgeber im Verbandswesen weniger aktiv als die industriellen Arbeitnehmer seien. Obwohl uns genaue Angaben fehlen, weisen doch alle Anzeichen darauf hin, dass die Arbeitgeber in der Regel an der Tätigkeit der Verbände lebhaften Anteil nehmen und meistens weit geschickter als die Arbeitnehmer von den Möglichkeiten der gemeinsamen Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen Gebrauch machen. Die drei Dachverbände der industriellen Arbeitgeber erfassten bereits in den 1930er Jahren mehr als die Hälfte der Betriebe der thurgauischen Industrie. Seither hat die Organisationsdichte noch mehr zugenommen, und es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Arbeitgeber in manchen Industriezweigen sogar nahezu hundertprozentig organisiert sind.¹⁵

Ganz abgesehen von der hohen Organisationsdichte besitzen die industriellen Arbeitgeber auch eine recht weitgehende organisatorische Geschlossenheit. Die Tatsache, dass insgesamt drei verschiedene schweizerische Dachverbände bestehen, fällt praktisch weniger stark ins Gewicht wie etwa die Aufsplitterung der Gewerkschaften in verschiedene weltanschauliche Richtungen. Bei manchen Organisationsaufgaben arbeiten die Arbeitgeberorganisationen schon seit Jahrzehnten eng zusammen. Schon vor dem ersten Weltkrieg haben der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein und der Schweizerische Gewerbeverein zusammen mit dem Schweizerischen Bauernverband ein Organisationsreglement für eine Zentralstelle für das Ausstellungswesen ausgearbeitet und nach der am 27. Oktober 1908 erfolgten behördlichen Genehmigung mit Hilfe des Bundes ein diesem Zwecke dienendes Büro in Bern errichtet. Diese Institution ist im Jahre 1927 mit dem 1915 gegründeten «Schweizerischen Nachweissbureau für Bezug und Absatz von Waren» und dem 1919 geschaffenen «Bureau industriel Suisse» in Lausanne zur «Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung» verschmolzen worden und steht nun schon volle 25 Jahre unter dieser neuen Be-

¹⁵ Vgl. Keller Willy, Die Arbeitgeberverbände der Schweiz: Gewerkschaftliche Rundschau, 1950, 5. Heft, S. 154/155 u. 157.

zeichnung. Ein anderer Anknüpfungspunkt zur engeren Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitgebergruppen und ihrer Verbände ist die Arbeitsmarktpolitik; in diesem Zusammenhang ist z. B. auf die am 15. November 1947 zwischen dem Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein, dem Schweizerischen Gewerbeverband und dem Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen vereinbarte Konvention betreffend das Engagieren von Arbeitern und Arbeiterinnen hinzuweisen.

Die umfangreichste schweizerische Arbeitgeberorganisation ist schon seit Jahrzehnten der Schweizerische Gewerbeverband. Dieser Verband verfügt auch über eine ausgesprochen straffe fachliche und räumliche Gliederung. Er zählt nicht nur zahlreiche schweizerische Fachverbände zu seinen Mitgliedern, sondern er weist auch ein lückenloses Netz von Kantonalverbänden auf, von denen sich die meisten ihrerseits wiederum aus einer Vielzahl fachlicher und räumlicher Unterverbände zusammensetzen.

Die beiden andern grossen Arbeitgeberorganisationen sind der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein und der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen. Bei diesen zwei Dachverbänden ist die fachliche und räumliche Gliederung jedoch weniger straff durchgeführt, auch ist die Zahl der erfassten Einzelmitglieder erheblich geringer.

Alle drei Dachverbände sind auch im Kanton Thurgau mit besonderen Unterverbänden vertreten, insbesondere durch den Thurgauischen Handels- und Industrie-Verein (gegründet 1869) und den Thurgauischen Gewerbeverband (gegründet 1892), sowie durch die dem letzteren angeschlossenen lokalen und regionalen Gewerbevereine und die gewerblichen Fachverbände. Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen ist im Kanton Thurgau dagegen nur in der Form des regionalen Arbeitgeberverbandes Kreuzlingen und Umgebung mit einem besonderen Unterverband vertreten; immerhin sind die an verschiedenen thurgauischen Orten bestehenden selbständigen lokalen Industrievereine als Organisationen zu betrachten, die dem Zentralverband in ihrer Zielsetzung und Tätigkeit sehr nahe stehen.

Ausser diesen drei Dachverbänden und ihren angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen besteht im Thurgau noch eine Arbeitgeberorganisation besonderer Prägung: die Meisterschaft Frauenfeld. Dieser im Jahre 1926 als reine Arbeitgeberorganisation konstituierte Verband verzeichnet eine Vorgeschichte, die bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Die Tradition kommt aber auch noch heute deutlich in der Zielsetzung und Tätigkeit des Verbandes zum Ausdruck, da er sich nach wie vor hauptsächlich mit der Durchführung der Krankenversicherung befasst.

Unter den übrigen Arbeitgeberorganisationen sind — neben verschiedenen Wirtschaftsverbänden — auch noch eine Reihe vorwiegend kulturell gerichteter Verbände zu nennen, ferner die massgeblichen parteipolitischen Organisationen der Arbeiterschaft.

a. Der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein und der ihm angeschlossene Thurgauische Handels- und Industrie-Verein

Der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein (SHIV) ist nicht nur der älteste schweizerische Dachverband der industriellen Arbeitgeber, sondern er ist in Fragen der schweizerischen Handelspolitik die einflussreichste Arbeitgeberorganisation. Zwar umfasst der SHIV zahlenmässig betrachtet weit weniger Mitglieder als der Schweizerische Gewerbeverband, doch befinden sich unter ihnen besonders die grossen und exportfähigen Unternehmungen (Fabrikindustrie und Grosshandel), während der Schweizerische Gewerbeverband hauptsächlich im Kleingewerbe, Detailhandel und Gastgewerbe vertreten ist.

Das Ziel des SHIV hat sich seit der Gründung im Jahre 1870 nicht wesentlich verändert. Immerhin ist anlässlich der Statutenrevision von 1881 und 1911 zur besseren Abgrenzung gegenüber dem inzwischen neugegründeten Schweizerischen Gewerbeverein beigelegt worden, dass sich der Verband im besonderen der Beschaffung von Materialien und Auskünfte über Fragen des Handels, der Industrie und des Verkehrs zuhanden der Bundesbehörden widme. Der gleiche Wortlaut, wie ihn die Statuten von 1911 enthielten, findet sich auch in den noch heute geltenden Statuten.

Als eine am Welthandel interessierte Organisation hat sich der SHIV schon um die Jahrhundertwende für die Bildung einer Welthandelsorganisation eingesetzt und im Jahre 1906 an der Gründung der Internationalen Handelskammervereinigung beteiligt. Nach dem ersten Weltkrieg hat sich der SHIV der im Sommer 1920 an die Stelle der Internationalen Handelskammervereinigung getretenen Internationalen Handelskammer (Chambre de Commerce Internationale) angeschlossen (1921).¹⁶ Allerdings ist die Schweiz in der neuen internationalen Organisation nicht mehr ausschliesslich durch den SHIV repräsentiert, sondern es ist zu diesem Zwecke ein besonderes schweizerisches Landeskomitee gebildet worden. Diesem Landeskomitee gehören u. a. auch einzelne kantonale Handelskammern sowie die Schweizerische Bankiervereinigung an. Im Jahre 1950 hat sich auch der Thurgauische Handels- und Industrie-Verein dem Landeskomitee als Mitglied angeschlossen.¹⁷ Nichtsdestoweniger besteht zwischen dem SHIV und der Internationalen Handelskammer eine besonders enge Bindung, was man daraus ersehen kann, dass z. Zt. der Vorsitzende des SHIV, Minister Dr. Hans Sulzer in Winterthur, zugleich das Landeskomitee der Internationalen Handelskammer präsidiert.

Die Leitung des SHIV wird durch den sogenannten «Vorort» besorgt. Diese Bezeichnung darf aber nicht missverstanden werden, denn streng genommen hat der SHIV das Vorortssystem schon seit vielen Jahren verlassen. Die in dieser Hinsicht noch heute geltenden Statuten vom 13. März 1931 bezeichnen ausdrücklich Zürich als Sitz des Verbandes, und im Gegensatz zu den früheren Statuten erfolgt die Wahl des «Vororts» nicht mehr durch die Delegiertenver-

¹⁶ Vgl. Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein, Protokoll der Sitzungen der Schweizerischen Handelskammer, 1921 u. f.

¹⁷ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1950, S. 61/62.

sammlung des SHIV, sondern durch die Schweizerische Handelskammer, die erstmals durch die Statuten von 1881 als Organ des Verbandes geschaffen worden ist. Andererseits erfolgt die Wahl der Mitglieder der Schweizerischen Handelskammer seit 1931 nicht mehr durch den «Vorort» (wie dies bis dahin der Fall gewesen war), sondern durch die Delegiertenversammlung. Ganz abgesehen von diesen Verschiebungen in der Rangordnung der Organe ist zu beachten, dass sich heute sowohl der «Vorort» als auch die Schweizerische Handelskammer aus Persönlichkeiten verschiedener Orte zusammensetzen.

Inbezug auf die allgemeine Einordnung der angeschlossenen Unterverbände verkörpert der SHIV den Typus eines ziemlich locker zusammengefassten Dachverbandes, der den Mitgliedern ein denkbar grosses Mass von Bewegungsfreiheit zugesteht. Die Zahl der angeschlossenen Unterverbände hat sich freilich seit 1870 enorm vergrössert. Während im Jahre 1870 erst 21 Unterverbände (worunter 2 Fachverbände) gezählt wurden, waren es um 1900 bereits 43 (worunter 23 Fachverbände) und um 1948 sogar 119 (worunter 101 Fachverbände mit insgesamt 17 254 Einzelmitgliedern). Die Fachverbände sind fast durchwegs zentralisierte Landesverbände ohne kantonale oder regionale und lokale Sektionen. Andererseits weisen die dem SHIV angeschlossenen Kantonal- und Regionalverbände keine fachliche Untergliederung auf.

Nach diesem kurzen Ueberblick über die allgemeine Entwicklung des SHIV sei noch etwas eingehender die besondere Entwicklung der Organisation im Thurgau aufgezeigt, wobei es sich vor allem darum handelt, auf die Verhältnisse des **Thurgauischen Handels- und Industrie-Vereins** (THIV) näher einzutreten. Dieser bis zum Jahre 1904 unter dem Namen Thurgauischer Handels- und Gewerbe-Verein stehende Verband gehört dem SHIV schon seit dessen Gründung an (um 1870 noch unter der Bezeichnung «Handels- und Gewerbe-Gesellschaft des Kantons Thurgau»). Das, was der SHIV für die industriellen und kommerziellen Unternehmer der ganzen Schweiz ist, ist der THIV für die industriellen und kommerziellen Unternehmer des Kantons Thurgau. Dementsprechend betont der THIV schon seit jeher die «Förderung und Hebung der Interessen des Handels und der Industrie im Kanton Thurgau» oder anders formuliert (gemäss den am 25. Februar 1919 beschlossenen Statuten) «die Wahrung, Förderung und Hebung der industriellen und kommerziellen Interessen.» Zur Erreichung dieses Zweckes setzt sich der THIV für alle geeigneten Massnahmen ein, insbesondere auch für den einheitlichen Ausbau der Gesetzgebung in den Gebieten, die Handel und Industrie betreffen. Die ursprünglich vorgesehene Bestimmung, sich für die Durchführung von Gewerbeausstellungen einzusetzen, ist dagegen schon am 9. November 1878 wiederum aus dem Kreise der statutarischen Aufgaben gestrichen worden. Dafür ist im Jahre 1919 die Förderung des beruflichen Bildungswesens ausdrücklich zu einer Aufgabe des Verbandes erklärt worden.

Die Leitung des Verbandes lag anfänglich in den Händen einer achtgliedrigen (seit 1892 siebengliedrigen) Direktionskommission. Durch die Statutenänderung von 1904 schuf man daraus ein 5 bis 7 Mitglieder umfassendes Direktionskomitee zur Leitung der Geschäftsangelegenheiten. Um dem durch das Anwachsen des Verbandes verstärkten Bedürfnis nach Verbreiterung der Basis

der Verbandsleitung zu entsprechen, ist die Obergrenze der Zahl der Komitee-Mitglieder um 1910 auf 9 erhöht worden. Eine noch tiefgreifender sich auswirkende Reorganisation des THIV erfolgte im Jahre 1919. Nun wurde die Thurgauische Handelskammer geschaffen, die an die Stelle des bisherigen Direktionskomitees trat. Der Thurgauischen Handelskammer gehören z. Zt. 13 Mitglieder an, von denen 9 von der Generalversammlung des THIV und 4 durch Kooptation der Handelskammer gewählt werden.

Fast zur gleichen Zeit, da der THIV seinen heutigen Namen erhalten hat, hat sich dessen Leitung auch zur Schaffung eines eigenen Sekretariates entschlossen. Das im Jahre 1907 provisorisch in Frauenfeld errichtete Sekretariat ist im folgenden Jahre definitiv dem Direktionskomitee angegliedert worden (mit Dr. R. von Muralt als Sekretär). Im Jahre 1918 ist das Sekretariat nach Weinfelden verlegt worden, wobei Dr. Carl Eder zum neuen Sekretär bestimmt wurde. Dieser ist auch noch heute mit der Leitung des Sekretariates betraut. Er gehört seit 1935 dem Nationalrat an.

Die Mitgliedschaft des THIV erstreckt sich vor allem auf Arbeitgeber und Firmen, die im Thurgau niedergelassen sind. Seit 1919 wird das Recht zur Erwerbung der Mitgliedschaft auch schweizerischen Behörden und Körperschaften und «Schweizern im Ausland von unbescholtenem Rufe, die Handel und Industrie nahestehen», gewährt.

Regionale oder lokale Sektionen besitzt der Thurgauische Handels- und Industrie-Verein keine. Die Direktionskommission hat zwar im Jahre 1876 die Bildung lokaler Sektionen rege befürwortet, doch fand die Idee bei der Mitgliedschaft einstweilen noch keinen Anklang. Allerdings zeitigte die Idee einige Jahre später doch noch einen gewissen Erfolg, indem um 1880 der Gewerbeverein Frauenfeld dem Thurgauischen Handels- und Gewerbe-Verein beitrug. Um 1887 entschloss sich auch der Gewerbe- und Handwerker-Verein Murgthal (Eschlikon) zum Beitritt, und zu Beginn der 1890er Jahre ist ausserdem der Gewerbeverein Weinfelden Mitglied geworden. Alle drei Gewerbevereine haben aber um die Jahrhundertwende wieder ihren Austritt erklärt, da ihnen die Zusammenarbeit im Rahmen des im Jahre 1892 gegründeten Thurgauischen Gewerbevereins besser entsprach. Eine neue Aktualisierung fand die Frage der Bildung lokaler Sektionen am Ende des ersten Weltkrieges, als da und dort lokale Industrievereine entstanden. Zur Bildung eigentlicher Sektionen kam es aber auch dieses Mal nicht.⁷⁸

Desgleichen hat der Thurgauische Handels- und Industrie-Verein bisher auf die Schaffung fachlicher Unterverbände verzichtet. Immerhin haben seit 1919 auch verschiedene gewerbliche Fachverbände die Mitgliedschaft erworben, insbesondere die Genossenschaft thurgauischer Sägereibesitzer und der Thurgauische Baumeister-Verband, die auch noch heute zu den Mitgliedern des THIV gehören. Diese Fachverbände sind aber in bezug auf die Rechte und Pflichten den übrigen Verbandsmitgliedern gleichgestellt. Die gleichen Fachverbände

⁷⁸ Vgl. Thurgauische Handels- und Gewerbe-Gesellschaft, Verhandlungen 1874/1875; Thurgauischer Handels- und Gewerbe-Verein, Verhandlungen 1880/1881, 1886/1887 und 1892/1894; Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1918.

sind im übrigen auch dem Thurgauischen Gewerbeverband angeschlossen (der Thurgauische Metzgermeisterverband schon seit 1907).

Eine wichtige Rolle in der Tätigkeit des Thurgauischen wie auch des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins spielte schon von Anfang an die Stellungnahme zu handelspolitischen Fragen (Handelsverträge, Zolltarife etc.). Die Komplizierung des internationalen Handels hat natürlich in dieser Beziehung den Verbänden und insbesondere ihren Sekretariaten eine grosse Fülle zusätzlicher Arbeit gebracht.

In ausgiebiger Weise befasst sich der THIV auch mit der bundesstaatlichen und kantonalen Gesetzgebung, sowie mit Steuer- und Verkehrsfragen. Der Verband ist bestrebt, durch Gutachten und Eingaben an die zuständigen Behörden einen zweckentsprechenden Einfluss auszuüben, was ihm zweifellos auch vielfach gelingt.

Den unmittelbar aus den Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Fragen pflegt der THIV dagegen im allgemeinen nur geringe Beachtung zu schenken. Ähnlich wie der SHIV hat es der THIV meistens vorgezogen, diese Angelegenheiten den andern Arbeitgeberorganisationen zu überlassen, insbesondere dem Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen und dem Schweizerischen Gewerbeverband. Im Jahre 1919 verwahrte sich der THIV ausdrücklich dagegen, als «Arbeitgeber-Verband» (im engeren Sinne) betrachtet zu werden, und er führte dies auch als Grund an, weshalb er nicht dem Ostschweizerischen Volkswirtschaftsbund beitreten könne, der sich bekanntlich intensiv mit den aus den Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Fragen befasste.¹⁹ Die seither eingetretene Entwicklung des THIV zeigt indessen, dass sich dieser Fragenkomplex doch nicht ganz aus der Verbandstätigkeit ausschalten lässt. Jedenfalls hat sich der Verband in der Folge wiederholt auch nach dieser Richtung hin betätigt. So hat der THIV u. a. im Jahre 1947 Richtlinien betreffend das Suchen und Einstellen von Arbeitskräften herausgegeben.²⁰ Ferner darf an dieser Stelle auf die Mitwirkung des Verbandes bei der Durchführung des Erwerbsausgleichs für aktivdiensttuende Wehrmänner hingewiesen werden. Das Sekretariat ist im Jahre 1940 mit der Führung der Thurgauischen Ausgleichskasse für Handel und Industrie beauftragt worden. Der Kasse gehörten Ende 1947 insgesamt 244 Arbeitgeber und Firmen mit rund 3 000 Arbeitnehmern an. Seit dem 1. Januar 1948 erfüllt die Kasse die Funktion einer kantonalen Ausgleichskasse im Rahmen der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung. Dadurch ist die Kasse allerdings in ihrem Einzugsgebiet teilweise eingeschränkt worden, da ihr nunmehr nur noch die Mitglieder des THIV angehören können. Ende 1951 zählte die Thurgauische Ausgleichskasse für Handel und Industrie daher nur noch 125 Mitglieder.²¹ Die Geschäftsstelle der Kasse befindet sich seit dem Sommer 1946 in Horn.

Neben zahlreichen erfolgreichen Aktionen des THIV sind auch einzelne Fehlschläge zu nennen. Insbesondere hat sich die Beteiligung des Verbandes

¹⁹ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1919, S. 18.

²⁰ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1947, S. 69/70.

²¹ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1951, S. 61.

an der zur wirtschaftlichen Erschliessung Afrikas gegründeten «Internationalen afrikanischen Gesellschaft» (mit Sitz in Brüssel) und der «Ostschweizerischen geographisch-kommerziellen Gesellschaft» als ein Misserfolg erwiesen.²² Das Gericht ist praktisch überhaupt nie in Funktion getreten, obwohl eine entsprechende Schiedsordnung aufgestellt worden ist und auch Schiedsrichter aus 6 verschiedenen Branchen gewählt worden sind. In Anbetracht dieser Umstände hat die Thurgauische Handelskammer in ihrer Sitzung vom 17. April 1951 das kaufmännische Schiedsgericht wiederum aufgehoben.²⁴

Die Tätigkeit des THIV und seiner Vorläuferin, der Handels- und Gewerbe-Gesellschaft des Kantons Thurgau, ist eigentlich schon seit den 1870er Jahren von der Kantonsregierung recht positiv beurteilt worden. Regierungsrat J. L. Sulzberger liess es sich nicht nehmen, während mehreren Jahren selbst als Aktuar des Verbandes zu wirken (1874/78), und bereits in den 1880er Jahren begann der Kanton regelmässig eine Subvention an den Verband auszurichten. 1947 betrug die Subvention 2000 Franken.

Schliesslich sei noch kurz die Entwicklung der Mitgliederzahl des Verbandes beleuchtet. Während der Verband in den ersten Jahren seines Bestehens noch nicht einmal hundert Mitglieder zählte, stieg die Mitgliederzahl im Laufe der 1880er Jahre bis auf 150. Im letzten Jahrzehnt setzte jedoch eine rückläufige Bewegung ein, und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sank die Mitgliederzahl sogar bis auf ein halbes Hundert. Die entstandene Lücke konnte aber im Verlaufe einer intensiven Werbeaktion 1907/08 bald wieder auf den früheren Höchststand gebracht werden. Im Laufe des ersten Weltkrieges kletterte die Mitgliederzahl sogar auf über 200 (1915 201 Mitglieder) und bewegte sich seit 1920 ständig in der Grössenordnung von 300 bis 400 (mit einem Bestand von 345 Mitgliedern im Februar 1947).

Natürlich hat sich auch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft im Verlaufe der Entwicklung wesentlich verändert. Während um 1880 noch die Mehrzahl der Mitglieder Einzelpersonen waren, bilden diese in jüngster Zeit nur noch eine Minderheit. Dafür ist die Zahl der Gesellschaftsunternehmungen sowohl absolut wie auch relativ kräftig angewachsen. Sie machen heute einschliesslich der Genossenschaften, der Vereine, der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Behörden rund drei Viertel der gesamten Mitgliedschaft aus.

Mitgliederzahl des Thurgauischen Handels- und Industrie-Vereins¹⁾

Jahre ²⁾	Mitglieder total	Einzelpersonen	übrige Mitglieder
1880	122	107	15
1888	150	130	20
1898	105	85	20
1908	149	87	62
1920	338	174	164
1940	325	115	210

²² Vgl. Thurgauischer Handels- und Gewerbeverein, Verhandlungen, 1878/79, S. 8/9 u. 30.

²³ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1924, S. 59.

²⁴ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1951, S. 66.

1947	345	95	252
1950	387	102	285
1951	383	102	281

1) Bis 1904 Thurgauischer Handels- und Gewerbeverein genannt.

2) Frühjahr.

b. Der Schweizerische Gewerbeverband und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau

Den äusseren Anlass zu einem erneuten Versuch, einen schweizerischen Dachverband des Kleingewerbes zu schaffen, gab die im Jahre 1879 in Luzern durchgeführte zentralschweizerische Gewerbeausstellung. Noch im gleichen Jahre fand auf Anregung des Gewerbevereins Luzern eine erste Delegiertenversammlung der lokalen Gewerbevereine der deutschen Schweiz statt, der alsbald — am 18. Januar 1880 — die Genehmigung der Gründungsstatuten des Schweizerischen Gewerbevereins folgte. Aus dieser Organisation ist im Jahre 1917 durch Namensänderung der **Schweizerische Gewerbeverband** (SGV) hervorgegangen, der sich seither zu einem besonders straff aufgebauten Dachverband der Arbeitgeber entwickelt hat.

Bereits die Gründungsstatuten von 1880 betonten den Zweck des Verbandes, «solche Angelegenheiten zu beraten und zu vertreten, welche die Interessen des gesamten schweizerischen Handwerks- und Gewerbestandes berühren». Obwohl auf eine nähere Bezeichnung der zu ergreifenden Massnahmen zunächst noch verzichtet wurde, war es offensichtlich, dass man vor allem an eine Organisation zur Wahrung der Interessen des Handwerks (nicht der Fabrikindustrie) dachte. Im übrigen hat man sich aber nicht gescheut, vom organisatorischen Vorbild des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins zu lernen. Ähnlich wie dieser hat der Schweizerische Gewerbeverein am 26. April 1885 die ursprünglichen Statuten durch den Zusatz erweitert, dass der Verband «neben der Förderung gemeinschaftlicher Interessen des Handwerker- und Gewerbestandes» den Zweck habe, «über Fragen, welche das schweizerische Handwerk und Gewerbe berühren, den Bundesbehörden begutachtend an die Hand zu gehen.» Die Zielsetzung des Schweizerischen Gewerbevereins ist schliesslich aber auch nach der wirtschafts- und sozialpolitischen Seite hin ausgeweitet worden. In diesem Sinne erhielt die statutarische Zielsetzung am 11. September 1911 den Zusatz, dass es Pflicht des Verbandes sei, «aus eigener Initiative den wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen alle Aufmerksamkeit zu schenken und insbesondere zu Handen der Bundes- und Kantonsbehörden mittelst Erhebungen und anderen Vorarbeiten die gewerbliche Gesetzgebung zu Nutzen und Frommen der Gesamtheit und des Standes zu fördern.» Mit dieser erweiterten Zweckbestimmung gab der Verband dem Willen Ausdruck, selbst aktiv zur Lösung von jenen sozialen Fragen beizutragen, die sich innerhalb der vom Verbands erfassten Wirtschaftszweige bemerkbar machten. Durch die Statuten vom 7. Juli 1923 wurde diese Haltung noch mehr unterstrichen; zugleich wurde nun auch erklärt, dass sich der Verband auch für die

Wahrung und Förderung der Interessen der Inlandindustrie und des selbständigen Detailhandels einsetze. Die heute geltenden Statuten vom 17. Januar 1914 weisen im grossen und ganzen in dieselbe Richtung, wenn auch der Wortlaut im einzelnen gewisse Aenderungen erfahren hat.

Wie der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein so hat sich auch der SGV für die Zusammenarbeit mit den verwandten Organisationen anderer Länder bemüht. Zu einer ersten solchen Organisation kam es in der Zwischenkriegszeit in der Form der Internationalen Mittelstandsunion, welche im Jahre 1923 in Bern gegründet worden ist. Diese Organisation hatte jedoch unter den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der folgenden Jahre einen äusserst schweren Stand und ist um 1929 wieder versandet. Nach dem zweiten Weltkrieg ist — wiederum auf Anregung der Schweiz — eine neue internationale Spitzenorganisation ins Leben gerufen worden, dieses Mal unter der Bezeichnung «Internationale Gewerbeunion». Die Statuten wurden im November 1947 in Paris durch einen von 11 europäischen Ländern beschickten Kongress beschlossen.²⁵

In organisatorischer Hinsicht bekannte sich der Schweizerische Gewerbeverein ursprünglich wie seine Schwesterorganisation, der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein, zum Vorortssystem. Anlässlich der Statutenänderung von 1923 hat sich der Verband aber dazu entschlossen, Bern zum festen Sitz zu erklären, nachdem diese Stadt bereits seit 1897 ständig Vorort des Verbandes gewesen war. Die Gefahr einer übermässigen Zentralisierung besteht indessen auch heute nicht, da der Zentralvorstand des SGV (seit 1944 Schweizerische Gewerbekammer genannt) schon seit jeher aus Vertretern verschiedener Landesteile und Fachverbände gebildet wird.

Eine tiefgreifende Wandlung hat der Verband auch hinsichtlich der Gliederung in Unterverbände durchgemacht. Im Gründungsjahr 1880 zählte der Verband noch keinen einzigen fachlichen Unterverband, im Jahre 1947 dagegen deren 138 (mit 120 702 Mitgliedern). Doch auch dann, wenn wir von den beruflichen Unterverbänden absehen, hat sich vieles gewandelt. Heute bilden nämlich die Gewerbeverbände der Kantone und Halbkantone die einzigen räumlich gegliederten Unterverbände; die lokalen Gewerbevereine, welche um 1880 noch den Grossteil der dem Verbande angeschlossenen 22 Sektionen ausmachten, werden dagegen nur noch als Sektionen der kantonalen Gewerbeverbände berücksichtigt. Als eine ganz neue Gruppe von Sektionen sind die Genossenschaften des Handwerks, der Inlandindustrie und des privaten Handels zu betrachten; im Jahre 1947 belief sich die Zahl dieser Sektionen auf 7. Die einzige Kategorie von Sektionen, die sich seit 1880 nur wenig verändert hat, ist diejenige der Anstalten und Institute (Gewerhemuseum, Schulen etc.); diese Gruppe war schon um 1880 mit mehreren Einheiten vertreten und wurde um 1947 mit 17 Einheiten ausgewiesen.

Der bei aller Vielfalt straffe Aufbau des SGV offenbart sich heute auch innerhalb der einzelnen Kantone, wie wir nachfolgend am Beispiel der thurgauischen Verhältnisse zu zeigen haben.

²⁵ Vgl. Schweizerischer Gewerbeverband, Geschäftsbericht 1947, S. 122.

1) der Thurgauische Gewerbeverband

Wie wir im zweiten Kapitel zeigten, sind bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts erste Anläufe zur Schaffung einer kantonalen Handwerkerorganisation im Kanton Thurgau unternommen worden. Diesen Gebilden war aber zunächst noch kein dauernder Erfolg beschieden. Lediglich der lokale Gewerbeverein Frauenfeld überdauerte die Wechselfälle der Wirtschaftsentwicklung und hat sich im Jahre 1880, als der Schweizerische Gewerbeverein gegründet wurde, sogleich diesem angeschlossen. Der Gewerbeverein Frauenfeld hat sich in der Folgezeit auch im Hinblick auf die Schaffung eines Kantonalverbandes des Kleingewerbes als besonders aktive Organisation ausgezeichnet.²⁶

Bevor im Thurgau an die Gründung eines dauerhaften Kantonalverbandes des Kleingewerbes herangetreten werden konnte, musste der Organisationsgedanke vorerst einmal in einer Mehrzahl von Ortschaften richtig Fuss gefasst haben. Diese Voraussetzung war im Jahre 1880 noch nicht erfüllt. Es sind daher noch mehrere Jahre vergangen, bis endlich der Thurgauische Gewerbeverein aus der Taufe gehoben werden konnte, aus dem dann später der **Thurgauische Gewerbeverband** (TGV) hervorging.

Die Schaffung einer kantonalen Spitzenorganisation sämtlicher thurgauischen Gewerbevereine wurde erstmals am 23. Januar 1887 an einer besonderen Delegiertenversammlung in Frauenfeld erörtert. Seither haben alle Jahre wieder solche Delegiertenversammlungen stattgefunden. An den Zusammenkünften beteiligten sich neben den Gewerbevereinen Frauenfeld und Oberthurgau (Amriswil Romanshorn) bald auch die Gewerbevereine Murgthal, Arbon und Bischofszell. Damit wuchs zugleich der Wunsch nach statutarischer Verankerung der Zusammenarbeit. Nachdem an der Delegiertenversammlung vom 1. Februar 1891 eine diesbezügliche Anregung zur Diskussion gestellt worden war, wurden die notwendigen Vorarbeiten an die Hand genommen. Die Bemühungen hatten einen vollen Erfolg. Die aus den Beratungen hervorgegangenen Statuten wurden an der Delegiertenversammlung vom 2. Oktober 1892 einstimmig angenommen. Einige Jahre später — um 1898 — hat sich die unter der Bezeichnung Thurgauischer Gewerbeverein stehende Organisation dem Schweizerischen Gewerbeverein angeschlossen. Als dieser am Ende des ersten Weltkrieges seinen Namen in Schweizerischen Gewerbeverband abänderte, vollzog auch der thurgauische Kantonalverband eine entsprechende Namensänderung (1918).²⁷

Die Zielsetzung des Thurgauischen Gewerbevereins war anfänglich vor allem auf die Förderung der beruflichen Bildung gerichtet. Aber es wurden daneben auch schon frühzeitig weitere Aufgaben ins Auge gefasst. Nach den Statuten vom 22. Januar 1911 (definitiv genehmigt am 16. Februar 1913) hatte die Organisation den Zweck, «die Interessen von Handwerk und Gewerbe auf allen Gebieten möglichst zu wahren und alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, den Mittelstand gegen innere und äussere Schädigungen zu ver-

²⁶ Vgl. BAF (Vorstandsprotokoll des Gewerbevereins Frauenfeld, 1881/1887).

²⁷ Vgl. Thurgauischer Gewerbeverein, Denkschrift; Thurgauischer Gewerbeverband, Jubiläumsschrift.

teidigen. Als Mittel zu diesem Zweck dienen u. a. die Anbahnung einer starken und festgefügtten Organisation, Veranstaltung von Vorträgen und Kursen, Aufklärung der öffentlichen Meinung, Förderung und Ausgestaltung des Lehrlingswesens, Erstrebung einer richtigen Vertretung in den Behörden». In ähnlicher Weise umschrieben die am 23. März 1924 revidierten Statuten die Zielsetzung, wobei recht selbstbewusst beigelegt wurde, dass der Mittelstand, dessen Bestrebungen der Thurgauische Gewerbeverband unterstützte, der «Hauptträger eines geordneten Staatswesens» sei. Eine erhebliche Erweiterung fand dagegen die Umschreibung der Mittel des Verbandes: ausser den bereits früher bezeichneten Massnahmen wurden nun noch eine ganze Reihe neuer genannt, insbesondere die Veranstaltung und Subventionierung von Meisterfach-, Buchhaltungs- und Rechtskursen, Propaganda zum Schutz des einheimischen Gewerbes, Mitwirkung bei den gewerblichen Lehrlingsprüfungen, Förderung und Ausgestaltung der gewerblichen Fortbildungsschulen, Anbahnung und Förderung einer geregelten Arbeitsvermittlung im Gewerbewesen, Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs und der Misstände im Submissions- und Kreditwesen, Unterstützung berufsgenossenschaftlicher Organisationen, die den Einkauf der Rohmaterialien und die Preisfestsetzung für laufende Arbeiten bezwecken, und die Vermittlung bei Streikangelegenheiten. In einem besonderen Artikel wurde ausserdem hinzugefügt: «Bei wichtigen, die Interessen des Gewerbestandes berührenden Wahlen und Abstimmungen wird der Kantonalvorstand allen Sektionen rechtzeitig Mitteilung machen» (§ 27¹). In einem zweiten Absatz wurde indessen beschwichtigend hinzugefügt, dass sich der Thurgauische Gewerbeverband «der eigentlichen Parteipolitik» enthalte (§ 27²). Diese neue statutarische Umschreibung der Zielsetzung und der Mittel des Verbandes ist auch bei der Statutenänderung vom 30. März 1930 weitgehend respektiert worden. Es ergab sich nur insofern eine bemerkenswerte Aenderung, als nun auch ausdrücklich die Erfassung der Handelstreibenden und die Wahrung der Interessen des Handels genannt wurde.

Hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus bekannte sich der Thurgauische Gewerbeverein bei seiner Gründung ähnlich wie der Schweizerische Gewerbeverein zum Vorortssystem mit zweijährigem Wahl-Turnus. Als erster Vorort wurde Bischofszell gewählt, bald gefolgt von Kreuzlingen und Weinfelden. Das Vorortssystem erwies sich jedoch für die thurgauischen Verhältnisse als ungeeignet, sodass man die Verbandsleitung schon im Jahre 1899 einem dreigliedrigen Kantonalvorstand übertrug, der sich aus Vertretern verschiedener Orte zusammensetzte. Doch auch diese Regelung wurde nicht lange beibehalten. Die Statutenänderung von 1911 brachte anstelle des bisherigen Vorstandes einen fünfgliedrigen Leitenden Ausschuss und einen grossen Kantonalvorstand, in welchem jede Sektion eine Vertretung hatte. Ausserdem wurde zur Förderung der Geschäftsleitung ein ständiges kantonales Gewerbesekretariat geschaffen. Die Führung desselben wurde Alfred Gubler, Gewerbelehrer in Weinfelden, übertragen, der bereits seit 1899 dem Kantonalvorstand angehörte (1899/1904 als Aktuar, 1904 1911 als Präsident). Diese Neuordnung hat sich in der Folge sehr gut bewährt. Auch die Statutenänderung liess den organisatorischen Aufbau weitgehend in der bisherigen Fassung bestehen (allerdings unter teilweiser Aenderung

der Organbezeichnungen, indem nun der Leitende Ausschuss zum Kantonalvorstand und der Kantonalvorstand zur Präsidentenkonferenz erklärt wurde). Die Leitung des Sekretariates ging im Sommer 1927 an Dr. Paul Beuttner über, der auch noch heute dieses Amt bekleidet.

Im Gegensatz zum Thurgauischen Handels- und Industrie-Verein beruht der TGV seit seiner Gründung auf einer Gliederung in Sektionen, wobei grundsätzlich nur lokale Gewerbevereine und Fachverbände kantonaler, regionaler oder lokaler Ausdehnung als Kollektivmitglieder in Frage kommen. Die Vereine treten mit ihrer ganzen Mitgliedschaft bei. Von diesem Grundsatz der Kollektivmitgliedschaft bildet die Ernennung von Ehrenmitgliedern durch die Delegiertenversammlung die einzige Ausnahme.²⁸

Der Grundsatz, die Mitgliedschaft auf den oben erwähnten Kreis von Organisationen zu beschränken, trägt zweifellos dazu bei, den Aufbau des TGV verhältnismässig übersichtlich zu gestalten. Allerdings ist es andererseits dem Gedanken eines straffen, systematischen Aufbaus abträglich, dass die lokalen Gewerbevereine und die Fachverbände mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet sind und dass ein Teil der Einzelmitglieder bei mehr als einem Unterverband die Mitgliedschaft besitzt. Die dadurch gegebenen Unzukömmlichkeiten sind aber praktisch nicht von schwerwiegender Natur und sind jedenfalls der Verbandstätigkeit bisher kaum hinderlich gewesen.

Recht interessante Aspekte bietet die Tätigkeit des TGV. Die geschichtliche Entwicklung lässt erkennen, dass neben den wirtschaftlichen Zielen vielfach auch solche, welche politischen und kulturellen Einschlag aufweisen, verfolgt werden. Es würde freilich zu weit führen, an dieser Stelle die Mannigfaltigkeit der vom Verbands ausgeübten Tätigkeit erschöpfend darzustellen. Wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Punkte herauszugreifen. Die Verbandsgeschichte ist — wie Gewerbesekretär Dr. P. Beuttner in der Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen ausführt — «ein Beispiel zähnen, schöpferischen Willens, den selbständigen Gewerbestand in unserm Kanton in seinen vielseitigen Belangen zu fördern und zu unterstützen. Sie zeigt die Anstrengungen der selbständigen Erwerbsstände in Handwerk und Detailhandel, um durch Selbsthilfemassnahmen die Grundlagen eines gesunden Mittelstandes zu erhalten. Sie zeigt auch die Anstrengungen der Gewerbeorganisation auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Gesetzgebung, den Schutz anzustreben, auf den Handwerk und Detailhandel Anspruch erheben dürfen».²⁹

Vorerst ist an dieser Stelle ein Wort über die Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung zu sagen. Bereits bei den der Verbandsgründung vorausgehenden gegenseitigen Schritten zur Zusammenarbeit der thurgauischen Gewerbevereine gaben diese Fragen viel zu reden. So wandte sich der Vorstand des Gewerbevereins Oberthurgau im Jahre 1885 an den Gewerbeverein Frauenfeld, damit die thurgauischen Gewerbevereine zusammen ein Gesuch um staatliche Subventionierung von Delegierten zum Besuch der Gewerbeausstellung in Nürnberg einreichen. Die Anregung fand erwartungsgemäss die volle Zustimmung

²⁸ Ende 1947 zählte der TGV insgesamt 12 Ehrenmitglieder.

²⁹ Vgl. Thurgauischer Gewerbeverband, Jubiläumsschrift, S. 9.

des Gewerbevereins Frauenfeld. — Im folgenden Jahr veranlasste die vom Gewerbeverein Frauenfeld in Aussicht genommene erste (kantonale) Lehrlingsprüfung zu einer gegenseitigen Kontaktnahme, worauf die Gewerbevereine Frauenfeld und Oberthurgau mit befriedigendem Erfolg am 3. Mai 1886 die vorgesehene Prüfung durchführten. Ähnliche Fragen beschäftigten auch die Delegiertenversammlung der thurgauischen Gewerbevereine, die am 23. Januar 1887 in Frauenfeld stattfand. Derartige Beratungen betreffend die Durchführung kantonalen Lehrlingsprüfungen wiederholten sich hierauf alljährlich. Die Beschäftigung mit den Fragen der Berufsbildung hat mit der Gründung des Kantonalverbandes begreiflicherweise noch grösseren Umfang angenommen. Es kann heute rückblickend mit Genugtuung festgestellt werden, dass der Verband seiner besonderen Verantwortung gegenüber dem beruflichen Bildungswesen stets bewusst blieb und nach besten Kräften für die Förderung der in diese Richtung weisenden Bestrebungen eintrat. — Aus dieser Haltung heraus ist auch die Beteiligung an der Gründung des kantonalen Lehrlingspatronates erfolgt, als im Jahre 1894 der Präsident der Thurgauischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Dekan Bremner in Müllheim, hierfür die Initiative ergriff (gleichzeitig hat sich seinerzeit auch der Thurgauische Handels- und Industrie-Verein an der Gründung beteiligt). Der Verband ist auch späterhin mit dieser gemeinnützigen Institution, die 1896 eine Zentralstelle errichtete, eng verbunden geblieben; während mehreren Jahrzehnten wurde die Zentralstelle unmittelbar durch den ersten thurgauischen Gewerbesekretär Alfred Gubler betreut (1899/1937). — Regen Anteil nahm der Verband auch stets an der Durchführung von kantonalen Lehrlings-Freizeitwettbewerben.

Einen recht breiten Raum in der Tätigkeit des TGV nimmt ferner die Förderung des gewerblichen Rechnungs- und Kreditwesens ein.³⁰ Schon der erste Präsident des Thurgauischen Gewerbevereins, Fabrikant Rutishauser von Bischofszell, nahm sich dieser dornigen Angelegenheit an und gab in einem Vortrag über die «Rechnungsstellung des Handwerkers» positive Anregungen. Später sind zu diesem Zwecke auch eigentliche Kurse durchgeführt worden. — Im Laufe des ersten Weltkrieges machte der Verband einen Versuch mit der Vermittlung von Hiltsbuchhaltern, um den Mitgliedern bei den durch die besonderen Zeitumstände verursachten Schwierigkeiten noch wirksamer beistehen zu können (1915). Dieses Vorgehen hat sich aber in der Praxis nicht bewährt. — Besseren Erfolg hatte die gleichzeitig in den Dienst der Mitglieder gestellte Kreditschutzvereinigung. Die Delegiertenversammlung vom 16. Februar 1916 hat die Gründung, die von Kantonalkassier A. Düssli warm befürwortet wurde, in die Wege geleitet, worauf nach kurzer Zeit die formelle Konstituierung erfolgte. Die Kreditschutzvereinigung umfasste anfänglich über 120 Mitglieder. Später hatte die Institution jedoch einen Krebsgang zu verzeichnen, sodass man sich schliesslich dazu entschloss, sie wieder aufzulösen und das Vermögen dem TGV zur Finanzierung seiner eigenen Inkassostelle zu übergeben, die am 1. Juli

³⁰ Vgl. Thurgauischer Gewerbeverband, Jubiläumsschrift, S. 11, 14, 19/20 u. 73/80; Thurgauischer Gewerbeverband, Jahresbericht 1918/1920 u. f.; Beuttner, Der Solidaritätsgedanke in der thurgauischen Handwerker- und Detailhandelspolitik.

1935 ihre Tätigkeit aufnahm. Die Inkassostelle bildete seit 1936 einen Teil der auch heute noch bestehenden Betriebsberatungs- und Inkassostelle des TGV, deren Leitung im Jahre 1951 Dr. Rolf Sax übertragen wurde. — Im Laufe der dreissiger Jahre sind ferner unter massgeblicher Mitwirkung des TGV zwei weitere für die gewerbliche Betriebsfinanzierung wichtige Institutionen geschaffen worden: die Ostschweizerische Bürgschafts- und Treuhandgenossenschaft für Handwerk und Detailhandel in Sankt Gallen (1933) und die Thurgauische Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaft (1938). Zur Erhöhung des Anteilscheinkapitals bei der erstgenannten Institution führte der TGV nach dem zweiten Weltkrieg eine Werbeaktion durch. Die im Jahre 1946 gestartete Aktion ist Ende 1950 zum Abschluss gelangt; der auf diese Weise geäußnete Solidaritätsfonds erreichte die stattliche Höhe von Fr. 21 903.25.

Einen alten Zweig der Verbandstätigkeit bildet ferner die Kontrolle des Submissionswesens. Der Verband hat sich immer wieder mit derartigen Fragen befasst. Da die Bemühungen um die Aufstellung und Durchführung von Submissionsordnungen nur teilweise erfolgreich waren, hat der TGV die Bildung verbandlicher Submissionsmeldestellen gefördert. Im Jahre 1947 war der TGV mit der Führung von insgesamt 5 solcher kantonaler Meldestellen betraut, nämlich für das Dachdecker-, Schlosser-, Elektro-Installations- und Kunststeingewerbe sowie für den Strassenbau.

Ein weiteres wirtschaftlich bedeutsames Arbeitsfeld des Verbandes bildet die Verwaltung der Ausgleichskasse für das thurgauische Gewerbe, die im Jahre 1940 zur Durchführung der Lohn- und Verdienstersatzordnung für aktivdiensttuende Wehrmänner geschaffen worden ist und seit 1948 als AHV-Ausgleichskasse des TGV weitergeführt wird (analog zu den entsprechenden Massnahmen des Thurgauischen Handels- und Industrie-Vereins). — Während einigen Jahren war der Verband auch mit der Führung einer beruflichen Ferienkasse beauftragt (1946/48 Ferienkasse des Thurgauischen Malermeisterverbandes, 1948/1950 Ferienkasse der Interessengemeinschaft der Ostschweizerischen Malermeisterverbände).

Schliesslich ist in diesem Zusammenhang auch zu beachten, dass sich der TGV alljährlich lebhaft für die sogenannten Schweizerwoche-Veranstaltungen einsetzt, welche erstmals im Herbst 1918 zur Förderung der einheimischen Produktion durchgeführt worden sind.

Zur Abrundung unserer Uebersicht über die wirtschaftliche Tätigkeit des Verbandes sei auch noch auf die Bestrebungen zur Schaffung gewerblicher Schiedsgerichte hingewiesen. Der Verband hat sich zeitweise sehr leidenschaftlich für dieses Postulat eingesetzt und sich nicht gescheut, im Jahre 1907 eine kantonale Volksinitiative zugunsten eines Gesetzes über Gewerbegerichte auszulösen. Die Initiative ist trotz ablehnender Stellungnahme des Grossen Rates in der Volksabstimmung vom 31. Mai 1908 mehrheitlich angenommen worden; dagegen hat die hierauf vom Parlament ausgearbeitete Gesetzesvorlage vom 21. Mai 1912 in der darauf folgenden Volksabstimmung vom 16. Dezember 1912 eine desto kräftigere Abfuhr erlitten. Die Frage kam indessen bisher noch nie ganz zur Ruhe. Neuerdings hat der Verband dem Begehren insofern prak-

tisch Rechnung getragen, als die Betriebsberatungsstelle den Verbandsmitgliedern auch zur Vermittlung bei gewerblichen Streitigkeiten dienen soll.³¹

Die unmittelbare Regelung der Arbeitsverhältnisse überlässt der TGV praktisch auch noch heute den Fachverbänden und den lokalen Gewerbevereinen.

Die politische Aktivität des Verbandes äussert sich vor allem in der Beeinflussung der Gesetzgebung durch die Anregung von Gesetzen und die Beteiligung an Abstimmungskampagnen. Im übrigen sucht der Verband auch auf die politischen Kämpfe Einfluss zu nehmen. Zweimal hat der Verband sogar aus eigener Initiative Kandidaten für die Nationalratswahlen aufgestellt (1914 und 1925); ausserdem wurde in der Zwischenkriegszeit ein «Komitee für Pressedienst und Propaganda» (1919) und eine besondere «Politische Kommission» (1925) geschaffen. Alle diese Ansätze zu einer selbständigen Gewerbepolitik machten aber Fiasko, weshalb es die thurgauischen Gewerbekreise seither vorgezogen haben, ihre gewerbepolitischen Forderungen im Rahmen der traditionellen bürgerlichen Parteien geltend zu machen. Charakteristisch für diesen «interparteilichen» Kurs des TGV ist insbesondere die im Jahre 1920 gegründete Gewerbegruppe des Grossen Rates des Kantons Thurgau, die seit jeher Angehörige verschiedener Parteien umfasst. Die Gewerbegruppe bildet daher auch nicht eine eigene Fraktion. Sie wird gegenwärtig durch Gewerbesekretär Dr. P. Beuttner präsiert.

In Anerkennung der Verdienste des Verbandes im beruflichen Bildungswesen und in anderen Belangen richtet der Kanton Thurgau bereits seit 1894 alljährlich eine Subvention an diesen aus. Diese betrug in den ersten zwei Jahren je 300 Fr., ist dann aber schrittweise heraufgesetzt worden. Im Jahre 1947 belief sich die Subvention auf 3 000 Fr. Seit 1950 erhält der TGV noch einen zusätzlichen Staatsbeitrag zur Führung der Betriebsberatungsstelle. Auch dieser Betrag erreichte in den letzten Jahren regelmässig 3 000 Fr. — Eine Reihe von Gemeindebeiträgen ergänzen die kantonalen Subventionen.

Hinsichtlich der Mitgliederzahl verkörpert der TGV schon seit der Jahrhundertwende die grösste thurgauische Arbeitgeberorganisation. Die Zahl der vom Verband erfassten Einzelmitglieder kletterte schon um 1912 auf über 2 000 (inkl. Doppelmitglieder) und beläuft sich seit 1945 ständig auf über 6 000 (inkl. Doppelmitglieder). Auch wenn man die Doppelzählungen abrechnet, verzeichnet der TGV bereits seit 1918 über 2 000 Mitglieder und seit 1947 über 5 000. Die Zahl der angeschlossenen Sektionen ist ebenfalls recht stattlich. Ende 1947 waren es immerhin 63 Sektionen (sofern die bei verschiedenen Fachverbänden bestehenden lokalen und regionalen Sektionen nicht einzeln gezählt werden). Den Hauptharst des TGV bilden seit dem ersten Weltkrieg unbestreitbar die Fachverbände; sie umfassten Ende 1947 43 Sektionen (im obenerwähnten Sinn) mit 4 752 Einzelmitgliedern. Die anfänglich dominierenden lokalen und regionalen Gewerbevereine bilden dagegen — ungeachtet ihrer absoluten Bestandeszunahme — heute nur noch einen relativ bescheidenen Teil des gesamten Bestandes an Sektionen und Einzelmitgliedern.

³¹ Vgl. Thurgauischer Gewerbeverband, Jubiläumsschrift, S. 73; Thurgauischer Gewerbeverband, Jahresbericht 1949, S. 17.

Zahl der Sektionen und Einzelmitglieder des Thurgauischen Gewerbeverbandes¹⁾

Jahre ²⁾	Sektionen total ³⁾	Einzelmitglieder total		Einzelmitglieder Gewerbeverein	Einzelmitglieder Fachverbände
		nominal ⁴⁾	effektiv ⁵⁾		
1892	5	*	*	897	473
1907	19	1 370	1 914	1 078	1 196
1912	26	2 274	2 037	1 065	1 472
1918	—	2 537	2 283	1 432	1 438
1921	36	2 870	2 443	1 376	1 657
1926	36	3 033	3 255	1 459	2 526
1930	49	3 972	3 880	1 590	3 170
1935	55	4 760	4 054	1 545	3 424
1940	57	4 965	4 609	1 690	3 805
1945	61	6 193	5 067	1 823	4 752
1947	63	6 586	5 069	1 804	4 789
1950	64	6 593	4 933	1 849	4 713
1951	64	6 562			

1) 1892/1912 Thurgauischer Gewerbeverein genannt

2) Jahresende, ausgenommen 1918 (1. Mai) und 1921 (1. März)

3) Ohne Berücksichtigung der lokalen und regionalen Sektionen der Fachverbände

4) Mit Doppelmitglieder

5) Ohne Doppelmitglieder

II) Die lokalen und regionalen Gewerbevereine

Bei der Gründung des Thurgauischen Gewerbevereins im Jahre 1892 setzte sich dieser noch ausschliesslich aus lokalen und regionalen Gewerbevereinen zusammen. Die fünf Gründungssektionen waren die Gewerbevereine Frauenfeld (im Jahre 1875 aus der gewerblichen Lesegesellschaft hervorgegangen), Oberthurgau und Murgthal (gegründet 1880), Arbon und Bischofszell (gegründet 1890). Die Zahl der angeschlossenen lokalen und regionalen Gewerbevereine hat sich seither vervierfacht. Bereits im Jahre 1893 traten zwei weitere lokale Gewerbevereine bei: die Gewerbevereine Weinfelden und Kreuzlingen (gegründet 1892). Ferner traten im Jahre 1897 die Gewerbevereine Müllheim (gegründet 1893) und Diessenhofen dem Kantonalverband bei. Somit erhöhte sich die Zahl der angeschlossenen Sektionen auf insgesamt 9. Auch in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verzeichnete der Bestand an lokalen und regionalen Gewerbevereinen einen verhältnismässig starken Zuwachs. Im Jahre 1905 trat der Gewerbeverein Steckborn bei, im Jahre 1909 der Gewerbeverein Sulgen, im Jahre 1911 die Gewerbevereine Amriswil und Romanshorn (an Stelle des bisherigen regionalen Gewerbevereins Oberthurgau) und im Jahre 1913 die Gewerbevereine Neukirch-Egnach und Märwil-Affeltrangen. Während des ersten Weltkrieges gesellte sich auch noch der Gewerbeverein Ermatingen hinzu (1915), doch vermochten sich andererseits die Gewerbevereine Märwil-Affeltrangen und Diessenhofen nicht zu halten und gingen wieder ein. Bis zum Jahre

1921 erwarben auch noch die Landsektionen Altnau (gegründet 1912), Roggwil und Uttwil die Mitgliedschaft beim Kantonalverband. Die beiden letztgenannten Gewerbevereine haben sich allerdings schon bald wieder aufgelöst. Dagegen hatten die seit 1921 neu beitretenden Gewerbevereine bisher durchwegs dauernden Bestand. Zwei davon — die Gewerbevereine Aadorf und Tägerwilen (gegründet 1921) — traten noch im Laufe der zwanziger Jahre bei (der Gewerbeverein Tägerwilen um 1927); die übrigen folgten 1933 (Gewerbeverein Zihlschlacht), 1936 (Gewerbeverein Horn), 1945 (Gewerbeverein Bürglen) und 1947 (Gewerbeverein Pfyn). — Entsprechend der Vermehrung der Zahl der angeschlossenen Gewerbevereine hat sich auch die von diesen erfasste Zahl von Einzelmitgliedern gehoben. Im Jahre 1907 zählten die 10 zu diesem Zeitpunkt angeschlossenen Gewerbevereine insgesamt 897 Einzelmitglieder. Ende 1947 waren es demgegenüber doppelt so viele Gewerbevereine und Einzelmitglieder (20 Gewerbevereine mit 1823 Einzelmitgliedern).

Mitgliederzahl der dem Kantonalverband angeschlossenen lokalen und regionalen thurgauischen Gewerbevereine

	1907	1947
Aadorf	—	84
Altnau	—	40
Amriswil	—	160
Arbon	104	154
Bischofszell	82	111
Bürglen	—	52
Diessenhofen	55	—
Egnach	—	80
Ermatingen	—	60
Frauenfeld	156	215
Horn	—	27
Kreuzlingen	72	152
Müllheim	73	42
Murgtal	54	137
Oberthurgau	54	—
Pfyn	—	27
Romanshorn	—	124
Steckborn	62	54
Sulgen	—	71
Tägerwilen	—	30
Weinfelden	185	179
Zihlschlacht	—	24
Total	<u>897</u>	<u>1 823</u>

Gesamthaft betrachtet kann das Netz der lokalen und regionalen Gewerbevereine seit den zwanziger Jahren als verhältnismässig dicht bezeichnet werden, doch dürfen wir bei der Beurteilung der zahlenmässigen Entwicklung nicht

ausser Acht lassen, dass die dem Kantonalverbände angeschlossenen Fachverbände im Verlaufe der letzten Jahrzehnte eine noch weit kraftvollere Entwicklung nahmen und heute eine mehr als doppelt so grosse Zahl von Sektionen und Einzelmitgliedern aufweisen.

In ihrer Zielsetzung und Tätigkeit entsprechen die lokalen und regionalen Gewerbevereine im grossen und ganzen dem kantonalen Dachverband, doch pflegen sie sich noch etwas stärker mit kulturellen und politischen Fragen zu befassen. Dies sei nachfolgend am Beispiel der ältern Geschichte des **Gewerbevereins Frauenfeld** kurz skizziert.³²

Wie wir erwähnten, wurde der Gewerbeverein Frauenfeld bereits im Jahre 1875 geschaffen, und zwar erfolgte die Gründung in der Form einer Umwandlung der seit 1866 bestehenden gewerblichen Lesegesellschaft Frauenfeld.³³ Die von der Gründungsversammlung am 23. Januar 1875 genehmigten Statuten lassen freilich noch sehr deutlich erkennen, dass man gewillt war, die in der Lesegesellschaft durchgeführte Tätigkeit auch weiterhin zu pflegen, heisst es doch in Art. 1 ausdrücklich: «Der Gewerbeverein stellt sich als Aufgabe die Förderung der Interessen des Gewerbestandes und sucht diese zu erreichen durch spezifisch gewerbliche und populär wissenschaftliche Vorträge, mündliche Besprechungen und Lektüre gewerblichen, allgemein belehrenden und unterhaltenden Inhalts.» Da zudem der bisherige Präsident, Professor U. Schoop, auch nach der Umwandlung der Lesegesellschaft den Verein präsidierte, lag der Akzent der Tätigkeit zunächst noch ganz auf den Bestrebungen zur beruflichen und allgemein menschlichen Bildung. Prof. Schoop wurde indessen schon im Frühjahr 1876 an eine Stelle in Zürich berufen, sodass ein neuer Präsident gewählt werden musste. Das Amt wurde nun Dr. Balthasar Merk, Fabrikant, übertragen. Unter seiner Leitung hat sich der Gewerbeverein Frauenfeld in wachsendem Masse auch mit politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten befasst.

Seine erste politische Bewährungsprobe erlebte der Gewerbeverein Frauenfeld schon zu Beginn des Jahres 1877, indem beschlossen wurde, Dr. Merk bei den Ersatzwahlen in den Gemeinderat der Stadt Frauenfeld als Vertreter des Gewerbestandes in Vorschlag zu bringen; die Kandidatur hatte denn auch prompten Erfolg.

Besonders intensiv befasste sich der Gewerbeverein in der ersten Zeit seines Bestehens mit der Förderung des Lehrlingswesens. Zwar wurde im Jahre 1876 die Primarschule Trägerin der gewerblichen Berufsschule, doch erhielt der Gewerbeverein in Anerkennung seiner Verdienste um das berufliche Bildungswesen das Recht, der Schulvorsteherschaft jeweils Vorschläge zur Bestellung der Gewerbeschulkommission einzureichen. Anderseits hat der Gewerbeverein unter der tatkräftigen Leitung von Dr. Merk ein Jahrzehnt später (1886) in entscheidender Weise die Durchführung kantonaler Lehrlingsprüfungen an die

³² Vgl. BAF (Protokoll der gewerblichen Lesegesellschaft 1866/1877, des Gewerbevereins 1877/1882 und des Vorstandes des Gewerbevereins Frauenfeld 1881/1887).

³³ Vom Gewerbeverein selbst wird allerdings das Jahr 1851 als Gründungsjahr bezeichnet, da bereits in jenem Jahr erste Schritte zur Schaffung eines Gewerbevereins unternommen wurden. Siehe S. 64a.

Hand genommen. Der Gewerbeverein blieb also nach wie vor am Schicksal des beruflichen Bildungswesens lebhaft interessiert.³⁴

Im weiteren ist hervorzuheben, dass sich der Gewerbeverein Frauenfeld um 1880 mit gutem Erfolg für die Einführung des sogenannten Wandergeschenkes (das an durchreisende arbeitssuchende Personen auszuwichten war) und des damit verbundenen örtlichen Arbeitsnachweises einsetzte. Ferner wurden wie in früheren Jahren ab und zu Vortragsabende und Ausflüge veranstaltet. Dagegen stiess der Gedanke, eine Arbeitgeber-Streikkasse zu schaffen (wie dies im Jahre 1887 in einem Rundschreiben des Schweizerischen Gewerbevereins vom Handwerker- und Gewerbeverein Bern vorgeschlagen wurde), auf Ablehnung, wobei im Vorstandsprotokoll mit Genugtuung vermerkt wurde, dass das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern in diesem Rayon bisher ein normales gewesen sei. Der Gefahr von Streiks solle durch ein wirksameres Mittel begegnet werden, insbesondere durch die Einsetzung von Schiedsgerichten.

Diese Hinweise belegen deutlich, dass die Tätigkeit des Gewerbevereins Frauenfeld in der ersten Zeit seines Bestehens nicht ausschliesslich wirtschaftlich gerichtet war, sondern auch die übrigen Lebensgebiete in gewissem Umfange berücksichtigte. Im Laufe der späteren Entwicklung hat sich das Schwergewicht allerdings mehr und mehr auf die wirtschaftliche Zielsetzung verlagert.³⁵ Dabei ist namentlich darauf hinzuweisen, dass sich der Gewerbeverein Frauenfeld — wie auch andere lokale und regionale Gewerbevereine — seither immer wieder mit Ausstellungs- und Werbefragen befasste. So führte der Gewerbeverein Frauenfeld im Jahre 1893 eine kantonale Gewerbeausstellung durch, und in jüngerer Zeit setzt er sich für die alljährliche Veranstaltung von Weihnachtsausstellungen ein (in Verbindung mit dem Detaillistenverband Frauenfeld).

III) Die gewerblichen Fachverbände

Im Zeitpunkt der Gründung des Thurgauischen Gewerbevereins war es noch unsicher, ob es der kantonalen Spitzenorganisation gelingen würde, auch die gewerblichen Fach- oder Berufsverbände für sich zu gewinnen. Die am Ende des 19. Jahrhunderts im Kanton Thurgau bestehenden gewerblichen Fachverbände haben in dieser Hinsicht zunächst noch eine abwartende Haltung eingenommen; sie haben es vorgezogen, vorerst bei den entsprechenden schweizerischen Fachverbänden ihren organisatorischen Rückhalt zu suchen. Es ist aber bezeichnend, dass sich die Fachverbände seit 1905 ebenfalls zum Anschluss an den inzwischen erstarkten Thurgauischen Gewerbeverein entschlossen. Die ersten Fachverbände, die als Sektionen aufgenommen wurden, waren diejenigen der Buchbinder-, Coiffeur- und Kaminfegermeister (1905), Ihnen folgte 1906 der Uhrmachermeisterverband, 1907 der Schreiner-, Metzger-, Maler-,

³⁴ Vgl. Stark, Entwicklung der gewerblichen Berufsschule Frauenfeld, S. 6.

³⁵ Dies gilt auch für die Tätigkeit anderer lokaler und regionaler Gewerbevereine. Vgl. Gewerbeverein Steckborn und Umgebung, Jubiläumsbericht, S. 4/24.

Spengler- und Gärtnermeisterverband, 1908 der Sattlermeisterverband und 1911/13 der Küler-, Bäcker-, Konditoren- und Schneidermeisterverband, der Limonadenfabrikanten- und Detaillistenverband (alles kantonale Fachverbände) und der Schuhmachermeisterverein Frauenfeld. Somit waren bereits nach wenigen Jahren insgesamt 17 Fachverbände in der kantonalen Spitzenorganisation vertreten. Ihre Zahl hat sich seither noch weiter erhöht: Ende 1947 betrug die Gesamtzahl der dem TGV angeschlossenen Fachverbände (ohne Berücksichtigung der lokalen und regionalen Untersektionen) 43. Nicht weniger eindrucklich ist die Zunahme der Zahl der Einzelmitglieder der angeschlossenen Fachverbände. Während man vor dem ersten Weltkrieg erst etwas mehr als 1000 Einzelmitglieder zählte, waren es 1947 4 752.

Die meisten der dem TGV angeschlossenen Fachverbände sind Kantonalverbände und sind unmittelbar als solche der kantonalen Spitzenorganisation angeschlossen. Eine Reihe von Fachverbänden haben dagegen die Form ostschweizerischer Sektionen (gegenwärtig trifft dies zu bei den Fachverbänden der Hafnermeister und Photographen; früher bildeten auch noch die Uhrmachermeister eine ostschweizerische Sektion). Ausserdem bilden einige Fachverbände insofern eine Ausnahme, als sie lokal oder regional gegliedert vertreten sind, speziell dort wo der Regionalismus für die Verbandstätigkeit sehr stark ins Gewicht fällt (gegenwärtig bei 5 Fachverbänden). Eine ähnliche lokale oder regionale Untergliederung weisen aber auch die meisten andern Fachverbände auf, nur mit dem Unterschied, dass die Untergliederung den TGV formell überhaupt nicht berührt.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Fachverbände nach Wirtschaftszweigen ist hervorzuheben, dass nur rund die Hälfte der z. Zt. angeschlossenen Fachverbände und ihrer Mitglieder auf die Industrie (inkl. Handwerk) entfallen. Ende 1947 waren es 26 Fachverbände mit 2 191 Mitgliedern. Die übrigen Fachverbände erfassen zur Hauptsache den Detailhandel und das Gastgewerbe.³⁶ Gerade auch die drei grössten dem TGV angeschlossenen Fachverbände erstreckten sich auf die beiden letztgenannten Wirtschaftszweige: der Thurgauische Detaillistenverband (gegründet 1910; 1947: 748 Mitglieder), der Verband der thurgauischen Wirtevereine (gegründet 1902; 1947: 693 Mitglieder) und der Thurgauische Spezereihändlerverband, seit 1952 Sektion Thurgau des Verbandes Schweizerischer Lebensmitteldetailisten genannt (gegründet 1932; 1947: 410 Mitglieder). Abgesehen vom Thurgauischen Bäckermeisterverband (gegründet 1907), der Ende 1947 326 Mitglieder zählte, erreichte im gleichen Zeitpunkt sonst kein einziger der übrigen angeschlossenen Fachverbände einen Bestand von mehr als 200 Mitgliedern.

Der verhältnismässig geringe Umfang der einzelnen Fachverbände und die knappen finanziellen Mittel, welche denselben zur Verfügung stehen, haben die Schaffung von eigenen kantonalen Sekretariaten naturgemäss sehr erschwert. Es konnte aber schliesslich ein Ausweg aus diesem Dilemma gefunden werden.

³⁶ Interessanterweise gehört auch der Thurgauische Gewerbelehrerverband (gegründet 1911) schon seit der Gründung dem TGV an, obwohl der Schweizerische Gewerbelehrerverband seinerseits dem SGV noch nie angehörte.

indem die an einer sekretariatsmässigen Geschäftsführung interessierten Fachverbände das kantonale Gewerbesekretariat in Weinfelden mit dieser zusätzlichen Aufgabe betrauten. Der Thurgauer Metzgermeisterverband (Sektion Thurgau des Schweizerischen Metzgermeisterverbandes) und die Sektion Thurgau des Schweizerischen Autogewerbeverbandes haben sich bereits im Jahre 1928 zu diesem Schritt entschlossen. Etwas später entschieden sich auch noch vier weitere kantonale Fachverbände zu dieser Lösung: 1930 der Thurgauische Detaillistenverband, 1931 der Verband thurgauischer Elektro-Installationsfirmen und 1932 der Thurgauische Velohändlerverband und der Thurgauische Spezzereihändlerverband, seit 1952 Sektion Thurgau des Verbandes Schweizerischer Lebensmitteldetaillisten genannt.

Die Tätigkeit der Fachverbände ist naturgemäss durch eine starke Betonung der fachlichen Interessen bestimmt, wobei sich hauptsächlich vier Gruppen von Bestrebungen unterscheiden lassen: die beruflichen Bildungsbestrebungen, die standespolitischen Bestrebungen, die betriebswirtschaftlichen und geschäftspolitischen Bestrebungen und die sozialen Bestrebungen zur Regelung der Beziehungen zu den Arbeitnehmern. Natürlich variiert die Ausgestaltung der Tätigkeit von Verband zu Verband, auch ist zu beachten, dass einzelne Massnahmen von den Fachverbänden weitgehend zentralistisch durchgeführt werden (z. B. die Veranstaltung von Meisterfachkursen und -prüfungen, ferner die Schaffung von Einkaufsgenossenschaften und Versicherungskassen, die Herausgabe von Fachzeitschriften etc.), während bei anderen Massnahmen eine weitgehende Dezentralisierung besteht (z. B. bei der Aufstellung vieler Preis- und Lohnstarife, bei der Regelung des Lehrlingswesens etc.). Da es praktisch unmöglich ist, an dieser Stelle auf alle Einzelheiten einzutreten, begnügen wir uns damit, die Verhältnisse am Beispiel des **Thurgauer Metzgermeisterverbandes** näher zu schildern.³⁷

Den Ausgangspunkt für die Bildung des Thurgauer Metzgermeisterverbandes bildete die Schlachthauskorporation Frauenfeld, welche im Jahre 1885 von 6 Frauenfelder Metzgermeistern gegründet worden war. Diese Körperschaft bezweckte vor allem den Betrieb eines gemeinsamen Schlachthauses, doch hat sich die berufsständische Solidarität auch in andern Angelegenheiten ausgewirkt, z. B. in der Durchführung gemeinsamer Bezüge von ausländischem Vieh, ferner in der Organisation der abwechslungsweisen Belieferung des Waffenplatzes, der Truppen, Anstalten und Festwirtschaften. Die organisatorischen Erfolge auf lokalem Boden haben bei den Frauenfelder Metzgermeistern frühzeitig auch der Aufgeschlossenheit für das schweizerische und kantonale Verbandswesen Bahn gebrochen. Im Jahre 1887 haben sich die Frauenfelder Metzger an der Gründungsversammlung des schweizerischen Fachverbandes vertreten lassen (wobei der Frauenfelder Metzgermeister J. Bühler sogar in den Gründungsvorstand gewählt wurde), und einige Jahre später, um 1901, haben sie in weitsichtiger Weise die Initiative zur Gründung eines kantonalen Fachver-

³⁷ Vgl. Thurgauer Metzgermeisterverband, Jubiläumsbericht. Recht interessante Einblicke in die Tätigkeit der gewerblichen Fachverbände vermitteln auch die Jubiläumsberichte des Thurgauischen Malermeisterverbandes, des Verbandes Thurgauischer Schlossermeister und des Verbandes Thurgauischer Elektro-Installationsfirmen.

bandes ergiffen. Im Vordergrund der Diskussion bei der Gründung des Kantonalverbandes stand die Unfallversicherung im Selbstbetrieb der Metzger der deutschen Schweiz; dieses Postulat ist im Jahre 1902 durch den Unfallversicherungsverband Schweizer Metzgermeister in die Tat umgesetzt worden (in ähnlicher Weise haben verschiedene andere schweizerische Fachverbände berufliche Sterbekassen gegründet, z. B. die Verbände der Schuhmacher, Tapezierer und Maler). Grosse Aufmerksamkeit widmete der Kantonalvorstand bereits in den ersten Jahren seines Bestehens den Vieheinfuhrzöllen, dem Problem des gewerbmässigen Schlachtens durch Bauern, den Fragen der Hygiene, der Preisfestsetzung und dem Lehrlingswesen (speziell den Lehrabschlussprüfungen). In den Jahren 1910-11 hatte sich der Verband namentlich mit der Frage des Vertriebes von amerikanischem Gefrierfleisch befasst; durch die Generalversammlung der thurgauischen Metzgerschaft vom 12. Februar 1911 wurde darauf das Monopol für den Vertrieb des Gefrierfleisches im Thurgau beansprucht. Recht grosse Aufgaben hatte der Verband sodann in den Jahren des Krieges, der Fleischrationierung und der Maul- und Klauenseuche zu lösen. Im weiteren sind als bedeutsame Aufgabenkreise gesamtschweizerischen Charakters zu vermerken: der Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen für das Metzgergewerbe, die Gründung einer auf dem Selbsthilfegedanken beruhenden Hautzentrale und Fettschmelze (heute repräsentiert durch die Hautzentrale und Fettschmelze A.-G. in Zürich), einer genossenschaftlichen Vieh-Einkaufsstelle (Viehbörse) und einer verbandlichen AHV-Kasse (im Rahmen des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946) und der Ausbau der Einrichtungen zur beruflichen Weiterbildung (seit 1946 regelmässige Abhaltung von staatlich anerkannten freiwilligen Meisterprüfungen und seit 1950 Durchführung von Kursen an der neugeschaffenen Schweizerischen Fachschule für das Metzgereigewerbe in Spiez). Auf kantonalem Gebiet hat sich der Verband vor allem noch mit dem Ausbau des Gewerbeschulunterrichts und mit der Frage des Ladenschlusses zu befassen gehabt. Neuerdings sind vom Kantonalverband auch Erfahrungsaustauschgruppen angeregt worden, die neben den weiterhin bestehenden lokalen und regionalen Zweigverbänden (1947 waren es deren 8) dazu dienen, den Kontakt im engeren Kreise zu pflegen. Die Zahl der dem Thurgauer Metzgermeisterverband angehörenden Mitglieder beträgt heute immerhin nahezu 200 (1947: 182 Mitglieder), hat sich also seit 1907, da der Verband 92 Mitglieder zählte, ziemlich genau verdoppelt.

c. Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau

Der **Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen** ist die jüngste der drei grossen schweizerischen Spitzenorganisationen der industriellen Arbeitgeber. Ähnlich wie der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein ist der Zentralverband vor allem eine Organisation der grossbetrieblichen Fa-

brikindustrie, jedoch mit einer anderen Zielsetzung. Im Unterschied zum Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein befasst sich der Zentralverband seit seiner Gründung im Jahre 1908 vor allem mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Gemäss den Statuten vom 13. Februar 1908 hat der Verband «neben dem Bestreben, ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen, zum Zweck, durch eine einheitliche Stellungnahme der Arbeitgeber zu den Arbeiterbewegungen die Industrie und das Gewerbe des Landes zu fördern» (§ 2). Die Zielsetzung ist seither im Wesentlichen dieselbe geblieben. «Der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein und seine Sektionen wurden dadurch ... wie Dr. E. Richard erklärt, «von einer Aufgabe entlastet, die ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet fremd war.»³⁸ Tatsächlich hat der Zentralvorstand weitgehend den Charakter einer Parallelorganisation zum Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein, indem viele ihm angeschlossene Firmen zugleich auch dem Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein angehören. Ein weiterer Teil der Firmen besitzt die Doppelmitgliedschaft beim Zentralverband und beim Schweizerischen Gewerbeverband oder bei allen drei Spitzenorganisationen.

Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen hat sich im Jahre 1920 der Organisation Internationale des Employeurs Industriels (seit 1948 kurz Organisation Internationale des Employeurs genannt) angeschlossen. Diese internationale Arbeitgeberorganisation ist im Jahre 1919 als Gegengewicht zur internationalen Gewerkschaftsbewegung geschaffen worden.

Die Leitung des Verbandes ist einem Vorstand und einem Geschäftsleitenden Ausschuss übertragen. Der letztere umfasst gemäss den Statuten höchstens 11 Mitglieder, was aber den Verband nicht hinderte, die Mitgliederzahl des Ausschusses in jüngster Zeit bis auf 14 ansteigen zu lassen. Seit seiner Gründung verfügt der Verband überdies über eine feste Geschäftsstelle in Zürich.

Die Unterverbände des Verbandes waren ursprünglich ausschliesslich Fachverbände (Ende 1908 insgesamt 13). Später sind der Spitzenorganisation auch verschiedene Branchenverbände («gemischte Organisationen») mit regionaler oder kantonaler Ausdehnung der Verbandsgebiete beigetreten. Das Schwergewicht des Verbandes liegt aber auch noch heute bei den Fachverbänden. Ende 1947 waren dem Verband insgesamt 25 Fachverbände und 17 gemischte Organisationen als Mitglieder angeschlossen. Die meisten gemischten Organisationen erstrecken sich über ein nur kleines Einzugsgebiet und weisen ähnlich wie die dem Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein angeschlossenen Kantonalverbände in der Regel keine weiteren Unterverbände auf. Von einer intensiven gegenseitigen Verflechtung der Fachverbände und der gemischten Organisationen kann natürlich nicht die Rede sein. Von dem 1918 mit Nachdruck vertretenen Ziel, wonach jeder Arbeitgeber zugleich «einem fachlichen Landesverband **und** einer gemischten lokalen Vereinigung seiner Gegend» angehören sollte, ist der Verband auch noch heute weit entfernt.³⁹

³⁸ Vgl. Richard, Kaufmännische Gesellschaft Zürich und Zürcher Handelskammer, 1. Bd., S. 472.

³⁹ Vgl. Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Bericht 1918, S. 15.

Nachfolgend sei vor allem noch auf die Entwicklung des dem Zentralverband angeschlossenen Arbeitgeberverbandes Kreuzlingen und Umgebung näher eingegangen; in einem weiteren Unterabschnitt berühren wir ausserdem noch kurz die selbständigen lokalen Industrievereine, die in ihrer Zielsetzung und Tätigkeit dem Zentralverband sehr nahe stehen.

1) Der Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung

Wenn auch der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen im Thurgau keinen Kantonalverband zu seinen Mitgliedern zählt, so wird das thurgauische Wirtschaftsgebiet immerhin durch den **Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung** vertreten. Diese Organisation ist am 12. Juni 1918 unter der Bezeichnung Arbeitgeberverband Kreuzlingen, Emmishofen und Umgebung gegründet worden und hat nach dem Anschluss von Emmishofen an die Municipalgemeinde Kreuzlingen im Jahre 1928 ihren heutigen Namen erhalten. Seit 1934 ist sie Mitglied des Zentralverbandes.

Als Verbandszweck bestimmte die Gründungsversammlung «die Wahrung und Förderung gemeinschaftlicher Berufs- und Standesinteressen, die gemeinschaftliche Behandlung von Arbeiter- und Wirtschaftsfragen, die gegenseitige Unterstützung in Wirtschaftskämpfen, die gemeinsame Abwehr ungerechtfertigter Streiks, den Schutz der Arbeitswilligen, die Sicherung einer angemessenen Vertretung in Behörden und Verwaltungen, die Aufklärung der öffentlichen Meinung und die Hebung der Solidarität.» Es kann nicht übersehen werden, dass die gemeinsame Wahrung der Arbeitgeberinteressen gegenüber der Arbeitnehmerschaft das Hauptmotiv des organisatorischen Zusammenschlusses bildete und auch noch heute bildet.

Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen eines siebengliedrigen Vorstandes. Zur Besorgung der Verbandsgeschäfte unterhält der Verband schon seit seiner Gründung eine besondere Geschäftsstelle. Als Leiter des Sekretariates wurde Dr. Otto Böckli gewählt; dieser hat das ihm 1918 übertragene Amt bis zu seinem Tode im Jahre 1943 verwaltet. Seither versieht Dr. Heinz Engeler die Stelle als Sekretär.

Die Mitgliedschaft steht grundsätzlich allen Firmen innerhalb des Verbandsgebietes offen. Das Verbandsgebiet beschränkt sich — wie schon der Name andeutet — nicht allein auf Kreuzlingen (und Emmishofen), sondern es gehören auch noch weitere Gebietsteile dazu, insbesondere die übrigen Gemeinden des Bezirkes Kreuzlingen und die Seegemeinden des Bezirkes Steckborn, sowie die benachbarten Gemeinden der Bezirke Arbon und Weinfelden. Der Verband hat also zweifellos den Charakter eines Regionalverbandes. Es bestehen jedoch im übrigen weder fachliche noch örtliche Sektionen.

Den eigentlichen Ausgangspunkt zur Gründung des Arbeitgeberverbandes Kreuzlingen und Umgebung bildete die Frage der Uebernahme des privaten Elektrizitätswerkes durch die Gemeinde Kreuzlingen. Diese Frage hat die Industriellen von Kreuzlingen zu einer ersten gemeinsamen Aussprache zusammengeführt. Verschiedene Teilnehmer zogen aus jener Zusammenkunft die Anre-

gung zur Gründung der Organisation, deren Konstituierung kurz vor dem Ende des ersten Weltkrieges erfolgte.⁴⁰

Schon wenige Monate nach seiner Gründung hatte der Verband seine Feuer- taufe zu bestehen, da der Generalstreik vom November 1918 auch in Kreuzlin- gen Wellen warf. Seither hat der Verband noch öfters bei Arbeitskämpfen als Bindeglied zwischen den Arbeitgebern gedient, namentlich in den Jahren 1920, 1922, 1927 1928, 1931 1932, 1934 und 1938/39. Der Verband hat sich indessen nicht allein mit der Beilegung von Arbeitskämpfen beschäftigt, sondern er hat darüber hinaus auch darnach getrachtet, den Ausbruch kollektiver Arbeitsstreit-igkeiten zu verhüten. Zu diesem Zwecke schloss der Verband schon wiederholt Vereinbarungen mit den Arbeitnehmerorganisationen ab. Ein erster örtlicher Gesamtarbeitsvertrag wurde im Jahre 1918 vom Verband mit dem Kaufmänni- schen Verein Kreuzlingen abgeschlossen; dieser Vertrag hatte bis 1920 Gültig-keit.⁴¹ Ein weiterer Gesamtarbeitsvertrag kam am 5. August 1946 zustande (zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Kreuzlinger Textilbeklei- dungsfirmen). Diese lokale Vereinbarung ist am 10. Februar 1947 durch den Gesamtarbeitsvertrag für die schweizerische Tricotagenindustrie ersetzt wor- den. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang auch die Mass-nahmen des Verbandes, für die Ferienfrage der Arbeitnehmer eine befriedigende Lösung zu finden. Diese Bestrebungen fanden schliesslich in einer allgemeinen «Ferien- und Feiertags-Ordnung» des Verbandes ihren Niederschlag; durch diese am 25. Januar 1947 beschlossene interne Vereinbarung wurden die Mit- gliederfirmen angehalten, sich an die vom Verband ausgearbeiteten Normen betreffend bezahlte Jahresurlaube und Feiertagsentschädigungen zu halten (un- ter Vorbehalt der Regelung der Fachverbände bzw. gesamtarbeitsvertraglicher Regelungen).

Wohl die bedeutendste sozialpolitische Leistung vollbrachte der Verband durch die Schaffung der paritätischen Arbeitslosenversicherungskasse Kreuzlin- gen und Umgebung. Die 1931 errichtete Kasse zählte seit 1934 stets über 1 000 Versicherte. Ferner setzte sich der Verband schon im Oktober 1918 für die Aus-richtung von Arbeitslosenunterstützungen ein. Auch der Bau von Arbeiterwoh- nungen ist vom Verband tatkräftig gefördert worden. Eine besonders grosse Wohnbauaktion führte der Verband 1943 1945 in Kreuzlingen durch. Im wei- teren hat sich der Verband auch für die Schaffung von Lesezimmern, Wärme- stuben, Bücherausleihstellen etc. eingesetzt, womit der Verband in wertvoller Weise zur Freizeitgestaltung der Arbeitnehmer beitrug.

Ein wichtiges Problem bildete für den Verband während vielen Jahren die Frage der deutschen Grenzgänger. Die Zahl der auf der Schweizerseite beschäf-tigten deutschen Arbeitnehmer war in den zwanziger Jahren ausserordentlich gross. Dieser starke Grenzverkehr kam dann allerdings in den dreissiger Jahren allmählich zum Versiegen. Damit der Grenzverkehr trotz den politischen Schwier-igkeiten einigermassen befriedigend abgewickelt werden konnte, hat der Ver- band schliesslich in Verbindung mit weiteren interessierten Kreisen im Herbst

⁴⁰ Vgl. Arbeitgeber-Verband Kreuzlingen und Umgebung, Jubiläumsbericht, S. 4.

⁴¹ Vgl. Kaufmännische Fortbildungsschule und Kaufmännischer Verein Kreuzlingen, S. 24.

1936 eine Beratungsstelle für Fragen des deutsch-schweizerischen Grenzverkehrs ins Leben gerufen, wobei die Geschäftsführung der Beratungsstelle dem Verbandssekretariat übertragen wurde.⁴²

Ausser diesen Massnahmen, die direkt oder indirekt die Arbeitsverhältnisse betrafen, verdienen auch noch eine Reihe weiterer Leistungen des Verbandes Erwähnung, die in eine andere Richtung zielten. Der Verband hat es sich nicht nehmen lassen, angesichts der Notlage der Konstanzer Bevölkerung nach dem ersten Weltkrieg grössere Hilfsaktionen durchzuführen (namentlich in den Jahren 1923 und 1924). In ähnlicher Weise kam der Verband im Winter 1924/1925 der bedürftigen einheimischen Bevölkerung zu Hilfe; diese Unterstützungen zugunsten bedürftiger Familien in Kreuzlingen und Umgebung sind seither jeden Winter durchgeführt worden. Andererseits hat der Verband auch immer wieder politische Fragen erörtert und dazu Stellung genommen. Die spezifisch parteipolitischen Angelegenheiten traten dabei allerdings hinter den Sachfragen (wie z. B. kommunale Baufragen) stark zurück. Bemerkenswert ist ferner, dass der Verband seinen Mitgliedern durch Kollektiv-Abschlüsse finanzielle Vorteile beim Bezug von Kohlen und Benzin vermitteln konnte.⁴³

Die vom Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung vollbrachten Leistungen sind umso beachtlicher, als die Zahl der angeschlossenen Firmen nie sehr gross war. Der Mitgliederbestand bei der Gründung belief sich auf 35 Firmen. In den folgenden Jahren kletterte die Zahl der Firmen allmählich bis auf 70 (1933), hat sich dann aber ungefähr auf dieser Höhe weitgehend stabil gehalten. Die Zahl der von den Firmen beschäftigten Arbeitnehmer lässt indessen erkennen, dass es sich um verhältnismässig grosse Unternehmungen handelt. Um 1930 beschäftigten die 67 dem Verbands angeschlossenen Firmen insgesamt 3 899 Arbeitnehmer. Um 1939 ist der Umfang der vom Verbands erfassten Belegschaft zwar wieder auf 3 108 Arbeitnehmer zusammengeschmolzen (bei gleicher Zahl der Firmen wie 1930). Im folgenden Jahr schnellte er jedoch erneut auf 3 466 (bei 68 Mitgliedfirmen). Die ungünstige Konjunkturlage gegen das Ende des zweiten Weltkrieges erzwang allerdings noch einen zweiten empfindlichen Rückgang (1943 68 Firmen mit 3 149 Arbeitnehmern), welcher aber ebenfalls nur kurzfristiger Art war.

II) Die selbständigen lokalen Industrievereine

Fast gleichzeitig wie der Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung haben sich in verschiedenen thurgauischen Ortschaften selbständige lokale Industrievereine gebildet: in Amriswil, Arbon und Romanshorn.⁴⁴ Alle drei Organisationen haben sich bereits im Jahre 1918 rege betätigt. Wenige Jahre später verzeichnete ferner Frauenfeld den Bestand einer entsprechenden Arbeitgeberorganisation.⁴⁵ Auch in Weinfelden hat sich ein selbständiger lokaler Industrie-

⁴² Vgl. Arbeitgeber-Verband Kreuzlingen und Umgebung, Jubiläumsbericht, S. 16/17.

⁴³ Vgl. Arbeitgeber-Verband Kreuzlingen und Umgebung, Jubiläumsbericht, S. 10/16.

⁴⁴ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1918, S. 8/9.

⁴⁵ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1922, S. 46.

verein gebildet. - Im Gegensatz zum Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung besitzen aber diese fünf lokalen Industrievereine auch noch heute eine völlig selbständige Stellung.

In ihrer Zielsetzung und Tätigkeit tragen diese lokalen Industrievereine ein weitgehend gleichartiges Gepräge. Sie sind vor allem zur Wahrung der Arbeitgeberinteressen gegenüber den Arbeitnehmern geschaffen worden. Dabei ist aber nicht bloss an das gemeinsame Vorgehen bei kollektiven Arbeitsstreitigkeiten zu denken, obwohl diese Aufgabe von den Gründern der Industrievereine zweifellos für besonders wichtig erachtet wurde. In charakteristischer Weise geht diese Haltung aus dem Wortlaut der Statuten der Industrie- und Arbeitgebervereinigung Romanshorn hervor: hier heisst es in Art. 2: «Die Vereinigung erstrebt Förderung von allem, was dem Gedeihen von Industrie, Gewerbe und Handel dienlich ist und von allem, was einem guten Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer förderlich erscheint, unter anderem durch:

- a) Vermittlung eines engeren Kontaktes unter den Arbeitgebern;
- b) Vermittlung bei allfälligen Differenzen zwischen Arbeitgebern in einzelnen Geschäften oder einzelnen Berufsgruppen;
- c) gegenseitige Unterstützung bei allfälligen ungerechtfertigten Streiks;
- d) Einführung einheitlicher Bestimmungen für Einstellung und Entlassung von Arbeitern;
- e) Studium zweckmässiger Durchführung sozialer Vorschläge.»

In Uebereinstimmung mit der auf das friedliche Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinweisenden Zielsetzung haben die lokalen Industrievereine u. a. auch die Gründung paritätischer Arbeitslosenversicherungskassen gefördert. Selbst zum Abschluss eines lokalen Gesamtarbeitsvertrages zur Regelung der Arbeitsbedingungen des kaufmännischen Personals ist es gekommen, wie die am 28. November 1948 zwischen dem Industrieverein Amriswil und Umgebung und dem Kaufmännischen Verein Amriswil abgeschlossene Vereinbarung beweist.

d. Die Meisterschaft Frauenfeld

Eine interessante Sonderstellung innerhalb den heutigen Arbeitgeberorganisationen in der thurgauischen Industrie nimmt die **Meisterschaft Frauenfeld** ein.⁴⁶ Dieser Verband hat eine überaus lange Vorgeschichte, bildete er doch während über hundert Jahren ein Organ des im Jahre 1823 gegründeten Handwerksge-
sellens-Krankenvereins der Ortsgemeinde Frauenfeld, wobei zu beachten ist, dass die Meisterschaft zu dieser Zeit noch keine eigenen Statuten besass. Der Verband verkörperte also während dieser Zeit noch einen organisatorischen Be-

⁴⁶ Vgl. Meisterschafts-Kranken-Kasse Frauenfeld, Jahresbericht 1926; Meisterschaft Frauenfeld, Jahresbericht 1927 u. f.; sowie gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn P. Bötschi, Kassier der Meisterschaft Frauenfeld.

standteil jener Krankenkasse, die eine gemeinsame Organisation jener Arbeitgeber und Arbeitnehmer war. Erst durch die in der Meistersversammlung vom 15. November 1926 beschlossenen Statuten erhielt die Meisterschaft die Form einer eigentlichen Arbeitgeberorganisation.

Als Zweck der Meisterschaft Frauenfeld bezeichnen die am 15. November 1926 geschaffenen Statuten «die Wahrung der Interessen der Gewerbetreibenden von Frauenfeld und insbesondere die Durchführung der Kranken- und Altersversicherung für sie und ihre Arbeiter und Angestellten» (Art. 2). Diese Zielsetzung knüpft in ihrem ersten Teil unmittelbar an die traditionelle Tätigkeit der Meisterschaft im Rahmen der gemeinsamen Krankenkasse an; die im zweiten Teil genannte Aufgabe, eine Altersversicherung zu schaffen, ist dagegen neu hinzugekommen. Allerdings ist gleich beizufügen, dass die Altersversicherung bisher noch nicht verwirklicht worden ist und seit der Einführung der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung auch als Fernziel der Meisterschaft weitgehend bedeutungslos geworden ist.

Der wichtigste Aufgabenkreis der Meisterschaft Frauenfeld ist zweifellos nach wie vor die Durchführung der Krankenversicherung. Zu diesem Zweck ist die bis dahin als Genossenschaft geführte Krankenkasse in eine Stiftung umgewandelt worden, deren Konstituierung am 17. November 1926 erfolgte. Oberstes Organ der Stiftung ist die Meistersversammlung, ausführendes Organ der fünfgliedrige Vorstand der Meisterschaft. Um die Stiftung mit den zu ihrer Tätigkeit notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten, hat ihr die Meisterschaft bereits bei der Gründung einen Betrag von 25 000 Fr. übertragen. Das Stiftungskapital ist später jedoch noch erheblich erhöht worden und erreichte 1950 die stattliche Summe von 67 000 Fr. Auch die Leistungen der Krankenkasse sind zielbewusst ausgebaut worden. Nicht nur hat die Krankenkasse im Laufe des Jahres 1927 die Anerkennung des Bundes gemäss KUVG erhalten, sondern die Kasse ist im Jahre 1948 auch durch die Tuberkuloseversicherung gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose (vom 13. Juni 1928) ergänzt worden. Ueberdies führt die Krankenkasse seit 1946 statt nur einer Versichertenklasse insgesamt fünf Klassen der Taggeldversicherung.

Im Gegensatz zur Krankenversicherung ist die Altersversicherung bisher noch nicht ihrer Verwirklichung entgegengeführt worden. Zwar wurde mit der Aeufnung eines Fonds zugunsten der Schaffung einer eigenen Altersversicherung begonnen, doch ist dieser Fonds nach der Einführung der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung in die Mittel der Krankenkasse überführt worden (1948). Damit ist allerdings zugleich auch die Entscheidung gefallen, dass an die baldige Schaffung einer eigenen Altersversicherung nicht mehr zu denken ist.

Einen weiteren Aufgabenkreis der Meisterschaft Frauenfeld bildete die Schaffung einer paritätischen Arbeitslosenversicherung. Das Projekt einer solchen Kasse hat jedoch auch den Industrieverein Frauenfeld lebhaft beschäftigt, so dass man sich seitens der Meisterschaft schlüssig wurde, den Rahmen der in Aussicht genommenen Kasse nicht allzu eng zu ziehen. Die Gründung erfolgte zwar auf Grund der Beschlüsse der Meistersversammlung vom 28. März 1931,

doch betonte man im Jahresbericht nachdrücklich, dass die Arbeitslosenversicherung der Meisterschaft «eine Separatgründung zusammen mit dem Industrieverein Frauenfeld» darstelle.⁴⁷ Dementsprechend sehen die Statuten der Arbeitslosenversicherungskasse der Meisterschaft Frauenfeld vor, dass auch Arbeitgeber, welche der Meisterschaft nicht angehören, unter bestimmten Bedingungen die Mitgliedschaft bei der Kasse erwerben können. Andererseits ist der Anschluss der Meisterschaftsmitglieder an die Kasse durchaus freiwillig, und es hat sich auch nur ein kleiner Teil derselben zu diesem Schritt entschlossen.

Die Mitgliederzahl der Meisterschaft hat sich schon bald nach der Reorganisation im Jahre 1926 auf über 300 gehoben. Zählte die Meisterschaft Ende 1926 noch 130 und Ende 1927 140 Mitglieder, waren es Ende 1928 318. Seither hat sich die Mitgliederzahl ständig ungefähr auf dieser Höhe gehalten (1947 309 Mitglieder). Aus diesen Zahlenangaben geht hervor, dass die Meisterschaft schon seit dem Ende der zwanziger Jahre mehr Mitglieder als der lokale Gewerbeverein zählte. Dieser Tatbestand hat seine Ursache nicht zuletzt darin, dass der Ausbau der Krankenkasse der Meisterschaft und die gleichzeitig erfolgende Durchführung des kantonalen Obligatoriums der Krankenversicherung besonders wirksam zum Beitritt der Arbeitgeber in die Meisterschaft anspornten (1926). Obwohl die Statuten der Meisterschaft streng genommen nur die Mitgliedschaft von Gewerbetreibenden der Munizipalgemeinde Frauenfeld vorsehen, ist in der Praxis auch der Beitritt von nicht gewerbetreibenden Personen zugelassen worden. Ausserdem ist das Verbandsgebiet nicht auf die Gemeinde Frauenfeld beschränkt geblieben, sondern es umfasst auch die benachbarten Orte im Umkreis von etwa 10 km.

e. Die übrigen Arbeitgeberorganisationen

Zur Vervollständigung unserer Darstellung der seit 1874 eingetretenen Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen in der thurgauischen Industrie haben wir noch auf eine Reihe weiterer Verbände hinzuweisen und zwar vor allem auf die Gruppe der vorwiegend kulturell gerichteten Organisationen, welche hauptsächlich industrielle Arbeitgeber umfassen, und auf die parteipolitischen Organisationen der Arbeitgeberschaft.

Zur erstgenannten Gruppe sind vor allem noch einige Fachverbände mit starkem künstlerischem oder wissenschaftlichem Einschlag zu rechnen, wie z. B. der **Schweizerische Werkbund**, der **Bund Schweizer Architekten**, der **Verband schweizerischer Graphiker** etc.; diese Verbände sind auch im Kanton Thurgau vertreten, allerdings nicht stark. Ferner haben wir als Arbeitgeberorganisation mit starkem religiösem Einschlag die im Frühjahr 1950 gegründete **Vereinigung christlicher Unternehmer der Schweiz** zu nennen.⁴⁸ Auch dieser Verband ist im Thurgau mit einer kleinen Anzahl von Einzelmitgliedern vertreten. Er ist wie es scheint — zur Zeit die einzige Arbeitgeberorganisation mit ausgesprochen religiöser Orientierung in der thurgauischen Industrie. Die Vereinigung be-

⁴⁷ Vgl. Meisterschaft Frauenfeld, Jahresbericht 1931.

⁴⁸ Vgl. VCU Bulletin, 1950, Nr. 7 (Juni/Juli).

zweckt vor allem «die Zusammenfassung, persönliche Ausbildung und Förderung ihrer Mitglieder zur Mitarbeit an der Verwirklichung christlicher Grundsätze im wirtschaftlichen und sozialen Leben» (Art. 2a). Wirtschaftliche Zwecke werden, wie die Statuten ausdrücklich betonen, nicht verfolgt. Als ordentliche Mitglieder der Vereinigung können grundsätzlich nur Unternehmer, Verwaltungsräte, Direktoren und Geschäftsleiter wirtschaftlicher Unternehmungen sowie Geschäftsführer wirtschaftlicher Verbände aufgenommen werden. Die Organisation befasst sich speziell mit dem Studium, der Vertiefung und Verbreitung der katholischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre und beschränkt sich vorläufig noch ausschliesslich auf Katholiken. Sie ist der gesinnungsverwandten Union internationale des Associations patronales catholiques angeschlossen (gegründet 1931).

Zur zweiten Gruppe von Organisationen gehören im Kanton Thurgau vor allem zwei Kantonalparteien: die **Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Thurgau** (gegründet 1890) und die **Katholische Volkspartei des Kantons Thurgau** (gegründet 1905). Es kann freilich nicht behauptet werden, dass diese beiden Parteien durchwegs das «Sprachrohr der Unternehmer» verkörpern. Neben den Arbeitgebern der Industrie und des Handels sind in ihnen auch die Arbeitgeber der übrigen Wirtschaftszweige vertreten, ferner ein erheblicher Teil des unselbständigen Mittelstandes. Immerhin bilden die industriellen Arbeitgeber eine besonders aktive Gruppe innerhalb dieser beiden Parteien (wobei die Freisinnig-demokratische Partei vor allem den evangelisch-protestantischen Bevölkerungsteil umfasst, die Katholische Volkspartei vor allem den römisch-katholischen). Die beiden Kantonalparteien gliedern sich ihrerseits wiederum in regionale und lokale Unterverbände. Gesamtschweizerisch bilden sie Sektionen der entsprechenden Landesparteien: der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz (gegründet 1894) und der Schweizerischen konservativen Volkspartei (gegründet 1912). — Trotz der verhältnismässig engen Beziehungen, welche in persönlicher und weltanschaulicher Hinsicht zwischen den Vertretern der Wirtschaftsverbände und der erwähnten bürgerlichen Parteien bestehen, fehlt in der Regel eine unmittelbare organisatorische Verbindung zwischen denselben. Dass dieser Umstand gelegentlich als ein ausgesprochener Mangel an gegenseitigem Kontakt ausgelegt wird, beweist eine in der Öffentlichkeit stark beachtete Äusserung von A. Dubois, Generaldirektor der Aktiengesellschaft Adolph Saurer in Arbon und Präsident des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, dass es nötig sei, dass es den Organisationen der Arbeitgeber gelinge, «bei den bürgerlichen Parteien vermehrtes Verständnis für ihre Anstrengungen zur Erhaltung einer freien Wirtschaft und für die Erhaltung selbständiger Unternehmungen zu finden». Dieser Vorwurf ist von der freisinnigen «Thurgauer Zeitung» allerdings zurückgewiesen worden, indem mit Nachdruck betont wurde, dass es die bürgerlichen Parteien «nie am nötigen Verständnis für den Wert eines freien Unternehmertums» hätten fehlen lassen.⁴⁹ Tatsächlich ist der Arbeitgeberstandpunkt in den bürgerlichen Parteien des Kantons Thurgau stets stark zur Geltung gekommen.

⁴⁹ Vgl. TZ, 23. Mai 1952

Bevor wir unsere Ausführungen über die Arbeitgeberorganisationen abschliessen, sei noch vermerkt, dass wir eine grössere Anzahl von Organisationen, welche streng genommen ebenfalls eine nähere Darstellung verdienen würden, auf der Seite gelassen haben. Dies gilt nicht allein von der schweizerischen «Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau» und den Organisationen für Markenschutz, Patentrecht, wirtschaftliche Propaganda etc., sondern auch von den mannigfachen Gebilden der freien Kartell-, Trust- und Konzernbildung, von den Zwangskartellen, kriegswirtschaftlichen Syndikaten und ähnlichen Gebilden. Damit möchten wir in keiner Weise den Eindruck erwecken, als ob wir die Bedeutung dieser Organisationsformen in den letzten Jahrzehnten herabmindern möchten, doch würde deren Einbeziehung den Rahmen unserer Abhandlung sprengen. Wir konnten uns umso eher zu diesem Vorgehen entschliessen, als diese Gebilde im Gebiete des Kantons Thurgau bisher nur geringe Ansätze zur Bildung von lokalen, regionalen oder kantonalen Organisationen verzeichneten.

B. Die Arbeitnehmerorganisationen

Im Vergleich zu den Arbeitgeberorganisationen sind die Arbeitnehmerorganisationen in ihrer Zielsetzung seit jeher stärker differenziert gewesen, insbesondere haben die vorwiegend kulturell gerichteten Organisationen bei ihnen eine ungleich grössere Bedeutung. Diesem Umstand sei auch im Rahmen unserer systematischen Darstellung der seit 1874 eingetretenen Entwicklung der Verbände Rechnung getragen. Wir gliedern die Arbeitnehmerorganisationen daher wie im zweiten Kapitel in vier Untergruppen, von denen die erste die umfassenden Spitzenorganisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung umfasst, während wir die vorwiegend wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen auf die drei übrigen Untergruppen aufteilen.

Die modernen Arbeitnehmerorganisationen unterscheiden sich jedoch auch in bezug auf den Grad der weltanschaulichen Differenzierung von den Arbeitgeberorganisationen. Bei den Arbeitgeberorganisationen besteht nämlich in dieser Beziehung eine sehr weitgehende Uebereinstimmung, wogegen die Arbeitnehmerorganisationen der Gegenwart in konfessionelle und parteipolitische Richtungsgruppen aufgespalten sind und zwar vor allem seit dem ersten Weltkrieg. Diese organisatorische Zersplitterung bedeutet zweifellos eine Schwächung der Arbeiterbewegung als Ganzes, und es ist daher verständlich, dass sich manche prominente Vertreter der organisierten Arbeiterschaft für eine Beseitigung oder Ueberbrückung der Gegensätze eingesetzt haben. Sicherlich ist es während einigen Jahrzehnten auch gelungen, die auseinanderstrebenden Gruppen in einer gemeinsamen Spitzenorganisation zusammenzufassen: im Schweizerischen Arbeiterbund (1887/1920). Gesamthaft betrachtet sind aber die Bemühungen um die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitgehend gescheitert, da der Schweizerische Arbeiterbund die Spaltungstendenzen schon damals nicht mehr wirksam zu zügeln vermochte. Es wäre indessen falsch, die zwischen den verschiedenen Richtun-

gen bestehenden Gegensätze aufzubauchen. Wenn auch die Problematik der Blockbildung nicht geleugnet werden kann, so darf festgestellt werden, dass das Nebeneinanderbestehen verschiedener Richtungsgruppen auch zu einem gesunden Wettstreit geführt hat, welcher der Arbeiterbewegung wertvolle Impulse verlieh.

Die zahlenmässig stärkste Richtungsgruppe der modernen Arbeitnehmerorganisationen ist diejenige der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen. Diese Richtung vertritt die Forderung nach einer demokratischen Gestaltung der Wirtschaft, insbesondere durch die Anerkennung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft. Im übrigen weisen aber die Ansichten der Vertreter dieser Richtung erhebliche Unterschiede auf, nicht nur hinsichtlich des Umfangs und der Struktur des gemeinwirtschaftlichen Sektors der Volkswirtschaft, sondern auch hinsichtlich der Art des Vorgehens bei der Umgestaltung der Wirtschaft.

Eine recht bedeutende Richtungsgruppe bilden ferner die christlichsozialen Organisationen. Hier ist der Akzent auf die christliche Gesinnung gelegt. Dementsprechend werden die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele vor allem religiös begründet. Als unmittelbare Grundlage für die Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, die innerhalb der christlichsozialen Richtung vertreten wird, dient die christliche Lehre, namentlich im Sinne der Enzykliken der römisch-katholischen Kirche. Besonders nachdrücklich setzt sich die christlichsoziale Richtung für das korporative Zusammenwirken der Berufsstände und für den Schutz der Familie ein.

Wir nennen diese beiden Richtungsgruppen in den nachfolgenden Ausführungen kurz die **sozialdemokratische** und die **christlichsoziale Richtung**, wobei wir betonen möchten, dass wir diese Bezeichnungen nicht in einem eng doktrinären oder politischen Sinn, sondern in einem ausgesprochen weiten Sinn verwenden.

a. Die Arbeitnehmerorganisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung

Bei den Organisationen mit weitgehend universeller Zielsetzung tritt die organisatorische Aufspaltung der Arbeiterbewegung in die zwei hauptsächlichen Richtungsgruppen besonders klar in Erscheinung. Wohl bildete der Schweizerische Arbeiterbund formell noch bis zum Ende des ersten Weltkrieges ein einheitliches Sammelbecken für die grosse Mehrzahl der bestehenden Arbeitnehmerorganisationen, doch ist diese Geschlossenheit schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zusehends in die Brüche gegangen. Statt dessen haben sich die Blöcke der sozialdemokratischen und christlichsozialen Richtung herausgebildet, was schliesslich zur völligen Auflösung des Schweizerischen Arbeiterbundes führte (1920).

Die ersten Schritte zur Bildung eines Blockes der sozialdemokratischen Richtung waren die auf eine direkte Zusammenarbeit hinzielenden Vereinbarungen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit dem Schweizerischen Grütliverein und mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Seit dem Ende des

19. Jahrhunderts haben sich zudem die christlichsozialen Organisationen abzusondern begonnen. Der Gründung des Zentralverbandes christlichsozialer Organisationen der Schweiz (1904) folgte schon recht bald die Konstituierung des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes der Schweiz (1907). Immerhin blieben die Arbeitnehmerorganisationen der verschiedenen Richtungen vorläufig noch beim Schweizerischen Arbeiterbund. Selbst der interne Richtungsstreit zwischen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und dem Schweizerischen Grütliverein, der zur Lösung der seit 1901 bestehenden engen Verbindung führte, änderte noch nichts an der formellen Zugehörigkeit all dieser namhaften Organisationen zum Schweizerischen Arbeiterbund. Erst der Generalstreik von 1918 gab hierfür das Zeichen. Bereits zu Beginn des folgenden Jahres haben die christlichsozialen Organisationen als neue selbständige Spitzenorganisationen den Christlichsozialen Arbeiterbund der Schweiz gegründet, und fast zur gleichen Zeit haben die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und der Schweizerische Gewerkschaftsbund den von ihnen geschaffenen Schweizerischen Arbeiterbildungsausschuss mit einem eigenen ständigen Sekretariat ausgestattet (seit 1922 unter der Bezeichnung «Schweizerische Arbeiterbildungszentrale»).

Die unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg erstmals voll in Erscheinung getretene Spaltung der Arbeitnehmerorganisationen in zwei hauptsächliche Blöcke ist seither nicht wieder überwunden worden. Die beiden Blöcke haben sich im Gegenteil noch mehr verfestigt.

Ganz ähnlich wie die Entwicklung innerhalb der schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen war diejenige der thurgauischen Verbände. Eine dem Schweizerischen Arbeiterbund entsprechende kantonale Spitzenorganisation hat sich freilich nie deutlich herausgebildet; dagegen ist die Herausbildung der sozialdemokratischen und christlichsozialen Richtungsgruppen verhältnismässig frühzeitig erfolgt. Schon um 1908 ist die Bildung des Sekretariatsverbandes des Kantons Thurgau (seit 1915 «Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband» genannt) beschlossen worden, welcher die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen zu einem kraftvollen Kantonalverband vereinigte, und um 1911 ist der Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau aus der Taufe gehoben worden. Ferner sind z. T. schon früher entsprechende lokale Spitzenorganisationen gegründet worden.

1) Der Schweizerische Arbeiterbund

Als erste umfassende Spitzenorganisation der schweizerischen Arbeiterschaft ist im Jahre 1873 der (alte) **Schweizerische Arbeiterbund** gegründet worden. Diese mit grossem Eifer gegründete Organisation war eine Zusammenfassung der Arbeiterbildungsvereine, der Gewerkschaften, der Grütlivereine und der sozialdemokratischen Partei, ferner der Krankenkassen. Der Bund hat in den ersten Jahren mit Erfolg an Lohnbewegungen und Streiks teilgenommen und setzte sich auch beim Kampf um das eidgenössische Fabrikgesetz von 1877 kräftig für die Interessen der Arbeiterschaft ein. Nachher ist aber überraschend schnell

der initiative Geist verflohen, und als sich 1879 die Wirtschaftslage depressiv gestaltete, stellte sich bereits die Frage der Auflösung der umfangreichen Organisation. Dieser Schritt ist vom Kongress, der am 6./7. November 1880 in Olten stattfand, besiegelt worden, und die einzelnen angeschlossenen Verbände marschierten nun wiederum ihre eigenen Wege.⁵⁰

Die Erinnerung an den alten Bund ist jedoch bei vielen lebendig geblieben. Dies äusserte sich bereits wieder im Jahre 1883, da in Zürich ein allgemeiner schweizerischer Arbeitertag abgehalten wurde. In zuversichtlicher Erwartung, dass die frühere Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitnehmerorganisationen wieder in Schwung gebracht werden könne, wurde von der Versammlung die Bildung eines «Aktionskomitees des schweizerischen Arbeitertages» beschlossen: dieses Komitee, das aus je zwei Mitgliedern der Grütlivereine, der Gewerkschaften, der deutschen Arbeiterbildungsvereine und der sozialdemokratischen Partei bestand, sollte vor allem der Agitation dienen.

Im Jahre 1886 nahm die Idee einer Neugründung des Schweizerischen Arbeiterbundes zusehends festere Gestalt an. In dieses Jahr fällt nicht nur die Gründung der Allgemeinen Schweizerischen Reservekasse (zur Unterstützung der Arbeitnehmer bei kollektiven Arbeitsstreitigkeiten) durch den Schweizerischen Grütliverein, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und den Allgemeinen Schweizerischen Gewerkschaftsbund, sondern auch der Plan eines staatlich subventionierten schweizerischen Arbeitersekretariates wurde langsam spruchreif, da Bundesrat Droz diesbezüglich gewisse Zusicherungen machte.⁵¹

Im Frühjahr 1887 waren die Vorarbeiten für die Neugründung des Schweizerischen Arbeiterbundes endlich so weit gediehen, dass die Konstituierung vorgenommen werden konnte. Ausser dem Aktionskomitee des schweizerischen Arbeitertages beteiligten sich auch zahlreiche andere Arbeitnehmerorganisationen an der Gründung (Grütlivereine, Gewerkschaften, katholische Gesellenvereine, der Schweizerische Piusverein und eine grosse Anzahl von Krankenkassen).⁵²

Das hauptsächliche Anliegen des (neuen) Schweizerischen Arbeiterbundes bildete neben der Wiederaufnahme der regelmässigen Durchführung schweizerischer Arbeitertage die Errichtung des ersten schweizerischen Arbeitersekretariates. Bereits im Sommer 1887 konnte das Sekretariat, mit dessen Leitung Herman Greulich betraut wurde, seine Tätigkeit aufnehmen. Diese Institution hat in der Folge zahlreiche sozial- und wirtschaftsstatistische Erhebungen durchgeführt, Gutachten ausgearbeitet, Rechtsauskünfte erteilt, eine Monatsschrift herausgegeben (1899/1902) etc.

So wertvoll aber auch die Leistungen des Arbeiterbundes für die schweizerische Arbeiterschaft waren, so haben die Erfolge dennoch nicht genügt, um der Organisation einen dauernden Bestand zu sichern. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben sich die Voraussetzungen für eine erspriessliche Tätigkeit der Organe des Arbeiterbundes immer mehr verschlechtert. Freilich haben die meisten

⁵⁰ Vgl. Farner, Die Geschichte des schweizerischen Arbeiterbundes, S. 18/19.

⁵¹ Vgl. Farner, eb., S. 19 u. 27.

⁵² Vgl. Farner, eb., S. 28.

angeschlossenen Verbände noch bis zum Ende des ersten Weltkrieges mit dem Austritt gezögert, doch änderte dies nichts an der Tatsache, dass das Gefüge des Arbeiterbundes bereits vorher stark erschüttert worden ist. Durch den Generalstreik von 1918 ist die Krise des Arbeiterbundes eigentlich nur noch in ihr akutes Stadium übergeführt worden, worauf dann sehr rasch der völlige Zusammenbruch eintrat (1920). Auch der zähe Einsatz des Arbeitersekretärs H. Greulich zugunsten der Erhaltung der Organisation vermochte die Auflösung schliesslich nicht mehr zu verhindern.

Das Beispiel des Schweizerischen Arbeiterbundes hat in der thurgauischen Arbeiterbewegung keine direkte Nachahmung gefunden. Es ist hier bisher noch nie zu einem entsprechenden Zusammenschluss der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichsozialen Organisationen gekommen.

II) Die Schweizerische Arbeiterbildungszentrale, der Turgauische Arbeitersekretariatsverband und die lokalen Arbeiterunionen

Ein erster Ansatzpunkt zur Vereinigung der Arbeitnehmerorganisationen der sozialdemokratischen Richtung zu einer umfassenden Spitzenorganisation bildete die Gründung der Allgemeinen Schweizerischen Reservekasse im Jahre 1886. An dieser bedeutsamen Arbeitsgemeinschaft haben sich gleich drei schweizerische Organisationen beteiligt: der Schweizerische Grütliverein (SG), die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und der Allgemeine Schweizerische Gewerkschaftsbund. Dieser Zusammenschluss hatte jedoch nicht lange Bestand, da der Gewerkschaftsbund die Kasse bereits nach einem halben Jahrzehnt allein übernahm (1891).

Etwas längere Dauer hatte die im Jahre 1901 beschlossene organisatorische Verbindung zwischen der SPS und dem SG. Es wurde nun in der Form der Geschäftsleitung der SPS ein Organ geschaffen, das einerseits die Mitglieder des engeren Zentralvorstandes des SG und anderseits eine Gruppe von 6 Vertretern der SPS umfasste. Auf diese Weise wurde eine überaus wirksame Verflechtung zwischen den beiden grossen Organisationen hergestellt. Allerdings drohte diese Partnerschaft schliesslich mit der völligen Verschmelzung des SG mit der SPS zu enden, weshalb der SG im Jahre 1916 die Beziehungen zur SPS wieder abbrach, was aber tatsächlich den unaufhaltsamen Expansionsdrang der SPS keineswegs zum Stehen bringen konnte, da es der grosse Teil der Mitglieder des SG nun vorzog, sich in der SPS zu betätigen.

Die dauerhafteste Form des Zusammenwirkens von Arbeitnehmerorganisationen der sozialdemokratischen Richtung verkörpert jedoch die **Schweizerische Arbeiterbildungszentrale** (SABZ). Den Keim für diese Organisation legte das im Jahre 1910 von der SPS und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) ausgearbeitete «Uebereinkommen betreffend die einheitliche Regelung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteiorganisationen in der Schweiz». Dieses Uebereinkommen unterstrich den Grundsatz einer engen Zusammenarbeit, speziell bei der Agitation, Propaganda und

bei gemeinsamen Bildungsaufgaben, bei wichtigen Aktionen und bei allfälligen Streitigkeiten zwischen den beiden am Uebereinkommen beteiligten Organisationen. Im übrigen wurde aber zunächst noch von der Bildung eines gemeinsamen Ausschusses abgesehen. Dieser Schritt liess indessen nicht lange auf sich warten, denn bereits am 12. September 1912 fassten die SPS und der SGB den Entschluss, einen solchen Ausschuss unter der Bezeichnung «Schweizerischer Arbeiterbildungsausschuss» ins Leben zu rufen. Dieser Ausschuss, der je 5 Vertreter der beiden Gründungsorganisationen umfasste, wurde noch im Laufe des gleichen Jahres konstituiert und nahm zu Beginn des folgenden Jahres seine Tätigkeit auf, wobei der Sekretär des Schweizerischen Arbeiterbundes, H. Greulich, mit der Leitung des dreigliedrigen Büros betraut wurde. Nach dem ersten Weltkrieg ist sodann eine Neukonstituierung vorgenommen worden. Der Ausschuss erhielt nun ein ständiges Sekretariat, das seinen Sitz in Bern hatte (1919). Auf Antrag des SGB ist nach drei Jahren überdies die Zusammensetzung und der Name des Ausschusses geändert worden (1922). Die Zahl der vom Gewerkschaftsbund gestellten Kommissionsmitglieder wurde nun auf acht erhöht, während die Partei weiterhin mit fünf Kommissionsmitgliedern vertreten blieb. Gleichzeitig erhielt der Ausschuss die neue Bezeichnung «Schweizerische Arbeiterbildungszentrale».⁵³

In der 1922 geschaffenen Form blieb die Zusammenarbeit des SGB und der SPS während mehr als zwei Jahrzehnten fest verankert. Erst im Jahre 1946 ist erneut eine Umgestaltung vorgenommen worden, aus welcher dann die heutige Form der SABZ hervorging. Die rechtliche Grundlage der Organisation bildete nunmehr ein Verein im Sinne der Art. 60 79 des ZGB (im Unterschied zur bisherigen Regelung, wonach die SABZ auf einem zweiseitigen Vertrag beruht hatte). Ausser den Gründungsmitgliedern (SGB und SPS) können der SABZ nun auch andere Organisationen angehören. Von dieser Beitrittsmöglichkeit hat vor einiger Zeit u. a. die Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen Gebrauch gemacht (1950). Damit aber die Gründungsmitglieder trotz der Erweiterung des Mitgliederkreises der SABZ ihren bisherigen massgeblichen Einfluss beibehalten können, sehen die am 6. Juli 1946 beschlossenen Statuten vor, dass 9 des insgesamt 13 bis 15 Mitglieder umfassenden Vorstandes auf Vorschlag des SGB (6) und der SPS (3) zu wählen sind.

Auf internationalem Boden hat sich die SABZ bisher noch nicht sehr ausgiebig zu betätigen vermocht, doch machen die Bestrebungen für eine internationale Zusammenarbeit mit ähnlichen Organisationen gute Fortschritte. Im Jahre 1947 hat sich die SABZ zusammen mit den entsprechenden Landesverbänden von sechs weiteren europäischen Ländern an der Gründung der Internationalen Vereinigung der Arbeiterbildungsorganisationen (International Federation of Workers' Educational Associations) beteiligt.⁵⁴

Der Hauptzweck der SABZ ist die Zusammenarbeit in Fragen des Bildungswesens, und zwar nicht nur der allgemeinen menschlichen Bildung, sondern auch der gewerkschaftlichen und politischen Schulung. Die eigentlichen wirt-

⁵³ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahrbuch 1910 u. f.; Bildungsarbeit, 1942, Nr. 1, S. 1/2.

⁵⁴ Vgl. Schweiz. Arbeiterbildungszentrale, Tätigkeitsbericht 1949, S. 53/54.

schaftlichen und politischen Aufgaben werden dagegen von der SABZ ausser Betracht gelassen, was allerdings nicht heisst, dass nicht auch für jene Fragen in einem gewissen Umfange eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Richtung besteht.

Wenn wir uns nach diesem Ueberblick über die gesamtschweizerische Entwicklung mit den Verhältnissen innerhalb des Kantons Thurgau befassen, so fällt uns auf, dass die organisatorische Verflechtung der verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Richtung last durchwegs noch stärker zum Ausdruck kommt. Diese Feststellung gilt gleicherweise für die Zusammenarbeit in kantonalen wie lokalen Angelegenheiten. Auf kantonalem Boden hat der Kantonalverband thurgauischer Grütlivereine (seit 1901 Kantonalverband thurgauischer Grütli- und Arbeitervereine) der Bildung einer umfassenden Spitzenorganisation die Bahn geebnet; diese Anfänge leiteten dann hinüber zur Gründung des Sekretariatsverbandes des Kantons Thurgau (seit 1915 «Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband» genannt) im Jahre 1907. Diese kantonale Spitzenorganisation hat sich mit gutem Erfolg für die Errichtung eines kantonalen Arbeitersekretariates eingesetzt, das um 1909 seine Tätigkeit aufnehmen konnte. Diese Aufgabe bildet auch noch heute das Herzstück des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes, wenn auch seither insofern eine Aenderung eingetreten ist, als das Sekretariat zugleich auch eine Institution des Gewerkschaftskartells des Kantons Thurgau geworden ist. — Noch enger ist die organisatorische Verflechtung der gewerkschaftlichen, politischen und kulturellen Arbeitnehmerorganisationen bei einer Reihe von örtlichen Arbeiterunions, von denen die ersten noch im 19. Jahrhundert entstanden sind. Auch diese Organisationen haben sich im Kanton Thurgau auffallend zähe erhalten, was man aus der Tatsache ersehen kann, dass noch immer insgesamt sechs lokale Arbeiterunions bestehen, während sie in andern Kantonen schon in der Zwischenkriegszeit fast überall wieder von der Bildfläche verschwunden sind. Im Kanton Zürich bestehen heute lediglich noch drei Arbeiterunions (Winterthur, Uster, Limmattal). In der Stadt Zürich ist die Arbeiterunion schon im Jahre 1924 aufgelöst worden.

1. Der Thurgauische Arbeitersekretariatsverband

Der **Thurgauische Arbeitersekretariatsverband** (TASV) verkörpert die kantonale Spitzenorganisation der verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Richtung im Kanton Thurgau. Der Verband hat als Bindeglied zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei des Kantons seine grossen praktischen Verdienste dadurch erworben, dass er das erste allgemeine thurgauische Arbeitersekretariat ins Leben gerufen hat und seither stets eng mit der Durchführung dieser Aufgabe verbunden blieb.

Der Beschluss zur Gründung des TASV erfolgte im Jahre 1907, doch besass der Verband in der Gestalt des Kantonalverbandes thurgauischer Grütlivereine (seit 1901 Kantonalverband thurgauischer Grütli- und Arbeitervereine) einen unmittelbaren Vorläufer. In den ersten Jahren seines Bestehens setzte sich der

im Juli 1887 gegründete Kantonalverband thurgauischer Grütlivereine freilich ausschliesslich aus Grütlivereinen zusammen (an der Gründung haben sich 8 Sektionen beteiligt), doch sind im Laufe der Zeit auch andere Arbeitnehmerorganisationen (Gewerkschaften, Arbeiterunionen etc.) hinzugekommen. Diese Tendenz zur Verbreiterung der Basis hat sich nach der Jahrhundertwende zunehmend verstärkt, weshalb auch die Organisation nun Kantonalverband thurgauischer Grütli- und Arbeitervereine getauft wurde. Mit Genugtuung stellte der Kantonalvorstand im Jahre 1901 fest: «Die Grütlivereine zählen wir mit einer Ausnahme alle zum Verbande. Die Gewerkschaften schliessen sich nach und nach ebenfalls unserer Kolonne an. Möge im nächsten Jahre unser Seitendetachement mit einer an Kraft und Grösse stolzen Truppe zum Gros. der neuen sozialdemokratischen Partei, stossen!»⁵⁵ Es ist bezeichnend, dass im gleichen Bericht auch erwähnt wird, dass das Postulat eines kantonalen Arbeitersekretariates am «Forderungen-Horizonte» aufgetaucht sei. Diese Idee ist in der Folge nicht mehr fallen gelassen worden. Recht zuversichtlich heisst es bereits im Bericht des Kantonalvorstandes für das Jahr 1903: «Der Verband selber steht finanziell und an Zahl der Mitglieder kräftiger denn je zuvor da . . . So können wir alle Hoffnung haben, dass das thurgauische Arbeitersekretariat bald seiner Verwirklichung entgegen geht.»⁵⁶ Zur Sicherstellung der Finanzierung des Sekretariats ist nun mit der Aeufnung eines Sekretariatsfonds begonnen worden, und schon im folgenden Jahr wird hierzu stolz vermerkt: «Der Sekretariatsfonds marschiert hoffnungsvoll vorwärts.» Der Fonds, der um 1904 bereits 500 Fr. erreichte, ist dank der Opferwilligkeit der Mitgliedschaft im Verlaufe der nächsten Jahre rasch auf mehrere tausend Franken angewachsen, sodass die Gewerkschaften auf die Verwirklichung des Sekretariatsgedankens hindrängten. An der von den Frauenfelder Gewerkschaftern einberufenen Delegiertenversammlung, die am 28. Juli 1907 in Weinfelden stattfand, fassten die thurgauischen Gewerkschaften dementsprechend den Beschluss, dass zur Errichtung des Sekretariates geschritten werden solle. Zu diesem Zeitpunkt waren immerhin etwa 2 000 Mitglieder angemeldet, und der Fonds betrug nun bereits 3 628 Fr.⁵⁷ Allerdings verging nochmals ein gutes halbes Jahr, bis tatsächlich die Gründung des «Sekretariatsverbandes des Kantons Thurgau» erfolgte. An der Gründungsversammlung, die am 8. März 1908 in Romanshorn stattfand und an welcher insgesamt 47 Delegierte von 30 Organisationen teilnahmen, zeigte sich jedoch eindringlich, dass die Angelegenheit keinen langen Aufschub mehr ertrug. Ende 1909 ging endlich der Wunsch in Erfüllung. Die nach Weinfelden einberufene ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 6. Juni 1909 wählte auf dem Wege der Berufung einstimmig Otto Höppli zum Leiter des Sekretariates, das hierauf am 4. Oktober 1909 in Frauenfeld eröffnet wurde.⁵⁸ Im Jahre 1915 hat der Verband sodann die noch heute in Kraft stehende Bezeichnung «Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband» (TASV) erhalten.

⁵⁵ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresbericht 1901, S. 34.

⁵⁶ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresbericht 1903, S. 59.

⁵⁷ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresbericht 1907, S. 62.

⁵⁸ Vgl. Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband, Jubiläumsbericht, S. 5; Sekretariatsverband des Kantons Thurgau, Jahresbericht 1909/1910, S. 1.

Der TASV hat indessen nicht allein das Sekretariats-Projekt vom Kantonalverband thurgauischer Grütli- und Arbeitervereine übernommen, sondern er hat auch die meisten übrigen Aufgaben seines Vorgängers zu seinen eigenen gemacht, insbesondere die Veranstaltung von Delegiertenversammlungen und gelegentlichen öffentlichen Versammlungen, die Ausarbeitung und Einrichtung von Eingaben an die Behörden, die Kontrolle der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Förderung der Arbeiterpresse etc. Das Gründungsstatut spricht zwar nur von der Errichtung und dem Unterhalt eines ständigen Arbeitersekretariates und der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, doch war die Zielsetzung im Grunde weit umfassender, was man übrigens auch aus dem Reglement, das die Tätigkeit des Sekretärs näher umschrieb, ersehen kann. Das Reglement erwähnt insbesondere die Auskunfterteilung in rechtlichen Angelegenheiten (Arbeitsrecht, Mieterschutz, Strafrecht etc.), die Förderung der Organisation der Arbeiterklasse, die Unterstützung des Genossenschaftswesens, die Beratung und Vermittlung bei Arbeitsstreitigkeiten, die Veranstaltung sozialistischer Erhebungen, die Ueberwachung des Vollzugs der Arbeiterschutzgesetze und die Bedienung der Arbeiterpresse. Die Zielsetzung des TASV ist in der Folge auch in den Statuten selbst weitgehend universell umschrieben worden. Besonders ausgeprägt kommt dies in den Statuten vom 11. Dezember 1938 zum Ausdruck, wonach der Verband bezweckt, ein Arbeitersekretariat «zur Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen der Arbeiter und Angestellten» zu unterhalten (Art. 1). Ferner wird nachdrücklich auf die politische Einflussnahme des Verbandes hingewiesen: «Der Verband nimmt Stellung zu allen Gesetzesvorlagen und Abstimmungen, soweit sie volkswirtschaftliche und kulturelle Interessen des arbeitenden Volkes berühren. Sofern kantonale oder eidgenössische Wahlen angeordnet sind, kann der Verband ebenfalls hiezu Stellung beziehen. Voraussetzung ist, dass wichtige und vorwiegend volkswirtschaftliche Interessen in Frage stehen» (Art. 3). Dieser Artikel ist anlässlich der Statutenrevision vom 25. April 1948 durch den Zusatz ergänzt worden, wonach der Verband als weitere Aufgaben betrachtet: a) die Förderung der Bildungsbestrebungen in der Arbeiterbewegung, b) die Förderung der Arbeitersport- und Kulturbewegung, c) die Förderung des Genossenschaftswesens, d) die Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der angeschlossenen Organisationen durch ein Schiedsgericht.

Der organisatorische Aufbau des TASV entspricht weitgehend dem Vorortssystem, wie dies auch beim Kantonalverband thurgauischer Grütlivereine bzw. beim Kantonalverband thurgauischer Grütli- und Arbeitervereine der Fall gewesen ist. Während aber der Vorort in der Zeit von 1887 bis 1907 wiederholt wechselte, ist seit 1907 kein Wechsel mehr eingetreten (1888 1894 war Weinfelden Vorort, 1894 1900 Arbon, 1900 1905 Frauenfeld, 1905/1907 nochmals Arbon und seit 1907 Frauenfeld). Die Bestimmung des Vororts oblag vor 1908 der allgemeinen Delegiertenversammlung. Durch das Gründungsstatut des Sekretariatsverbandes wurde die Kompetenz zur Bestimmung des Vororts faktisch in die Hände der Thurgauischen sozialdemokratischen Partei gelegt. Später hat diese einseitige Regelung geradezu in ihr Gegenteil umgeschlagen, indem diese Kompetenz seit der Statutenrevision von 1938 dem Gewerkschaftskartell des

Kantons Thurgau zusteht. Dementsprechend haben die Bestimmungen über die Wahl des Verbandsvorstandes gewisse Wandlungen durchgemacht. Gemäss dem Gründungsstatut war der Verbandsvorstand (der leitende Ausschuss) durch eine Hauptversammlung der Vorortssektion zu wählen, wobei mindestens zwei der fünf Mitglieder zugleich dem Vorstand der Partei angehören mussten. Nach der seit 1938 geltenden Regelung wird der Verbandsvorstand (der zugleich Kartellvorstand ist) ausschliesslich «durch das Gewerkschaftskartell oder in Ermangelung eines solchen durch die Gewerkschaftssektionen des Vororts gewählt» (Art. 9 der Statuten des Gewerkschaftskartells des Kantons Thurgau).⁵⁹ Immerhin enthalten die Statuten des TASV von 1938 wie auch von 1948 noch die Klausel, dass die zuständigen Wahlorgane darauf Rücksicht zu nehmen haben, «dass dem Kartellvorstand mindestens drei der sieben Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören» (Art. 10). In ähnlicher Weise ist übrigens auch der Wahlmodus des Sekretariates und der Geschäftsprüfungskommission abgeändert worden. Auch diese Organe des TASV sind heute mit den entsprechenden Organen des Gewerkschaftskartells des Kantons Thurgau identisch und werden, streng genommen, ausschliesslich durch die Delegierten der Gewerkschaften gewählt. Die Wahl der Sekretäre gehört allerdings erst seit 1948 ausdrücklich zu den Obliegenheiten der Jahresdelegiertenversammlung des kantonalen Gewerkschaftskartells, während die Wahl der Geschäftsprüfungskommission bereits durch die Statuten von 1938 den Gewerkschaftssektionen des von der Delegiertenversammlung des kantonalen Gewerkschaftskartells bestimmten Sektionsorts übertragen worden ist.

Das offizielle Publikationsorgan des Kantonalverbandes thurgauischer Grütlil- und Arbeitervereine war gemäss dem Beschluss der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 1902 das «Thurgauer Tagblatt», das in Weinfelden herauskam und an dessen Verlag sich der Kantonalverband thurgauischer Grütlivereine bereits um 1897 finanziell beteiligt hatte. Der Sekretariatsverband hat dagegen für den in Zürich erscheinenden «Grütlianer» und für die «Winterthurer Arbeiterzeitung» (die nun zu diesem Zwecke unter dem Namen «Thurgauer Post» gedruckt wurde) entschieden. Eine wesentliche Verstärkung erhielt die publizistische Schlagkraft des Verbandes mit der Schaffung der Sozialdemokratischen Pressunion des Kantons Thurgau im Jahre 1911. Dieses vom Sekretariatsverband und weiteren thurgauischen Arbeiterorganisationen der sozialdemokratischen Richtung finanzierte Verlagsunternehmen hat in Arbon eine kleine Druckerei erworben, welche vom folgenden Jahre an die «Thurgauer Arbeiterzeitung» herausgab, weshalb nun von einer Weiterführung der «Thurgauer Post» abgesehen werden konnte. Dieses neue Pressorgan ist in der Folge erheblich ausgebaut worden. Es diente zunächst ausdrücklich als offizielles Organ der Thurgauischen sozialdemokratischen Partei und des Sekretariatsverbandes. In der Zwischenkriegszeit ist insofern eine Aenderung eingetreten, als nun die Zeitung den Sekretariatsverband nicht mehr direkt erwähnt, sondern lediglich noch die Thurgauische sozialdemokratische Partei und das

⁵⁹ Seit der Schaffung des Gewerkschaftskartells Frauenfeld im Jahre 1939 ist die Wahl des Vorstands jeweils von diesem vorgenommen worden.

kantonale Gewerkschaftskartell. Die Statuten des TASV bezeichnen indessen die «Thurgauer Arbeiterzeitung» auch noch heute als massgebliches Publikationsorgan (neben der Gewerkschaftspresse).

Eine weitere Frage, die sich bei der Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung des TASV aufdrängt, ist die Frage nach dem Verhältnis des Verbandes zur Klassenkampf-Ideologie. Das Gründungsstatut des Sekretariatsverbandes beschränkte sich in dieser Hinsicht auf den Hinweis, dass ausser der Thurgauischen sozialdemokratischen Partei «jede Gewerkschaft, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht», Mitglied des Verbandes werden könne. Diese zurückhaltende Umschreibung ist im Jahre 1920 — unter dem Eindruck der grossen sozialen Spannungen — durch die Bestimmung ersetzt worden, dass «jede Gewerkschafts- oder Parteiorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenbewusstseins steht», die Mitgliedschaft erwerben könne. Die Annäherung an die marxistische Klassenkampf-Ideologie spiegelt sich auch in den Jahresberichten des Verbandes sowie in der «Thurgauer Arbeiterzeitung» dieser Jahre sehr deutlich. Die Gegenströmung gegen diesen aggressiven Kurs hat jedoch bald wieder die Oberhand gewonnen. Bereits die Statutenrevision von 1929 brachte die Streichung des Ausdrucks «proletarisches Klassenbewusstsein»; statt dessen wählte man nun die Umschreibung, dass jede Gewerkschafts- oder Parteiorganisation, die sich zu den Grundsätzen und zum Programm des Verbandes bekenne, die Mitgliedschaft erwerben könne. Die Statutenrevision von 1938 ist sodann noch einen Schritt weiter gegangen, indem nun ausdrücklich auf den Grundsatz der Demokratie verwiesen wurde, der bei der «Wahrung der Interessen des werktätigen Volkes» zu respektieren sei. Diese Bestimmung findet sich auch in den heute geltenden Statuten von 1948.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Mitgliedschaft war der Sekretariatsverband schon bei der Gründung gewissermassen die Verbindungsbrücke zwischen der im Jahre 1906 gegründeten Thurgauischen sozialdemokratischen Partei und der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen thurgauischen Gewerkschaftssektionen. Diese beiden Mitgliedergruppen haben auch späterhin die tragenden Säulen des TASV gebildet. Allerdings haben dem Verband zeitweise auch schon andere Organisationen angehört, wie z. B. Arbeiterbildungsvereine, Grütlivereine, sozialistische Jugendorganisationen etc. Im Laufe der zwanziger Jahre sind aber diese Sektionen bald wieder ausgeschieden. Nichtsdestoweniger sehen die Statuten des TASV seit 1938 vor, dass beispielsweise auch Arbeitersportorganisationen dem Verbands beitreten können. Von dieser Beitrittsmöglichkeit ist jedoch bisher nicht Gebrauch gemacht worden. Ganz bedeutungslos ist die Frage des Beitritts der lokalen Arbeiterunion. Mit Ausnahme von drei Arbeiterunionen, die dem Verbands vor dem ersten Weltkrieg angehörten, blieben diese Organisationen stets ausserhalb des Sekretariatsverbandes. Etwas anders hat sich dagegen das Verhältnis zu den lokalen Gewerkschaftskartellen entwickelt. Obwohl auch diese nicht unmittelbar Mitglieder des TASV sind, stehen sie doch in einem engeren Kontakt zur Organisation, da sie im Rahmen des kantonalen Gewerkschaftskartells verschiedene Rechte und Pflichten erlangt haben und seit 1948 von diesem ausdrücklich als Organe anerkannt werden.

Wie schon diese kurzen Hinweise auf den organisatorischen Aufbau des TASV erkennen lassen, verkörpert der TASV ein recht komplexes Gebilde. Es mag daher nicht überraschen, dass der Verband fast keine engere Beziehung zu einer schweizerischen Spitzenorganisation aufweist. Einzig mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund besass der TASV vorübergehend eine direkte organisatorische Bindung, indem der TASV für die Ausübung der Rechte und Pflichten der Gesamtheit der thurgauischen Gewerkschaftssektionen gegenüber der Leitung des SGB besorgt war. Da aber im Jahre 1938 auch die thurgauischen Gewerkschaftssektionen ein statutarisch verselbständigtes Kantonalkartell geschaffen haben, wird der TASV seither von den kartellmässigen Beziehungen zum SGB nicht mehr direkt berührt.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auch noch eingehend die praktische Tätigkeit des Verbandes im Verlaufe seiner bewegten Geschichte zu schildern.⁶⁰ Wir möchten uns darauf beschränken, in gedrängter Kürze vor allem die Rechtshilfestelle des TASV hervorzuheben. Die Zahl der vom Sekretariat erteilten Rechtsauskünfte an die Bevölkerung (Mitglieder und Nicht-Mitglieder) überstieg schon in den Jahren vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges die Tausendergrenze (1914: 1957 Konsultationen) und kletterte seither noch weiter in die Höhe. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges ist die Zahl der erteilten Rechtsauskünfte überhaupt nicht mehr unter 3000 gesunken. In manchen Jahren wurden sogar über 4000 Rechtsauskünfte erteilt (1921: 4501 Konsultationen). Ein ähnliches Bild ergibt die Entwicklung der Zahl der Fälle und Klienten. Die Zahl der Fälle betrug seit 1920 alljährlich über 2000 (1921: 3240) bei einer Gesamtzahl von jeweils über 1000 Klienten. Im Jahre 1947 erreichte die Zahl der Rechtsauskünfte (Audienzen) 3971, die Zahl der Fälle 2861. Ausserdem wurden in diesem Jahr insgesamt 383 Rechtsaufträge abgeschlossen, 372 Eingaben an Behörden gemacht, 2647 briefliche Korrespondenzen erledigt und eine grosse Zahl von Drucksachen versandt. — Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Rechtshilfestelle werden schon seit 1909 auch ausserhalb Frauenfeld, dem Sitz des Sekretariates, regelmässig Sprechstunden abgehalten. Im Jahre 1947 wurde in insgesamt 10 Orten ein solcher auswärtiger Sprechdienst durchgeführt, nämlich in Aadorf, Amriswil, Arbon, Bischofszell, Eschenz, Kreuzlingen, Romanshorn, Sirmach, Steckborn und Weinfelden. — Es kann nicht in Abrede gestellt werden, dass die Rechtshilfestelle schon seit ihrer Gründung sehr wertvolle Dienste zugunsten der arbeitenden Bevölkerung leistet. Der Wert der auf diese Weise geleisteten Rechtshilfe wird denn auch von den Behörden und andern Körperschaften in aller Form anerkannt. Der Kanton Thurgau hat das Sekretariat deshalb bereits seit 1910 alljährlich mit einer beträchtlichen Subvention unterstützt (1947 3 000 Fr.); auch die Gemeinden leisten z. T. erhebliche Beiträge (seit 1916).⁶¹

Die umfangreiche Tätigkeit des Arbeitersekretariates ist während des ersten Jahrzehnts von einem einzigen Sekretär bewältigt worden, doch hat der Ver-

⁶⁰ Es sei statt dessen auf den Jubiläumsbericht des Thurgauischen Arbeitersekretariates und auf die Jahresberichte des Verbandes verwiesen.

⁶¹ Vgl. Sekretariatsverband des Kantons Thurgau, Jahresberichte 1909/1910 u. f.; Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband, Jahresbericht 1916 u. f.

band im Jahre 1919 in Anbetracht der grossen Arbeitsstille die Anstellung eines zweiten Sekretärs beschlossen. Zum ersten thurgauischen Arbeitersekretär ist im Jahre 1909 der aus dem hinterthurgauischen Dorf Tuttwil stammende Otto Höppli gewählt worden. Dieser hat es verstanden, sich mit grossem Erfolg in die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe eines Arbeitersekretärs einzuarbeiten. Als eifriger Gewerkschafter, Parlamentarier und Genossenschafter hat er sich stets mit ganzer Kraft für die ihm gestellte Aufgabe eingesetzt und die Mühe nicht gescheut, während vollen 35 Jahren auf dem Posten zu bleiben. Der heute 72 Jahre alte unentwegte Vorkämpfer des TASV ist damit zweifellos zum eigentlichen Nestor der thurgauischen Arbeiterbewegung geworden. Von 1919 bis 1947 gehörte er dem Nationalrat an. — Im Juni 1919 trat sodann Otto Herrmann an die Seite von O. Höppli. Auch dieser Arbeitersekretär blieb während mehr als zwei Jahrzehnten in diesem Amte, wurde dann aber an eine öffentliche Beamtung gewählt, weshalb er die Sekretärstelle nicht mehr weiter ausüben konnte (1941). Sein Nachfolger auf dem Sekretariat wurde Fritz Escher. An die Stelle des 1945 zurücktretenden O. Höppli wurde ferner Albert Bauer als neuer Arbeitersekretär gewählt. Dieser ist auch noch heute in dieser Stellung. Er gehört seit 1951 dem Nationalrat an. Fritz Escher hat dagegen das Sekretariat bereits im Jahre 1947 wieder verlassen, worauf die Stelle während zwei Jahren von Arthur Lerch eingenommen wurde. Seit 1949 amtet Karl Baumgartner als zweiter Sekretär neben A. Bauer.

Abschliessend sei noch die Entwicklung der Zahl der Sektionen und Mitglieder des TASV skizziert. Besonders gross war die Zunahme des Verbandes im ersten Jahrzehnt seit der Errichtung des Sekretariates. Im Jahre 1919 hat der Verband mit einem Bestand von 7 534 Mitgliedern (inkl. Doppelmitglieder) einen ersten Höhepunkt erreicht. Seither hat der Verband wiederholt erhebliche Einbussen erlitten. Erst um 1945 überschritt die Mitgliederzahl wiederum den Stand von 1919 und hat sich seit 1946 stets auf der Höhe von rund 10 000 gehalten. Einige Zahlenangaben mögen die Entwicklung nachfolgend noch etwas verdeutlichen:

Zahl der Sektionen und Mitglieder des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes¹⁾

Jahre ²⁾	Sektionen ³⁾	— Mitglieder (inkl. Doppelmitglieder)
1909	36	1 194
1911	47	2 500
1914	64	3 100
1918	70	6 415
1919	85	7 534
1920	90	6 998
1921	81	5 150
1925	70	4 184
1930	71	5 885
1935	72	6 162
1940	67	5 087

1945	88	8 563
1947	91	10 520
1950	92	9 798
1951	91	9 911

1) 1908/1915 Sekretariatsverband des Kantons Thurgau genannt

2) Jahresende, ausgenommen 1909 (1. Oktober)

3) Seit 1945 inkl. Sozialdemokratische Frauengruppen

Da wir uns noch an anderer Stelle mit den einzelnen Mitgliederkategorien (Gewerkschaften und Parteisektionen) zu befassen haben, können wir uns an dieser Stelle mit dem Hinweis begnügen, dass die Gewerkschaften schon seit dem ersten Weltkrieg die starke Mehrheit ausmachten. Schon um 1918 entfielen 80 Prozent der Mitglieder auf die Gewerkschaften, und um 1947 waren es sogar 88 Prozent. Diese Tatsache macht es erklärlich, dass sich das thurgauische Arbeitersekretariat schon um 1916 zum Grundsatz bekannte: «Die reine Parteipolitik hat im Sekretariatsverbände keinen Platz».⁶²

2. Die lokalen Arbeiterunionen

Aehnlich wie der Thurgauische Arbeitersekretariatsverband die Arbeitnehmerorganisation der sozialdemokratischen Richtung zu einer kantonalen Spitzenorganisation zusammenfasst, so bezwecken die lokalen Arbeiterunionen den Zusammenschluss der verschiedenen Organisationen in den einzelnen Ortschaften. Diese Organisationsform hat im Kanton Thurgau in den 1890er Jahren Fuss gefasst und noch vor dem ersten Weltkrieg eine auffallend starke Entfaltung erlebt. Auch heute, da die Bedeutung der Arbeiterunionen zurückgegangen ist, kann der Fortbestand dieser Organisationen in mehreren thurgauischen Ortschaften als gesichert gelten.

Die Zielsetzung der lokalen Arbeiterunionen zeichnet sich fast durchwegs durch einen weitgehend universellen Charakter aus, wobei sich aber im Laufe der Entwicklung eine Abkehr von den politischen Bestrebungen durchgesetzt hat, während anderseits der Förderung des Bildungswesens vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Besonders grossen Wert legen die Arbeiterunionen auf die Durchführung des Weltfeiertages der Arbeit am 1. Mai. Früher bildete auch die Novemberfeier eine wichtige Veranstaltung der Arbeiterunionen. Mancherorts werden ausserdem Christbaum- oder Niklausfeiern durchgeführt, wobei die Kinder der organisierten Arbeiter beschenkt werden. Ferner beteiligten sich die Arbeiterunionen gelegentlich an der Veranstaltung von Abendunterhaltungen oder ähnlicher Anlässe. Ein noch grösserer Teil der Tätigkeit der Arbeiterunionen ist jedoch schon seit langem auf die eigentliche Bildungsarbeit gerichtet. Zu diesem Zwecke werden Vorträge und Kurse veranstaltet, Bibliotheken und Lesezimmer geführt etc. Verschiedene Arbeiterunionen haben schon vor dem ersten Weltkrieg besondere Bildungsausschüsse eingesetzt, z. B. in Frauenfeld, Arbon, Weinfelden und Kreuzlingen.⁶³ In wirtschaftlicher Hinsicht befassen sich die

⁶² Vgl. Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband, Jahresbericht 1916, S. 9.

⁶³ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresbericht 1913, S. 151.

Arbeiterunionen vor allem mit der Förderung des Genossenschaftswesens, ferner mit der Unterstützung notleidender Arbeitnehmer.

Zu den ältesten Arbeiterunionen im Kanton Thurgau gehören die Arbeiterunionen Kreuzlingen, Frauenfeld und Aadorf. Alle drei haben schon vor der Jahrhundertwende eine mehr oder weniger lebhaft Tätigkeit ausgeübt.⁶⁴ In Kreuzlingen kam es auf Anregung des Grütlivereins im Jahre 1893 zur Gründung einer Arbeiterunion. In Frauenfeld erfolgte die Gründung um 1897. Zur gleichen Zeit hat auch der Grütliverein Aadorf in Verbindung mit dem lokalen Stickfachverein eine Arbeiterunion ins Leben gerufen.

Die meisten thurgauischen Arbeiterunionen sind jedoch in der Zeit von 1900 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges entstanden. In Arbon kam es im Jahre 1900 zur Gründung einer Arbeiterunion; verschiedene Aufzeichnungen lassen jedoch erkennen, dass der Grütliverein, die Metallarbeitergewerkschaft und der Deutsche Verein hier schon seit 1891 einen engen Kontakt untereinander pflegten.⁶⁵ Eine weitere Arbeiterunion bildete sich kurz darauf in Steckborn; so berichtet der Grütliverein Steckborn im Jahre 1902, dass er Mitglied des «hiesigen Arbeiterbundes» geworden sei.⁶⁶ Diese Arbeiterunion hat noch im Laufe des Sommers 1902 mit gutem Erfolg die Schaffung eines Konsumvereins angeregt, womit sie ihre praktische Leistungsfähigkeit bewies. Im Herbst 1906 ist ferner die Arbeiterunion Weinfelden aus der Taufe gehoben worden; ausser dem rührigen Grütliverein und dem Arbeiterbildungsverein haben auch mehrere Gewerkschaften der neuen Organisation zu Gevatter gestanden. Nicht viel später wurde die Arbeiterunion Amriswil gegründet, und im Jahre 1909 folgte die Arbeiterunion Romanshorn. Auch in Bischofszell ist noch vor dem ersten Weltkrieg eine Arbeiterunion gegründet worden, die allerdings verhältnismässig bald versandete und um 1921 zum zweiten Mal ins Leben gerufen wurde. Ferner ist in diesem Zusammenhang die um 1901 gegründete Arbeiterunion Wil (Kanton Sankt Gallen) zu nennen, welcher vorübergehend z. B. der Grütliverein Wängi angehörte (1905).

Seit dem ersten Weltkrieg ist es nur noch vereinzelt zur Gründung von Arbeiterunionen gekommen. Aus den Jahresberichten des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes geht hervor, dass seither lediglich noch drei weitere Gründungen erfolgten, nämlich in Diessenhofen, Müllheim und Schönenberg-Kradolf. Die erstgenannte dieser neugegründeten Arbeiterunionen stand jedoch auf so schwachen Füßen, dass sie schon um 1930 wieder aufgelöst wurde. Etliche Jahre später wurde auch die im Jahre 1930 gegründete Arbeiterunion Müllheim von diesem Schicksal ereilt, während die im Oktober 1932 entstandene Arbeiterunion Schönenberg-Kradolf im März 1938 in das Gewerkschaftskartell Schönenberg-Kradolf-Sulgen umgewandelt wurde. Bezeichnenderweise haben sich in der Zwischenkriegszeit auch zwei ältere Arbeiterunionen zur Umwandlung in Gewerkschaftskartelle entschieden (Aadorf und Romanshorn).

Die Gesamtzahl der thurgauischen Arbeiterunionen betrug bereits vor dem

⁶⁴ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresberichte 1893 u. 1897.

⁶⁵ Vgl. Metallarbeitergewerkschaft Arbon, Protokolle (1891/1900).

⁶⁶ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresberichte 1902 u. 1903.

ersten Weltkrieg 9 (ohne die Arbeiterunion Wil). In der Zwischenkriegszeit ist deren Zahl vorübergehend auf ein Dutzend angestiegen, sank dann aber gleich wieder auf den vor dem ersten Weltkrieg erreichten Bestand zurück. Heute bestehen noch insgesamt 6 Arbeiterunionen. Sie verteilen sich auf folgende Ortschaften: Amriswil, Arbon, Bischofszell, Frauenfeld, Steckborn und Weinfelden. Die Entwicklung zeigt, dass die Arbeiterunionen seit den dreissiger Jahren in wachsendem Masse auf den Widerstand der Gewerkschaften stossen. Schon in den zwanziger Jahren ist von Seiten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in aller Form der Ruf nach einer strikten Distanzierung der Gewerkschaftssektionen von den Arbeiterunionen und ähnlichen Organisationen erhoben worden. Im Kanton Thurgau hat man sich freilich nur zögernd von der Berechtigung dieser Forderung überzeugen lassen. Die während vielen Jahren erprobte, nur vereinzelt von politischen Streitigkeiten getrübe Zusammenarbeit der Gewerkschaftssektionen mit den übrigen Arbeitnehmerorganisationen innerhalb der lokalen Arbeiterunionen hat sich hier als wirksames Argument für die Erhaltung der traditionellen Organisationen erwiesen. Die Intensivierung der rein gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, welche ihren Ausdruck in der Schaffung der Gewerkschaftskartelle fand, zog daher im Thurgau nicht überall die Auflösung der Arbeiterunionen nach sich, sondern diese sind in verhältnismässig vielen Fällen in revidierter Form weitergeführt worden.⁶⁷ Verschiedene Arbeiterunionen haben diesen Willen statutarisch noch durch die grundsätzliche Erklärung bekräftigt, worin betont wird, dass die Gewerkschaften, die Parteisektion und die Arbeitersportvereine seit vielen Jahren die Aufgaben der Arbeiterbewegung in gemeinsamer Arbeit zu lösen versuchten und dass die Zusammenarbeit auch weiterhin eine unerlässliche Notwendigkeit für die Arbeiterschaft bilde. Es ist aber zu beachten, dass die revidierten Statuten der Arbeiterunion durchwegs die Klausel enthalten, dass die allfällige Auflösung des lokalen Gewerkschaftskartells «ohne weiteres diejenige der Arbeiter-Union» nach sich ziehe. Die Statuten der Arbeiterunionen sind also nunmehr den Statuten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes angepasst worden.

Die Entwicklung der Arbeiterunionen trägt in mancher Beziehung die gleichen Wesenszüge wie die Entwicklung des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes. Auch hier macht sich das Erstarken der Gewerkschaften geltend, wodurch die alten organisatorischen Formen «vergewerkschaftlicht» werden. Daher spielt auch die Frage eines engeren Zusammenschlusses der Arbeiterunionen keine grosse Rolle, da das Schwergewicht der Befugnisse an die Gewerkschaftskartelle übergegangen ist. Aus dem nämlichen Grunde ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Arbeiterunionen in den Arbeitersekretariatsverband eintreten, sofern nicht zuvor eine grundlegende statutarische «Flurbereinigung» vorgenommen wird, die die Gefahr des organisatorischen Leerlaufs zu bannen vermöchte. Tatsächlich waren bisher nur in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg einzelne Arbeiterunionen dem Sekretariatsverbände angeschlossen, nämlich die Arbeiterunionen Frauenfeld (bis 1913), Steckborn (bis 1913) und Kreuzlingen (bis 1914).

⁶⁷ Vgl. Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband, Jahresbericht 1939, S. 11.

Nachfolgend sei zur Illustration der Entwicklung der Arbeiterunionen noch kurz die Geschichte der **Arbeiterunion Weinfelden** aufgezeigt.⁶⁸ Die Organisation hat in einer Zeit lebhafter gewerkschaftlicher Kämpfe ihren Anfang genommen. Das Ziel der Arbeiterunion war es nun, die Gesamtheit der Arbeiterorganisationen von Weinfelden und Umgebung zu einer Einheit zusammenzufassen, um den einzelnen Bestrebungen noch mehr Nachdruck verleihen zu können. Die Arbeiterunion war, wie die Gründungsstatuten vom 1. Oktober 1906 ausführten, als «Vereinigung sämtlicher sozialistischer wie übriger Arbeitervereine und Gewerkschaften» gedacht. Im einzelnen wurden von den Statuten folgende fünf hauptsächlichen Massnahmen genannt, deren sich die Arbeiterunion zu bedienen beabsichtigte: 1. die «selbständige Betätigung in den Angelegenheiten der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Politik sowie des öffentlichen Lebens überhaupt», 2. die «Unterstützung von solchen Bewegungen, bei denen die Statuten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes oder des Zentralverbandes, dem die Sektion angehört, Beachtung finden», 3. die Förderung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens, 4. die Gründung und Stärkung von Arbeitervereinen, 5. die Hebung der allgemeinen Bildung. Die von kühnen Hoffnungen beseelte Organisation hat auch unter den italienischen Fremdarbeitern für ihre Sache geworben, weshalb man es nicht für überflüssig hielt, die Statuten auch in italienischer Sprache zu drucken. Tatsächlich hat die Arbeiterunion Weinfelden während mehreren Jahren eine äusserst rege Tätigkeit entfaltet. Schon im Gründungsjahr vermochte sie über 250 Mitglieder auf sich zu vereinen, und an der von ihr durchgeführten Maifeier des folgenden Jahres sollen gar über 400 Personen teilgenommen haben, was zweifellos einen über Erwarten grossen Erfolg der jungen Organisation darstellte. Sehr gut gelang auch die Christbaumfeier 1909, bei welcher Gelegenheit 195 Kinder beschenkt werden konnten.⁶⁹ Die Arbeiterunion hat sich im weiteren auch für die Durchführung verschiedener anderer Veranstaltungen eingesetzt und hat an den Streiks von 1909 und 1911 regen Anteil genommen. Während des ersten Weltkrieges ist jedoch die innere Geschlossenheit der Arbeiterunion durch den Richtungsstreit zwischen dem Grütliverein und der sozialdemokratischen Partei erschüttert worden, was die Tätigkeit lähmte. Der Generalstreik und die sozialen Spannungen der Zwischenkriegszeit haben die Arbeiterunion freilich erneut aufgerüttelt, was aber nicht verhindern konnte, dass die Depressionsjahre neue Rückschläge brachten. Die Arbeiterunion hat auch in bezug auf die Mitgliederzahl den Wellenschlag der Konjunktur zu spüren bekommen. Im Jahre 1931 stieg die Mitgliederzahl vorübergehend auf rund 350, sank dann aber schon nach wenigen Jahren auf 200 (um 1937), worauf erneut eine Aufwärtsbewegung eintrat. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges ist der Arbeiterunion endlich auch ein rein gewerkschaftliches Ortskartell zur Seite getreten. In der gleichzeitig durchgeführten Statutenrevision der Arbeiterunion ist eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaftskartell und Arbeiterunion festgelegt worden, wobei

⁶⁸ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresberichte 1906 u. f.; ferner gemäss persönlichen Mitteilungen des ehemaligen Präsidenten G. Meier.

⁶⁹ Vgl. Thurgauer Post, 3. Januar 1910.

das Schwergewicht der Zielsetzung der Arbeiterunion nun auf die Bildungstätigkeit gelegt wurde. Die Statuten vom 17. Februar 1940 nennen diese Aufgabe an erster Stelle, während im übrigen lediglich noch die Unterstützung des Arbeitersekretariatsverbandes und die Förderung des Genossenschaftswesens namentlich angeführt werden. Als Mitglieder der Arbeiterunion nennen die Statuten «sämtliche Gewerkschaftssektionen, die Parteisektion und die Arbeitersportvereine», entsprechend der in der Zwischenkriegszeit üblich gewordenen Zusammensetzung.

III) Die umfassenden Spitzenorganisationen der christlichsozialen Richtung

Ihre erste Verwirklichung erhielt die Idee einer umfassenden Spitzenorganisation der christlichsozialen Richtung in der Form des Zentralkomitees der christlichsozialen Arbeiterorganisationen der Schweiz, das im Jahre 1903 auf Anregung von Kanonikus Johann Baptist Jung in Sankt Gallen geschaffen worden ist. Kanonikus Jung, der wenige Jahre zuvor die Gründung der ersten christlichsozialen Gewerkschaften in der Schweiz an die Hand genommen hatte, hat damit auch in diesem Sinne einen nachhaltigen Einfluss auf die christlichsoziale Bewegung in der Schweiz auszuüben vermocht. Bereits im folgenden Jahr ist das Zentralkomitee zu einem eigentlichen Dachverband, zum **Zentralverband christlichsozialer Organisationen der Schweiz**, ausgebaut worden. Dieser Verband hat rasch eine einflussreiche Stellung gewonnen, wobei Dr. Aloisius Scheiwiller, der im Jahre 1930 zum Bischof von Sankt Gallen gewählt wurde, während mehr als drei Jahrzehnten als Zentralpräsident wirkte (1904/1937).

Die Gründung des Zentralverbandes christlichsozialer Organisationen bedeutete jedoch noch nicht das Ende der Mitwirkung der christlichsozialen Arbeitnehmerorganisationen im Schweizerischen Arbeiterbund. Auch die Zusammenfassung der christlichsozialen Gewerkschaften zum Christlichsozialen Gewerkschaftsbund der Schweiz (1907) war nicht direkt gegen den Schweizerischen Arbeiterbund gerichtet, da der Christlichsoziale Gewerkschaftsbund die Mitgliedschaft bei letzterem erwarb. Gleichwohl haben der Zentralverband und der Christlichsoziale Gewerkschaftsbund der Blockbildung der christlichsozialen Arbeiterorganisationen Vorschub geleistet. Nach dem ersten Weltkrieg ist die Vervollständigung der christlichsozialen Arbeiterbewegung sodann in aller Form vollzogen worden. Der Generalstreik vom November 1918 bot hierzu den äusseren Anlass. Bereits am 5. Dezember 1918 erklärten die christlichsozialen Organisationen gesamthaft den Austritt aus dem Schweizerischen Arbeiterbund und schlossen sich am 22. Februar 1919 zum **Christlichsozialen Arbeiterbund der Schweiz** (CAB) zusammen. Damit war die Bildung eines Blocks der christlichsozialen Arbeiterschaft zu einer vollendeten Tatsache geworden.

Der Bestand des Zentralverbandes christlichsozialer Organisationen der Schweiz ist durch die Schaffung des CAB zunächst nicht berührt worden. Im Laufe der Zeit hat sich dann allerdings gezeigt, dass das Nebeneinander der beiden Spitzenorganisationen nicht voll befriedigte, weshalb nach einer neuen Re-

gelung gesucht wurde. Die Lösung wurde schliesslich in der Verschmelzung der beiden Organisationen gefunden, wobei die neue Organisation den Namen des CAB übernahm, im übrigen aber auch manche organisatorische Merkmale des Zentralverbandes weiterführte (1937).

Die Zielsetzung des CAB ist gemäss den am 20. 21. August 1937 beschlossenen Statuten «die geistige und materielle Hebung des Werkvolkes auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit und christlichen Nächstenliebe» (Art. 2). Der Zweck wird durch eine Reihe näher umschriebener Massnahmen angestrebt, von welchen wir vor allem eine hervorheben möchten, die für das christlich-soziale Wirtschaftsprogramm charakteristisch ist: «die Schaffung einer berufsständischen Ordnung, welche das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft unter Berücksichtigung des föderativen Charakters und der besonderen Traditionen der Eidgenossenschaft regelt und auf der Grundlage des Privateigentums und der Privatwirtschaft die Entwicklung der Kräfte und Fähigkeiten des ganzen Volkes ermöglicht und die Rechte der Arbeit gegenüber dem Missbrauch wirtschaftlicher und finanzieller Gewalt schützt» (Art. 2. Abs. 2). Durch diese Bestimmung gibt der CAB zu erkennen, dass er zwar den Wirtschaftsinterventionismus des Staates unter gewissen Voraussetzungen billigt, aber im Grunde doch eher den Grundsatz der Privatwirtschaft vertritt.

Der Verband ist Mitglied der am 17. Februar 1948 in Sankt Gallen gegründeten Internationalen christlichsozialen Vereinigung, die sich ausdrücklich zur katholischen Kirche und ihrer Soziallehre bekennt. Dementsprechend räumt die Vereinigung katholischen Persönlichkeiten einen massgeblichen Einfluss ein; besonders weit geht die Bestimmung, dass «in allen religiös-sittlichen Belangen» der jeweilige Bischof von St. Gallen der Internationalen christlichsozialen Vereinigung als Ratgeber zur Seite stehe.⁷⁰ In dieser internationalen Organisation können bezeichnenderweise auch Arbeitgeber- und Bauernorganisationen vertreten sein, weshalb nicht von einer reinen Arbeitnehmerorganisation gesprochen werden kann. Die Internationale christlichsoziale Vereinigung unternimmt den Versuch, nicht allein die Arbeitnehmer, sondern alle sozialen Klassen und Volksgruppen in sich zu vereinigen, hebt u. a. auch der Präsident der neuen Organisation, Josef Scherrer, Sankt Gallen, als Wesensmerkmal hervor.⁷¹

Der organisatorische Aufbau des CAB ist seit 1937 durch die Gliederung der Mitgliedschaft in fünf Kategorien gekennzeichnet: 1. die religiös-sozialen Standesvereine (zu welchen ausser den katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine auch die katholischen Gesellenvereine, der Schweizerische katholische Jungmannschaftsverband und weitere Organisationen gehören), 2. die christlichen Gewerkschaften, 3. die wirtschaftlichen Unternehmungen, Kassen und Institutionen, 4. die Kantonalverbände, 5. die befreundeten Organisationen (zu welchen u. a. der Schweizerische katholische Volksverein gehört). Als reine Arbeitnehmerorganisation sind freilich nur die christlichen Gewerkschaften und ein Teil der religiös-sozialen Standesvereine zu betrachten.

⁷⁰ Vgl. Christliche Sozialreform, 1948, Nr. 3, S. 35 (Art. 6 der Statuten der Internationalen christlichsozialen Vereinigung).

⁷¹ Vgl. Christliche Sozialreform, 1949, Nr. 8, S. 96.

Die hauptsächlichen Organe des CAB sind der christlichsoziale Landeskongress, der Bundesvorstand, der Zentralausschuss, die Geschäftsprüfungskommission und das Generalsekretariat. Der Sitz des Verbandes wie auch des Generalsekretariates befindet sich in Sankt Gallen. — Zur Durchführung seiner Aufgaben bedient sich der CAB einer Reihe von Kommissionen. «Die parteipolitischen christlichsozialen Gruppierungen finden ihre gesamtschweizerische Zusammenfassung in der Politischen Kommission des CAB», welcher auch die christlichsoziale Gruppe der Katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung in Bern angeschlossen ist.⁷² Ferner besteht eine besondere Kommission für die religiös-sozialen Standesvereine sowie eine Wirtschaftskommission, welche die christlichsozialen Selbsthilfe-Institutionen und die genossenschaftlichen Unternehmungen umfasst.

Betrachten wir nach diesem allgemeinen Ueberblick über die gesamtschweizerische Entwicklung der umfassenden christlichsozialen Spitzenorganisationen den Werdegang der entsprechenden Organisationen im Kanton Thurgau, so können wir manche charakteristische Parallelen feststellen. Die dem Zentralverband christlichsozialer Organisationen der Schweiz und dessen Schwesterorganisation CAB entsprechende kantonale Spitzenorganisation ist der Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau, der im Jahre 1911 gegründet worden ist. Die gesamtschweizerisch von 1919 bis 1937 bestehende Doppelspurigkeit der Spitzenorganisation ist im Kanton Thurgau dagegen vermieden worden.

Der thurgauische Kantonalverband war zunächst Mitglied des Zentralverbandes, ist dann aber automatisch Mitglied des CAB geworden, als im Jahre 1937 die Verschmelzung der beiden schweizerischen Organisationen erfolgte. Die Zusammensetzung des thurgauischen Kantonalverbandes ist in den Grundzügen ähnlich wie diejenige der ihr übergeordneten schweizerischen Spitzenorganisation.

Auf lokaler Grundlage sind bisher nur in zwei thurgauischen Orten umfassende Spitzenorganisationen der christlichsozialen Richtung entstanden. Es handelt sich hierbei um die christlichsozialen Kartelle Frauenfeld und Romanshorn. Sie sind keiner anderen Organisation angeschlossen, auch nicht dem CAB.

1. Der Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau

Kaum waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ersten christlichsozialen Gewerkschaften und die ersten katholischen Arbeitervereine entstanden, erwachte auch schon das Bedürfnis, sich zu einem Kantonalverband zusammenzuschliessen. Der entscheidende Schritt in dieser Richtung war die Delegiertenversammlung von 10 christlichsozialen Sektionen, die am 16. Juli 1911 in Frauenfeld tagte. Sie legte den Grundstein für den heutigen **Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau** (VCOT). Mit dieser kantonalen Spitzenorganisation sollte die zu diesem Zeitpunkt noch sehr wenig entfaltete christlichsoziale Arbeiterbewegung eine tragfähige Grundlage erhalten, was namentlich

⁷² Vgl. Christliche Sozialreform, 1952, Nr. 1, S. 8.

im Hinblick auf die zahlenmässig weit kräftigere sozialdemokratische Arbeiterbewegung als eine wirksame Massnahme zur Stärkung der inneren Geschlossenheit betrachtet wurde.

Ihren geistigen Impuls erhielt der VCOT gleich wie die gesamtschweizerischen Organisationen der christlichsozialen Richtung von der berühmten Arbeiter-Enzyklika des Papstes Leo XIII., die am 15. Mai 1891 erlassen worden ist («*Rerum novarum*»).⁷³ Diese Enzyklika bildet auch noch heute neben der 40 Jahre später von Papst Pius XI. erlassenen Enzyklika (*Quadragesimo anno*) einen der wichtigsten geistigen Grundpfeiler des VCOT. Die Statuten vom 30. April 1933 bezeichneten es ausdrücklich als Zweck des Verbandes, die beiden erwähnten Enzykliken zu verwirklichen. In gleichartiger Weise erklären auch die geltenden Statuten vom 3. Mai 1951: «Grundlage für die ganze Tätigkeit bildet die christliche Soziallehre, wie sie hauptsächlich dargelegt ist in den päpstlichen sozialen Rundschreiben» (Art. 2, 2. Satz).

Die Zielsetzung des VCOT hat verhältnismässig rasch einen weitgehend universellen Charakter erhalten. Seit 1919 bilden sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle und politische Aufgaben einen festen Bestandteil des Verbandes. Sehr deutlich ist die weitgehend universelle Zielsetzung aus den Statuten ersichtlich. In den Statuten von 1933 heisst es, dass der Zweck zu erreichen gesucht wird, «durch Pflege des religiös-sittlichen, sozialen und beruflichen Lebens in den angeschlossenen Organisationen, durch eifrige Förderung der Selbsthilfebestrebungen und Hebung der wirtschaftlichen Lage unserer Arbeiterschaft durch Einwirkung auf die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung.» Die Statuten von 1951 gehen womöglich noch einen Schritt weiter, denn sie besagen, dass der VCOT «durch eine Sozialreform die Verchristlichung der menschlichen Gesellschaft» erstrebt, «um dadurch die ideelle und materielle Hebung des werktätigen Volkes zu erreichen.» Im einzelnen nennen die Statuten von 1951 folgende Massnahmen: 1. Zusammenschluss der kantonalen Vereinigungen, 2. Stellungnahme zu wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, 3. Veranstaltung von Schulungs- und Bildungskursen, Tagungen etc., 4. Unterstützung und Neugründung von Vereinen und Sektionen sowie Ausbreitung der Gesamtbewegung, 5. Zusammenarbeit mit gesinnungsverwandten und befreundeten Organisationen auf kantonalem Boden, 6. Förderung der christlichsozialen Presse und der christlichsozialen Institutionen. Eine zentrale Aufgabe des VCOT bildet die Eiteilung von Rechtsauskunft und die Gewährung von Rechtsschutz, was ein spezielles Anliegen der Rechtsauskunftsstelle des Kantonssekretariates darstellt.

Der organisatorische Aufbau des VCOT hat im Verlaufe der Entwicklung verschiedene Wandlungen durchgemacht. Zu Beginn ist der Verband nach dem Vorortssystem geleitet worden, wobei Frauenfeld zum ersten Vorort gewählt wurde und bis zum Ende des ersten Weltkrieges in dieser Stellung verblieb. Im Jahre 1918 wurde der Vorort nach Sirmach im Hinterthurgau verlegt, jedoch nur für zwei Jahre. Durch die Statutenrevision vom 20. Juni 1920 wurde die

⁷³ Vgl. Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau, Jubiläumsschrift 1911/1936, S. 13.

Leitung des Verbandes einem Kantonalvorstand übertragen, dessen Mitglieder durch die Delegiertenversammlung zu wählen waren. Zugleich wurde das 1919 provisorisch errichtete Sekretariat statutarisch verankert. Von der statutarischen Regelung des politischen Ausschusses, der um 1918 geschaffen worden war, sah man vorläufig noch ab, holte dies aber anlässlich der Statutenrevision von 1933 nach; eine grosse Bedeutung hat aber dieser Ausschuss nicht erlangt, weshalb dieses Organ in den neuen Statuten von 1951 wieder fallen gelassen wurde. Als neues Organ wurde im Jahre 1951 die Verbandsleitung geschaffen. Auf Grund der Statuten von 1951 umfasst der Kantonalvorstand mindestens 21 Mitglieder, die Verbandsleitung 7. Je zwei Mitglieder der beiden Organe sind katholische Geistliche (Kantonalpräses der katholischen Standesvereine und Arbeiterseelsorger). Im übrigen ist auch der Kantonalsekretär und der von der Delegiertenversammlung gewählte Präsident Mitglied der beiden Organe. Zwei weitere von der Delegiertenversammlung gewählte Mitglieder des Kantonalvorstandes versehen das Amt des Aktuars und Kassiers, 10 bzw. 3 Mitglieder des Kantonalvorstandes bzw. der Verbandsleitung werden von den angeschlossenen Organisationen des VCOT bestimmt. Ausserdem werden 3 Sitze des Kantonalvorstandes der christlichsozialen Partei eingeräumt; ferner ist vorgesehen, dass die katholischen Gesellenvereine und der kantonale katholische Jungmannschaftsverband sowie weitere gesinnungsverwandte Organisationen mit je einem Vertreter im Kantonalvorstand beteiligt sind.

Als Mitglieder erfasste der VCOT anfänglich nur katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sowie christliche Gewerkschaften. Nach dem ersten Weltkrieg hat sich diesen drei Kategorien noch eine vierte angeschlossen: der Kantonalverband christlichsozialer Krankenkassen (seit 1932 ständiges Mitglied des VCOT). Gemäss den Statuten von 1951 können auch noch andere Verbände etc., die sich zum Programm des VCOT bekennen, die Mitgliedschaft erwerben.

Zu den dem VCOT nahestehenden Organisationen ist insbesondere die christlichsoziale Partei zu rechnen, da bereits deren Vorläuferin, die christlichsoziale politische Gruppe des Kantons Thurgau in einem engeren Verhältnis zum VCOT stand. Wie man den am 18. September 1928 geschaffenen Statuten der politischen Gruppe entnehmen kann, betrachtete sich die Gruppe als eine eigentliche Untergruppe des VCOT. Später hat sich eine Tendenz zur Verselbständigung der politischen Gruppe geltend gemacht, die aber nicht so tiefgreifend war, denn wie aus den neuen Statuten des VCOT hervorgeht, ist die christlichsoziale Partei nunmehr mit einer Dreiervertretung im Kantonalvorstand bedacht worden.

In einem verhältnismässig engen Verhältnis zum VCOT steht auch die am 22. Oktober 1949 gegründete Christlichsoziale Ferienhausgenossenschaft (mit Sitz in Weinfelden). Ein Vorstandsmitglied der Genossenschaft muss zugleich dem Kantonalverband des VCOT angehören. Tatsächlich gehören z. Zt. insgesamt 5 der 7 Vorstandsmitglieder der Genossenschaft zugleich auch dem Kantonalvorstand des VCOT an. Die auf Initiative des thurgauischen Arbeiterseelsorgers Pater Karl Wiesli gegründete Institution ist seit 1950 am Kurhaus Jakobsbad bei Gonten finanziell beteiligt.

Werfen wir einen Blick auf die Tätigkeit des VCOT, so verdienen vor allem

zwei Tätigkeitsfelder besondere Hervorhebung: die Rechtshilfestelle und die Bildungsarbeit.⁷⁴

Die dem Sekretariat angegliederte Rechtsauskunftsstelle ist zweifellos «eine der segensreichsten Institutionen» des Verbandes.⁷⁵ Die Gewährung von Rechtsauskunft und Rechtsschutz gehört zu den Hauptaufgaben des Kantonalsekretärs. Die Zahl der unentgeltlich gewährten Audienzen belief sich schon 1921 26 alljährlich auf über 1000 (1923: 1759). Die Zahl der Audienzen bzw. Auskünfte hat auch seit 1930 fast ausnahmslos über 1000 betragen, wobei das Jahr 1932 infolge der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung eine Rekordzahl von 1775 Rechtsauskünften aufwies (1947: 1532). Die Zahl der Klienten bewegte sich in der gleichen Zeit (1921 1926 und seit 1930) meist zwischen 800 und 1300, wobei auch hier im Jahre 1932 mit 1563 ein seither nie wieder erreichtes Maximum verzeichnet wurde (1947: 1121). Ein sehr bedeutender Teil der Rechtshilfe wird ausserhalb des Sekretariatsortes gewährt. Die Zahl der auswärtigen Sprechstunden beläuft sich schon seit vielen Jahren alljährlich auf über 100 (1947: 125). 1947 wurden ausser in Arbon in insgesamt 12 Orten regelmässig Sprechstunden abgehalten, nämlich in Aadorf, Amriswil, Balterswil bei Eschlikon, Bischofszell, Frauenfeld, Kradolf, Kreuzlingen, Romanshorn, Sirmach, Wängi und Weinfelden. — Dieser umfangreichen Arbeit ist selbstverständlich die Anerkennung der weiteren Öffentlichkeit nicht versagt geblieben, weshalb die Rechtshilfestelle von verschiedenen Körperschaften subventioniert wird. Der Kantonsbeitrag belief sich 1947 auf 1500 Franken.

Einen breiten Raum in der Verbandstätigkeit nimmt aber auch die Bildungsarbeit ein. Der Verband steht den angeschlossenen Sektionen mit Rat und Tat in der Durchführung von entsprechenden Veranstaltungen bei. Ferner hat der Verband in den Jahren 1931 und 1934 kantonale Freizeitausstellungen durchgeführt. In jüngster Zeit hat der Verband auch einen Schulungsfonds errichtet (1948). Dank den Zuwendungen aus diesem Fonds war es möglich, für Mitglieder der Standesvereine gesonderte Schulungskurse im Ferienheim Jakobsbad durchzuführen. In den Kreis der kulturellen Bestrebungen gehören ferner die Italienfahrten, welche vom Verband 1948 und 1949 veranstaltet wurden. Ausserdem verdienen in diesem Zusammenhang die Familienferienwochen Erwähnung, die erstmals im Jahre 1949 auf Anregung des Arbeiterseelsorgers Pater Karl Wiesli in St. Pelagiberg abgehalten wurden und seither im Ferienhaus Jakobsbad zur Durchführung gelangen.

Die Durchführung der mannigfaltigen Aufgaben des Verbandes wäre natürlich undenkbar ohne Sekretariat. Dieses ist zunächst in Frauenfeld errichtet worden (1919), wurde dann aber infolge verschiedener Umstände im Jahre 1921 nach Weinfelden verlegt, wo es bis 1928 blieb. Die Leitung der Sekretariatsgeschäfte lag während dieses ganzen Zeitabschnitts in den Händen von Jakob Knobel. Die Finanzierung des Sekretariates ergab indessen während den zwanziger Jahren wachsende Schwierigkeiten, sodass man sich um 1928 zur vorüber-

⁷⁴ Vgl. Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau, Jahresberichte 1920 u. f.

⁷⁵ Vgl. Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau, Jubiläumsschrift 1911/1951, S. 35.

gehenden Aufhebung des Sekretariates entschloss. Die Delegiertenversammlung von 1929 griff jedoch die Sache erneut auf, weshalb sogleich wieder zur Anstellung eines Sekretärs geschritten wurde. Die Wahl fiel nun auf August Steffen, der im Januar 1930 sein neues Amt antrat. Sitz des Sekretariates war von jetzt an Arbon. Die personelle Besetzung des Sekretariates erfuhr allerdings schon um 1933 einen weiteren Wechsel, da A. Steffen zum Generalsekretär des CAB gewählt wurde. Eine ausserordentliche Delegiertenversammlung im April 1933 besetzte das Sekretariat mit Georges Schmitt, der während 8 Jahren eine recht erfolgreiche Tätigkeit entfaltete. Während seiner Amtszeit erfolgte auch die Verlegung des Sekretariates in die Räumlichkeiten des neuerstellten katholischen Vereinshauses in Arbon (1938). Nachfolger von G. Schmitt wurde Alois Rüthemann (1941/46). Nachdem für kurze Zeit die Sekretariatsführung Franz Meier, Bern, übertragen worden war, ist noch im Laufe desselben Jahres Paul Herzog zum Sekretär bestimmt worden, der auch noch heute das Sekretariat betreut (seit 1946).

Die Zahl der dem VCOT angeschlossenen katholischen Standesvereine und christlichen Gewerkschaften erreichte bereits um 1920 die beachtliche Summe von 33 Sektionen mit 2116 Mitgliedern. Im Laufe der zwanziger Jahre ist die Zahl der Sektionsmitglieder aber wieder stark zusammengeschmolzen. Erst seit der Konsolidierung des Sekretariates in Arbon hat sich der Umfang der Mitgliedschaft wieder auf den 1920 erreichten Stand gehoben und diesen während den meisten der folgenden Jahre sogar erheblich überschritten (1932: 61 Sektionen mit 2951 Mitgliedern). Weitere Einzelheiten sind aus nachfolgender Uebersicht der wichtigsten Bestandeszahlen ersichtlich:

Zahl der Sektionen und Mitglieder des Verbandes christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau¹⁾

Jahre ²⁾	Sektionen	Mitglieder (inkl. Doppelmitglieder)
1911	10	764
1918	19	1 361
1920	33	2116
1925	29	1 295
1930	44	2 034
1932	61	2 951
1935	53	2 404
1940	44	2 060
1945	45	2 308
1947	49	2 544
1950	48	2 687

1) Ohne die seit 1932 angeschlossenen Krankenkassen.

2) Jahresende.

Die Zahl der dem VCOT angeschlossenen Krankenkassenmitglieder erreichte schon im Jahre 1932, da der Kantonalverband christlichsozialer Krankenkassen des Kantons Thurgau beitrug, eine Höhe von über 3000 (1932: 3261). Im Jahre

1947 zählte man sogar insgesamt 8105 Mitglieder (wovon 2355 Männer, 3418 Frauen und 2332 Kinder). Da es sich aber hierbei um eine Organisation handelt, welche sich von den drei übrigen Mitgliederkategorien grundlegend unterscheidet, lässt sich die zahlenmässige Entwicklung nur mit Vorbehalt mit derjenigen der Standesvereins- und Gewerkschaftsmitglieder vergleichen.

Schliesslich sei noch kurz auf die Veränderung der zahlenmässigen Stärke der Standesvereine und Gewerkschaften hingewiesen. Um 1920 dominierten noch deutlich die Standesvereine, die zusammen 62 % der gesamten Mitgliederzahl auf sich vereinigten. Seither hat sich der Anteil der Gewerkschaften soweit gehoben, dass sich die Gewerkschaften und Standesvereine ungefähr die Wage halten (1947 war das Verhältnis 48:52).

2) Die lokalen christlichsozialen Kartelle

In einzelnen thurgauischen Ortschaften haben sich die christlichsozialen Organisationen bereits vor der Gründung des VCOT zu lokalen Spitzenorganisationen zusammengeschlossen. So bestand in Frauenfeld bereits um 1907 ein christlichsoziales Kartell, in Romanshorn um 1910.⁷⁶ In der Zwischenkriegszeit war dies auch in Amriswil der Fall.⁷⁷

Der Zweck dieser lokalen christlichsozialen Kartelle, denen in der Regel die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sowie die christlichen Gewerkschaftssektionen als Mitglieder angehören, liegt vor allem in der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung der Arbeiterschaft. Die Abgrenzung der Zielsetzung und Tätigkeit ist natürlich von Ort zu Ort verschieden.

Die lokalen christlichsozialen Kartelle sind keiner kantonalen oder schweizerischen Spitzenorganisation angeschlossen, sondern nehmen in dieser Hinsicht eine durchaus selbständige Stellung ein.

Eine besonders bedeutende Stellung innerhalb der lokalen christlichsozialen Kartelle des Kantons Thurgau nimmt das **Christlich-soziale Kartell Frauenfeld** ein.⁷⁸ Dieses bezweckt gemäss seinen heute geltenden Statuten vom 8. Februar 1948 «eine allgemeine Unterstützung der Arbeiterschaft», insbesondere «durch Festigung der angeschlossenen Organisationen, Werbung und Gründung neuer Sektionen, soziale und geistige Bildungsarbeit, Veranstaltung von Versammlungen und Kursen» (Art. 1/2). Im Sinne dieser Zielsetzung befasst sich das Kartell z. B. mit der Durchführung von Vorträgen, von gemeinsamen Wareneinkäufen, von alljährlichen Kinderbescherungen in der Weihnachtszeit (zusammen mit dem Katholischen Mütterverein), von Wallfahrten nach Klingenzell etc. Seit 1949 lädt das Kartell überdies alljährlich zu einer Veranstaltung zum Weltfeiertag der Arbeit am 1. Mai ein, wobei jeweils eine Persönlichkeit der christlichsozialen Arbeiterbewegung eine Ansprache hält. Lange Zeit unterhielt

⁷⁶ Vgl. TZ, 11. August 1907; Protokoll der Verhandlungen der christlichen Gewerkschaften der Schweiz, 1910.

⁷⁷ Christlich-soziales Cartell Amriswil und Umgebung.

⁷⁸ Vgl. Christlich-soziales Kartell Frauenfeld, Protokoll (1936/1945); Thurgauer Volkszeitung; ferner gemäss persönlichen Mitteilungen von Kartellmitgliedern.

das Kartell auch ein Lesezimmer (bis 1945) und eine Rechtsauskunftsstelle. In der Zwischenkriegszeit befasste sich das Kartell ferner intensiv mit der Hilfe zugunsten der Arbeitslosen. Mit grossem Erfolg ergriff das Kartell im Jahre 1937 auch die Initiative zur Gründung einer christlichsozialen Wohnbaugenossenschaft, die seither eine grosse Zahl von Arbeiterwohnungen erstellt hat.

Dem Christlich-sozialen Kartell Frauenfeld gehören gegenwärtig insgesamt 5 Sektionen als Mitglieder an, nämlich der örtliche katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenverein und 3 Gewerkschaftssektionen. Ferner ist die Sektion der Christlichsozialen Kranken- und Unfallkasse als Kollektivmitglied dem Kartell angeschlossen.

Die leitenden Organe des Kartells sind der neungliedrige Kartellvorstand (in welchem womöglich alle Sektionen vertreten sein sollen) und die Vorständekonferenz (die aus den Vorständen aller angeschlossenen Sektionen gebildet wird).

Das jüngere der beiden gegenwärtig bestehenden christlichsozialen Kartelle ist das **Christlichsoziale Kartell Romanshorn**.⁷⁹ Dieses ist am Ende des zweiten Weltkrieges zu neuem Leben erwacht. Wie aus den am 17. März 1946 revidierten Statuten hervorgeht, bezweckt es die enge Fühlungnahme unter den einzelnen Gruppen zu solidarischen Aktionen, zur Schulung der Mitglieder in weltanschaulicher und wirtschaftlicher Hinsicht und zur wirtschaftlichen Hilfe an die Arbeiterschaft.

Das Kartell führt zu diesem Zwecke Kurse und Versammlungen durch, tätigt gemeinsame Wareneinkäufe, unterhält eine Wöchnerinnenkasse und nimmt gelegentlich auch zu politischen Angelegenheiten Stellung (bei Stimmenthaltung des katholischen Arbeiterinnenvereins).

Die Zusammensetzung des Christlichsozialen Kartells Romanshorn entspricht weitgehend derjenigen des Frauenfelder Kartells. Das Schwergewicht der Organisation liegt auch hier bei den auf christlichsozialer Grundlage stehenden Standesvereinen und Gewerkschaftssektionen, während die Christlichsoziale Kranken- und Unfallkasse als Kollektivmitglied vertreten ist. — Das leitende Organ des Kartells ist der Kartellvorstand, bestehend aus einem Präsidenten und je zwei Delegierten der angeschlossenen Sektionen. Im Unterschied zum Frauenfelder Kartell sieht das Romanshorner Kartell von der Durchführung besonderer Präsidentenkonferenzen ab, auch fehlt bei der Bestellung des Kartellvorstandes das Amt des Präses.

b. Die wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen

Wenn man heute von Arbeitnehmerorganisationen spricht, so denkt man in der Regel immer zuerst an die Gewerkschaften. Tatsächlich hat diese Organisationsform seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einen ganz gewaltigen Aufstieg zu verzeichnen. Die Gewerkschaften verkörpern heute nicht nur die wichtigste Gruppe der wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen, sondern sie sind überhaupt zur typischen Form der Arbeitnehmerorganisationen geworden. Dabei ist

⁷⁹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn Jos. Müller, Romanshorn.

zu beachten, dass sich die Gewerkschaften in der Gegenwart keineswegs nur mit der direkten Beeinflussung der Arbeits- und Lohnverhältnisse befassen (was das spezifische Merkmal der Gewerkschaften ist), sondern sie widmen sich in beachtlichem Masse auch weiteren Aufgaben, insbesondere der Förderung der Arbeiterbildung und der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung. Die dominierende Bedeutung der Gewerkschaften rechtfertigt es, die übrigen vorwiegend wirtschaftlich gerichteten Arbeitnehmerorganisationen (Krankenkassen Baugenossenschaften etc.) in den Hintegrund treten zu lassen. Soweit sich diese übrigen Organisationen in enger Verbindung mit den Gewerkschaften entwickelt haben, werden wir gleich bei der Behandlung der einzelnen Gewerkschaften darauf hinweisen.

Gesamthaft betrachtet bieten die wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen das Bild einer besonders vielfältigen Differenzierung. Es kann auch nicht die Rede davon sein, dass die Aufspaltung in verschiedene weltanschauliche Richtungen innerhalb der Gewerkschaften weniger in Erscheinung treten würde, denn die Zahl der Richtungsgruppen ist hier besonders gross. Wir haben es hier seit dem Ende des ersten Weltkrieges nicht allein mit zwei Richtungen zu tun, sondern gleich mit mindestens fünf. Neben der sozialdemokratischen oder freigewerkschaftlichen Richtung, welche durch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (gegründet 1880) vertreten wird, haben wir schon seit langem eine besondere Gruppe der Angestelltenverbände: eine eigentliche Blockbildung hat sich bei diesen Verbänden allerdings erst im Jahre 1918 vollzogen. Eine sehr stattliche Gruppe bilden ferner seit der Jahrhundertwende die Gewerkschaften der christlichsozialen Richtung, die im Jahre 1907 den Christlichsozialen Gewerkschaftsbund der Schweiz (seit 1921 Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz genannt) gründeten. Erheblich geringeren Umfang haben die Gewerkschaften der evangelisch-sozialen und der freiheitlich-nationalen Richtung, die sich unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg bildeten, nämlich der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, der im Jahre 1920 aus der Schweizerischen evangelisch-sozialen Unterstützungskasse (gegründet 1907) hervorgegangen ist, und der Landesverband freier Schweizer Arbeiter (gegründet 1919). In jüngster Zeit hat sich ausserdem noch der Zentralverband gewerblicher Arbeitnehmerorganisationen (gegründet 1948) als besondere Richtungsgruppe geltend gemacht, die auf konfessionell neutraler Basis steht und parteipolitisch eine unabhängige Stellung vertritt.

Die Gewerkschaften sind im Vergleich zu den Wirtschaftsverbänden der Arbeitgeber ungleich stärker zersplittert. Immerhin ist nicht zu übersehen, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund ungeachtet der Aktivität der anderen Richtungsgruppen auch noch in den letzten Jahrzehnten die überwiegende Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer auf sich vereinigte (im Jahre 1947 waren es rund 70 Prozent). Ueberdies ist darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass verschiedene Richtungsgruppen bestehen, nicht ohne weiteres auf einen scharfen Konkurrenzkampf schliessen lässt. Zwischen verschiedenen Richtungsgruppen bestehen schon seit Jahren gewisse organisatorische Beziehungen. Die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände hat bereits seit 1928 mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund ein Uebereinkom-

men zwecks gegenseitiger Fühlungnahme und Zusammenarbeit; dieses Ueber-einkommen ist im Jahre 1944 erneuert und noch weiter ausgebaut worden. Noch enger arbeitet die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände mit dem Schweizerischen Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, dem Schweizerischen Lehrerverein und einigen kleineren Verbänden zusammen. Die im Jahre 1933 zwischen diesen Verbänden vereinbarte «Nationale Aktionsgemeinschaft zur wirtschaftlichen Verteidigung» besteht auch heute noch; sie steht seit 1948 unter der Bezeichnung «Nationale Arbeitnehmer-Gemeinschaft» (NAG). Ein anderer bemerkenswerter Ansatzpunkt zur Ueberwindung der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung ist die «Interessengemeinschaft der Arbeitnehmer der Textil- und Bekleidungs-Industrie» (IGATB), die im Oktober 1948 gegründet wurde, um durch alle geeigneten Massnahmen der Propaganda und durch Aufklärung der öffentlichen Meinung eine Beschäftigungslosigkeit der in der Textil- und Bekleidungsindustrie tätigen Arbeitnehmer zu verhindern, geeignete Massnahmen und Vorschläge zur Existenzsicherung der einheimischen Arbeiterschaft in diesen Branchen zu studieren und für deren Verwirklichung einzutreten. Der Interessengemeinschaft, die in der Form eines Vereins konstituiert worden ist, gehören 5 Verbände an, nämlich zwei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossene Fachverbände (STFV und VBLA), ein dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund der Schweiz angeschlossener Fachverband (SVCTB), der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter und der Landesverband freier Schweizer Arbeiter. Das Präsidium wechselt turnusgemäss jährlich zwischen den Verbänden.⁸⁰ — Eine nur kurze Lebensdauer war demgegenüber dem im Januar 1922 gegründeten «Kartell nationaler Arbeitnehmerorganisationen der Schweiz» beschieden. Schon nach knapp zwei Jahren ging der Dachverband, der die einheitliche Vertretung sozialpolitischer Forderungen bezweckte, an inneren Zwistigkeiten zugrunde. Dem Kartell waren vor allem der Christlichsoziale Arbeiterbund der Schweiz, der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz, der Landesverband freier Schweizer Arbeiter und der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter sowie zwei kleinere Verbände angeschlossen. Dem Kartellausschuss gehörten drei Vertreter der christlichsozialen Organisationen und je ein Vertreter der übrigen Organisationen an, wobei jeweils ein Vertreter der christlichsozialen Gewerkschaften den Vorsitz zu übernehmen hatte.⁸¹

Zahlreiche schweizerische Gewerkschaften unterhalten schon seit Jahren enge Beziehungen zu den entsprechenden Organisationen anderer Länder. Diese Kontaktnahme entspringt dem offensichtlichen Bedürfnis nach internationalem Erfahrungsaustausch und nach gemeinsamer Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen bei internationalen Angelegenheiten. Ueber eine besonders lange Tradition erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit verfügt der Schweizerische Typographenbund, der sich im Jahre 1889 an der Gründung der Buchdrucker-Internationale beteiligte und in ihr lange eine führende Rolle spielte. Diese internationale gewerkschaftliche Spitzenorganisation ist schon um die

⁸⁰ Vgl. Fritschi, Handbuch der Schweizerischen Arbeitnehmerverbände, S. 214/215.

⁸¹ Vgl. Kull, Die sozialreformerische Arbeiterbewegung in der Schweiz, S. 103/104.

Jahrhundertwende zur Errichtung eines Sekretariates geschritten, wobei der Schweizerische Typographenbund während vieler Jahre regelmässig den Sekretär und das Exekutivkomitee stellte.

Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften ist natürlich sehr mannigfaltig. Die allgemeine Entwicklungstendenz kann jedoch dahin charakterisiert werden, dass die Bildung von gewerkschaftlichen Dachverbänden, die ihrerseits in fachliche Unterverbände gegliedert sind, besonders grosse Fortschritte gemacht hat. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist in dieser Hinsicht beispielhaft vorangegangen, trug er doch schon am Ende des 19. Jahrhunderts das Gepräge eines fachlich gegliederten Dachverbandes. Im Jahre 1903 wurde sodann der «Föderativverband eidgenössischer Beamter, Angestellter und Arbeiter» (seit 1930 «Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe» genannt) gegründet; dieser zur Hauptsache aus den Fachverbänden des Personals der Bundesbetriebe und der Bundesverwaltung gebildete Dachverband kann allerdings in unserm Zusammenhang übergangen werden, da er für die Arbeitnehmer der thurgauischen Industrie ohne praktische Bedeutung ist; die meisten angeschlossenen Fachverbände gehören übrigens zugleich auch dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund an. Drei weitere schweizerische Dachverbände mit fachlicher Gliederung sind bereits seit ihrer Gründung die Spitzenorganisation der christlichsozialen Richtung sowie die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und der Zentralverband gewerblicher Arbeitnehmerorganisationen. Interessanterweise zeigen neuerdings auch die als Einheitsverbände gegründeten Organisationen der evangelisch-sozialen und der freiheitlich-nationalen Richtung Ansätze zu fachlichen Unterverbänden.

Fast parallel zur Tendenz der fachverbandlichen Untergliederung der grossen Gewerkschaften hat sich eine Tendenz zur kantonalen und lokalen Kartellierung der verschiedenen Sektionen der Dachverbände geltend gemacht.

Trotzdem die Gewerkschaften der thurgauischen Arbeitnehmer in der Gegenwart durchwegs in schweizerische Landesverbände eingegliedert sind, spielt auch bei ihnen der Regionalismus eine gewisse Rolle und hat in verschiedener Hinsicht zur Herausbildung von gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und Kantonalverbänden geführt, die eine individuelle Gestaltung aufweisen. Insbesondere ist hier auf den «Verband der Festbesoldeten des Kantons Thurgau» hinzuweisen, der im Jahre 1917 gegründet wurde; diese Organisation wurde im Jahre 1931 in das «Kartell der Angestellten, Beamten und Lehrer im Kanton Thurgau» umgewandelt und hat in dieser Form bis 1947 bestanden. Diese kantonale Spitzenorganisation war keiner schweizerischen Organisation angeschlossen, ging also ganz ihren eigenen Weg. Allerdings hat sich dieser Umstand je länger desto mehr als ein Grund zur inneren Schwäche erwiesen, weshalb die Auflösung der Organisation schliesslich nicht mehr zu vermeiden war. — Alle drei übrigen gewerkschaftlichen Kantonalkartelle, die sich im Kanton Thurgau gebildet haben, lehnen sich ihrerseits an die entsprechenden schweizerischen Dachverbände an. Es fällt auf, dass ihre Gründung noch keineswegs lange zurückliegt. Selbst das kantonale Gewerkschaftskartell der thurgauischen Sektionen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes besteht erst seit 1938 als Organisation

mit eigenen Statuten (wobei allerdings zu sagen ist, dass bereits die im Jahre 1920 erlassenen Statuten des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes von einem kantonalen Gewerkschaftskartell sprachen, obgleich in jenem Zeitpunkt noch keine statutarische Verselbständigung des kantonalen Gewerkschaftskartells vorgenommen worden ist). Noch erheblich jünger sind jedoch die entsprechenden Kantonalkartelle der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz; in beiden Fällen erfolgte die Gründung der thurgauischen Kantonalkartelle erst nach dem zweiten Weltkrieg, nämlich im Jahre 1948 das Thurgauische Angestelltenkartell und im Jahre 1949 die Christliche Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Thurgau.

Eine ähnliche Entwicklung wie die gewerkschaftlichen Kantonalkartelle haben die gewerkschaftlichen Ortskartelle genommen. Die Bildung derartiger Organisationen reicht noch nicht sehr weit zurück. Der erste Versuch in dieser Hinsicht scheint das lokale Angestelltenkartell Arbon gewesen zu sein, das unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg während einigen Jahren bestanden hat. Im Laufe der dreissiger Jahre haben sich sodann verschiedene Ortskartelle der Sektionen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gebildet; die Zahl dieser Lokalkartelle ist nach dem zweiten Weltkrieg bis auf 11 angestiegen (1947). Diese Kartelle bilden seit 1948 Organe des Kantonalkartells des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. In jüngster Zeit haben sich auch entsprechende Ortskartelle der Gewerkschaftssektionen der christlichsozialen Richtung zu bilden begonnen. Allerdings fehlt vorläufig noch eine organisatorische Zusammenfassung der im Kanton entstandenen lokalen christlichen Gewerkschaftsvereinigungen.

Eine dritte Organisationsform, die in diesem Zusammenhang Erwähnung verdient, ist diejenige des Kantonalverbandes oder des sog. kantonalen Kreisverbandes. Als erster Kantonalverband dieser Art ist im Jahre 1907 der Kantonalverband thurgauischer kaufmännischer Vereine gegründet worden. Die im Kanton Thurgau bestehenden Sektionen des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter haben sich ihrerseits im Jahre 1923 zu einer kantonalen Vorstände-Vereinigung zusammengeschlossen, die im Jahre 1938 zu einem kantonalen Kreisverband im Sinne der Statuten des Gesamtverbandes erweitert wurde. Im Jahre 1935 haben ferner die thurgauischen Sektionen des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, Bauarbeiter und Maler der Schweiz (seit 1937 «Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband der Schweiz» genannt) einen Kantonalverband gegründet, der 10 Jahre später zum interkantonalen Verband Thurgau, Schaffhausen erweitert wurde. Als einer der jüngsten derartiger Kantonalverbände der thurgauischen Industrie ist im Jahre 1946 der Bezirkssekretariatsverband Thurgau des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz ins Leben gerufen worden.

Wie die gesamtschweizerische Gewerkschaftsbewegung so sind auch die thurgauischen Gewerkschaften in Richtungsgruppen aufgesplittert, ja, es muss gesagt werden, dass die richtungsmässigen Gegensätze im Gebiete des Kantons Thurgau in den letzten Jahrzehnten stets ziemlich stark in Erscheinung getreten sind. Eigentlich kann nur ein einziger Fall angeführt werden, wo die Zu-

sammenarbeit der Gewerkschaftssektionen verschiedener Richtungen eine recht enge ist; dieser Ausnahmefall ist die im Herbst 1946 mündlich vereinbarte Arbeitsgemeinschaft der vier lokalen Gewerkschaftssektionen der Textil- und Bekleidungsindustrie in Amriswil (STFV, VBLA, SVCTB und SVEA). Es handelt sich im Prinzip um die gleichen Verbände (ausgenommen der LFSA), welche sich gesamtschweizerisch zur bereits erwähnten «Interessengemeinschaft der Arbeitnehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie» zusammen geschlossen haben. Allerdings besteht keinerlei Beziehung zwischen dieser lokalen Arbeitsgemeinschaft, die vor allem die Koordination der gewerkschaftlichen Aktionen anstrebt, und der nationalen Interessengemeinschaft.⁸²

Die Gesamtzahl der von den Gewerkschaften erfassten Arbeitnehmer hat sich seit 1874 ganz enorm vermehrt. Während um 1874 erst ein winziger Teil der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert war, betrug deren Zahl im Jahre 1920 immerhin bereits über 7 000 Arbeitnehmer in Industrie, Verkehr und Handel. Nach dem zweiten Krieg ist deren Zahl sogar auf rund 14 000 angestiegen, wovon rund 12 000 Mitglieder allein schon auf die drei grössten gewerkschaftlichen Verbände entfallen (SGB, VSA und CNG). Ende 1947 verzeichneten die 6 grössten Gewerkschaften und Gewerkschaftsgruppen im Kanton Thurgau folgende Mitgliederbestände:

Zahl der thurgauischen Mitglieder Ende 1947

Schweizerischer Gewerkschaftsbund	9 186
Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände ¹⁾	1 529
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz ²⁾	1 230
Schweizerischer Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter	794
Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband der Schweiz	672
Landesverband freier Schweizer Arbeiter	169
Total	<u>13 580</u>

1) Kaufmännische Vereine (inkl. Hospitanten) und Werkmeister-Sektionen

2) Ohne den Christlichen Holz- und Bauarbeiterverband

Wenn wir die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer mit der Zahl sämtlicher industrieller Arbeitnehmer vergleichen, ergibt sich, dass im Hochkonjunkturjahr 1947 etwa 45 Prozent der Arbeitnehmer einer Gewerkschaft angehörten (wobei wir die Zahl der effektiv auf die Industrie entfallenden Gewerkschaftsmitglieder auf rund 12 000 und die Gesamtzahl der industriellen Arbeitnehmer auf rund 28 000 schätzen).

1) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau

Der **Schweizerische Gewerkschaftsbund** (SGB) ist der älteste gewerkschaftliche Dachverband der Schweiz. Er ist anlässlich der Aufhebung des (alten)

⁸² Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn Gottfr. Kunz, Amriswil.

Schweizerischen Arbeiterbundes im Jahre 1880 unter dem Namen «Allgemeiner Schweizerischer Gewerkschaftsbund» geschaffen worden. Die heutige Bezeichnung ist zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt worden. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die dem SGB angeschlossenen Gewerkschaften allerdings häufig als die «freien Gewerkschaften» bezeichnet, womit die vom Verband vertretene politische Unabhängigkeit und konfessionelle Neutralität hervorgehoben werden soll. Andererseits finden namentlich bei den Gegnern des SGB auch die Bezeichnungen «rote» oder «sozialistische» Gewerkschaften Verwendung. Wir ziehen es jedoch vor, uns grundsätzlich an die offizielle Bezeichnung zu halten.

Die Zielsetzung des SGB ist ursprünglich ausschliesslich wirtschaftlich umschrieben worden; die Statuten von 1880 sprachen lediglich von der «Hebung und Förderung der sozialökonomischen Interessen des arbeitenden Volkes», damit die allgemeine und gleiche Nutzniessung an Grund und Boden an den Produktionsmitteln errungen werden könne. Es fehlte in diesen ersten Statuten auch jeder Hinweis auf eine klassenkämpferische Haltung. In dieser Hinsicht ist aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine tiefgreifende Wandlung eingetreten. Die Statuten von 1906 bezeichneten den SGB kurzerhand als die Zusammenfassung aller «auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Organisationen». Im Jahre 1908 wurde diese Formulierung noch mehr zugespitzt, indem ausdrücklich von «proletarischem Klassenkampf» gesprochen wurde. Diese aggressiv klassenkämpferische Umschreibung der Zielsetzung ist in der Zwischenkriegszeit jedoch bald wieder fallen gelassen worden. An die Stelle der marxistischen Losung trat die Einsicht, dass der Verband sein Ziel im Geiste der schweizerischen Demokratie anzustreben habe. Der totalitäre Dirigismus der Diktaturstaaten stiess auf den entschiedenen Widerstand des SGB. Aus dieser Haltung heraus fasste das Bundeskomitee des SGB im April 1933 einen Beschluss, der mit unmissverständlicher Deutlichkeit den Willen der im SGB zusammengeschlossenen Verbände bezeugte, «gegen den Faschismus, in welcher Gestalt immer er auftritt» den schärfsten Kampf zu führen. Gestützt auf diese grundsätzliche Stellungnahme lehnte das Bundeskomitee nicht nur das Zusammengehen mit dem italienischen Faschismus ab, sondern die Ablehnung galt ebenso nachdrücklich dem Nationalsozialismus und dem revolutionären Kommunismus.⁸³ Der SGB ist innerlich wie äusserlich gekräftigt aus dieser Bewährungsprobe hervorgegangen. Es entspricht daher ganz den aus dem zweiten Weltkrieg gewonnenen Erfahrungen, wenn der SGB in den geltenden Statuten vom 28. Februar 1946 besonders grossen Nachdruck auf den «Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes» legt. Der SGB vertritt heute keineswegs mehr nur eine wirtschaftliche Zielsetzung, sondern er tritt auch im politischen Leben massgeblich hervor, sofern es um Fragen der Gemeinschaft, der Sozialgesetzgebung, des Arbeitsrechts und des Arbeiterschutzes geht. Der SGB bezeichnet seine Haltung daher wohl als konfessionell neutral, betont aber im übrigen die parteipolitische Unabhängigkeit (Art. 2 der Statuten von 1946). Die parteipolitische Unabhängigkeit des SGB bedeutet allerdings nicht

⁸³ Vgl. Weckerle, Die Gewerkschaften in der Schweiz, S. 63.

einen vollständigen Verzicht auf Zusammenarbeit mit andern Organisationen. Ganz abgesehen davon, dass der SGB bisher von einer direkten Einflussnahme auf die Wahlen von Behörden abgesehen hat, unterhält der SGB auch noch heute verhältnismässig enge Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei. Von einer parteipolitischen Abhängigkeit des SGB gegenüber der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz oder irgendwelchen anderen Parteien kann jedoch nicht die Rede sein. Dieser Grundsatz der parteipolitischen Unabhängigkeit ist selbstverständlich auch von den einzelnen Gewerkschaftsverbänden, -kartellen und -sektionen zu respektieren. Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass es schwer war, diesen Grundsatz überall und in jeder Form durchzusetzen.⁸⁴ Mancherorts blieben gewisse parteipolitische Bindungen bis in die jüngste Zeit erhalten, und es bedurfte erheblicher Anstrengungen der Leitung des SGB, um die traditionellen Beziehungen soweit zu modifizieren, dass sie dem statutarischen Grundsatz der parteipolitischen Unabhängigkeit nicht mehr zuwiderlaufen. Besonderes Gewicht legte der SGB bei der Durchführung des erwähnten Grundsatzes darauf, dass unter keinen Umständen finanzielle Mittel für Parteizwecke verwendet werden dürfen. Die Statuten des SGB gestatten eine derartige zweckwidrige Verwendung weder den zentralen Instanzen noch den kantonalen (und lokalen) Kartellen. Desgleichen ist es verboten, die Mitglieder auf ein Parteiprogramm zu verpflichten. In Anwendung dieser statutarischen Vorschriften, die seit 1936 bestehen, wurde nicht zuletzt auch auf die Gewerkschaften im Kanton Thurgau ein Druck ausgeübt, ihre organisatorischen Verhältnisse neu zu ordnen.

Auf internationalem Boden unterhält der SGB schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts direkte organisatorische Beziehungen zu gewerkschaftlichen Verbänden anderer Länder.⁸⁵ Das im Jahre 1903 gegründete Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen ist anlässlich der internationalen Gewerkschaftskonferenz, die im Jahre 1913 in Zürich abgehalten wurde, in die feste Form des «Internationalen Gewerkschaftsbundes» umgewandelt worden, wobei auch der SGB als Gründungsmitglied beitrug. Diese internationale Organisation hatte ungeachtet aller Schwierigkeiten bis zum zweiten Weltkrieg Bestand. An ihre Stelle trat im Jahre 1945 der «Weltgewerkschaftsbund», dem sich der SGB kraft Beschluss des ausserordentlichen Kongresses vom Februar 1946 angeschlossen hat. Da es sich aber zeigte, dass die neue Organisation keine befriedigenden Resultate zeitigte, hat der SGB im Juni 1949 den Austritt beschlossen. Im darauffolgenden Jahr ist der SGB sodann dem «Internationalen Bund Freier Gewerkschaften», der im November 1949 gegründet worden ist, beigetreten. — Eine weit grössere Kontinuität verzeichneten demgegenüber verschiedene internationale Organisationen der Fachverbände. Die dem SGB angeschlossenen Fachverbände schenken der internationalen Zusammenarbeit durchwegs grosse Aufmerksamkeit.

⁸⁴ Vgl. Keller Willy, Vier Jahrzehnte nach der Reorganisation: Gewerkschaftliche Rundschau, 1949, 9. Heft, S. 280/283.

⁸⁵ Vgl. Stucki, Der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der Kriegszeit (1914—1920), S. 156/172.

Das leitende Organ des SGB war ursprünglich das Bundeskomitee. Mit dem Anschwellen der Mitgliederzahl wurden gewisse organisatorische Anpassungen notwendig. Dem Bundeskomitee wurden daher weitere Organe beigegeben, nämlich das Sekretariat, der Gewerkschaftsausschuss und das Büro. Gemäss den Statuten von 1946 ist das Bundeskomitee, welches den Vorstand im Sinne des Zivilgesetzbuches verkörpert, aus höchstens 15 Mitgliedern zusammengesetzt, nämlich aus 12 Vertretern der Fachverbände («Gewerkschaftsverbände») und je einem Vertreter eines kantonalen Gewerkschaftskartells des deutschen, französischen und italienischen Sprachgebietes. Das Bundeskomitee wird durch den Gewerkschaftsausschuss gewählt, der sich seinerseits aus den Vertretern der Fachverbände und der kantonalen Gewerkschaftskartelle (sowie den Mitgliedern des Bundeskomitees) zusammensetzt. Sitz des SGB ist Bern.

Der organisatorische Aufbau des SGB zeichnet sich heute durch eine recht klare fachliche und räumliche Gliederung aus. Alle Gewerkschafter werden nun in der Regel sowohl von Fachverbänden als auch von Kantonalkartellen erfasst. Einzelne Fachverbände reichen in ihren Anfängen bis tief ins 19. Jahrhundert zurück, insbesondere der Schweizerische Typographenbund, der im Jahre 1861 als gewerkschaftlicher Landesverband seinen Anfang nahm und um 1891 bzw. 1902 dem SGB beitrug. Die Gesamtzahl der angeschlossenen Fachverbände belief sich im Jahre 1908, da die grundlegende Reorganisation des SGB erfolgte, auf 20. Die Zahl der angeschlossenen Fachverbände hat sich in den folgenden Jahren vorübergehend bis auf 24 (1918) gehoben, verminderte sich dann aber wieder und blieb seit den dreissiger Jahren weitgehend stabil (1947 16). — Die räumliche Gliederung des SGB hat demgegenüber geringere Bedeutung. Die örtlichen und regionalen Organisationen sind im Zuge der Reorganisierung um die Jahrhundertwende richtiggehend an die Wand gedrückt worden, doch haben sie seit dem ersten Weltkrieg erneut eine gewisse Bedeutung erlangt, indem die Statuten von 1917 den lokalen und kantonalen Gewerkschaftskartellen direkte Rechte im Gewerkschaftskongress und Gewerkschaftsausschuss einräumten. Im Jahre 1920 sind diese Rechte noch wesentlich erweitert worden. Eine weitere wichtige Etappe bildete die Statutenrevision von 1936; nun wurden die lokalen und kantonalen Gewerkschaftskartelle in aller Form zu Verbandsorganen erklärt (womit eigene Statuten der Kartelle überflüssig wurden, da fortan ein Geschäftsreglement zur Ordnung der Geschäftsführung genügte). Zur Vereinfachung des organisatorischen Aufbaus ging man im Jahre 1946 noch einen Schritt weiter, indem nun die lokalen Gewerkschaftskartelle zu Organen der Kantonalkartelle erklärt wurden.

Die starke Entwicklung der dem SGB angeschlossenen Fachverbände wirkt sich natürlich auch in der Abgrenzung der Tätigkeitsfelder aus. Die zentralen Instanzen des SGB konzentrieren sich im Sinne einer zweckmässigen Arbeitsteilung vor allem auf jene Angelegenheiten, welche die Gesamtheit der Mitglieder angehen, z. B. Stellungnahme zur eidgenössischen Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung, Durchführung von Erhebungen innerhalb des Gesamtverbandes, Herausgabe schweizerischer Publikationsorgane und Schriftenreihen, Vertretung des Verbandes gegenüber den Bundesbehörden, Koordinierung der Arbeiterbildungsbestrebungen, Unterstützung der leitenden Funktionäre und Mitglieder

durch Auskünfte und Dokumentationsmaterial aller Art etc. Die Fachverbände befassen sich dagegen vor allem mit der Durchführung von Lohnbewegungen, mit dem Gesamtarbeitsvertragswesen, mit dem Unterstützungs- und Versicherungswesen, mit der gewerkschaftlichen Schulung und mit dem beruflichen Bildungswesen, mit der Errichtung von Ferienheimen, mit der Herausgabe von fachverbandlichen Zeitungen etc. Um den Fachverbänden möglichst grosse Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen, hat man bei der Reorganisation des SGB im Jahre 1908 absichtlich darauf verzichtet, die Allgemeine Schweizerische Reservekasse, die im Jahre 1891 übernommen worden ist, als Institution des Gesamtverbandes weiterzuführen.

Hinsichtlich der Mitgliederzahl steht der SGB schon seit Jahrzehnten an der Spitze aller Wirtschaftsverbände der Schweiz. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zählte der SGB ständig über 300 000 Mitglieder (1947 381 561 Mitglieder, wovon 328 775 Männer).

Wie schon die Betrachtung der gesamtschweizerischen Entwicklung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zeigt, wurde der räumlichen Gliederung des Verbandes erst seit dem ersten Weltkrieg grössere Aufmerksamkeit geschenkt. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen im Thurgau. Die Gewerkschaftssektionen wurden zwar schon vor dem ersten Weltkrieg zu einer kantonalen Spitzenorganisation zusammengefasst, aber der 1908 gegründete Sekretariatsverband des Kantons Thurgau war ja keine rein gewerkschaftliche Spitzenorganisation, sondern umfasste ausserdem noch Parteisektionen etc. Eine weitere Stufe zur Bildung eines kantonalen Gewerkschaftskartells wurde im Jahre 1920 erreicht, als der bisherige Sekretariatsverband in den «Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband (Kantonales Gewerkschaftskartell)» umgewandelt wurde. Nun erhielten die dem Verbands angeschlossenen Gewerkschaftssektionen als Kantonalkartell besondere Funktionen im Verhältnis zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund zuerkannt. Die Schaffung des **Gewerkschaftskartells des Kantons Thurgau** als einer vom Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband deutlich getrennten Organisation liess jedoch noch bis zur Delegiertenversammlung des Verbandes vom 11. Dezember 1938 in Weinfelden auf sich warten. Erst jetzt erhielt das Gewerkschaftskartell besondere Statuten und damit auch einen besonderen Vorstand (der allerdings aus praktischen Erwägungen heraus zugleich auch die Funktionen als Vorstand des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes zugesprochen erhielt).

Fast ebenso lange hat es gedauert, bis sich im Thurgau rein gewerkschaftliche **lokale Kartelle** gebildet haben. Mit auffallend grosser Zähigkeit ist an manchen Orten am Bestand der sogenannten Arbeiterunions festgehalten worden. In Arbon hat sich ein rein gewerkschaftliches Kartell um 1932 gebildet, in Weinfelden um 1937, in Romanshorn um 1938. Die meisten Gewerkschaftskartelle haben sich im Kanton Thurgau erst gebildet, als die Statuten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit allem Nachdruck die Bildung rein gewerkschaftlicher Kartelle verlangten (1936), doch hat sich der Gedanke, lokale Gewerkschaftskartelle zu schaffen, nichtsdestoweniger erfolgreich durchgesetzt. Die Zahl derartiger Kartelle beträgt jedenfalls schon seit Beginn der vierziger Jahre

im Thurgau ständig 10–11 (1947: 11). Die Kartelle verteilten sich um 1947 auf folgende Ortschaften: Aadorf, Amriswil, Arbon, Bischofszell, Frauenfeld, Kreuzlingen, Romanshorn, Schönenberg-Kradolf-Sulgen, Sirmach, Steckborn und Weinfelden. Von diesen 11 Kartellen ist allerdings das im Jahre 1946 gegründete Kartell Sirmach um 1948 wieder eingegangen.

Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Kartellen reichen die einzelnen gewerkschaftlichen **Sektionen** zum Teil bis ins 19. Jahrhundert zurück. Dabei ist natürlich in erster Linie die Buchdruckergewerkschaft «Typographia Frauenfeld» zu erwähnen, die bereits um 1863 gegründet worden ist. Im Laufe der 1880er Jahre haben sich sodann in verschiedenen thurgauischen Orten gewerkschaftliche Organisationen der Sticker gebildet. So war der Zentralverband der Sticker der Ostschweiz und des Vorarlbergs um 1888 im Thurgau mit insgesamt 4 Sektionen vertreten (Aadorf, Arbon, Frauenfeld und Steckborn). Ferner entstanden im Laufe der 1890er Jahre verschiedene Metallarbeitergewerkschaften, insbesondere die Metallarbeitergewerkschaft Arbon (gegründet 1890). Einen allgemeinen starken Aufschwung verzeichnete die Gewerkschaftsbewegung allerdings doch erst seit der Jahrhundertwende.

Die Zielsetzung des Kantonalkartells wie auch der lokalen Gewerkschaftskartelle und der einzelnen Sektionen der Verbände hat sich natürlich grundsätzlich an die gesamtschweizerischen Bestimmungen zu halten. Immerhin fordern die Statuten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Fachverbände nicht unbedingt den Verzicht auf individuelle Gestaltung der kantonalen, regionalen und lokalen Verbandsverhältnisse. Das Beispiel des Thurgaus zeigt, dass in dieser Beziehung doch noch ein erheblicher Spielraum für die freie Gestaltung übrig geblieben ist.

Das Kantonalkartell ist gleichsam auf den Spuren des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes zu seiner heutigen Zielsetzung gelangt. Noch in den Statuten vom 11. Dezember 1938 wurden verschiedene Aufgaben des Kantonalkartells ausdrücklich als Aufgaben bezeichnet, die in Verbindung mit dem Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband zu verfolgen seien, nämlich der Beistand in Rechtsfragen etc. durch die dem kantonalen Arbeitersekretariat übertragene Rechtshilfestelle, die Stellungnahme zu kantonalen Gesetzesvorlagen und Volksabstimmungen, die Durchführung der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund oder mit seiner Mitwirkung beschlossenen Verfassungsinitiativen, Referendumsaktionen oder Abstimmungskämpfe, die Förderung des Genossenschaftswesens und die Pflege der allgemeinen Bildungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Als alleinige Aufgaben des Kantonalkartells wurden dagegen nur die folgenden bezeichnet: die Propaganda für den gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Arbeiter und Angestellten in enger Fühlungnahme mit den gewerkschaftlichen Fachverbänden («Zentralverbänden»), die Pflege der Solidarität und Kameradschaft unter den verschiedenen Arbeiter- und Berufskategorien, die Ueberwachung und Förderung der eidgenössischen und kantonalen Arbeiterschutzgesetzgebung, die Mitwirkung bei der Schlichtung von kollektiven Arbeitskonflikten und die Förderung des beruflichen Bildungswesens, der Lehrlingsfürsorge und Berufsberatung. Diese scharfe Zweiteilung des Aufgabenkreises ist jedoch bei der Statutenänderung vom 25. April 1948 wieder fallen gelassen

worden. Immerhin geht das Bestreben dahin, die Zielsetzung des Gewerkschaftskartells vor allem in der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen zu sehen, während der Sekretariatsverband jene Aufgaben übernimmt, «die nicht ausgesprochen in das gewerkschaftliche oder parteipolitische Gebiet fallen» (Art. 1 der Statuten des TASV).

Bei den lokalen Gewerkschaftskartellen liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Gewerkschaftskartelle legen zweifellos das Schwerp Gewicht auf die wirtschaftlichen Aufgaben, suchen aber auch die damit eng verbundenen kulturellen und politischen Aufgaben in ihren Aufgabenkreis einzubeziehen. In der Regel wird die Zweckbestimmung der Gewerkschaftskartelle durch den allgemeinen Grundsatz eingeleitet, dass das Gewerkschaftskartell «die Wahrung und Förderung der Interessen der organisierten Arbeiterschaft auf lokalem Boden» bezwecke, wobei die Verwirklichung der im Arbeitsprogramm des SGB aufgestellten Forderungen erstrebt werde. Als besondere Massnahmen zur Erreichung dieses Zweckes nennen die Statuten der Gewerkschaftskartelle Frauenfeld und Weinfelden übereinstimmend die Wahrnehmung der gemeinsamen lokalen und kantonalen Angelegenheiten in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Ueberwachung und Förderung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Förderung der Sozialversicherung und des kommunalen Arbeitsnachweises, gewerblichen Schiedsgerichte und Einigungsämter, sowie der allgemeinen Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft und die Unterhaltung einer Bibliothek für die Mitglieder der angeschlossenen Sektionen. Noch etwas weiter geht z. B. das Geschäftsreglement des Gewerkschaftskartells Romanshorn.

Die Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaftssektionen steht dagegen hauptsächlich unter dem Einfluss der Fachverbände, denen sie zugeordnet sind. Immerhin weist das Vereinsleben in einzelnen Sektionen trotzdem eine recht individuelle Prägung auf, z. B. indem die Sektion eine zusätzliche Unterstützungskasse führt, kollektive Wareneinkäufe veranstaltet, ein eigenes Mitteilungsblatt herausgibt etc.

Schon aus unsern Ausführungen über den Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband und die lokalen Arbeiterunionen ging hervor, dass die Gewerkschaftskartelle und mit ihnen die einzelnen Gewerkschaftssektionen in mancher Hinsicht mit den Parteisektionen und den Arbeiter-Kultur- und Sport-Organisationen der sozialdemokratischen Richtung in einem mehr oder weniger engen organisatorischen Verhältnis stehen. Richtet man aber den Blick auf die Gesamtentwicklung, ist nicht zu übersehen, dass die Gewerkschaften ein wachsendes Bedürfnis nach organisatorischer Selbständigkeit (im Rahmen der Statuten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Fachverbände) haben.

Auf kantonalem Boden ist der entscheidende Schritt zur Verselbständigung der Gewerkschaften im Jahre 1938 erfolgt. In diesem Jahr hat das kantonale Gewerkschaftskartell, das bis zu diesem Zeitpunkt in den Arbeitersekretariatsverband eingebaut war, endlich eigene Statuten (oder genauer gesagt: ein eigenes Reglement) erhalten. Durch die Revision der statutarischen Bestimmungen im Jahre 1948 ist die formelle Verselbständigung streng genommen vollendet wor-

den. Das neu geschaffene Reglement des kantonalen Gewerkschaftskartells hat nun auch zwei Organe erhalten, die in den Statuten des Sekretariatsverbandes überhaupt nicht erwähnt werden, nämlich die lokalen Gewerkschaftskartelle und die Vorstände- oder Sekretärenkonferenz. Die lokalen Gewerkschaftskartelle bedürfen nunmehr der Anerkennung durch die Delegiertenversammlung des Kantonalkartells. Ihr Geschäftsreglement muss «in allen grundsätzlichen Teilen dem Reglement des Kantonalkartells und den Statuten des Gewerkschaftsbundes entsprechen» (Art. 18, Abs. 2). Die Kompetenzen der Kartelle zeigen sich namentlich inbezug auf die Entsendung von Delegierten an die Delegiertenversammlungen. Das andere neue Organ, die Vorstände- oder Sekretärenkonferenz, hat dagegen nur konsultative Kompetenzen und kann keine verbindlichen Beschlüsse fassen. Dieses Organ wird aus den Vorständen oder den Sekretären der angeschlossenen Gewerkschaftssektionen gebildet, wobei die Kompetenz zur Einberufung beim Kartellvorstand liegt.

Auf lokalem Boden ist man teilweise schon vor 1938 an die Schaffung rein gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen herangetreten. Die Entwicklung ist natürlich je nach den örtlichen Gegebenheiten verschieden vor sich gegangen, doch haben die klaren statutarischen Vorschriften des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes seit 1936 den neuen Massnahmen zur Verstärkung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit im grossen und ganzen die Richtung gewiesen.

In Anbetracht des starken Anwachsens der thurgauischen Gewerkschaftsbewegung seit der Jahrhundertwende haben die beiden grössten gewerkschaftlichen Verbände bereits um 1907/1908 im Kanton Thurgau besondere Sekretariate errichtet. Den Anfang machte der Allgemeine Schweizerische Textilarbeiterverband, der im Jahre 1907 in Arbon ein Sekretariat gründete, zu dessen Leitung Albert Senn bestimmt wurde. Ein Jahr später schritt auch der Schweizerische Metallarbeiterverband zur Schaffung eines Sekretariates im stark industrialisierten Arbon (mit A. Schuhmacher als Sekretär). Beide Sekretariate haben in den folgenden Jahren eine lebhafte Tätigkeit entfaltet, doch wurde das Textilarbeitersekretariat einige Zeit später wieder aufgegeben, da Arbon nach 1911 seine bisherige starke Stellung als Zentrum der thurgauischen Stickereiindustrie nicht mehr länger aufrecht erhalten konnte. Das Metallarbeitersekretariat hat sich dagegen günstig weiter entwickelt (seit 1912 unter der Leitung von E. Frei).

Nach dem ersten Weltkrieg wurde von Seiten des Schweizerischen Textilarbeiterverbandes nochmals ein Vorstoss zur Errichtung eines Sekretariates im Kanton Thurgau unternommen, doch konnte auch dieses Sekretariat, das seinen Sitz in Amriswil hatte, nur während wenigen Jahren seine Tätigkeit ausüben.

Einige weitere Sekretariate der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände sind im Laufe der vierziger Jahre im Kanton Thurgau neu errichtet worden. Das Textilarbeitersekretariat, das im Jahre 1945 vom Schweizerischen Textil- und Fabrikarbeiterverband in Kreuzlingen errichtet wurde (mit Otto Mühlbach als Sekretär), ist freilich schon um 1947 wieder aufgehoben worden, da sich die Erwartungen, die man in die Neugründung setzte, nicht erfüllten. Dagegen haben sich die thurgauischen Sekretariate des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes in Kreuzlingen (seit 1945), Romans-

horn (seit 1946) und Weinfelden gut bewährt. Die Sekretariate stehen gegenwärtig unter der Leitung von Werner Steiger (Kreuzlingen), Hans Bär (Romanshorn) und Attilio Ghirardi (Weinfelden). Desgleichen hat sich das im Jahre 1946 in Amriswil errichtete thurgauische Sekretariat des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz unter der Leitung von Ernst Haegeli erfolgreich zu halten vermocht. Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband ist seinerseits nach wie vor durch das im Jahre 1908 gegründete Sekretariat Arbon, dessen Leitung Georg Jäger übertragen ist, im Kanton Thurgau vertreten. Seit 1938 verfügt dieser Verband auch über ein Büro in Frauenfeld, das allerdings nur nebenamtlich geführt wird.

Von den lokalen Gewerkschaftskartellen ist zu sagen, dass die wirtschaftliche Betätigung vielfach zurücktritt. Dagegen besitzt die Förderung des örtlichen Bildungswesens und die Aufklärungsarbeit bei Volksabstimmungen in der Regel recht erhebliche praktische Bedeutung. Kartellbibliotheken bestehen gegenwärtig in Bischofszell, Kradolf, Kreuzlingen und Romanshorn. Einzelne Gewerkschaftskartelle — wie z. B. das Gewerkschaftskartell Kreuzlingen — führen auch alljährlich eine Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung durch, ähnlich wie dies früher bei den Arbeiterunionen öfters der Fall war.

Bei den einzelnen Gewerkschaftssektionen steht dagegen die wirtschaftliche Aktivität zweifellos im Vordergrund. Die Sektionen sind es auch, welche in Verbindung mit den zuständigen Stellen ihres Landesverbandes Lohnbewegungen durchführen und bei kollektiven Arbeitsstreitigkeiten den Kampf führen. Die Sektionen sind aber auch die örtlichen Träger der Unterstützungs- und Versicherungskassen ihres Landesverbandes. — Unmittelbar wirtschaftlichen Charakter hat ferner der da und dort von den Sektionen gepflegte gemeinsame Einkauf von Waren. In diesem Sinne hat die «Typographia Frauenfeld» um 1889 einen Zigarrenkonsum ins Leben gerufen, der während längerer Zeit alljährlich etwa 50 bis 100 Franken Reingewinn abwarf, der dann für die Buchdruckerfestlichkeiten verwendet wurde.⁸⁶ Andererseits besorgte die Metallarbeitergewerkschaft Arbon um die Jahrhundertwende den gemeinsamen Einkauf von Kohlen.⁸⁷ Ähnliche Formen der kollektiven Warenvermittlung kommen auch noch heute vor, obwohl die Schaffung der Konsumgenossenschaften die unmittelbare Betätigung der Gewerkschaften auf diesem Gebiete zurückgedrängt hat. Eine sehr beachtliche Leistung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet hat die Metallarbeitergewerkschaft Arbon mit der Schaffung eines eigenen Gewerkschaftshauses vollbracht: im Frühjahr 1931 konnte die Liegenschaft «Central» dem Betrieb übergeben werden.⁸⁸ Die gleiche Gewerkschaftssection zeichnet sich im übrigen auch durch ihre Bildungsarbeit aus. Die Sektion verfügt z. B. über eine eigene Tonfilmapparatur.⁸⁹ Für die Mitglieder werden regelmässig Kurse und Vorträge veranstaltet.

⁸⁶ Vgl. Typographia Frauenfeld, Gedenkschrift, S. 49.

⁸⁷ Vgl. Metallarbeitergewerkschaft Arbon, Protokolle (1901).

⁸⁸ Vgl. Metallarbeitergewerkschaft Arbon, Jahresbericht (1931).

⁸⁹ Dasselbe gilt auch für die Bau- und Holzarbeitersection Mittelhurgau (Kreuzlingen).

Die Zahl der dem Gewerkschaftskartell des Kantons Thurgau angeschlossenen Sektionen und ihrer Mitglieder übertrifft die entsprechenden Bestandeszahlen der übrigen gewerkschaftlichen Organisationen bei weitem. Die Mitgliederzahl des Kantonalkartells erreichte nach dem zweiten Weltkrieg eine Höhe von über 9 000. Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder stellten hievon freilich stets nur eine kleine Minderheit; ihr Anteil stieg zwar um 1921 auf rund einen Viertel, ging dann aber stark zurück, sodass er um 1928 und 1939 nicht einmal mehr einen Zehntel ausmachte, und hat sich erst allmählich wieder auf etwa einen Sechstel gehoben. Die Entwicklung ergibt anhand der Angaben des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes (1908 1915 Sekretariatsverband des Kantons Thurgau) in grossen Zügen folgendes Bild:

Zahl der Sektionen und Mitglieder der dem Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband angeschlossenen Gewerkschaften¹⁾

Jahre ²⁾	Sektionen	Gewerkschaftsmitglieder		Total
		Männer	Frauen	
1910	31	*	*	*
1913	35	*	*	*
1918	47	*	*	5 090
1919	57	*	*	5 932
1920	61	*	*	5 345
1921	54	2 958	909	3 867
1925	50	2 758	469	3 227
1930	50	4 167	444	4 611
1935	53	4 459	708	5 167
1940	50	4 030	456	4 486
1945	60	6 467	978	7 445
1947	61	7 682	1 507	9 189
1950	65	7 171	1 411	8 582
1951	64	7 258	1 461	8 719

1) 1908/1915 Sekretariatsverband des Kantons Thurgau genannt

2) Jahresende

Die hier wiedergegebenen Mitgliederzahlen werden allerdings durch die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund veröffentlichten Angaben teilweise erheblich übertroffen. Dies gilt namentlich für die Jahre 1919 bis 1924; während dieser Zeit verrechnete der Schweizerische Gewerkschaftsbund ständig eine um mehr als 1 000 höhere Gesamtzahl der thurgauischen Gewerkschaftsmitglieder. Um 1920 betrug die Differenz sogar 1 808. Diese grossen Differenzen erklären sich nicht bloss aus den Ungenauigkeiten der Zählungen, sondern auch aus der Tatsache, dass damals manche Sektionen gar nicht dem Kantonalkartell angeschlossen waren. Erst in jüngster Zeit ist die Erfassung der Sektionen von Seiten des Kantonalkartells eine vollständige geworden, und es ist denn auch zu beachten, dass die Differenz zwischen den beiden veröffentlichten Mitgliederzahlen Ende 1948 nur noch 134 betrug.⁹⁰

⁹⁰ Vgl. Gewerkschaftliche Rundschau, 1926 u. f.

Gesamte Mitgliederzahl des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes im Kanton Thurgau

Jahre ¹⁾	Mitglieder
1918	5 933
1919	7 438
1920	7 153
1921	5 132
1925	4 226
1930	4 729
1935	5 516
1940	5 310
1945	7 713
1947	9 599
1950	9 001

1) Jahresende, ausgenommen 1930 u. 1940 (Jahresbeginn)

Das Hauptkontingent an Gewerkschaftsmitgliedern stellten bereits um 1918, als das thurgauische Arbeitersekretariat erstmals eine detaillierte Erhebung unter den angeschlossenen Sektionen durchführte, die Metallarbeiter. Sehr wahrscheinlich bildeten die Metallarbeiter bereits schon an der Schwelle des 20. Jahrhunderts die stärkste fachliche Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder. Seit dem ersten Weltkrieg steht diese Gruppe jedenfalls unbestritten an der Spitze. Um 1940 1941 waren sogar etwas mehr als die Hälfte sämtlicher vom Kantonal-kartell erfassten Gewerkschaftsmitglieder im Fachverband der Metallarbeiter, dem Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband, organisiert. Eine hervorragende Stellung im Rahmen der thurgauischen Gewerkschaften kommt ferner den Fachverbänden der Textilindustrie und des Baugewerbes (einschliesslich der Holzindustrie und verwandter Industriezweige) zu. Die übrigen fachlichen Gruppen der industriellen Arbeitnehmer waren demgegenüber zahlenmässig bisher nie auch nur annähernd so stark vertreten. Zur Verdeutlichung dieses Zusammenhanges wird in der nachfolgenden Tabelle die Entwicklung der verschiedenen fachlichen Gruppen der Gewerkschaftsmitglieder anhand der Angaben des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes noch etwas näher beleuchtet:

Mitgliederzahl der fachlichen Gruppen der vom Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband erfassten Gewerkschaftsmitglieder

Jahre ¹⁾	Metallarbeiter	Textilarbeiter	Bau- und Holzarbeiter	Uebrig Arbeitnehmer	Total
1918	2 100	1 232	312	1 446	5 090
1919	2 475	1 745	477	1 235	5 932
1920	1 965	1 644	324	1 412	5 345
1921	1 276	1 047	368	1 176	3 867
1925	1 285	559	332	1 051	3 227
1930	2 087	425	565	1 534	4 611

1935	2 235	470	728	1 734	5 167
1940	2 333	216	521	1 416	4 486
1945	2 469	866	1 267	2 843	7 445
1947	2 703	1 449	1 586	3 451	9 189
1950	2 796	993	1 324	3 469	8 582
1951	2 808	1 024	1 378	3 509	8 719

¹⁾ Jahresende

Die überragende Bedeutung der fachlichen Gruppe der Metallarbeiter rechtfertigt es, an dieser Stelle auch der Entwicklung der **Metallarbeitergewerkschaft Arbon** eine kurze Betrachtung zu widmen. Diese hat am 25. Oktober 1890 mit einem Bestand von 16 Arboner Metallarbeitern ihren Anfang genommen. Sie ist bereits im Sommer 1891 dem Schweizerischen Metallarbeiterverband (seit 1915 fusioniert zum Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband) beigetreten und hat sich nach kurzem Stillstand um 1892 1893 rasch zur grössten Gewerkschaftssektion des Thurgaus entwickelt. Die Mitgliederzahl erreichte um 1897 die 100er Grenze. Um 1900/1901 ist die Sektion mit einem Bestand von über 400 Mitgliedern (1901 461) an einem ersten Höhepunkt angelangt. Für kurze Zeit ist die Metallarbeitergewerkschaft damals zur drittgrössten Sektion des Verbandes geworden. Die Sektion Arbon war also auch im Vergleich zu den Metallarbeitergewerkschaften in den übrigen Teilen der Schweiz von respektablem Umfang. Nach einem kurzen Rückschlag um 1902 kletterte der Bestand der Sektion bereits auf über 600 Mitglieder (1904 605), und um 1907 zählte man bereits über 1 000 Mitglieder in der Sektion (1907 1 098). Ihren eigentlichen Höchststand erklomm die Mitgliederzahl der Sektion jedoch um 1920; nun zählte die Sektion 1 984 Mitglieder. Dieser Bestand konnte freilich beim Hereinbrechen der Depression nicht mehr gehalten werden. Schon um 1921 war die Mitgliederzahl auf 1 136 zurückgegangen, und um 1924 zählte man sogar nur noch 837 Mitglieder. Nur schrittweise vermochte die Sektion die entstandene Lücke seither wieder zu schliessen. Während der dreissiger Jahre betrug die Mitgliederzahl wieder rund 1 500, und im Laufe der vierziger Jahre stieg sie erneut auf über 1 800 (Ende 1947 1 828).⁹¹

Sehr interessant ist die während dieser wechselvollen Entwicklung der Metallarbeitergewerkschaft Arbon eingetretene Wandlung der Zusammensetzung der Mitglieder hinsichtlich ihrer Nationalität. Im Jahre 1899 waren 120 der 281 Mitglieder — also nahezu die Hälfte — Ausländer. Auch noch um 1912 1913 waren rund ein Drittel der Mitglieder ausländischer Nationalität (1912 waren 544 der insgesamt 1 449 Mitglieder Ausländer). Um 1914 verminderte sich der Anteil der Ausländer auf einen Viertel (256 von 1 105), dann auf einen Sechstel (202 von 1 257) und um 1916 auf einen Siebentel (192 von 1 482). Eine zu Beginn des zweiten Weltkrieges durchgeführte Erhebung hat gegenüber den Verhältnissen von 1916 kein wesentlich anderes Resultat ergeben. Die Zahl der Ausländer belief sich sowohl 1938 als auch 1939 auf einen Achtel (1939

⁹¹ Die Zahlen beziehen sich für die Zeit von 1900 bis 1930 auf die Jahresabrechnungen. Vgl. Schweizerischer Metallarbeiterverband, Jahresberichte 1894 u. f.; Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter-Verband, Berichte 1914/1915 u. f.

waren 200 der 1 664 Mitglieder Ausländer). Seither ist der Anteil der Ausländer jedoch unter 10 Prozent gesunken. Damit hat auch die Metallarbeitergewerkschaft Arbon, die um die Jahrhundertwende einen ungewöhnlich hohen Anteil von Ausländern aufwies, ein betont schweizerisches Gepräge erhalten.⁹²

Eine im Vergleich zur Metallarbeitergewerkschaft Arbon ungleich ruhigere Entwicklung nahm dagegen die Buchdruckergewerkschaft «**Typographia Frauenfeld**». Ihre Mitgliederzahl, die um 1882 33 betrug (wovon 21 Mitglieder am Druckort Frauenfeld), schmolz zwar im Laufe der folgenden Jahre vorübergehend auf 23 zusammen (1886), kletterte dann aber innert kurzer Frist wieder auf die früher erreichte Höhe (1888 44 Mitglieder) und erreichte noch vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges (Anfangs 1913) einen Bestand von 132 (wovon 1 Invalide). Dieser Bestand konnte auch in der Zwischenkriegszeit im grossen Ganzen erfolgreich gewahrt bleiben.

Ende 1947 hat sich die Mitgliederzahl der Sektion auf insgesamt 178 (einschliesslich 18 Invalide und 2 ausserberuflich Tätige) erhöht. Die meisten der Sektionsmitglieder entfallen auch noch heute auf den Druckort Frauenfeld. – Die Zahl der weiblichen Mitglieder belief sich Ende 1947 auf 7 (Hilfsarbeiterinnen).⁹³

II) Die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände und die angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau

Wer die schweizerische Angestelltenbewegung in ihrem Wesen richtig einschätzen will, muss berücksichtigen, dass diese Bewegung «aus den typisch schweizerischen Verhältnissen» herausgewachsen ist. «Dies gilt nicht nur für die geistige Haltung des Angestellten, der individualistischer eingestellt ist als der Arbeiter, sondern auch für seine berufliche, gesellschaftliche und soziale Stellung, die nicht allein nach dem Arbeitseinkommen beurteilt werden kann.»⁹⁴ Tatsache ist jedenfalls, dass die Privatangestelltenbewegung in der Schweiz in der Regel gegenüber der Arbeiterbewegung im engeren Sinn deutlich Distanz bewahrt. Seit dem ersten Weltkrieg ist zwar in mancher Hinsicht eine Annäherung eingetreten, doch hat das Bestreben, eine eigene Richtungsgruppe zu bilden, immer wieder die Oberhand behalten.

Ihren organisatorischen Ausdruck hat die Angestelltenbewegung zunächst in einer Reihe von Fachverbänden gefunden, wobei die Verbände der Staatsangestellten schon frühzeitig ideologisch wie auch organisatorisch mehr oder weniger deutlich zur Arbeiterbewegung hintendierten, während die Verbände der Privatangestellten eine solche Annäherung ablehnten. Diese abweichende Haltung bekundeten die Privatangestelltenverbände auch bei der Gründung des Schweizerischen Bundes der Festbesoldeten am Ende des ersten Weltkrieges, indem

⁹² Vgl. Metallarbeitergewerkschaft Arbon, Protokolle (1899) u. Jahresberichte 1912 u. f.

⁹³ Vgl. Schweizerischer Typographenbund, Jahresbericht 1947, S. 161; Typographia Frauenfeld, Gedenkschrift u. Festschrift.

⁹⁴ Vgl. Fritschi, *do.*, S. 117.

sie sich gegen diese Dachorganisation, die mit der Arbeiterbewegung stark sympathisierte, aussprachen. Immerhin haben auch die Privatangestelltenverbände in Anbetracht der gedrückten wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder in einer Dachorganisation Rückhalt gesucht. Dieses Ziel wurde am 4. Juli 1918 erreicht, als die **«Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände»** (VSA) aus der Taufe gehoben wurde. Diese Spitzenorganisation ist auch noch heute «die repräsentative Spitzenorganisation der Privatangestelltenschaft».⁹⁵

Die Zielsetzung der VSA ist «die Wahrnehmung aller die Gesamtheit der Privatangestelltenverbände und deren Glieder berührenden Interessen in der Volkswirtschaft» (Art. 7, Abs. 1). Sie sucht ihr Ziel zu erreichen insbesondere durch die «Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Besserstellung der Angestellten unter Anwendung aller zu Gebote stehenden und zweckdienlichen Mittel». Im übrigen wird ausdrücklich erklärt, dass die VSA «nicht auf dem Boden einer politischen Partei» stehe und «in konfessioneller Hinsicht neutral» sei (Art. 1).

Auf den Anschluss an internationale Arbeitnehmerorganisationen hat die VSA bisher verzichtet, doch pflegt sie sich an wichtigen internationalen gewerkschaftlichen Konferenzen vertreten zu lassen. Ueberdies unterhält die VSA direkte Beziehungen zu den Angestellten-Spitzenorganisationen verschiedener Länder.

Das beschliessende und verantwortliche Organ der VSA ist die Schweizerische Angestelltenkammer, gebildet aus den Delegierten der Fachverbände und der kantonalen und lokalen Angestelltenkartelle. Als weitere Organe figurieren die vier bis fünf Mitglieder umfassende Geschäftsleitung und das Generalsekretariat, ferner die Präsidentenkonferenz (mit beratender Funktion). Sitz der VSA ist Zürich.

Die VSA stellt im wesentlichen eine von Fachverbänden («Zentralverbänden») gebildete Spitzenorganisation dar. Die drei wichtigsten angeschlossenen Fachverbände sind bereits seit der Gründung der VSA der Schweizerische Kaufmännische Verein (gegründet 1873 bzw. 1882), der Zentralverband der schweizerischen Hotel- und Restaurationsangestellten «Union Helvetia» (gegründet 1886) und der Schweizerische Werkmeisterverband (gegründet 1893). Insgesamt haben sich 4 Fachverbände an der Gründung beteiligt; 2 weitere Fachverbände sind im Laufe desselben Jahres beigetreten. Von diesen 6 Fachverbänden sind später 3 wieder ausgetreten, doch haben Neueintritte den Ausfall wettgemacht. Ende 1947 zählte die VSA insgesamt 8 Fachverbände (mit 71 123 Mitgliedern).

Ausser den Fachverbänden umfasst die VSA auch eine Reihe kantonalen und lokaler Kartelle. Die Bildung kantonalen Kartelle hat in jüngster Zeit recht gute Erfolge erzielt, dagegen bleibt die Entwicklung der lokalen Kartelle offensichtlich hinter den Erwartungen zurück.

Da die VSA nur einen lockeren Zusammenschluss der angeschlossenen Fachverbände darstellt, ist es im Grunde ganz den Fachverbänden überlassen, ihre Verbandstätigkeit mehr oder weniger umfassend zu gestalten. In besonders hohem Masse hat der **«Schweizerische Kaufmännische Verein»** (SKV) von den

⁹⁵ Vgl. Die schweizerische Angestelltenbewegung, S. 10.

Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. Dieser Fachverband begann im Jahre 1873 als «Schweizerischer Verein junger Kaufleute», vor allem mit dem Ziel, die kaufmännische Berufsbildung zu fördern. Schritt um Schritt ist der Verband im Laufe der Zeit zu einer vielseitigen und leistungsfähigen Standesorganisation ausgebaut worden (seit 1882 unter der Bezeichnung «Schweizerischer Kaufmännischer Verein»). Grosse Beachtung schenkte der Verband schon frühzeitig der Stellenvermittlung (seit 1876 mit zentralem Stellenvermittlungsbüro) und dem Unterstützungswesen (seit 1887 mit «Hülfskasse» für Stellenlose; dieser Kasse ist um 1889 auch noch eine Krankenkasse angegliedert worden). Im Jahre 1894 konnte der SKV bereits an die Errichtung eines Zentralsekretariates in Zürich herantreten. Ein weiterer Schritt von grosser Tragweite war die Aufstellung eines «Programms für die standespolitische Tätigkeit» (1907). Dieses Programm war für die fortschreitende Intensivierung der Verbandstätigkeit wegleitend. Seinen ersten grossen Erfolg auf gewerkschaftlichem Gebiet erzielte der SKV im Dezember 1918 mit der sogenannten Berner Uebereinkunft, dem ersten schweizerischen Gesamtarbeitsvertrag für die Privatangestellten. Seither sind die Bemühungen des SKV zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der kaufmännischen Angestellten erfolgreich weitergeführt worden.

Es ist charakteristisch, dass die Angestelltenverbände im allgemeinen nur sehr zögernd auf die spezifisch gewerkschaftlichen Aufgaben eingetreten sind. Dies gilt nicht nur vom SKV, sondern auch vom **«Schweizerischen Werkmeisterverband»** (gegründet 1893) und vom **«Schweizerischen Poliererverband»** (gegründet 1911), die beide der VSA angehören. Grössere Bedeutung hat bei diesen Verbänden das berufliche Bildungswesen und die Führung von Unterstützungs- und Versicherungskassen, sowie die Arbeitsvermittlung. Immerhin haben auch diese beiden Verbände in jüngster Zeit gesamtarbeitsvertragliche Vereinbarungen mit den Arbeitgebern abgeschlossen.

Von 1919 bis 1935 umfasste die VSA auch den **«Verband schweizerischer Angestellten-Vereine der Maschinen- und Elektroindustrie und verwandter Industrien»** (VSAM). Dieser im Jahre 1919 gegründete Verband ist streng genommen kein Fachverband, da er die verschiedensten Angestelltenkategorien — für welche daneben noch Fachverbände bestehen — umfasst. Dadurch ergeben sich natürlich gewisse Reibungsflächen, doch betont der VSAM, dass es ihm nicht um eine Konkurrenzierung der andern Angestelltenverbände gehe. Dementsprechend verzichtet der VSAM auf die Führung von Unterstützungs- und Versicherungskassen, da er den Fachverbänden diese Aufgabe nicht streitig machen möchte. Dagegen befasst sich der Verband recht intensiv mit arbeitsrechtlichen, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Auch hinsichtlich der Eingliederung der Mitglieder geht der VSAM seine eigenen Wege. Fast die gesamte Mitgliedschaft setzt sich aus sogenannten «Hausverbänden» zusammen, d. h. aus Angestelltenvereinen, welche ausschliesslich Angestellte einer einzigen Firma umfassen.

Gleich wie die gesamtschweizerische Angestelltenbewegung, so bot die thurgauische Angestelltenbewegung bis zum ersten Weltkrieg das Bild einer starken Zersplitterung. Erst die wirtschaftlichen und sozialen Nöte der Kriegsjahre be-

wirkten einen engeren Zusammenschluss. Ähnlich wie in andern Kantonen bildete sich nun ein kantonaler Festbesoldetenverband, der **«Verband der Festbesoldeten des Kantons Thurgau»** (1917). Diese Organisation umfasste ausser den Verbänden der Staatsangestellten auch den Kantonalverband der Kaufmännischen Vereine. Es zeigte sich freilich, dass die Privatangestellten mit dieser Allianz nicht ganz zufrieden waren. Die rege politische Aktivität des Festbesoldetenverbandes stiess bei den Kaufmännischen Vereinen, die sich grundsätzlich zur politischen Neutralität bekannten, auf erhebliche Widerstände. Aus diesem Grunde legten die Vertreter der Kaufmännischen Vereine beim Beschluss zum Beitritt in den Schweizerischen Bund der Festbesoldeten ausdrückliche Verwahrung ein, ja, es wurde sogar der Austritt aus dem kantonalen Festbesoldetenverband ins Auge gefasst.⁹⁶ Eine zu Beginn des Jahres 1919 durchgeführte Delegiertenversammlung beschloss dann aber, von einem Austritt vorläufig noch abzusehen.

Aus dem kantonalen Festbesoldetenverband ist im Jahre 1931 das **«Kartell der Angestellten, Beamten und Lehrer im Kanton Thurgau»** hervorgegangen. Tatsächlich handelt es sich hierbei nur um eine Namensänderung der bisherigen Organisation, denn die Zusammensetzung der Mitgliedschaft und die Tätigkeit der Organisation blieben sich im grossen und ganzen gleich. Das Kartell hat wiederholt bei Gesetzesvorlagen, welche die Angestellten stark interessierten, im Sinne der angeschlossenen Mitglieder in die politischen Auseinandersetzungen eingegriffen, insbesondere bei der Frage des Besoldungsabbaus beim eidgenössischen Personal (1933) und beim kantonalen Steuergesetz (1935). Die Gelegenheiten zu geschlossenem Vorgehen waren aber nicht gerade häufig, da sich immer deutlicher der Hauptharst der Verbände der Staatsangestellten (namentlich des Bahnpersonals) dem kantonalen Gewerkschaftskartell zuwandte. Andererseits bot auch die kartellmässige Zusammenfassung der kaufmännischen Angestellten und der Lehrer Schwierigkeiten (obwohl diese beiden Berufsgruppen seit 1932 gesamtschweizerisch in der bereits erwähnten NAG zusammengefasst werden und auch noch heute dieser Spitzenorganisation angehören). Da das Kartell unter diesen Voraussetzungen nicht mehr leistungsfähig war, ist es zusehends auseinandergebrockelt und im Jahre 1947 vollständig aufgelöst worden.

Zur Bildung einer neuen kantonalen Spitzenorganisation der Angestelltenschaft im Kanton Thurgau kam es im Jahre 1948. Die Gründungsversammlung fand am 13. März 1948 in Romanshorn statt. Die neue Organisation erhielt den Namen **«Thurgauisches Angestelltenkartell»**. Diese auch noch heute bestehende Organisation umfasst im Gegensatz zu den beiden Vorläufern ausschliesslich Privatangestellte, nämlich kaufmännische Angestellte und Werkmeister. Organisationen der Beamtenschaft sind bisher nicht beigetreten, obwohl die Möglichkeit eines Beitritts solcher Organisationen durch die Statuten ausdrücklich vorgesehen wird.

Die Zielsetzung des Kartells ist «die Wahrung und Förderung der beruflichen Interessen der Angestellten aller Kategorien», insbesondere durch gegensei-

⁹⁶ Vgl. Kaufmännischer Verein und Kaufmännische Fortbildungsschule Frauenfeld, Jahresbericht 1918/1919, S. 10/11.

tige Unterstützung aller im gemeinsamen Interesse liegenden Bestrebungen, durch Entfaltung einer zweckdienlichen Standes- und Sachpolitik und durch Vertretung der Postulate und Forderungen der Mitgliederkreise vor Behörden und in Kommissionen sowie in der Öffentlichkeit (Art. 3). Das Kartell ist konfessionell und politisch unabhängig (Art. 4). Zur Erreichung seiner Ziele kann sich das Kartell von Fall zu Fall mit andern beruflichen oder wirtschaftlichen Organisationen verbinden. Die einzige dauernde Bindung, welche die Statuten vorsehen, ist die Zugehörigkeit zur Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände. Dieser Organisation ist das Kartell also schon seit 1948 als Kantonalkartell angeschlossen; auch wurde statutarisch verankert, dass bei einer allfälligen Auflösung des Kartells das verbleibende Vermögen der VSA zur Verwahrung zu übergeben sei.

Der organisatorische Aufbau des Kartells ist gekennzeichnet durch das Vortortsystem. Der Vorort, der zugleich der Sitz des Kartells ist, wird von der Delegiertenversammlung bestimmt. Das leitende Organ ist ein siebengliedriger Vorstand, wobei vier Mitglieder desselben zusammen die engere Geschäftsleitung bilden. Ein besonderes Kartellsekretariat besteht nicht; die gesamte Verbandsleitung wird nebenamtlich besorgt. — Präsident des Kartells ist bereits seit der Gründung Wilfried Schneider, kaufmännischer Angestellter in Arbon. Dementsprechend befindet sich der Sitz des Kartells in Arbon.

Dem Thurgauischen Angestelltenkartell haben sich im Gründungsjahr 1948 insgesamt 10 Sektionen des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins und 7 Sektionen des Schweizerischen Werkmeisterverbandes angeschlossen.⁹⁷ Zu den angeschlossenen Werkmeister-Sektionen gehört auch die Sektion Wil und Umgebung, die zahlreiche thurgauische Mitglieder umfasst. Dagegen hat sich die Werkmeister-Sektion Arbon bisher dem Kartell noch nicht angeschlossen. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Kartells belief sich bei der Gründung auf 1 287 (ohne Hospitanten der Kaufmännischen Vereine).⁹⁸

Während kurzer Zeit hat im Kanton Thurgau auch ein **lokales Angestelltenkartell** bestanden, nämlich in **Arbon** unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg. Dieses lokale Kartell war 1919/1920 der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände angeschlossen.⁹⁹ In sehr lockerer Form arbeiten die verschiedenen Angestelltenorganisationen am Platze Arbon auch noch heute gelegentlich zusammen, z. B. bei der Durchführung von Vorträgen. — Gemäss den Statuten des Thurgauischen Angestelltenkartells können derartige lokale (und regionale) Kartelle in Zukunft gegebenenfalls auch dem kantonalen Angestelltenkartell beitreten.

Nachdem wir die Entwicklung der Spitzenorganisationen der Angestellten gekennzeichnet haben, seien noch in knappen Zügen vier einzelne Angestelltenverbände geschildert, wobei wir am besten vom **Schweizerischen Kaufmänni-**

⁹⁷ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn W. Schneider, Arbon.

⁹⁸ Vgl. Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, Tätigkeitsbericht 1948, S. 26.

⁹⁹ Vgl. Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, Tätigkeitsberichte 1919 u. f.

schen Verein ausgehen, da dieser auch im Kanton Thurgau den Kern der Privatangestelltenbewegung ausmacht.

Der erste Versuch, eine Vereinigung von kaufmännischen Angestellten zu gründen, erfolgte im Kanton Thurgau im Jahre 1871. Der in diesem Jahr gegründete «Verein junger Kaufleute» in Frauenfeld war nach dem Vorbild der grosstädtischen Vereine junger Kaufleute geschaffen worden (in Zürich seit 1861 bestehend). Der mit grossem Elan unternommene Versuch scheiterte jedoch, und schon nach kaum einjährigem Bestande wurde der Verein «wegen ungenügender Beteiligung» wieder aufgelöst.¹⁰⁰ Ein wenige Jahre später wiederholter Versuch schlug gleichfalls fehl. Die Misserfolge schreckten jedoch nicht vor einem dritten Vorstoss ab, der zu Beginn des Jahres 1880 unternommen wurde. Dass es nicht am Interesse fehlte, bewiesen nicht zuletzt auch die 32 Beitrittserklärungen, welche bei der Konstituierung des «Kaufmännischen Vereins» am 24. Januar 1880 vorlagen. Tatsächlich war dem Verein nun eine recht gedeihliche Entwicklung beschieden, welche nur kurz durch eine innere Krise um 1889/1890 unterbrochen wurde.¹⁰¹

Die übrigen Kaufmännischen Vereine des Thurgaus entstanden erst nach 1895. Die kaufmännischen Angestellten in den übrigen thurgauischen Ortschaften verhielten sich also auffallend lange organisationsfeindlich. Die berufsverbandliche Passivität der Angestelltenschaft wurde dann aber im Zuge der Neugründungen von Kaufmännischen Vereinen verhältnismässig rasch überwunden. Innert zwölf Jahren sind damals gleich sieben weitere Kaufmännische Vereine im Kanton Thurgau gegründet worden, nämlich in Romanshorn (1896), Amriswil (1897), Arbon (1899), Kreuzlingen (1906), Diessenhofen (1907), Weinfelden und Steckborn (1908). Seither sind lediglich noch in Kradolf (1919), im Hinterthurgau (1942) und in Bischofszell (1945) neue Kaufmännische Vereine entstanden. Da anderseits der Kaufmännische Verein Diessenhofen um 1940 wieder eingegangen ist, beträgt die Zahl der Kaufmännischen Vereine im Kanton Thurgau heute insgesamt zehn.

Alle Kaufmännischen Vereine bilden Sektionen des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins. Die Gesamtzahl der von den thurgauischen Kaufmännischen Vereinen erfassten Zentralvereinsmitglieder erreichte vor der Jahrhundertwende nicht einmal hundert. Die Mitgliederzahl erfuhr dann aber beinahe ruckartig eine Vermehrung auf ein Mehrfaches des um 1900 erreichten Bestandes. Im Jahre 1920, da die Mitgliederzahl einen ersten Kulminationspunkt erklomm, zählte man im Kanton Thurgau über 1 000 Zentralvereinsmitglieder. Während den wirtschaftlich ungünstigen Jahren der Zwischenkriegszeit ging die Mitgliederzahl wieder um 10 bis 15 Prozent zurück. Diese Einbusse wurde aber in den letzten Jahren wieder ausgeglichen, und heute liegt die Mitgliederzahl sogar rund 10 Prozent über dem Höchststand von 1920. Gesamtschweizerisch hat die Mitgliederzahl seit 1920 allerdings noch weit stärker zugenommen, nämlich um nahezu 50 Prozent. — Nähere Angaben über die Entwicklung der Mitgliederzahl im Kanton Thurgau sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

¹⁰⁰ Vgl. Kaufmännischer Verein Frauenfeld, Jahresbericht 1880/1881, S. 1.

¹⁰¹ Vgl. Kaufmännischer Verein Frauenfeld, Jubiläumsschrift, S. 21/31.

Zahl der Zentralvereinsmitglieder der Kaufmännischen Vereine im Kanton Thurgau

Jahr ¹⁾	Mitglieder	Jahr ¹⁾	Mitglieder
1900	114	1930	867 ²⁾
1905	229	1930	915
1910	504	1940	916
1915	680	1945	1 084
1918	815	1947	1 061
1920	1 012	1950	1 125
1925	890	1951	1 129

¹⁾ In der Regel Stichdatum im Frühjahr, ausgenommen 1905 (17. Juni), 1910 (13. August), 1947 (3. Dezember) und 1950/1951 (1. Dezember).

²⁾ Da die Bestandesmeldung für Diessenhofen im Jahresbericht fehlt, ist die Mitgliederzahl dieser Sektion für 1930 als gleich hoch wie 1925 angenommen worden (29).

Bis zum ersten Weltkrieg waren den Kaufmännischen Vereinen nur männliche Berufstätige als Mitglieder angeschlossen. Diese Beschränkung liess sich aber auf die Dauer nicht aufrecht erhalten, da die Zahl der weiblichen kaufmännischen Angestellten seit der Jahrhundertwende unaufhaltsam zunahm. Die Frage der Aufnahme weiblicher Mitglieder wurde in manchen thurgauischen Ortschaften freilich noch um 1912 mit grösster Skepsis beurteilt. Anlässlich der vom Schweizerischen Kaufmännischen Verein damals durchgeführten Umfrage, ob auch den weiblichen Berufstätigen die Möglichkeit der Mitgliedschaft einzuräumen sei, stimmten beispielsweise von den 41 Mitgliedern des Kaufmännischen Vereins Steckborn nur 2 dafür!¹⁰² Diese kritische Einstellung gegenüber der Vereinszugehörigkeit von Frauen scheint im Kanton Thurgau auch noch heute eine gewisse Rolle zu spielen. Während der Anteil der weiblichen Mitglieder hier auch heute nur etwas mehr als 10 Prozent beträgt (1947: 12,5 %), ist der Anteil gesamtschweizerisch ungefähr doppelt so gross (1947: 23,2 %). Natürlich variiert der Anteil der weiblichen Mitglieder von Sektion zu Sektion. Als Grenzfall ist die Zusammensetzung des Kaufmännischen Vereins Kradolf zu betrachten, wo der Anteil der weiblichen Mitglieder 1947 über ein Drittel ausmachte. — Nähere Angaben über die einzelnen Sektionen sind aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich:¹⁰³

Zahl und Gliederung der Zentralvereinsmitglieder der Kaufmännischen Vereine im Kanton Thurgau am 3. Dezember 1947

	Zentralvereinsmitglieder		
	Total	Männer	Frauen
Amriswil	114	98	16
Arbon	164	147	17
Bischofszell	45	42	3

¹⁰² Vgl. Kaufmännischer Verein Steckborn, Jubiläumsschrift.

¹⁰³ Vgl. Schweizerischer Kaufmännischer Verein, Jahresbericht 1947, S. 102.

Frauenfeld	148	134	14
Hinterthurgau	35	32	3
Kradolf	44	28	16
Kreuzlingen	222	184	38
Romanshorn	112	99	13
Steckborn	24	20	4
Weinfelden	153	145	8
Total	1 061	929	132

Ausser den Zentralvereinsmitgliedern gehörten den einzelnen Kaufmännischen Vereinen immer auch Personen an, welche nicht Mitglieder des Zentralvereins waren. Diese Form der Vereinszugehörigkeit kommt heute nur noch bei den sogenannten Jugendmitgliedern (Hospitanten) vor. Die Zahl der Jugendmitglieder betrug am 3. Dezember 1947 bei den thurgauischen Kaufmännischen Vereinen insgesamt 132.

Zur besseren Zusammenarbeit auf kantonalem Gebiete haben sich die thurgauischen Kaufmännischen Vereine schon zu Beginn dieses Jahrhunderts mit der Schaffung eines Kantonalverbandes befasst. Der Wert eines solchen Zusammenschlusses zeigte sich in überzeugender Weise im Herbst 1906, als der Entwurf eines kantonalen Lehrlingsgesetzes aufgestellt wurde. Der Kaufmännische Verein Frauenfeld hat sich daher entschlossen, die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Die am 24. November 1906 in Weinfelden durchgeführte Delegiertenversammlung beauftragte hierauf den Kaufmännischen Verein Frauenfeld mit der Ausarbeitung eines Reglementes. Der Reglements-Entwurf ist am 24. Februar 1907 anlässlich der konstituierenden Versammlung in Romanshorn mit wenigen Abänderungen genehmigt worden, sodass der «Verband thurgauischer kaufmännischer Vereine» seinen Anfang nehmen konnte.¹⁰⁴ Alle fünf zu jener Zeit im Kanton Thurgau bestehenden Kaufmännischen Vereine sind dem Kantonalverband beigetreten, und später haben sich auch die neu entstehenden Kaufmännischen Vereine dem Kantonalverband angeschlossen. Die Zugehörigkeit zum Kantonalverband ist indessen nicht obligatorisch erklärt worden, sodass es nicht zu vermeiden war, dass einzelne Vereine zeitweilig dem Kantonalverband den Rücken wandten. Erfreulicherweise bestehen aber gegenwärtig keine solchen Ausnahmen mehr, sodass die kantonale Zusammenarbeit in dieser Beziehung gewährleistet ist. Die Gefahr einer straffen Zentralisierung ist dabei keineswegs zu befürchten. Wie in den ersten Jahren wird der Kantonalverband auch noch heute nach dem Vorortssystem geleitet (mit wechselndem Vorort).

Im Gegensatz zu den Gewerkschaften der Industriearbeiter ist die Tätigkeit der Kaufmännischen Vereine in der Regel nicht so sehr auf die direkte Beeinflussung der Arbeits- und Lohnverhältnisse gerichtet. Der Abschluss von gesamtarbeitsvertraglichen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern spielt eigentlich nur eine geringe Rolle in der Tätigkeit der Kaufmännischen Vereine, was frei-

¹⁰⁴ Vgl. Kaufmännischer Verein und Fortbildungsschule Frauenfeld, Jahresbericht 1906/1907, S. 14/15.

lich nicht heisst, dass der Frage der wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung der Arbeitnehmer keine Beachtung geschenkt würde. Im Vordergrund der Tätigkeit steht die berufliche Schulung, die Vermittlung geistiger Anregungen und die Pflege der Geselligkeit. Die von den Kaufmännischen Vereinen geleistete Bildungsarbeit zeichnet sich vielfach durch ein ausgezeichnetes Niveau aus. An vielen Orten haben die Kaufmännischen Vereine Bibliotheken, Lesezirkel und Lesezimmer gegründet. In Frauenfeld hat bereits der «Verein junger Kaufleute» um 1871 den Grundstein für eine Bibliothek gelegt; die Bücher sind nach der Auflösung des Vereins der Kantonsschule zur Verwahrung übergeben worden und wurden um 1880 bei der Neugründung des Vereins erneut als Vereinsbibliothek den Mitgliedern zugänglich gemacht. Die Bibliothek wies bereits vor Ausbruch des ersten Weltkrieges einen Bestand von rund 400 Bänden auf. Mit grosser Beharrlichkeit hat sich der Kaufmännische Verein ferner mit der Durchführung eines Lesezirkels und für die Schaffung eines Lesezimmers eingesetzt. Letzteres konnte erstmals um 1887/1888 eingerichtet werden, später erneut um 1895. Auch in Amriswil (1897), Steckborn (1911) und weiteren Orten wurden von den Kaufmännischen Vereinen Lesezimmer gegründet. Mit besonders grossem Eifer haben sich die Kaufmännischen Vereine für die Durchführung von Kursen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung eingesetzt. Der Kaufmännische Verein Frauenfeld hat bereits im ersten Vereinsjahr 1880/1881 6 Kurse mit 91 Unterrichtsstunden durchgeführt. Im Laufe der Zeit konnte der Schulunterricht sogar noch wesentlich umfangreicher gestaltet werden. Auch die Zahl der Fächer, in denen Unterricht erteilt wurde, konnte stark vermehrt werden. Während anfänglich nur Sprachkurse abgehalten wurden, wurde schliesslich auch der Unterricht in Buchhaltung (erstmal 1884), Stenographie (erstmal 1891), Maschinenschreiben 1899) und in weiteren Fächern aufgenommen. Die anderen Kaufmännischen Vereine sind diesem Beispiel den örtlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechend nachgefolgt. Ganz im Sinne dieser Bestrebungen lag natürlich auch die Einflussnahme auf die Lehrlingsprüfungen und das Lehrlingswesen überhaupt. Zum Zwecke der Berufsbildung wurden ferner Sprachzirkel, Steno- und Rhetorik-Clubs und andere Arbeitsgemeinschaften gegründet. Schliesslich sei auch noch auf die Vortrags- und Diskussionsabende, auf die Exkursionen und die geselligen Veranstaltungen hingewiesen. In politischer Hinsicht haben sich die Kaufmännischen Vereine des Kantons Thurgau in der Regel einer betonten Zurückhaltung befleissigt. Immerhin hat es der Kantonalverband nicht unterlassen, zu Vorlagen, welche die Angestelltenschaft stark interessierten, in aller Form Stellung zu nehmen und seinen Einfluss geltend zu machen.

Einen guten Einblick in die Tätigkeit der Kaufmännischen Vereine geben die Jahresberichte und die verschiedenen Jubiläumsschriften.¹⁰⁵ Gesamthalt darf gesagt werden, dass die thurgauischen Kaufmännischen Vereine ein recht lebhaftes Verbandsleben aufweisen.

Die von den Kaufmännischen Vereinen geleistete Bildungsarbeit wird auch

¹⁰⁵ Bisher haben fünf thurgauische Kaufmännische Vereine derartige Jubiläumsschriften herausgegeben (Amriswil, Arbon, Frauenfeld, Kreuzlingen und Steckborn).

von den Arbeitgebern und der weiteren Öffentlichkeit ausdrücklich anerkannt und durch finanzielle Beiträge unterstützt. Die vom Kanton Thurgau an den Kantonalverband ausgerichtete allgemeine Subvention, die während langer Zeit lediglich 300 Franken betrug, ist nach dem zweiten Weltkrieg auf 500 Franken heraufgesetzt worden.

Die drei übrigen hier zu nennenden Angestelltenverbände können sich weder in ihrer zahlenmässigen Stärke noch in ihrer Tätigkeit mit dem Schweizerischen Kaufmännischen Verein messen.

Der **Schweizerische Werkmeisterverband** ist im Kanton Thurgau heute mit insgesamt 7 Sektionen vertreten, die Ende 1947 zusammen 346 Mitglieder zählten. Als erste thurgauische Sektion ist diejenige von Frauenfeld zu betrachten. Diese Sektion wurde bereits im Jahre 1894 gegründet, also lediglich ein Jahr nach der Gründung des Verbandes. Um 1896 folgten sodann die Sektionen Oberthurgau und Arbon (Bodan). In Kreuzlingen entstand eine Sektion um 1899. Einige Jahre später nahmen ferner die Sektionen Bürglen (1907) und Amriswil (1908) ihren Anfang. Seither ist einzig noch die Sektion Steckborn im Jahre 1928 neu hinzugekommen.

Die beiden grössten thurgauischen Werkmeister-Sektionen sind heute diejenigen von Arbon und Frauenfeld. Sie zählten Ende 1947 91 und 86 Mitglieder.

Im Hinterthurgau besteht noch keine besondere Sektion. Die Werkmeister dieses Kantonsteils gehören traditionsgemäss der im Jahre 1896 gegründeten Sektion Wil und Umgebung an. Diese Sektion besteht heute etwa zu zwei Dritteln aus thurgauischen Mitgliedern. Ende 1947 zählte sie insgesamt 87 Mitglieder.

Die Zahl der von den Werkmeister-Sektionen durchgeführten Veranstaltungen ist meist nur klein. Zur Hauptsache handelt es sich um unterhaltende oder berufsbildende Vortragsabende und um Exkursionen.

Noch erheblich schwächer ist der **Schweizerische Polierverband** im Kanton Thurgau vertreten. Dieser Fachverband verzeichnet im Kanton Thurgau nur eine einzige Sektion (Weinfelden). Zu den vom Verband erfassten Berufskategorien gehören ausschliesslich qualifizierte Arbeitnehmer des Baugewerbes, wie Poliere, Vorarbeiter, Bauführer, Aufseher, Platzmeister und Bohrmeister.

Als vierter Angestelltenverband sei schliesslich noch der **Verband schweizerischer Angestellten-Vereine der Maschinen- und Elektro-Industrie und verwandter Industrien** (VSAM) angeführt. Dieser Verband hat im Kanton Thurgau überhaupt noch nicht richtig Fuss gefasst. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die am 28. Juli 1951 gegründete Angestellten-Vereinigung der Aktiengesellschaft Adolph Saurer in Arbon im Laufe der nächsten Zeit dem VSAM beitrifft. Die Vereinigung umfasst rund 500 der insgesamt 600 Angestellten der Unternehmung. Es gehören ihr Vertreter sämtlicher Angestelltenberufe an, also nicht bloss kaufmännische Angestellte, sondern auch Werkmeister, Techniker, Zeichner etc. Die Vereinigung bezweckt eine engere Zusammenarbeit der Angestellten. Sie hat in diesem Sinne auch als Personalvertretung der Angestelltenschaft gegen-

über der Direktion zu dienen. Zur Förderung des gegenseitigen Kontaktes unterhält sie ein Mitteilungsblatt.¹⁰⁶

III) Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen im Kanton Thurgau

Die seit 1899 sich in der Schweiz ausbreitende Gewerkschaftsbewegung der christlichsozialen Richtung hat sich keineswegs schon von Anfang an für die Bildung einer eigenen gewerkschaftlichen Spitzenorganisation entschlossen. Noch um 1904 verhandelten die christlichen Gewerkschaften wegen einer Verständigung mit dem Allgemeinen Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Der Entwurf zu einem gegenseitigen Abkommen fand jedoch nicht die Zustimmung des Gewerkschaftskongresses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Dieser Entscheid gab seinerseits dem Bestreben nach einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation der christlichsozialen Richtung wirksamen Auftrieb. Der erste Kongress der christlichsozialen Gewerkschaften der Schweiz, der am 12. Mai 1907 in Winterthur abgehalten wurde, hat diesem Bedürfnis entsprechend den «Christlichsozialen Gewerkschaftsbund der Schweiz» geschaffen, dessen Zweck es sein sollte, die «auf christlicher Grundlage stehenden Arbeiterorganisationen aller Kategorien der Schweiz» zur «Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft» und zur «Herbeiführung eines friedlichen Ausgleiches der Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitgeber» zu vereinigen. In den gleichzeitig ausgearbeiteten «Programm-Leitsätzen» wurde erläuternd hinzugefügt, dass die christlichen Gewerkschaften selbständige, von jeder politischen Partei unabhängige, interkonfessionelle, auf dem Boden des Christentums stehende Arbeiterorganisationen seien.¹⁰⁷

An diesen grundsätzlichen Erklärungen hat der Christlichsoziale Gewerkschaftsbund der Schweiz, der 1921 am V. Kongress der christlichen Gewerkschaften der Schweiz in Sankt Gallen seinen Namen in «**Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz**» (CNG) abänderte, auch späterhin festgehalten. In den gegenwärtig geltenden Statuten vom 7. November 1948 bekennt sich der CNG wie schon früher ausdrücklich zum Christentum. Der Verbandszweck wird im einzelnen namentlich durch folgende Punkte gekennzeichnet: «Hebung der geistigen und materiellen Lage der Arbeiter- und Angestelltenschaft der Schweiz; Förderung der berufsgemeinschaftlichen Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden auf der Grundlage gegenseitiger Gleichberechtigung; Herbeiführung einer den christlichen Soziallehren entsprechenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung» (Art. 3, Abs. 2/4).

Auf eine unmittelbare statutarische Nennung päpstlicher Enzykliken als Richtlinie für die Verbandstätigkeit hat der CNG verzichtet. Andere Veröffentlichungen und Beschlüsse des CNG lassen jedoch erkennen, dass die päpstlichen Enzykliken und die an diese anknüpfende Gesellschafts-, Wirtschafts- und

¹⁰⁶ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Mitgliedern der Angestellten-Vereinigung.

¹⁰⁷ Vgl. Fritschi, eb., S. 135.

Staatslehre der römisch-katholischen Kirche für den CNG und die ihm angeschlossenen und nahestehenden Organisationen einen richtungsweisenden Charakter besitzen. Zweifellos hat die christlichsoziale Gewerkschaftsbewegung auch in massgeblicher Weise von Seiten der römisch-katholischen Kirche Unterstützung gefunden, während die anderen christlichen Kirchen dem CNG eher ablehnend gegenüberstehen. Der Vorwurf der einseitigen konfessionellen Orientierung wird allerdings von gegnerischer Seite vielfach stark übertrieben. Von einer direkten Bindung gegenüber der römisch-katholischen Kirche kann nicht die Rede sein. Dagegen arbeitet der CNG verhältnismässig eng mit dem Christlich-sozialen Arbeiterbund der Schweiz (CAB) zusammen, in welcher Spitzenorganisation bekanntlich auch die rein katholischen Standesvereine etc. vertreten sind. In den Statuten von 1948 heisst es diesbezüglich, dass der CNG die ihm angeschlossenen Verbände anhält, dem CAB beizutreten. Der CNG selbst ist jedoch dem CAB nicht angeschlossen. Auch dem früheren Zentralverband christlichsozialer Organisationen war der Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen; wie aus den Gründungsstatuten von 1907 hervorgeht, wurde das gegenseitig Verhältnis als ein «Kartellverhältnis» betrachtet «zwecks Förderung, Verwaltung und Nutzung der der Gesamtheit der christlichsozial organisierten Arbeiterschaft eigenen Institutionen» (Art. 17).

Der Christlichsoziale Gewerkschaftsbund der Schweiz hat sich bereits vor dem ersten Weltkrieg für die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Spitzenorganisationen anderer Länder eingesetzt. Schon um 1908 erfolgte in Zürich eine erste internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaften. Zur Schaffung einer eigentlichen internationalen Spitzenorganisation kam es aber erst nach dem ersten Weltkrieg, als im Sommer 1920 im Haag (Holland) der «Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften» gegründet wurde.¹⁰⁸ Der Christlichsoziale Gewerkschaftsbund der Schweiz hat sich sogleich der Internationale angeschlossen, und er ist ihr auch nach der Namensänderung stets treu geblieben.

Der CNG ist seinem Wesen nach ein Dachverband mit ausgeprägter fachlicher Gliederung. Die Zahl der angeschlossenen schweizerischen Fachverbände betrug im Jahre 1907 7; sie hat sich in der Zwischenkriegszeit nahezu verdoppelt, sank dann aber in den vierziger Jahren wieder auf 9 zurück, da verschiedene Verbände mit anderen verschmolzen wurden oder austraten. Einen besonders schweren Verlust erlitt der CNG im Jahre 1945 infolge des Austritts des Christlichen Holz- und Bauarbeiterverbandes der Schweiz (CHB). Dieser grosse und markante Verband der christlichsozialen Richtung steht auch noch heute ausserhalb des CNG, da die Verhandlungen über den Wiedereintritt bisher noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Die räumliche Gliederung des CNG kommt in der Form der sogenannten «Gewerkschaftsvereinigungen» zum Ausdruck. Hierunter werden rein gewerkschaftliche Zusammenschlüsse auf kantonaler, regionaler oder lokaler Grundlage verstanden (analog zu den kantonalen, regionalen und lokalen Gewerkschaftskartellen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes). Diese Gewerkschaftsver-

¹⁰⁸ Vgl. Kull, eb., S. 106/109.

einigungen erlangen unter gewissen Bedingungen die Anerkennung des CNG und können alsdann eine entsprechende Vertretung im Bundesvorstand und in der Generalversammlung des CNG stellen. Derartige Gewerkschaftsvereinigungen haben sich in manchen Kantonen bereits in den dreissiger Jahren gebildet, während in anderen Landesteilen auch noch heute keine solchen Organisationen geschaffen worden sind. Im Frühjahr 1951 bestanden erst in 14 Kantonen und Halbkantonen christliche Gewerkschaftsvereinigungen.¹⁰⁹

Die leitenden Organe des CNG waren früher das Bundeskomitee und der Ausschuss; dem letztgenannten Organ entspricht heute der Bundesvorstand, dessen Mitglieder durch die einzelnen Organisationen gewählt werden. Das Bundeskomitee besteht gemäss den geltenden Statuten aus einem Präsidenten, dessen Wahl durch die Generalversammlung erfolgt, und mindestens 3 weiteren Mitgliedern, deren Wahl durch den Bundesvorstand vorgenommen wird. Das Sekretariat wird nicht als besonderes Verbandsorgan betrachtet. Der Sitz des Verbandes befindet sich in Sankt Gallen; hier unterhält der Verband auch sein Zentralsekretariat.

Die Unterstützung bei gewerkschaftlichen Aktionen, Rechtsschutz, Arbeitslosigkeit etc. ist grundsätzlich Sache der angeschlossenen Fachverbände, wird von den Statuten des CNG mit Nachdruck betont. Immerhin hat sich der CNG im Jahre 1921 eine eigene «Zentral-Sterbeunterstützungskasse» angegliedert, die auch noch heute besteht (jetzt in der Form einer Stiftung). — Weitere Institutionen des CNG sind der Bildungsfonds, der Pressedienst und die Hausverwaltung «Vier Winden».

Die Mitgliederzahl des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes der Schweiz ist vor dem ersten Weltkrieg noch sehr gering geblieben. Erst in den Jahren 1916/1919 erlebte der Verband einen ersten grossen Aufschwung (von rund 3 000 auf rund 16 000 Mitglieder). Eine weitere starke Vermehrung trat in den Jahren 1930/1933 ein. Nun kletterte die Mitgliederzahl auf über 40 000. Seither ist jedoch keine starke Veränderung der Mitgliederzahl mehr eingetreten (1947 45 116).

Der Kanton Thurgau gehört zu jenen Kantonen, in denen die christlichsoziale Gewerkschaftsbewegung besonders früh Fuss fasste. In Arbon hat sich schon um 1901 eine christliche Holzarbeitergewerkschaft gebildet. Dagegen hat die Bildung rein gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen im Kanton Thurgau auffallend lange auf sich warten lassen. Dies dürfte indessen darin seinen Grund haben, dass die umfassende christlichsoziale Spitzenorganisation in der Form des **Verbandes christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau** (VCOT) die Schaffung einer **Christlichen Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Thurgau** (CGVT) entbehrlich erscheinen liess. Erst nach dem zweiten Weltkrieg regten sich im Kanton Thurgau die Stimmen, die nachdrücklich für eine rein gewerkschaftliche Spitzenorganisation eintraten. Die ersten gemeinsamen Besprechungen zur Gründung der heutigen kantonalen Gewerkschaftsvereinigung wur-

¹⁰⁹ Gemäss persönlicher Mitteilung von Herrn O. Dudle, Zentralsekretär des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz.

den im Herbst 1948 unternommen. Am 3. Oktober 1948 fand zu diesem Zwecke eine Präsidentenkonferenz der christlichsozialen Gewerkschaftssektionen des Kantons Thurgau in Weinfelden statt. An der Konferenz haben sich auch die Sektionen des CHB beteiligt, die sich einige Zeit zuvor vom VCOT distanziert hatten. Die ohne Kontaktnahme mit dem VCOT aufgezoogene Konferenz ergab jedoch keine Einigung hinsichtlich der Gestaltung der Organisation. Während die Sektionen des CHB für die Schaffung einer vom VCOT gänzlich getrennten Gewerkschaftsvereinigung plädierten, suchten die andern christlichen Gewerkschaften einen solchen schroffen Bruch mit der Tradition zu vermeiden. Zur weiteren Abklärung der strittigen Fragen wurde von den Gewerkschaftssektionen — dieses Mal in Verbindung mit dem VCOT — am 24. Oktober 1948 in Wil eine neue Delegiertenversammlung abgehalten, welche sich für die Schaffung der Gewerkschaftsvereinigung als Glied des VCOT entschied. Mit der Ausarbeitung der Statuten wurde eine fünfgliedrige Kommission betraut. Diese legte den Entwurf der Delegiertenversammlung vom 27. März 1949 in Weinfelden zur Genehmigung vor, worauf die Statuten rückwirkend auf Jahresanfang 1949 in Kraft gesetzt wurden.

Die CGVT stellt sich gemäss den Gründungsstatuten folgende Aufgaben: a) die Vertretung der Gesamtheit der Sektionen vor der Oeffentlichkeit, sofern nicht offensichtlich Aufgaben der einzelnen Berufsverbände zur Diskussion stehen, b) die Förderung der Entwicklung der angeschlossenen Sektionen, c) die Förderung der Gründung neuer Sektionen, d) die Unterstützung der Zusammenarbeit der einzelnen Berufsverbände, e) die Wahrung der Interessen der Mitglieder auf wirtschaftlichem, kulturellem und weltanschaulichem Gebiete, f) die Förderung der sozialen Gesetzgebung. Diese Aufgaben sollen erfüllt werden durch Abhaltung von gemeinsamen und öffentlichen Versammlungen, durch Veranstaltung von Schulungskursen, durch Förderung der Selbsthilfemassnahmen und Pflege des Genossenschaftswesens auf christlicher Grundlage, durch Stellungnahme zu wirtschaftlichen Fragen auf kantonalem und eidgenössischem Boden und durch soziale Aktionen zugunsten der Mitglieder (Literatur, Kurse, Verbilligungsaktionen). Sofern es sich um Aufgaben handelt, welche besser und wirtschaftlicher vom VCOT bewältigt werden können, ist eine sinngemässe Zusammenarbeit mit diesem vorgesehen.

Bereits im ersten Jahr ihres Bestehens hat die CGVT eine umfangreiche Kartoffelaktion zugunsten der angeschlossenen Sektionen durchgeführt. Die guten Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, veranlassten im folgenden Jahr die Wiederholung der Aktion. Es ist beabsichtigt, sie auch in den kommenden Jahren regelmässig durchzuführen, um den Mitgliedern in materieller Hinsicht Vorteile zu verschaffen.¹¹⁰

Die Organe der CGVT sind die Delegiertenversammlung, die Präsidentenkonferenz, der Vorstand und die Rechnungsprüfungskommission. Der Vorstand besteht aus 7 von der Delegiertenversammlung zu wählenden Mitgliedern, sowie den delegierten Sekretären der Gewerkschaften («Berufsverbände») und dem

¹¹⁰ Vgl. Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau, Jubiläumsschrift 1911—1951, S. 31.

Sekretär des VCOT. — Die Zahl der im Vorstand vertretenen Verbandssekretäre beträgt gegenwärtig 6; hievon entfallen 3 Sitze auf den Christlichen Metallarbeiterverband (CMV), sowie je einer auf den Christlichen Transport-, Handels- und Lebensmittelarbeiterverband (CTHLV), den Schweizerischen Verband christlicher Textil- und Bekleidungsarbeiter (SVCTB) und den Christlichen Holz- und Bauarbeiterverband (CHB). Der letztgenannte Verband kann allerdings seinen Sekretär nur mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen lassen, da die Sektionen des CHB dem CGVT nicht beigetreten sind (ausgenommen die Sektion Romanshorn). Der Sekretär des SVCTB, Gottlieb Wirth, Amriswil, ist zugleich Präsident der CGVT. Sitz der kantonalen Gewerkschaftsvereinigung ist das jeweilige Domizil des thurgauischen christlichsozialen Arbeitersekretariates.

Wie schon in den Statuten ausdrücklich festgelegt wurde, ist die CGVT dem Gesamtverband der christlichsozialen Organisationen im Kanton Thurgau, dem VCOT, angeschlossen. Dieser Umstand hat die CGVT jedoch nicht gehindert, ihre Statuten auch dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) zur Genehmigung vorzulegen. Auf Grund der Anerkennung der CGVT durch den CNG ist diese nun auch berechtigt, einen Vertreter in das Bundeskomitee des CNG abzuordnen.

Ende 1949 waren der CGVT insgesamt 21 Sektionen mit 1 091 Mitgliedern angeschlossen. Hierunter befanden sich 7 Textilarbeitersektionen mit 514 Mitgliedern, 4 Metallarbeitersektionen mit 339 Mitgliedern, 5 Sektionen verschiedener anderer Gewerkschaften mit 102 Mitgliedern und 5 gemischte Sektionen mit 157 Mitgliedern. Die Bau- und Holzarbeitersektionen stehen der CGVT gegenwärtig noch fern (mit Ausnahme einer einzigen Sektion). Es ist aber damit zu rechnen, dass auch diese Sektionen der CGVT beitreten werden, sobald der CHB wiederum Mitglied des CNG geworden ist.

Betrachtet man die Gesamtentwicklung der christlichsozialen Gewerkschaften im Kanton Thurgau, so fällt auf, dass bereits vor dem ersten Weltkrieg mindestens 10 Sektionen im Kantonsgebiet bestanden haben. Im Jahre 1913 zählte man im Kanton Thurgau insgesamt 4 Textilarbeitersektionen (Arbon, Bischofszell, Sirmach und Wängi), 3 Holzarbeitersektionen (Arbon, Kreuzlingen und Romanshorn), 2 Bekleidungsarbeitersektionen (Frauenfeld und Kreuzlingen) und 1 Metallarbeitersektion (Arbon). Zahlreiche weitere Sektionen entstanden kurz nach dem ersten Weltkrieg. Ueber die seit 1920 eingetretene Entwicklung der Zahl der dem VCOT angeschlossenen christlichsozialen Gewerkschaften orientiert nachfolgende Tabelle:

Zahl der Sektionen und Mitglieder der dem VCOT bzw. der CGVT
angeschlossenen christlichsozialen Gewerkschaften

Jahre ¹⁾	Sektionen	Mitglieder
1920	18	719
1925	*	283
1930	20	600
1935	32	1 181

1940	23	961
1945	23	1 145
1947	23	1 288
1950	22	1 141
1951	23	1 214

1) Jahresende

Bei den Bestandesanmeldungen für die dem zweiten Weltkrieg folgenden Jahre ist zu berücksichtigen, dass die dem VCOT bzw. der CGVT fernstehenden Sektionen des CHB einen weiteren starken Zweig der christlichsozialen Gewerkschaftsbewegung des Kantons Thurgau darstellen. Dieser Verband zählte Ende 1947 11 thurgauische Sektionen mit 672 Mitgliedern.¹¹¹

An verschiedenen thurgauischen Orten haben sich die christlichsozialen Gewerkschaftssektionen bereits vor der Gründung der kantonalen Gewerkschaftsvereinigung zu entsprechenden lokalen Spitzenorganisationen vereinigt. Gegenwärtig bestehen in Arbon, Bischofszell, Steckborn und Wängi **Gewerkschaftsvereinigungen oder -kartelle** der christlichsozialen Richtung.¹¹²

Zur Charakterisierung dieser lokalen Organisationen greifen wir eine von ihnen heraus, das **Christliche (Gewerkschafts-) Kartell Bischofszell**. Diese Gewerkschaftsvereinigung wurde am 20. April 1947 gegründet. Sie umfasst ausschliesslich Gewerkschaftssektionen der christlichsozialen Richtung (inkl. CHB-Sektionen). Das Kartell stellt sich zur Aufgabe, unter den einzelnen Gruppen eine enge Fühlungnahme herbeizuführen, um gemeinsame solidarische Aktionen zu veranstalten und die Mitglieder in weltanschaulicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu schulen. Zu diesem Zwecke werden von der Gewerkschaftsvereinigung Kurse und gemeinsame Versammlungen organisiert. — Die Leitung der Gewerkschaftsvereinigung ist einem dreigliedrigen Kartellvorstand übertragen. — Eine Auflösung der Organisation kann nicht erfolgen, solange noch zwei Sektionen derselben angehören. Bei einer allfälligen Auflösung geht das Vermögen an den CNG zur Verwahrung über.

Abschliessend sei noch kurz auf die einzelnen Gewerkschaften hingewiesen. Während Jahrzehnten haben die Textilarbeitersektionen das Hauptkontingent gestellt. Um 1920 umfassten diese Sektionen (denen auch die Bekleidungsarbeiter angeschlossen sind) rund 70 Prozent aller christlichsozialen Gewerkschaftsmitglieder. Auch heute ist dieser Verband im Kanton Thurgau recht stark vertreten. Seit 1946 besitzt er im Thurgau ein besonderes Kantonalsekretariat, das seinen Sitz in Amriswil hat. Die Leitung des Sekretariates liegt in den Händen von Gottlieb Wirth. — Eine sehr starke Stellung innerhalb der christlichsozialen Gewerkschaftsbewegung des Kantons Thurgau kommt auch den christlichen Holz- und Bauarbeitersektionen zu. Im Jahre 1936 haben sie sich zu einem

¹¹¹ Gemäss persönlicher Mitteilung des Zentralsekretariates des CHB.

¹¹² Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn Gottl. Wirth, Amriswil, und Herrn P. Herzog, Arbon.

Kantonalverband zusammengeschlossen, der 11 Jahre später zum Sekretariatsverband Thurgau Schaffhausen ausgebaut wurde. Gleichzeitig mit der Erweiterung des Kantonalverbandes im Jahre 1947 ist in Frauenfeld ein Verbandssekretariat errichtet worden, dessen Leitung Leo Hartmeier übertragen wurde. — Der im Kanton Thurgau ebenfalls ziemlich stark vertretene Christliche Metallarbeiterverband hat dagegen — gleich den übrigen Gewerkschaften der christlichsozialen Richtung — bisher auf die Errichtung eines thurgauischen Sekretariates verzichtet.

IV) Der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter

Obwohl die christlichsozialen Gewerkschaften schon bei ihrem ersten Auftreten in der Schweiz grundsätzlich den Arbeitnehmern jeder christlichen Konfession offen standen, hat sich im Laufe der ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts noch eine weitere auf christlicher Grundlage stehende gewerkschaftliche Organisation herauskristallisiert, nämlich der **Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter** (SVEA). Dieser Verband ist am 10. Januar 1920 unter dem heutigen Namen gegründet worden, doch besitzt er in der Form der «Schweizerischen evangelisch-sozialen Unterstützungskasse (SESUK) bereits seit 1907 einen unmittelbaren Vorläufer. Während aber die SESUK lediglich den Zweck hatte, bei Streiks und ähnlichen Störungen der Erwerbstätigkeit Unterstützungen an die Kassenmitglieder auszurichten, handelt es sich beim SVEA um einen Verband mit gewerkschaftlichem Charakter.

Die Grundgedanken, die zur Gründung des SVEA führten, sind in den «Sozialwirtschaftlichen Richtlinien» näher umschrieben, die der Verband im Jahre 1922 aufgestellt hat und die im Kerne auch noch heute wegleitend sind. Die Richtlinien betonen die christliche Grundlage der Verbandstätigkeit, wobei hinzugefügt wird, dass die christliche Grundlage im evangelisch-sozialen Sinne (d. h. im Sinne der evangelischen Kirche) zu verstehen sei. Eine eng konfessionelle Haltung wird jedoch vermieden. Gemäss den heute geltenden Statuten erstrebt der Verband «eine gerechte Ordnung der Wirtschaft durch die Weckung christlicher Verantwortlichkeit und den Aufbau einer rechtlichen Organisation, in der durch die wirtschaftlichen Verbände und unter Mitwirkung des Staates die wirtschaftlichen Verhältnisse unter dem Gesichtspunkt der Förderung des Gemeinwohls und des gerechten Ausgleiches der Interessen geregelt werden» (Art. 2, Abs. 2. 1. Satz).

Eine direkte organisatorische Bindung gegenüber kirchlichen Instanzen oder Körperschaften besteht nicht. Dagegen zählt der SVEA zu den Gründungsmitgliedern des im Jahre 1927 geschaffenen «Schweizerischen Verbandes für Innere Mission und evangelische Liebestätigkeit». Die Mitgliedschaft beim SVEA kann grundsätzlich von allen mindestens 14 Jahre alten Personen, «die in ihrer Lebensauffassung auf dem Boden der Heiligen Schrift stehen», erworben werden.

In parteipolitischer Beziehung vertritt der Verband den Standpunkt der vollen Unabhängigkeit. Er hat es daher stets abgelehnt, sich mit einer parteipolitischen Organisation zu verbinden. Der Verband stellt es seinen Mitgliedern frei, politischen Parteien und Organisationen anzugehören, erklärt die Verbandsmitgliedschaft jedoch als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder Organisationen, «welche die schweizerische Demokratie ablehnen und sich zur Diktatur bekennen» (Art. 5 der Statuten vom 23. Juni 1945).

Auf internationalem Boden ist der Verband seit 1927 dem Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Ein Jahr später beteiligte sich der Verband ausserdem an der Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Arbeitnehmerverbände. In beiden internationalen Organisationen arbeitet der Verband auch noch heute aktiv mit. Ausserdem hat sich der Verband dem Internationalen Bund christlicher Textil- und Bekleidungsarbeiter und dem Internationalen Bund christlicher Fabrik- und Transportarbeiter angeschlossen.

Im Gegensatz zu den drei zahlenmässig stärksten schweizerischen Gewerkschaftsorganisationen ist der SVEA ein in der Rechtsform einer Genossenschaft konstituierter Verband mit nur geringen Ansätzen zur Bildung fachlicher Unterverbände. Bis vor kurzem bestanden bloss interne Fachgruppen ohne eigene Verwaltung. Als erster Berufsverband ist vor zwei Jahren der Schweizerische Verband evangelischer Sigrister (gegründet 1949) dem SVEA beigetreten.¹¹³ Auch der Regionalismus spielte lange nur eine verhältnismässig geringe Rolle. Die räumliche Gliederung kommt namentlich in der Gestalt der sogenannten «Kreisverbände» zum Ausdruck, deren Schaffung seit 1938 vom SVEA gefördert wird. Die Statuten sehen vor, dass «die Mitglieder der Sektionen eines oder mehrerer Kantone» durch Beschluss des Landeszentralvorstandes zu einem Kreisverband zusammengefasst werden, der von einem Kreisvorstand geleitet wird (Art. 26).

Das oberste geschäftsführende Organ ist der Landeszentralvorstand, der sich aus den Mitgliedern des Engeren Zentralvorstandes (5 bis 7 Mitglieder, die mehrheitlich am gleichen Orte wohnen) und 14 bis 20 weiteren Mitgliedern zusammensetzt. Die ausführenden Organe des Verbandes sind das Kreissekretariat (in Zürich-Seebach), die Kreissekretariate und die Agenturen. Sitz des Verbandes ist Zürich.

Die Mitgliederzahl des SVEA betrug Ende 1947 15 098. Der zahlenmässige Umfang der evangelisch-sozialen Gewerkschaftsbewegung ist also verhältnismässig bescheiden im Vergleich zu den drei bereits behandelten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Der Kanton Thurgau hat sich im grossen und ganzen als recht günstiges Tätigkeitsgebiet der evangelisch-sozialen Gewerkschaftsbewegung erwiesen. Schon bei der Gründung des SVEA verzeichnete dieser im Kanton Thurgau zwei Sektionen, nämlich in Arbon und Schönenberg (bei Kradolf). Beide Sektionen sind ursprünglich im Jahre 1919 als Sektionen der SESUK entstanden und sind

¹¹³ Vgl. Schweizerischer Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, Jahresbericht 1949/1950, S. 64 u. 91.

im Jahre 1920 einfach in Gewerkschaftssektionen umgewandelt worden. Seither sind noch weitere 10 Sektionen gegründet worden, die sich auf folgende Ortschaften verteilen: Kreuzlingen (1920), Münchwilen (1921), Frauenfeld (1922), Romanshorn (1924), Bischofszell (1925), Diessenhofen (1931), Weinfelden (1932), Sirmach (1935), Affeltrangen (1936) und Amriswil (1946).¹¹⁴

Die thurgauischen Sektionen sind dem Sekretariatskreis Sankt Gallen zugeteilt, doch haben sie sich schon frühzeitig um die Bildung eines Kantonalverbandes bemüht.¹¹⁵ Im Jahre 1923 ist auf Initiative von Gottlieb Sprenger, Münchwilen, eine kantonale Vorstände-Vereinigung der thurgauischen Sektionen des SVEA ins Leben gerufen worden. Zweck dieser Vereinigung war die Förderung der Zusammenarbeit der einzelnen Sektionen. Diese Vorstände-Vereinigung ist im Jahre 1938 durch den kantonalen **Kreisverband Thurgau** ersetzt worden, für dessen Zielsetzung und Tätigkeit die in jenem Jahr aufgestellten Vorschriften des SVEA massgebend sind. Von der im Reglement für die Kreisverbände vorgesehenen Möglichkeit, dass die Kreisverbände in Verbindung mit dem Zentralsekretariat «zu allen Fragen wirtschaftlicher und sozialer Natur im Sinne der Grundsätze des Verbandes» Stellung nehmen, hat der Kreisverband Thurgau namentlich im Verlaufe der letzten Jahre in wachsendem Masse Gebrauch gemacht und zu diesem Zwecke wiederholt kantonale Kreistagungen durchgeführt. Es besteht offensichtlich ein starkes Bedürfnis, die Arbeit auf kantonalem Boden noch intensiver zu gestalten. In diese Richtung weist auch der im Jahresbericht 1951 des Sekretariatskreises Sankt Gallen geäusserte Wunsch, dass den kantonalen Kreisvorständen vermehrte Aufgaben übergeben werden sollten.¹¹⁶

Die Belebung der Verbandstätigkeit im Verlaufe der letzten Jahre ist nicht zuletzt auch durch die Errichtung eines Sekretariates auf thurgauischem Boden wirksam gefördert worden. Das im Mai 1948 in Sirmach (Hinterthurgau) errichtete Sekretariat ist eine Zweigstelle des Ostkreissekretariates in Sankt Gallen. Das Sekretariat erhält in Anerkennung der von ihm ausgeübten Rechtshilfetätigkeit bereits seit 1949 eine erhebliche Subvention von Seiten des Kantons Thurgau (1 000 Franken).

Die Gesamtzahl der thurgauischen Mitglieder des SVEA hat sich bereits in der Zwischenkriegszeit auf nahezu 500 gehoben (1937 459).¹¹⁷ Seither ist die Mitgliederzahl weiter angestiegen und bezifferte sich Ende 1947 auf 794.¹¹⁸ Rund ein Drittel der Mitglieder waren um 1947 weiblichen Geschlechts. Dies ist als ein recht hoher Anteil der weiblichen Mitglieder zu bewerten. Auf die Fabrikindustrie entfielen um 1947 rund drei Viertel der Mitglieder. Ein besonders grosser Teil der Mitglieder ist in der Textil- und Bekleidungsindustrie be-

¹¹⁴ Vgl. Schweizerischer Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, Rückblick/Ausblick, S. 54/55, u. Jahresbericht 1946.

¹¹⁵ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn M. Graf, Sirmach.

¹¹⁶ Vgl. Schweizerischer Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, Ortskreissekretariat, Jahresbericht 1951, S. 8.

¹¹⁷ Vgl. Ziegler, Die evangelisch-soziale Bewegung der Schweiz, S. 87.

¹¹⁸ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn M. Graf, Sirmach.

schäftigt; ferner stellt auch die Chemische Industrie und die Metallindustrie namhafte Kontingente von Mitgliedern.

V) Der Landesverband freier Schweizer Arbeiter

Der im Jahre 1919 gegründete «**Landesverband freier Schweizer Arbeiter**» (LFSA) verkörpert die freiheitlich-nationale Richtung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Ursprünglich hat sich der Verband zwar als konfessionell und parteipolitisch neutral bezeichnet, doch erwies sich diese Umschreibung der politischen Haltung auf die Dauer als zu farblos, weshalb der Grundsatz der politischen Neutralität durch ein ausdrückliches Bekenntnis zum freiheitlich-nationalen Gedankengut ersetzt wurde. Recht deutlich spiegelt sich die freiheitlich-nationale Haltung in den Statuten vom 31. März 1946, wonach der Verband «das vaterländische Denken, Fühlen und Handeln der gesamten Arbeitnehmerschaft» fördert. Sehr bezeichnend für die grundsätzliche Haltung des LFSA ist ferner, dass er sich für die Förderung einer «nach dem Grundsatz der Freiheit, der Leistung, der Selbstverantwortung und der Achtung des Mitarbeiters» geordneten Wirtschaft einsetzt (Art. 4, Abs. 1).

Entsprechend seiner grundsätzlichen Haltung hat sich der LFSA dem im Jahre 1928 in Brüssel gegründeten Internationalen Bund neutraler Gewerkschaftsverbände angeschlossen. Da sich diese internationale Organisation nicht als dauerhaft erwies, hat der Verband seine internationalen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg neu aufgebaut und sich zusammen mit ähnlich gerichteten Verbänden verschiedener anderer Länder zum Weltbund freiheitlicher Arbeitnehmersverbände zusammengeschlossen, dessen Gründung im Frühjahr 1948 in Zürich erfolgte.

Aehnlich wie dem Schweizerischen Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter fehlt dem LFSA eine straffe fachliche Untergliederung. Im Laufe der letzten Zeit sind dem LFSA jedoch in wachsender Zahl kleinere Fachverbände als Kollektivmitglieder beigetreten. — Dem Bestreben nach kantonaler Zusammenarbeit hat der LFSA durch die Zulassung der Bildung von Kantonalverbänden entsprochen. Die Zahl der Kantonalverbände beläuft sich heute bereits auf 15 (1949).

Die Leitung des LFSA liegt heute beim Zentralvorstand, der aus 21 bis 23 Mitgliedern besteht, beim siebengliedrigen Zentralausschuss und bei der Geschäftsleitung. Die ausführenden Organe sind das Zentralsekretariat (früher in Sankt Gallen, heute in Zürich) und die Kantonal- und Kreissekretariate.

Die Mitgliederzahl des LFSA betrug Ende 1947 15 523. Der LFSA entspricht also in seinem Umfang ziemlich genau dem Schweizerischen Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, was allerdings nicht ausschliesst, dass in einzelnen Kantonen ganz erhebliche Unterschiede in der zahlenmässigen Stärke vorkommen. Auch im Kanton Thurgau sind die beiden Verbände keineswegs von gleichartiger Organisationsdichte.

Der Landesverband freier Schweizer Arbeiter hat sich im Kanton Thurgau

bisher nur in recht geringem Umfange durchzusetzen vermocht. Bis zum Jahre 1932 zählte der Verband überhaupt keine thurgauischen Mitglieder. Erst im Laufe der dreissiger Jahre bildeten sich da und dort kleinere Mitgliedergruppen, speziell im Hinterthurgau, in Weinfelden und Frauenfeld. Die erste thurgauische Sektion bildete sich im Jahre 1940 in Kreuzlingen. Zwei weitere Sektionen entstanden wenige Jahre später in Aadorf (1945) und Steckborn (1946). Ein verhältnismässig grosser Teil der thurgauischen Mitgliedschaft ist vorläufig noch nicht in Sektionen eingegliedert worden (1947 36 Einzelmitglieder). Die Gesamtzahl der thurgauischen Mitglieder betrug Ende 1947 169. Ungefähr ein Sechstel der Mitglieder sind weiblichen Geschlechts (1947 26 Mitglieder). Hinsichtlich der vom Verbandsrat erfassten Berufszweige stehen die Arbeitnehmer der Kunstseide- und Seidenindustrie im Vordergrund (1947 105 Mitglieder); die restlichen Mitglieder verteilen sich auf das Baugewerbe (1947 44 Mitglieder) und auf die Metallindustrie (1947 20 Mitglieder).¹¹⁹

VI) Der Zentralverband gewerblicher Arbeitnehmerorganisationen

Die jüngste gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Schweiz ist der «**Zentralverband gewerblicher Arbeitnehmerorganisationen**» (ZGA), dessen Gründung am 23. August 1948 in Zürich erfolgte. Die tieferen Ursachen für diese neue Spitzenorganisation sind in der besonderen Stellung der Arbeitnehmer im gewerblichen Kleinbetrieb zu erblicken, denn diese Arbeitnehmer stehen in der Regel in einem ungleich engeren persönlichen Kontakt mit dem Arbeitgeber als die Arbeitnehmer in den Grossbetrieben. Andererseits bekunden gerade auch die kleingewerblichen Arbeitnehmer das Bedürfnis nach einer wirksamen gewerkschaftlichen Organisation.

Der ZGA vertritt eine parteipolitisch unabhängige und konfessionell neutrale Haltung. Als besondere Aufgaben des Zentralverbandes nennen die Statuten: a) die gemeinsame Interessenwahrung gegenüber Behörden, Verbänden und Parteien, b) die Unterstützung von Aktionen, welche die soziale Besserstellung des gewerblichen Arbeiters im Auge haben, c) die Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen und Abstimmungsvorlagen, Erstellung von Eingaben an Behörden etc., d) die Stellungnahme zu gewerbepolitischen Fragen, e) die Zusammenarbeit mit allen übrigen Arbeitnehmerorganisationen.

Der organisatorische Aufbau des ZGA trägt noch weitgehend den Charakter einer provisorischen Regelung. Der Leitende Ausschuss setzt sich aus je zwei Vertretern jedes Mitgliederverbandes zusammen, der Grosse Vorstand aus den Verbandsleitungen der Mitgliederverbände.

Einer internationalen Organisation ist der ZGA bisher nicht beigetreten. Diese Feststellung gilt im übrigen auch in bezug auf die Fachverbände, welche dem ZGA angehören.

Dem ZGA gehören bereits seit der Gründung folgende Fachverbände an: der «**Metzgereipersonalverband der Schweiz**» (MPV), der «**Schweizerische Bäckerei-**

¹¹⁹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn K. Lemmenmeier, Sankt Gallen.

und Konditoreipersonalverband» (SBKPV) und der **«Schweizerische Berufsgärtnerverband»** (SBC). Diese drei Fachverbände zählten Ende 1949 zusammen 6 954 Mitglieder. Weitere Fachverbände sind dem ZGA vorläufig nicht beigetreten.

In unserm Zusammenhang sind lediglich der MPV und der SBKPV von Bedeutung. Ihnen sei deshalb nachfolgend noch eine kurze Betrachtung gewidmet, wobei wir uns auf die Betrachtung der Entwicklung der beiden Verbände im Kanton Thurgau beschränken wollen.

Der MPV ist im Kanton Thurgau seit 1920 mit Sektionen vertreten. Heute zählt der Verband insgesamt vier regionale Sektionen im Kanton Thurgau, nämlich die Sektionen Arbon, Frauenfeld, Kreuzlingen und Sulgen. Diese vier Sektionen zählten Ende 1947 71 Mitglieder (einschliesslich einiger Einzelmitglieder).¹²⁰

Der SBKPV hat interessanterweise erst in allerjüngster Zeit im Kanton Thurgau Fuss gefasst. Als erste thurgauische Sektion wurde im Frühjahr 1945 die Sektion Frauenfeld gegründet. Weitere Sektionen entstanden kurze Zeit später in Amriswil/Romanshorn, Rorschach Arbon und Kreuzlingen. Diesen vier Sektionen waren Ende 1947 insgesamt 45 thurgauische Mitglieder angeschlossen. 34 weitere Arbeitnehmer gehörten dem Verband als Einzelmitglieder an.¹²¹

VII) Die übrigen wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen

Zur Gruppe der gewerkschaftlichen Organisationen ist insbesondere noch der **«Schweizerische Heizer- und Maschinistenverband»** zu rechnen. Dieser im Jahre 1882 gegründete Fachverband hat mit einer bemerkenswerten Zähigkeit seine organisatorische Selbständigkeit zu wahren vermocht. Allerdings machte sich in den Jahren 1917 bis 1920 vorübergehend eine starke Strömung geltend, welche den Beitritt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund befürwortete. Tatsächlich kam es am Ende des ersten Weltkrieges zum Anschluss einiger Sektionen an den SGB. Diese abtrünnigen Sektionen mussten aber um 1920 ihren Beitritt zum SGB wieder rückgängig machen, da ihnen das Recht zu einem solchen eigenwilligen Vorgehen durch das Gericht abgesprochen wurde. Desgleichen wurde der Beschluss auf Beitritt des gesamten Verbandes zum SGB durch das Gericht nachträglich wieder annulliert.¹²²

Dieser Verband ist im Kanton Thurgau bereits seit dem Spätsommer 1886 durch eine kantonale Sektion vertreten; diese Sektion zählte anlässlich der Jahresversammlung vom 9. Januar 1887 52 Mitglieder.¹²³ Die Sektion hat sich seither nur noch unwesentlich vergrössert. Ende 1947 belief sich ihre Mitgliederzahl auf 61.¹²⁴

¹²⁰ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn F. Sieber, Zentralsekretär des Schweizerischen Metzgereipersonalverbandes der Schweiz.

¹²¹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn J. Ruckstuhl, Verbandskassier des Schweizerischen Bäckerei- und Konditoreipersonalverbandes.

¹²² Vgl. Stucki, eb., S. 39.

¹²³ Vgl. TZ, 16. Januar 1887.

¹²⁴ Vgl. Schweizerischer Heizer- und Maschinistenverband, Jahresbericht 1947.

Eine auffallende Sonderstellung innerhalb der wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen des Kantons Thurgau nahm der «**Thurgauische Ferggerverband**» ein. Dieser aus den Ferggern der thurgauischen Stickereiindustrie gebildete Verband bestand in der Zeit von 1908 bis 1931 in der Form einer organisatorisch völlig selbständigen Genossenschaft.

Der Vollständigkeit halber sei schliesslich auch noch auf den **Hirsch-Duncker'schen Gewerkverein Arbon** hingewiesen, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestanden hat. Den Anstoss zur Gründung dieses Vereins gaben die aus Deutschland zugewanderten Metallarbeiter, die zu jener Zeit in Arbon besonders stark vertreten waren. Der in Arbon gegründete Verein hat indessen nie eine grosse Rolle gespielt. In den Jahresberichten des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes wurde der Verein lediglich ein einziges Mal — nämlich 1908/1909 — erwähnt. Das Verhältnis des Vereins zu den übrigen Gewerkschaften am Platze Arbon blieb stets ein gespanntes, weshalb der Verein stets als Aussenseiter betrachtet wurde.¹²⁵

c. Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen

Die Herausbildung kultureller Arbeitnehmerorganisationen hat sich gegen das Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zusehends verstärkt. Dabei hat nicht allein der zahlenmässige Umfang, sondern auch die Vielfalt dieser Organisationen zugenommen. Neben den Schweizerischen Grütliverein, der bis 1874 noch die einzige bedeutende kulturelle Arbeitnehmerorganisation der Schweiz gewesen war, traten nun auch die besonderen Korporationen der Grütli-Turner, -Schützen und -Sänger als spezialisierte Arbeiter-Sport- und Kulturverbände. Ferner wurden nun in wachsendem Masse kulturelle Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung gegründet, zunächst vor allem katholische Gesellenvereine, dann auch katholische Arbeitervereine und seit der Jahrhundertwende auch katholische Arbeiterinnenvereine. Ausserdem haben sich seit der Jahrhundertwende in kraftvoller Weise die modernen Arbeitersport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung entwickelt.

Natürlich haben sich auch die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen in verschiedene Richtungsgruppen aufgeteilt. Dabei haben sich vor allem zwei Blöcke ergeben, nämlich einerseits die Organisationen der sozialdemokratischen Richtung und anderseits die Organisationen der christlichsozialen Richtung. Der Schweizerische Grütliverein und die ihm nahestehenden Korporationen sind dagegen nicht in der Lage gewesen, sich als dritter Block mit dauerndem Erfolg durchzusetzen. Gesamthaft betrachtet ist der Schweizerische Grütliverein wohl am besten als Glied der sozialdemokratischen Richtungsgruppe zu bewerten, und auch die Korporationen der Grütli-Turner, -Schützen und -Sänger können keineswegs als eine eigene Richtungsgruppe aufgefasst werden.

Die Gegensätze zwischen den beiden Richtungsgruppen der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen sind anfänglich noch verhältnismässig gut überbrückt

¹²⁵ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn G. Stolz, Arbon.

worden, indem sowohl der Schweizerische Grütliverein als auch die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine dem Schweizerischen Arbeiterbund angehörten. Nach der Jahrhundertwende trat jedoch eine erhebliche Verschärfung der Gegensätze ein, welche der Aufspaltung der Arbeitnehmerorganisationen in zwei völlig getrennte Blöcke nachhaltig Vorschub leistete. Es ist aber zu beachten, dass die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung weit kräftiger in die Blockbildung einbezogen wurden als dies bei den kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der sozialdemokratischen Richtung der Fall war. Während der Zentralverband christlichsozialer Organisationen der Schweiz, der im Jahre 1904 seinen Anfang nahm, und der Christlichsoziale Arbeiterbund der Schweiz, der im Jahre 1919 geschaffen worden ist, die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung sozusagen lückenlos erfassten, besaßen die andern Organisationen während den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts keine entsprechende schweizerische Spitzenorganisation, welche die verschiedenen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände zu einer umfassenden Einheit vereinigte. Eine derartige Spitzenorganisation ist erst im Jahre 1931 unter der Bezeichnung «Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Arbeiter-Sport- und Kulturverbände» geschaffen worden. Diese Organisation hat es verstanden, die verschiedenen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung zu einer engeren Zusammenarbeit zusammenzuschliessen. Diese Spitzenorganisation unterhält seit 1950 auch direkte organisatorische Beziehungen zur Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale, sodass der Integrationsprozess auch nach jener Seite hin als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Die Entwicklung der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen hat nicht allein gesamtschweizerisch, sondern auch innerhalb der einzelnen Kantone zur Herausbildung der beiden hauptsächlichen Richtungsgruppen geführt, wobei allerdings die Blockbildung fast durchwegs weniger ausgeprägt in Erscheinung tritt.

Im Kanton Thurgau wurde eine erste kantonale Spitzenorganisation kultureller Arbeitnehmerorganisationen im Jahre 1887 in der Form des Kantonalverbandes thurgauischer Grütlivereine geschaffen. Dieser bis in die Zwischenkriegszeit bestehende Kantonalverband umfasste allerdings nur die allgemeinen Grütlivereins-Sektionen, nicht auch die einzelnen Sektionen der Korporationen. — Auch der im Jahre 1908 geschaffene Sekretariatsverband des Kantons Thurgau zählte keine Sektionen der eigentlichen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände zu seinen Mitgliedern; abgesehen von den Arbeiterbildungs- und den Grütlivereinen, die zu jener Zeit bereits einen stark parteipolitischen Einschlag aufwiesen, gehörten dem Sekretariatsverband weder bei seiner Gründung noch in der späteren Zeit kulturelle Arbeitnehmerorganisationen an. Obwohl die Statuten des Thurgauischen Arbeitersekretariatsverbandes seit 1938 ausdrücklich vorsehen, dass z. B. auch Arbeitersportorganisationen die Mitgliedschaft erwerben können, sind diese dem Verband bisher stets fern geblieben. Auch die Schaffung eines besonderen Kantonalverbandes der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der sozialdemokratischen Richtung ist bisher unterlassen worden. — Demgegenüber haben die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung bereits seit der Jahrhundertwende ein lebhaftes Interesse an einer Kantonalen Spitzenorganisation gezeigt. Als im Jahre 1905 der Kantonalverband des

Schweizerischen katholischen Volksvereins im Thurgau gegründet wurde, haben sich ihm auch verschiedene katholische Gesellen- und Arbeitervereine angeschlossen. Auch der im Jahre 1911 gegründete Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau (VCOT) hat die rege Unterstützung der katholischen Standesvereine gefunden. Während der Kantonalverband des Schweizerischen katholischen Volksvereins später eher wieder in den Hintergrund trat, blieben die katholischen Standesvereine mit dem VCOT auch späterhin in lebendigem Kontakt. Allerdings sind bisher nur die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine — nicht auch die katholischen Gesellenvereine — dem VCOT beigetreten. In jüngster Zeit ist aber auch diese Lücke weitgehend geschlossen worden, indem der VCOT den katholischen Gesellenvereinen einen Sitz im Kantonalvorstand einräumte. Diese Form der Zusammenarbeit, die ohne ein eigentliches Mitgliedschaftsverhältnis erfolgt, ist seit dem 3. Mai 1951 auch in den Statuten des VCOT verankert worden.

Unabhängig von diesen Bestrebungen zur Zusammenfassung der einzelnen Organisationen zu Richtungsgruppen haben verschiedene Organisationen spezielle Kantonalverbände gegründet. Auf der Seite der christlichsozialen Organisationen hat sich diese Tendenz bereits bei allen drei kulturellen Arbeitnehmerorganisationen durchgesetzt: bei den katholischen Gesellenvereinen seit den dreissiger Jahren, bei den katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen seit 1951. — Bei den Organisationen der sozialdemokratischen Richtung ist es dagegen bisher nur in zwei Fällen zur Bildung von Kantonalverbänden gekommen, nämlich bei den thurgauischen Sektionen des Schweizerischen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes (1932—1936) und des Touristenvereins «Die Naturfreunde» (seit 1951/52).

Ein erheblich anderes Bild bietet die Entwicklung der örtlichen Spitzenorganisationen der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen. Hier haben die Organisationen der sozialdemokratischen Richtung in der Regel eine ausgesprochen aktive Haltung eingenommen. Ueberall wo Arbeiterunionen entstanden sind, haben sich ihnen auch die lokalen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung angeschlossen. In verschiedenen Ortschaften haben diese Sport- und Kulturverbände ferner sogenannte Arbeitersportkartelle gegründet. Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung zeigen dagegen im allgemeinen kein so grosses Interesse an einem lokalen Zusammenschluss der christlichsozialen Organisationen. Nur in wenigen thurgauischen Ortschaften haben sie sich bisher unmittelbar an lokalen Spitzenorganisationen der christlichsozialen Richtung beteiligt, wobei es vor allem darum ging, eine engere Zusammenarbeit zwischen den katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen und den christlichen Gewerkschaften zu pflegen.

1) Die Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Arbeiter-Sport- und Kulturverbände

Bei der seit 1874 eingetretenen Entwicklung der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der sozialdemokratischen Richtung sind hauptsächlich zwei Phasen zu unterscheiden: eine erste, welche im Zeichen des Schweizerischen Grütlis

vereins und seiner Korporationen steht, und eine zweite, in welcher die modernen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände die dominierende Stellung einnehmen. Die Schwelle von der ersten zur zweiten Phase bildet der Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1914. Wenn auch der Schweizerische Grütliverein noch bis zum Jahre 1925 weiterbestand, so war es doch unverkennbar, dass der erste Weltkrieg den inneren Zerfall in jäher Weise gefördert hat. Bei den einzelnen Korporationen des Schweizerischen Grütlivereins offenbart sich dieser Uebergangsprozess sogar noch deutlicher. Alle drei Korporationen sind noch vor Kriegsende in die modernen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung übergeführt worden. So ist der im Jahre 1874 gegründete Schweizerische Grütli-Turnverband im Jahre 1917 in den Schweizerischen Arbeiter-Turnverband umgewandelt worden, der im Jahre 1922 zum heutigen «Schweizerischen Arbeiter-Turn- und Sportverband» (SATUS) erweitert wurde. Desgleichen wandelte sich der Schweizerische Grütli-Schützenverband im Laufe des Krieges in den heutigen «Schweizerischen Arbeiter-Schützenbund» und der Schweizerische Grütli-Sängerverband in den heutigen «Schweizerischen Arbeitersänger-Verband». Andererseits haben sich nun auch die seit 1905 entstandenen Sektionen der Arbeitertouristen (Touristenverein «Die Naturfreunde») und Arbeiterradfahrer (Arbeiter-Touringbund «Solidarität») als Landesverbände konsolidiert. Diese fünf modernen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung bildeten später auch den Grundstock der **«Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Arbeiter-Sport- und Kulturverbände»** (ASASK), die im Jahre 1931 gegründet wurde. Obwohl seit dem ersten Weltkrieg noch eine ganze Reihe weiterer Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung gegründet worden sind und der ASASK sich anschlossen, liegt auch noch heute das Schwergewicht bei den 5 «historischen» Verbänden. Die Gesamtzahl der angeschlossenen Verbände der ASASK betrug Ende 1947 11.

Es würde zu weit führen, im Rahmen dieser Arbeit auf die Besonderheiten der einzelnen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände einzugehen. Jeder dieser Verbände verfügt auch noch heute über ein ausgeprägtes Eigenleben. Die ASASK bedeutet lediglich eine verhältnismässig lockere Zusammenfassung der angeschlossenen Verbände zur Pflege des Kontakts und zur gemeinsamen Förderung der Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung. Die Organe der ASASK sind der Vorstand, der aus den Präsidenten oder deren Stellvertretern der angeschlossenen Verbände und den Mitgliedern der Geschäftsleitung besteht. Die Geschäftsleitung besteht aus drei Mitgliedern. Die grundsätzliche Haltung der ASASK wird gemäss den heute geltenden Statuten vom 5. Februar 1950 in den Richtlinien wie folgt umschrieben: «Die schweizerischen Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen stehen grundsätzlich auf dem Boden der wehrbereiten, freiheitlichen, sozialen Demokratie, deren edelste Aufgabe die Volkswohlfahrt und die Pflege verständnisvoller Zusammenarbeit gleichberechtigter freier Völker darstellt.»

Wie die schweizerische Entwicklung so ist auch die thurgauische zu gliedern in eine Periode des Grütlivereins und seiner Korporationen und in eine Periode der modernen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung.

Ihre eigentliche Blütezeit erlebten die thurgauischen Grütlivereins-Sektionen und Grütlikorporationen um die Jahrhundertwende.¹²⁶ Nicht nur war der zahlenmässige Umfang der Organisationen ein sehr bedeutender, sondern auch das Leben zeichnete sich durch grosse Vielfalt und Bewegtheit aus. Besonders regte war die Tätigkeit der «Grütlianer» in Frauenfeld und Arbon. In Frauenfeld ist 1896 ein Grütliturnverein, um 1898 ein Grütligesangverein und um 1899 ein Grütli-schützenverein gegründet worden. In Arbon bestand sogar schon um 1885/1886 ein reger Grütli-Gesangverein. Später sind in Arbon auch zwei Grütli-schützenvereine gegründet worden, nämlich eine Grütli-Feldschützengesellschaft (schon seit 1876) und ein Grütli-Militärschützenverein (der um 1912 in den Militärschiessverein umgewandelt wurde. Ferner ist im Jahre 1911 ein Grütli-turnverein ins Leben gerufen worden. Die um 1885 in Arbon entstandene Grütli-Musikkorporation ist dagegen schon nach einjährigem Bestand wieder aufgelöst worden. — Auch in Kreuzlingen, Romanshorn und Steckborn sind verschiedene Grütli-Korporationen entstanden, wobei aber die in Steckborn gegründeten Korporationen der Sänger (in den 1890er Jahren) und Schützen (1911) bald wieder aufgelöst worden sind.

Das Erstarken der thurgauischen «Grütlianer» äusserte sich nicht zuletzt auch im Kantonalverband thurgauischer Grütlivereine, der — nach einem ergebnislosen Anlauf um 1885 — im Juli 1887 durch 8 thurgauische Grütlivereins-Sektionen gegründet worden ist. Der nach dem Vorortssystem geleitete Kantonalverband ist um 1901 zum Kantonalverband thurgauischer Grütli- und Arbeitervereine erweitert worden, doch ergab sich nach der Gründung des kantonalen Arbeitersekretariatsverbandes im Jahre 1908 wiederum eine stärkere Betonung der ursprünglichen Zusammensetzung aus Grütlivereins-Sektionen. Die Existenz des Kantonalverbands der Grütlivereine gestaltete sich indessen seither immer problematischer. Nur infolge der zähen Energie einiger weniger Sektionen gelang es, den Kantonalverband noch bis um die Mitte der zwanziger Jahre am Leben zu erhalten.

Den höchsten Mitgliederbestand erreichten die thurgauischen Grütlivereins-Sektionen um 1890; in diesem Jahre umfasste der Verband 17 Sektionen mit 648 Mitgliedern, während er 10 Jahre früher erst 5 Sektionen mit 202 Mitgliedern gezählt hatte. Seit 1890 ist jedoch keine weitere Vergrösserung des Mitgliederbestandes der Grütlivereins-Sektionen mehr eingetreten, sondern es hat sich schon jetzt eine rückläufige Bewegung geltend gemacht, wobei allerdings die Zahl der Sektionen bis zum ersten Weltkrieg noch stabil blieb (1910 468 Mitglieder). Kurz vor Kriegsausbruch kletterte die Mitgliederzahl nochmals auf über 600 (1913 613), doch erfolgte zu Beginn des Krieges ein abrupter Rückschlag. Bereits um 1916 zählte der Kantonalverband thurgauischer Grütlivereine lediglich noch 9 Sektionen mit 186 Mitgliedern. Zu Beginn der zwanziger Jahre sank der Mitgliederbestand sogar unter 100, worauf dann bald die vollständige Auflösung des Kantonalverbandes und der einzelnen Sektionen folgte.

Hinsichtlich der thurgauischen Grütli-Korporationen fehlen uns entspre-

¹²⁶ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresberichte 1874 u. f.; TA; ferner gemäss persönlichen Mitteilungen von ehemaligen «Grütlianern».

chende Angaben über die Gesamtentwicklung. Immerhin sei erwähnt, dass man Ende 1913 7 den Schweizerischen Grütli-Korporationen angeschlossene thurgauische Schützen-, Gesang- und Turnvereine zählte.¹²⁷

Die modernen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände sind, wie wir bereits andeuteten, teilweise unmittelbar aus den Grütli-Korporationen hervorgegangen. Diese innere Umwandlung ist auch bei einer ganzen Anzahl thurgauischer Grütli-Korporationen erfolgt. Nicht nur sind die Grütli-Turnvereine in Frauenfeld und Arbon zu Sektionen des neugeschaffenen Arbeiterturnverbandes geworden, sondern in analoger Weise sind auch die Grütli-Schützenvereine in Frauenfeld (gegründet 1899) und Romanshorn (gegründet 1909) und die Grütli-Gesangsvereine in Frauenfeld (gegründet 1898) und Kreuzlingen (gegründet 1896) zu Sektionen der modernen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung geworden. Daneben sind aber auch an verschiedenen Orten Arbeiterradfahrer- und Arbeitertouristenvereine entstanden. Besonders auffallend ist die frühzeitige Bildung von Arbeiterradfahrervereinen im Kanton Thurgau. In Kreuzlingen wurde bereits um 1906 ein solcher Verein gegründet, in Arbon um 1908, in Romanshorn um 1910, in Frauenfeld um 1912 und in Neukirch-Egnach um 1913. — Interessanterweise haben sich in Arbon bereits vor dem ersten Weltkrieg auch Arbeitergesang- und Musikvereine gebildet, die nicht in einem engeren Verhältnis zum Grütliverein standen, z. B. der Männerchor «Vorwärts», der Schifflisticker-Männerchor, der Musikverein «Alpenrösli» und der Musikverein der italienischen Stickereiarbeiter. Die beiden Stickereiarbeitervereine haben allerdings nur kurze Zeit bestanden. Der Schifflisticker-Männerchor fusionierte bereits um 1912 mit dem Männerchor «Vorwärts» zum heutigen Arbeiter-Männerchor Arbon.¹²⁸ Ungefähr um die gleiche Zeit verschwand auch der Musikverein der italienischen Stickereiarbeiter von der Bildfläche.¹²⁹ Ein Jahrzehnt später — um 1922 — fand auch der im Jahre 1909 gegründete Musikverein «Alpenrösli» durch Fusionierung mit der Stadtmusik ein Ende.¹³⁰

Seit dem ersten Weltkrieg haben sich die modernen Arbeiter-Sport und Kulturverbände der sozialdemokratischen Richtung noch um ein Mehrfaches vermehrt, wobei die Turn-, Touristen-, Sänger-, Radfahrer- und Schützenvereine aber auch noch heute das Hauptkontingent der Mitgliedschaft stellen. Ende 1947 verzeichneten die verschiedenen Arbeiter-Sport- und Kulturverbände im Kanton Thurgau folgende Bestände:

Zahl der Sektionen und Mitglieder der im Kanton Thurgau vertretenen
Arbeiter-Sport- und Kulturverbände im Jahre 1947

	Sektionen bzw. Ortsgruppen	Mitglieder
Arbeiter-Touringbund der Schweiz «Solidarität»	12	418
Schweizerischer Arbeiter-Radiobund	1	110
Schweizerischer Arbeitersängerverband	8	248

¹²⁷ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresbericht 1913, S. 242/260.

¹²⁸ Gemäss persönlicher Mitteilung von Herrn Jac. Löser, Arbon.

¹²⁹ Gemäss persönlicher Mitteilung von Herrn G. Stolz, Arbon.

¹³⁰ Gemäss persönlicher Mitteilung von Herrn Jos. Kern, Arbon.

Schweizerischer Arbeiter-Schachbund	1	38
Schweizerischer Arbeiter-Schützenbund	2	280
Schweizerischer Arbeiter-Turn- und Sportverband	13	629
Touristenverein «Die Naturfreunde»	8	481
Total	45	2 004

Einer der wichtigsten Zweige der Arbeitersportbewegung der sozialdemokratischen Richtung ist zweifellos der **Schweizerische Arbeiter-Turn- und Sportverband (SATUS)**. Ausser den eigentlichen Turn-Sektionen umfasst der Verband auch Sektionen, welche auf eine Sportart spezialisiert sind. Im Kanton Thurgau handelt es sich jedoch fast durchwegs um Turn-Sektionen (4 Männerturnvereine, 2 Männerriegen, 4 Fraueturnvereine und 1 Frauenriege); als einzige spezielle Sportsektion des Kantons Thurgau besteht seit 1929 der Arbeiterschwimmclub Arbon. Ferner sind dem SATUS die Tambouren-Vereine angeschlossen; auch dieser Unterverband des SATUS ist im Kanton Thurgau nur durch eine einzige Sektion vertreten, nämlich durch den Tambouren-Verein Arbon, der im Jahre 1937 aus dem um 1931 gegründeten Trommler- und Pfeifer-Korps hervorgegangen ist. Die 13 im Jahre 1947 bestehenden thurgauischen SATUS-Sektionen verteilen sich auf Arbon (6), Frauenfeld (2), Amriswil (3) und Kreuzlingen (2). Neuerdings hat sich auch in Steckborn eine Sektion gebildet (1950).¹³¹

Recht kräftig sind auch die **Arbeiterradfahrer** im Kanton Thurgau vertreten. Zu den 5 bereits vor dem ersten Weltkrieg entstandenen Sektionen sind seither noch 7 weitere gekommen, nämlich in Amriswil (1917), Müllheim (1919), Aadorf (1920), Diessenhofen (1920), Horn (1920), Steckborn (1945) und Bischofszell (1947). Da aber eine dieser Sektionen — nämlich die Sektion Diessenhofen — inzwischen wieder eingegangen ist, beträgt die Gesamtzahl der Arbeiterradfahrervereine im Kanton Thurgau heute (1952) 11.¹³² Die zahlenmässig stärkste Sektion ist natürlich diejenige der Industriestadt Arbon; diese zählte im Sommer 1947 101 Mitglieder. — Zur Bildung einer besonderen Motorfahrer-Sektion ist es im Kanton Thurgau im Gegensatz zu den Nachbarkantonen Zürich, Sankt Gallen und Schaffhausen noch nicht gekommen.

Der dritte grosse Zweig der Arbeitersportbewegung wird durch den **Touristenverein «Die Naturfreunde»** gebildet. Diese Organisation, die ebenfalls noch vor dem ersten Weltkrieg im Kanton Thurgau heimisch wurde, zählte Ende 1947 8 thurgauische Sektionen («Ortsgruppen»), die sich auf folgende Regionen verteilen: Amriswil, Arbon, Bischofszell, Frauenfeld, Kradolf-Sulgen, Kreuzlingen, Romanshorn und Weinfelden. Besonders umfangreich ist die Ortsgruppe Arbon, deren Gründung um 1908/1910 erfolgte. Die Mitgliederzahl dieser Sektion belief sich Ende 1947 auf 148. Sie ist die einzige thurgauische Sektion, welche über ein eigenes Ski- und Ferienheim verfügt. Das im Jahre 1947 auf dem Buchserberg (Kanton Sankt Gallen) geschaffene «Naturfreundehaus

¹³¹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn M. Albrecht, Zentralsekretär des Schweizerischen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, sowie thurgauischer Verbandsmitglieder.

¹³² Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn G. Steiner, Sekretär des Arbeiter-Touring-Bundes der Schweiz «Solidarität», Bern.

Malbun» bietet Platz für 80 bis 90 Gäste. Bis vor kurzem verteilten sich die thurgauischen Sektionen auf zwei verschiedene Verbands-Bezirke. Da sich aber daraus verschiedene Unzukömmlichkeiten ergaben, haben die thurgauischen Sektionen an ihrer Delegiertenversammlung vom 11. November 1951 in Weinfelden beschlossen, einen Kantonalverband zu gründen. Seine Statuten sind nach der Genehmigung durch die Landesleitung des Touristenvereins im Jahre 1952 in Kraft getreten.¹³³

Eine starke Verbreitung im Kanton Thurgau verzeichnet ferner der **Schweizerische Arbeitersängerverband**.¹³⁴ 2 der 8 im Jahre 1947 bestehenden Sektionen sind aus Grütligesangvereinen hervorgegangen: der Arbeiter-Männerchor Kreuzlingen und der Arbeitergesangverein Frauenfeld. In Arbon ist der lokale Grütli-männerchor im Dezember 1922 mit dem Arbeitermännerchor Arbon verschmolzen worden, und ungefähr um die gleiche Zeit hat sich der Frauen- und Töchterchor «Harmonie» (seit 1943 Gemischter Chor «Harmonie») gebildet. In Amriswil wird der Arbeitersängerverband durch den im April 1918 gegründeten Gemischten Chor «Proletaria» vertreten. Weitere Arbeiterchöre bestehen seit 1918 in Romanshorn (Arbeitermännerchor «Vorwärts»), seit 1920 in Oberaach (Gemischter Chor «Eintracht») und seit dem Februar 1946 im Hinterthurgau (Arbeitermännerchor «Freundschaft»).

Der **Schweizerische Arbeiter-Schützenbund** ist im Kanton Thurgau nur durch zwei Sektionen vertreten, nämlich die Arbeiterschützenvereine Frauenfeld und Romanshorn. Auffallenderweise bestehen weder in Arbon noch in Kreuzlingen Arbeiterschützenvereine.

Der Vollständigkeit halber seien schliesslich noch der **Arbeiter-Radio-Club Romanshorn und Umgebung** (gegründet 1934) und der **Arbeiter-Schachklub Arbon** (gegründet 1932) erwähnt. Die letztgenannte Sektion erfreut sich einer grossen Regsamkeit. Sie hat schon wiederholt internationale Schachturniere veranstaltet. Eines ihrer Mitglieder, Albert Graf-Bourquin, ist bereits seit 1945 Präsident der Internationalen Arbeiter-Schach-Union, die im Jahre 1937 gegründet worden ist.

Zur gemeinsamen Förderung der Arbeitersportbewegung haben sich die einzelnen Sektionen der Arbeiter-Sport- und Kulturverbände in verschiedenen thurgauischen Ortschaften zu **Arbeiter-Sportkartellen** zusammengeschlossen. Das älteste derartige Sportkartell entstand am 26. Oktober 1927 in Kreuzlingen. Dem Beispiel Kreuzlingens folgten die Arbeitersportler am 4. Dezember 1928 in Frauenfeld. Beide Sportkartelle bestehen auch noch heute. Dagegen ist das im Jahre 1934 gegründete Sportkartell Romanshorn zu Beginn des zweiten Weltkrieges wieder aufgelöst worden. — Eine weitere Verbindungsbrücke zwischen den Mitgliedern der Arbeiter-Sport- und Kulturverbände bilden die Arbeiterunionen, denen ja in der Regel auch alle Arbeiterorganisationen der betreffenden Orte angeschlossen sind.

¹³³ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn Jos. Frommenwiler, Arbon.

¹³⁴ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn Jean Ruckstuhl, Frauenfeld.

II) Die kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung

Die drei tragenden Säulen der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung sind die katholischen Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine. Alle drei Organisationen beschränken sich praktisch fast ausschliesslich auf Angehörige der römisch-katholischen Kirche, weshalb sie vielfach auch als katholische Standesvereine bezeichnet werden. Tatsächlich stehen die Vereine auch organisatorisch und in ihrer ideellen Haltung in einem ausgesprochen engen Verhältnis zum Katholizismus.

Den ältesten Zweig der kulturellen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung bilden die katholischen Gesellenvereine. Die Initiative zur Schaffung derartiger Vereine geht auf den Kölner Domvikar Adolf Kolping zurück, der im Jahre 1849 den ersten katholischen Gesellenverein begründete und bereits nach wenigen Jahren der katholischen Gesellenvereinsbewegung einen internationalen Charakter zu verschaffen wusste. Sehr frühzeitig hat die Bewegung auch in der Schweiz ein positives Echo gefunden. Die Zahl der schweizerischen Sektionen hat sich in der Folge rasch vermehrt, sodass sie bereits um 1868 einem schweizerischen Zentralpräses unterstellt wurden. Im Jahre 1885 hat der Zentralverein sodann seine ersten Statuten erhalten. Seit 1931 lautet seine offizielle Bezeichnung «Schweizerischer Katholischer Gesellenverein». — Ausser den eigentlichen Gesellen-Mitgliedern (im Alter von 17 bis 35 Jahren) bilden seit 1931 auch die sogenannten Senioren-Mitglieder (d. h. die ehemaligen Gesellen-Mitglieder) einen integrierenden Teil der Organisation, indem nun die jährliche Seniorenkonferenz eingeführt wurde.

Die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind dagegen jüngeren Datums. Beide Gruppen sind erst im Jahre 1904 zu Landesverbänden zusammengefasst worden, nämlich zum «Verband der katholischen Arbeitervereine der Schweiz» und zum «Verband der katholischen Arbeiterinnenvereine der Schweiz» (seit 1950 «Verband katholischer Arbeiterinnen- und Angestelltenvereine der Schweiz» genannt). Die beiden Verbände haben jedoch Vorläufer; speziell die katholischen Arbeitervereine reichen geschichtlich im Grunde bis tief ins 19. Jahrhundert zurück.

Alle drei Landesverbände sind als integrierende Bestandteile der christlichsozialen Gesamtbewegung der Schweiz zu betrachten. Sie gehörten daher auch dem Zentralverband christlichsozialer Organisationen der Schweiz an (1904/1937) und sind seit 1919 dem Christlichsozialen Arbeiterbund der Schweiz angeschlossen. — Bis zum Jahr 1918 gehörten die drei Landesverbände auch dem Schweizerischen Arbeiterbund an.

Auch im Kanton Thurgau ging die Entstehung der **katholischen Gesellenvereine** der Ausbreitung der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine voraus. Während die ersten thurgauischen Gesellenvereine in den 1880er Jahren gegründet wurden, folgten die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine im Kanton Thurgau erst rund zwei Jahrzehnte später.

Die Gesamtzahl der katholischen Gesellenvereine im Kanton Thurgau be-

trägt heute 6. Drei davon sind bereits in den 1880er Jahren entstanden, nämlich um 1883 (Arbon), 1884 (Bischofszell) und 1888 (Frauenfeld). Ein weiterer Gesellenverein wurde während des ersten Weltkrieges in Kreuzlingen gegründet (1917). Die beiden jüngsten Gesellenvereine entstanden in der Zwischenkriegszeit, nämlich um 1927 (Amriswil) und 1934 (Weinfelden). Die Sektionen sind dem Diözesanverband Sankt Gallen angeschlossen, bilden aber seit den dreissiger Jahren einen kantonalen Gauverband. Die Tätigkeit des letzteren bezieht sich vor allem auf die Durchführung von kantonalen Gautagungen.

Die Mitgliederzahl der thurgauischen Gesellenvereine war nie sehr gross, sofern man nur die Aktivmitglieder zählt. Ende 1947 zählte man lediglich 112 Aktivmitglieder. Wesentlich grösser ist die Zahl der Mitglieder der «Kolping-Krankenkasse», welcher auch Altmitglieder der Gesellenvereine angehören. Ende 1947 zählte man im Kanton Thurgau immerhin 244 Mitglieder dieser Institution des Schweizerischen katholischen Gesellenvereins. Die Gesamtzahl der Alt- und Passivmitglieder der thurgauischen Gesellenvereine betrug im gleichen Zeitpunkt 524.¹³⁵

Ungeachtet des verhältnismässig kleinen Umfangs der thurgauischen Gesellenvereine haben diese auf dem Gebiete des Bildungswesens schon sehr viel geleistet. Der katholische Gesellenverein Frauenfeld führte beispielsweise schon um 1888 einen Buchhaltungskurs durch und vermittelte seinen Mitgliedern Gesangsunterricht. Später wurde auch in andern Fächern Unterricht erteilt. Beachtenswert ist ferner die Veranstaltung von Abendunterhaltungen und Christbaumfeiern und die Durchführung von Vorträgen. Vorübergehend verwaltete dieser Gesellenverein auch eine eigene Sparkasse. Seit dem November 1942 besitzt der Gesellenverein sogar eine Freizeitwerkstätte.¹³⁶

Wesentlich zahlreicher und stärker als die katholischen Gesellenvereine sind bereits seit nahezu fünfzig Jahren die **katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine** im Kanton Thurgau vertreten. Die Gründung von thurgauischen Sektionen hat schon bald nach der Schaffung der beiden Landesverbände im Jahre 1904 eingesetzt. Zu den ersten katholischen Arbeitervereinen des Kantons Thurgau gehören die Arbeitervereine von Frauenfeld (seit 1905), Kreuzlingen und Emmishofen (seit 1906), Romanshorn (seit 1907) und Arbon (seit 1908)¹³⁷ Gleichzeitig mit der Bildung katholischer Arbeitervereine sind da und dort auch katholische Arbeiterinnenvereine ins Leben gerufen worden, in Arbon bereits im Jahre 1905, in Frauenfeld im Herbst 1906.¹³⁸

Die Mitgliederzahl der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine ist nach dem ersten Weltkrieg zusammen auf über 1000 angewachsen und seither nie mehr unter diese Grenze gesunken. Schon dieser bedeutende zahlenmässige Umfang lässt erkennen, dass die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine

¹³⁵ Gemäss persönlichen Mitteilungen des Zentralsekretariates des Schweizerischen Katholischen Gesellenvereins.

¹³⁶ Vgl. Katholischer Gesellenverein Frauenfeld, Protokolle (1888/1943).

¹³⁷ Vgl. Kantonalverband des Schweizerischen katholischen Volksvereines im Thurgau, Berichte 1905/1906 u. f.

¹³⁸ Vgl. Gemäss persönlichen Mitteilungen des Katholischen Pfarramtes Frauenfeld und des christlichsozialen Arbeitersekretärs Herrn P. Herzog, Arbon.

eine recht bedeutende Stellung innerhalb der christlichsozialen Arbeiterbewegung des Kantons Thurgau einnehmen. Sie bilden daher auch zwei sehr wichtige Grundpfeiler des im Jahre 1911 gegründeten Verbandes christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau. Seit 1950 sind die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine zudem zu besonderen Kantonalverbänden zusammengefasst, wobei in den Statuten ausdrücklich betont wird, dass die beiden neugeschaffenen Kantonalverbände als Glieder des VCOT geschaffen worden sind. Die «Vereinigung der katholischen Arbeiter- und Angestelltenvereine des Kantons Thurgau», deren Statuten vom 25. Juni 1950 datieren, wie auch der «Verband der katholischen Arbeiterinnen- und Angestelltenvereine des Kantons Thurgau», der am 2. Juli 1950 geschaffen wurde, stehen also auch noch heute in engster Verbindung mit dem kantonalen Gesamtverband der christlichsozialen Organisationen.

Nähere Angaben über die Entwicklung der Zahl der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und ihrer Mitglieder sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich:

Zahl der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und ihrer Mitglieder
im Kanton Thurgau

Jahre ¹⁾	Arbeitervereine		Arbeiterinnenvereine	
	Sektionen	Mitglieder	Sektionen	Mitglieder
1920	7	343	8	976
1925	*	351	*	727
1930	13	604	10	830
1935	13	616	10	756
1940	12	508	9	578
1945	12	553	10	615
1947	14	616	10	640
1950	15	742	10	703
1951	15	702	10	771

¹⁾ Jahresende.

d. Die politischen Arbeitnehmerorganisationen

Es gehört mit zu den Wesensmerkmalen der modernen Arbeiterbewegung, dass sie sich auch auf dem Boden der Politik geltend macht und zwar vor allem in der Form der sogenannten Arbeiterparteien. Es handelt sich hierbei um Organisationen, die hauptsächlich Arbeitnehmer umfassen und insbesondere auf die Wahrung der politischen Interessen derselben gerichtet sind.

Ähnlich wie bei den anderen Arbeitnehmerorganisationen haben wir auch bei den Arbeiterparteien verschiedene Richtungen. Die Meinungsverschiedenheiten prallen in der Regel sogar noch erheblich stärker aufeinander als dies bei den anderen Arbeitnehmerorganisationen der Fall ist. Der Richtungskampf ist also innerhalb der Arbeiterparteien in der Regel noch schärfer als innerhalb der Gewerkschaften. Der zahlenmässige Umfang der einzelnen Arbeiterparteien ist allerdings verhältnismässig klein.

Die wichtigste politische Arbeitnehmerorganisation im Kanton Thurgau ist schon seit Jahrzehnten die Thurgauische sozialdemokratische Partei (gegründet 1906). Ausserdem haben sich da und dort verschiedene kleinere politische Arbeitnehmerorganisationen entwickelt. Insbesondere verdient in diesem Zusammenhang die Christlichsoziale Partei des Kantons Thurgau (gegründet 1947) Erwähnung.

1) Die sozialistischen Parteioorganisationen

Ansätze zu einer Partei der sozialdemokratischen Richtung finden sich bereits in den 1870er Jahren, sowohl gesamtschweizerisch wie auch im Gebiete des Kantons Thurgau. Die eigentliche Parteigründung erfolgte aber erst später. Als Ausgangspunkt der heutigen Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist das Jahr 1880 zu betrachten, während bis zur Gründung der entsprechenden Organisation für den Kanton Thurgau noch weitere 26 Jahre auf sich warten liess. Allerdings ist zu beachten, dass der Schweizerische Grütliverein und die ihm angeschlossenen Kantonalverbände bereits schon am Ende des 19. Jahrhunderts eine deutliche Annäherung an die sozialdemokratische Partei vorgenommen haben, wobei zugleich eine mehr oder weniger starke Politisierung der Tätigkeit erfolgte. Dieser Entwicklung waren sich die leitenden Persönlichkeiten des Schweizerischen Grütlivereins durchaus bewusst und haben sie auch in aller Form bejaht. Den Schritt zur Bildung einer eigentlichen Arbeiterpartei hat der Schweizerische Grütliverein jedoch erst im Jahre 1916 gemacht, nachdem an der Tagung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom November 1915 die Auflösung des Schweizerischen Grütlivereins gefordert worden ist. Anstatt der Aufforderung zur Auflösung Folge zu leisten, ist nun von Seiten der «Grütlianten» an der Delegiertenversammlung beschlossen worden, die Organisation aufrecht zu erhalten und zu aktivieren. Im Zuge dieses Kampfes um die Selbstbehauptung hat sich der Schweizerische Grütliverein die Bezeichnung «Sozialdemokratische Volkspartei der Schweiz» zugelegt, und desgleichen haben die kantonalen Vereinigungen der Grütlivereine sich zu Kantonalparteien konstituiert. Im Kanton Thurgau erfolgte diese Reorganisation gemäss Beschluss der Vertrauensmännerversammlung vom Januar 1917. Die in die Reorganisation gesetzten Erwartungen haben sich allerdings nur in beschränktem Umfange erfüllt. Die von den «Grütlianten» propagierte «Sozialdemokratische Volkspartei» erzielte zwar einige Achtungserfolge, namentlich im Jahre 1919, aber dies änderte nichts an der Tatsache, dass die Organisation im Laufe der zwanziger Jahre schliesslich gänzlich aufgelöst werden musste (1925).¹³⁹ Auch die linksradikale Strömung des Bolschewismus, die sich gegen das Ende des ersten Weltkrieges in Kreuzlingen und einigen andern Orten bemerkbar machte, konnte sich auf die Dauer nicht halten. Das gleiche Schicksal einer nur kurzen Blütezeit ereilte die in den vierziger Jahren entstandenen thurgauischen Ortsgruppen der linksradikalen Partei der Arbeit. — Ferner ist in diesem Zusammenhang auf

¹³⁹ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresberichte 1916 u. f.

die stark politisch orientierten sozialistischen Jugendorganisationen hinzuweisen, die sich in einzelnen thurgauischen Ortschaften gebildet haben.¹⁴⁰ In Kreuzlingen bestand bereits um 1909 eine Sektion der sozialistischen Jugendorganisation. Später — um 1915 — bestanden auch in Arbon und Frauenfeld Sektionen dieser Art. Eine von ihnen, die Sektion Frauenfeld, gehörte in den Jahren 1918/1919 sogar dem Thurgauischen Arbeitersekretariatsverband an. Aber auch diese Abzweigung der sozialdemokratischen Richtungsgruppe besass keine grosse Lebenskraft. Obwohl seither wiederholt neue Vorstösse unternommen worden sind, um die Arbeiterjugend zu politisch orientierten Jugendorganisationen zusammenzuschliessen, kann nicht behauptet werden, dass diese Versuche auf thurgauischem Boden besonders erfolgreich verlaufen wären.

Nach diesem kurzen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der verschiedenen politischen Organisationen der sozialdemokratischen Richtung haben wir noch etwas eingehender auf die Verhältnisse der **Thurgauischen sozialdemokratischen Partei** hinzuweisen. Die Partei hat von Seiten der Grütlivereine und Arbeiterunionen so kräftige Rückenstärkung erfahren, dass ihre Mitgliederzahl bereits um 1910 über 500 betrug. Die sozial und wirtschaftlich bewegten Jahre des folgenden Jahrzehnts blieben natürlich auch nicht ohne Wirkungen auf die Partei; sie hat nun ihre Aktivität ausserordentlich zu steigern vermocht. Hand in Hand mit den grossen parteipolitischen Erfolgen, welche der Sozialdemokratie nach dem ersten Weltkrieg beschieden waren, kletterte die Mitgliederzahl der Partei um 1919/1920 auf über 1 600 (1920 1 653). Dieser ausserordentlich grosse Umfang der Partei ertuhr indessen sogleich wieder erhebliche Abstriche. Schon um 1922 hatte sich die Mitgliederzahl auf 1 097 vermindert, war also um ein ganzes Drittel kleiner als im Jahre 1920. Seither hat sich die Mitgliederzahl nie mehr auf über 1 400 gehoben, sondern sie ist zeitenweise sogar auf weniger als 700 gesunken (1939, 1942). Seit 1944 liegt die Mitgliederzahl allerdings wiederum an der Tausendergrenze, wobei der Anteil der weiblichen Mitglieder nahezu 15 Prozent des Bestandes ausmachten. Weitere Angaben sind aus nachfolgender Tabelle ersichtlich.¹⁴¹

Zahl der Sektionen und Mitglieder der Thurgauischen
sozialdemokratischen Partei

Jahre ¹⁾	Sektionen ²⁾	Mitglieder		
		Total	Männer	Frauen
1910	17	594	*	*
1913	23	854	*	*
1918	23	1 385	*	*
1920	29	1 653	*	*
1925	20	974	900	74

¹⁴⁰ Vgl. Schweizerischer Grütliverein, Jahresbericht 1909 u. f.; Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Jahrbuch 1915 u. Geschäftsberichte 1918/1920 u. f.

¹⁴¹ Vgl. Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband, Jahresberichte 1918 u. f.; Schweizerischer Grütliverein, Jahresberichte 1910 u. 1913.

1930	21	1 274	1 127	147
1935	19	995	839	156
1940	14	601	522	79
1945	28	1 118	939	179
1947	30	1 331	1 152	179
1950	28	1 216	1 062	154
1951	27	1 192	1 033	159

1) Jahresende, ausgenommen 1913 (Jahresanfang).

2) Angaben pro 1913, 1918 u. 1920 inkl. übrige nicht-gewerkschaftliche Organisationen; Angaben seit 1945 inkl. Sozialdemokratische Frauengruppen.

II) Die politischen Arbeitnehmerorganisationen der christlichsozialen Richtung

Die christlichsoziale Arbeiterbewegung findet ihren parteipolitischen Ausdruck in der christlichsozialen Partei. Diese ist im Keime bereits im Jahre 1904 als schweizerische Organisation geschaffen worden.¹⁴² Es ist aber zu beachten, dass die Partei gesamtschweizerisch noch immer in enger Verbindung mit der katholisch-konservativen Partei steht. Auch die Entwicklung innerhalb des Kantons Thurgau zeigt, dass die politische Organisation der christlichsozialen Richtung sehr lange in enger Verbindung mit der Katholischen Volkspartei des Kantons Thurgau (gegründet 1905) blieb.

Die ersten Ansätze zu einer politischen Organisation der christlichsozialen Richtung reichen im Kanton Thurgau bis ins Jahr 1917 zurück.¹⁴³ In diesem Jahr hat der Verband christlichsozialer Organisationen einen besonderen politischen Ausschuss geschaffen, der in der Folge zur Bildung einer eigentlichen politischen Gruppe veranlasste. Es haben sich in der Folge auch selbständige lokale und regionale Parteien herauskristallisiert, die gleich den katholischen Arbeitervereinen direkt auf die Gestaltung der christlichsozialen Politik im Kanton Thurgau einzuwirken begannen. Eine weitere wichtige Entwicklungsstufe bildete die Ausarbeitung der Statuten der christlichsozialen politischen Gruppe des Kantons Thurgau durch die Delegiertenversammlung, die am 18. September 1928 in Weinfelden stattfand. Die Gruppe bildete jedoch vorläufig noch keine eigene Kantonalpartei. Dieser Schritt wurde erst im April 1947 getan, als die Bildung der heutigen **Christlichsozialen Partei des Kantons Thurgau** beschlossen wurde. Die am 8. August 1948 genehmigten Statuten kennzeichnen die Partei als «die kantonale politische Vereinigung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bauern, der Angehörigen des Mittelstandes und der freien Berufe, die sich auf eine kraftvolle Vertretung der christlichen Weltanschauung in Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft auf sozialer Grundlage verpflichten» (Art. 1). Immerhin ist der Grundsatz der parteipolitischen Unabhängigkeit auch noch heute insofern ein-

¹⁴² Vgl. Christlichsozialer Arbeiterbund der Schweiz, Jahrbuch 1937/1938, S. 8.

¹⁴³ Vgl. Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau, Jubiläumsschrift 1911/1936 u. Jahresberichte 1920 u. f.

geschränkt, indem die Partei im Kantonsrat mit der Katholischen Volkspartei des Kantons eine gemeinsame Fraktion bildet. Auch geht die Partei in der Regel Listenverbindungen mit der Volkspartei ein, und zwar nicht nur kantonale, sondern auch innerhalb der kleineren Wahlkreise.

C. Die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten

Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die Erhaltung des kollektiven Arbeitsfriedens auch in der thurgauischen Industrie zusehends schwieriger gestaltet. Diese Schwierigkeiten ergaben sich nicht zuletzt aus der Entwicklung zum Grossbetrieb. Hier entstanden Probleme des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie in den kleinen Betrieben gar nicht vorkommen. Im Grossbetrieb geht die Entpersönlichung der Arbeit des Berufstätigen, namentlich des Industriearbeiters, viel weiter. Zudem gestaltet sich auch das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unpersönlicher, da sich diese oft nur noch selten sehen und noch seltener miteinander in einen engeren menschlichen Kontakt kommen. Gleichzeitig hat aber die Entwicklung dazu geführt, dass sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer mit höheren persönlichen Ansprüchen an ihre Erwerbstätigkeit herantreten. Dies alles hat dazu beigetragen, die Gefahr von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten zu erhöhen, und die konkrete Entwicklung zeigt, dass die Konflikte auch eingetreten sind.

Die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eingetretene Entwicklung der kollektiven Arbeitsstreitigkeiten gibt in gewissem Sinne der Prophezeiung des im Jahre 1848 von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlichten «Manifests der Kommunistischen Partei» recht, wonach die Arbeitskämpfe mit der Entwicklung der Industrie an Häufigkeit und Wucht gewinnen: «Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird gefördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der grossen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokaltäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloss der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren ... Mit der Entwicklung der grossen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariates sind gleich unvermeidlich.»¹⁴⁴

Gegen diese Behauptung ist einzuwenden, dass die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten keineswegs in dem Masse zugenommen haben, wie die Verfasser des Manifests angenommen haben. Die Entwicklung der sozialen Gegensätze zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern verzeichnet aber auch nicht die Tendenz zur Ausweitung zu einem umfassenden Klassenkampf. Ganz abgesehen davon, dass die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten z. T. gar nicht auf einen

¹⁴⁴ Vgl. Marx/Engels Gesamtausgabe, I. Abt., 6. Bd., S. 534 u. 537.

eigentlichen Klassengegensatz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurückgeführt werden können, ist bereits seit den dreissiger Jahren das Auftreten kollektiver Arbeitsstreitigkeiten — zum mindesten in der Schweiz im allgemeinen und im Thurgau im besonderen — seltener geworden und auch die Konflikte selbst haben an Intensität verloren. Die geschichtliche Entwicklung hat, wie auch René König hervorhebt, «einen völlig anderen Verlauf genommen», als Marx voraussagte.¹⁴⁵

Die Entwicklung der kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in der thurgauischen Industrie zeigt, dass bisher nur ein einziger Streik erfolgte, der nationales Ausmass besass: der Generalstreik von 1918. Der Streik, der vom 9. bis zum 14. November 1918 dauerte, hat in seiner Schlussphase auch weite Teile der thurgauischen Fabrikindustrie und des Verkehrswesens erfasst.

Die übrigen kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in der thurgauischen Industrie hatten durchwegs nur regionalen, lokalen oder betrieblichen Charakter. Dabei haben sich die Konflikte durchaus nicht nur auf die grössten Betriebe beschränkt, sondern einzelne von ihnen haben auch das sogenannte Kleingewerbe heimgesucht. Der Kleinbetrieb darf also nicht als völlig immun gegen derartige Konflikte angesehen werden. Verschiedene Konflikte, die kleinere Betriebe betrafen, erwiesen sich sogar als auffallend langwierig.

Zu den ersten namhaften kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in der thurgauischen Industrie gehörten die Arbeiterunruhen, die im Jahre 1852 eine kleinere Maschinenbauwerkstätte in Steckborn zur vorübergehenden Schliessung des Betriebes veranlassten.¹⁴⁶ Ein Jahrzehnt später — um 1891 — erfolgte in Kreuzlingen eine Streikbewegung der Fabrikschuhmacher. Erst kurz vor der Schwelle des 20. Jahrhunderts hat sich auch in der Gresseren der grossen Maschinenfabrik Saurer in Arbon ein Streik ereignet.

Einen ersten Höhepunkt der kollektiven Arbeitsstreitigkeiten brachte das Jahr 1900. Mitte Januar dieses Jahres traten in Arbon Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen der Stickereiindustrie in den Streik. Die Unruhen flammten auch im Oktober nochmals auf, da der Arboner Stickereiunternehmer Arnold B. Heine ohne vorherige Ankündigung die Löhne der Arbeiterschaft um 18 Prozent herabsetzen wollte. Die in diesem grossen Betrieb bestehende Arbeiterkommission setzte sogleich alle Hebel in Bewegung, um den Lohnabbau zu verhindern. Als Verhandlungen nichts fruchteten, traten die Schifflisticker erneut in den Ausstand. Dadurch wurde die Firma zur vollständigen Schliessung des Betriebes gezwungen. Erst nach rüntwöchiger Dauer konnte der Streik wieder beigelegt werden.¹⁴⁷

Im gleichen Jahr wurde auch in einzelnen Betrieben der Metallindustrie in Arbon, Steckborn und Frauenfeld gestreikt. In der Maschinenfabrik Saurer drohte wegen schrotter Kündigung an zwei Drehern ebenfalls ein schwerer Konflikt auszubrechen: «dank Entgegenkommen von Herrn Saurer» konnte der Streik aber noch rechtzeitig vermieden werden.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Vgl. König, *Soziologie heute*, S. 52.

¹⁴⁶ Vgl. *Thurgauische Beiträge*, 1883, S. 119.

¹⁴⁷ Vgl. Lukas, eb., S. 299–301.

¹⁴⁸ Vgl. Schweizerischer Metallarbeiterverband, *Jahresbericht 1900*.

Während den folgenden Jahrzehnten kam es fast alle paar Jahre zu mehr oder weniger grossen Konflikten. Besonders zahlreich waren die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten in Arbon und Kreuzlingen. Diese beiden Industrieorte, die eine grosse Zahl ausländischer Arbeitnehmer beschäftigten, waren während dieser Zeit eigentliche Unruheherde, was allerdings nicht heisst, dass die übrigen Teile des Kantons von derartigen Konflikten ganz verschont geblieben wären.

Selbst die Typographen führten zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frauenfeld einen Streik durch (1901). Dieser Arbeitskampf endete nach einigen Monaten mit dem Ergebnis, dass die Druckerei seinen Inhaber wechselte, wobei ausgerechnet ein Mitglied der Gewerkschaft Nachfolger wurde.¹⁴⁹ Neue schwere Arbeitskämpfe brachen um 1904/1905 aus. Ein Maurerstreik in Arbon dauerte vom 18. Mai bis zum 20. Juni 1904. Desgleichen legten die Arbeitnehmer der Stickerei Heine in Arbon im November 1904 die Arbeit nieder. Verschiedene weitere Streiks erfolgten um 1904/1905 ausserdem in der Metallindustrie.

Eines der schwersten «Kampfjahre» war jedoch das Jahr 1908. In diesem Jahr wurde die Stickerei Heine in Arbon von einem besonders heftigen Streik heimgesucht. Die rund 800 Personen zählende Belegschaft streikte nun während insgesamt 6 Monaten. Das Ringen der Arbeiterschaft ging auch dieses Mal vor allem um die Lohnhöhe. Die Firma hatte einen teilweise 25 Prozent betragenden Lohnabbau angekündigt. Angesichts des hartnäckigen Widerstandes der Arbeiterschaft musste die Firma den Lohnabbau schliesslich auf 5 Prozent beschränken. Im gleichen Jahr führten auch die Arboner Maurer wieder einen Streik durch. Ferner brach in der Giesserei Schreckenbergs (vormals Knöpfel) in Arbon ein Streik aus, der vom November 1908 bis zum Januar 1909 dauerte.

Während der restlichen Jahre bis zum ersten Weltkrieg hatten die Arbeitskämpfe vor allem in Weinfelden noch ein grosses Ausmass. Hier haben die Maurer und Weber die Arbeit niedergelegt (1911). Ein weiterer Konflikt erfolgte in der Schuhfabrik Raichle in Kreuzlingen (1912). In den Kriegsjahren selbst haben die Arbeitskämpfe zunächst nachgelassen, aber die Lage war trotzdem vielfach gespannt, namentlich im oberthurgauischen Bau- und Schreinerergewerbe. Dies hat sich auch an den Novembertagen von 1918 beim Generalstreik ausgewirkt.

Der Generalstreik von 1918 setzte keinen Schlussstrich hinter die lange Reihe der Arbeitskämpfe seit der Jahrhundertwende. Das Jahr 1919 beschränkte dem Thurgau gleich ein ganzes Bündel neuer Arbeitskämpfe: in Steckborn (Maschinenfabrik Rieter), in Amriswil (Schuhfabrik Amriswil und Kleiderfabrik Hess) und in Kreuzlingen (Trikotfabriken Bürgi, Hafner und Schiesser). Um 1920 haben sich die Arbeitskonflikte in Kreuzlingen noch weiter verschärft, indem die Streikbewegung nun auch auf die Aluminiumtubenfabrik Neher und weitere Firmen übergrieff. 1921 trat erneut eine kurze Pause ein. Das Jahr 1922 brachte jedoch verschiedene neue schwere Arbeitskämpfe: in Arbon (Maschinenfabrik Saurer), in Gottlieben (Holzwarenfabrik Dreher) und in Weinfelden (Weberei Bühler). In der Maschinenfabrik Saurer hat die Arbeitsniederlegung dieses Mal volle drei Wochen gedauert. Zwei Jahre später entzündeten sich in der Mecha-

¹⁴⁹ Vgl. Typographia Frauenfeld, Gedenkschrift, S. 33/34.

schen Spenglerei Vogt-Gut in Arbon und in der Aluminiumfolienwalzerei Neher in Kreuzlingen Konflikte, die zu monatelangen Arbeitsniederlegungen führten. Sehr heftige Konflikte brachen ferner um 1927 in der Schuhfabrik Kreuzlingen und in zwei weiteren Kreuzlinger Firmen aus. Die Kette der Streitigkeiten ist um 1928 ausserdem noch durch einen hartnäckig geführten Streik der Maler und Holzarbeiter in Kreuzlingen und weiteren Orten der Seegegend fortgesetzt worden.

Seither kamen die kollektiven Arbeitsstreitigkeiten im Thurgau in ein merklich ruhigeres Fahrwasser. Die Streiks, die zu Beginn der dreissiger Jahre zur Abwehr von Lohnreduktionen geführt wurden, konnten fast durchwegs schon nach wenigen Tagen wieder beigelegt werden (Dosen- und Aluminiumwarenfabrik Sauter und Möbelfabrik Goldinger in Ermatingen, Schuhfabrik Kreuzlingen A.-G., Kunstseidefabrik Steckborn etc.). - Etwas schwieriger gestaltete sich die Lage in der Maschinenfabrik Saurer in Arbon. Nachdem schon um 1932 ein kurzer Konflikt in der Karosserieabteilung ausgebrochen war, kam es um 1934 und 1935 erneut zu Arbeitsniederlegungen, insbesondere wegen der Einführung des Bedaux-Lohnsystems. Nur mit Mühe konnte schliesslich eine Verständigung zwischen der Direktion der Firma und der Belegschaft herbeigeführt werden. Unter dem Vorsitz des eidgenössischen Fabrikinspektors Dr. E. Isler fanden die Verständigungsverhandlungen am 19. März 1937 ihren Abschluss. Die Firma erklärte sich nun zu verschiedenen Milderungen des Bedaux-Lohnsystems bereit. Die damals getroffene Lösung hat sich so gut bewährt, dass es seither wegen dieser Frage nicht mehr zu kollektiven Arbeitsstreitigkeiten gekommen ist. — Ein weiterer Konflikt, dessen Beilegung grosse Schwierigkeiten bereitete, war der Bau- und Holzarbeiter-Streik, der Ende März 1938 in Kreuzlingen ausbrach und erst nach vier Monaten beigelegt werden konnte. — Nicht weniger schwer war der Streik in der Kunstseidefabrik Steckborn, der vom 23. Mai bis zum 7. Juli 1947 die gesamte rund 350 Arbeitnehmer zählende Belegschaft umfasste. Die Ursache des Konfliktes bildeten hauptsächlich Lohnfragen.

2. Die gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

So wertvoll und wünschenswert es auch sein mag, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu getrennten Organisationen zusammenzufassen, so erweist sich dieses Prinzip der Trennung anderseits doch als sehr problematisch, da es der Uebersteigerung des klassenmässig betonten Gruppenegoismus Vorschub leistet. Es muss daher als ein recht erfreuliches Zeichen bewertet werden, dass die jüngste Zeit bemerkenswerte Ansätze zu einer Uebrigbrückung der zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Industrie bestehenden Kluft gebracht hat.

Die organisatorische Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt heute nicht mehr nur im engen Rahmen betrieblicher oder lokaler Verhältnisse, sondern sie bewährt sich auch auf nationaler Grundlage. Die Idee eines schweizerischen Volkswirtschaftsbundes ist freilich gescheitert, und auch der im Jahre 1919 gegründete Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund endete

mit einem Misserfolg. Dagegen haben sich andere Formen der organisatorischen Zusammenarbeit — insbesondere die Gesamtarbeitsverträge — überaus gut bewährt. Sie haben wirksam dazu beigetragen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einander näher zu bringen. Obwohl es sich bei den Gesamtarbeitsverträgen streng genommen nur um befristete Vertragsgemeinschaften handelt, tragen sie praktisch ganz das Gepräge von Dachorganisationen.

Der Gedanke des organisatorischen Zusammenwirkens hat auch im industriellen Grossbetrieb in neuen Formen Gestalt gewonnen. Heute hat nahezu jeder grössere Industriebetrieb eine Arbeiterkommission. Die thurgauische Fabrikindustrie ging zwar in dieser Hinsicht nicht pioniermässig voraus, hat aber in jüngster Zeit mit ihrem konservativen Vorurteil gegenüber dieser sozial wertvollen Institution gründlich aufgeräumt. Ferner ist in diesem Zusammenhang auf die gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen und auf verschiedene weitere gemeinsame Organisationen hinzuweisen.

Angesichts der guten Ergebnisse der Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Industrie ist man sich auch der volkswirtschaftlichen Tragweite dieser Beziehungen immer mehr bewusst geworden. So äusserte sich beispielsweise Professor Dr. Max Huber im Vorwort zur Jubiläumsschrift der Aluminium-Industrie-Aktiengesellschaft nachdrücklich in diesem Sinne, indem er hervorhebt, dass das Verhältnis von Unternehmen und Arbeiterschaft «nur auf der breiten Grundlage beruflicher Organisationen in dauerhafter und für die Volkswirtschaft genügender Weise geordnet werden kann».¹⁵⁰

Nicht zuletzt hat auch der Staat ein Interesse an der Sicherung des Arbeitsfriedens in der Industrie. Der Staat hat es daher nicht unterlassen, die Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch geeignete Massnahmen zu fördern. Die auf diese Weise geschaffenen Organisationen tragen z. T. unmittelbar tripartistischen Charakter.

A. Der Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund

Der «**Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund**» (OVB) darf wohl als einer der kühnsten Versuche bewertet werden, der in neuerer Zeit im Gebiete der Schweiz unternommen worden ist, um die sozialen Spannungen durch das Mittel der Schaffung eines umfassenden Dachverbandes der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer zu überwinden. Die Gründung des OVB erfolgte bezeichnenderweise nur wenige Monate nach dem Generalstreik von 1918, nämlich am 10. April 1919. Die Anfänge des OVB reichen bis in den Herbst 1918 zurück. Die Initiative hiefür lag vor allem bei sanktgaillischen Unternehmerkreisen. Anfänglich herrschte zwar die Meinung vor, der sich ausbreitenden Welle sozialer Unruhe einen straffen, umfassenden Arbeitgeberverband entgegenzustellen, doch dann siegte die Einsicht, dass der Ausgleich der Spannungen weit besser auf dem Wege direkter Zusammenarbeit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gefunden werden konnte. So wurde denn dieser andere Weg beschritten, womit

¹⁵⁰ Vgl. Huber, Gesellschaft und Humanität, S. 288.

die These der Feindschaft von Kapital und Arbeit durch den «Grundsatz der Parität von Kapital und Arbeit» ersetzt wurde.¹⁵¹ Der Versuch, die sozialen Spannungen durch das Mittel des OVB zu beseitigen, hat allerdings nur einen verhältnismässig kleinen Teil der Erwartungen erfüllt. Die Arbeiter-Union Sankt Gallen hat sich beispielsweise schon im Frühling 1920 wieder vom OVB getrennt, und drei Jahre später kam die Tätigkeit des OVB bereits zum Stillstand.

Vom statutarischen Zweck des OVB, die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie und der darin Beschäftigten zu wahren und zu fördern, sowie zu allen wirtschaftlichen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen, konnte natürlich schon in Anbetracht der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation nur ein kleiner Teil in die Tat umgesetzt werden. Immerhin hat der OVB bei der Einführung des Achtstundentages für die Stickereiindustrie und die Hilfsindustrien, sowie beim Abschluss gesamtarbeitsvertraglicher Vereinbarungen, wertvolle Dienste zur Erhaltung des sozialen Friedens geleistet. Der OVB hat sich auch tatkräftig für die Schaffung der Stickerei-Treuhandgenossenschaft eingesetzt, die im November 1922 ihre Tätigkeit aufnehmen konnte.¹⁵⁵

Manches, was der OVB anstrebte, musste undurchführbar bleiben, solange sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Verbände auf die Ostschweiz beschränkte. Die Landesverbände zeigten jedoch für den Plan eines Schweizerischen Volkswirtschaftsbundes, der in den Kreisen des OVB bereits im Jahre 1919 befürwortet wurde, so geringes Interesse, dass man überhaupt nicht an einen praktischen Versuch denken konnte.¹⁵³

Eine weitere wesentliche Schwäche des OVB lag in seinem organisatorischen Aufbau. Der OVB kannte als beschliessende und leitende Organe lediglich die Mitgliederversammlung (der Delegierten der angeschlossenen Organisationen), die Präsidialkonferenz und den Vorstand. Eine fachliche Koordination der Verbände fehlte dagegen. Dadurch ergaben sich zahlreiche zusätzliche Schwierigkeiten bei der Aufnahme der praktischen Tätigkeit, die naturgemäss auch fachliche Fragen zu lösen hatte.

Bei der Gründung haben sich insgesamt 23 Arbeitgeber- und 18 Arbeitnehmerorganisationen dem OVB angeschlossen. Im Jahre 1920 erreichte die Zahl der Mitglieder mit 28 Arbeitgeber- und 22 Arbeitnehmerorganisationen ihren Höhepunkt.

Das eigentliche Wirkungsgebiet des OVB war der Kanton Sankt Gallen. Der Kanton Thurgau zeigte sich gegenüber den Bestrebungen eher skeptisch. Immerhin wurden die thurgauischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilweise direkt durch die angeschlossenen Verbände erfasst, insbesondere durch die Verbände der Textilindustrie.¹⁵⁴ Im übrigen hat aber nur ein einziger thurgauischer Wirtschaftsverband den Beitritt erklärt: der Thurgauische Arbeitersekretariatsverband. Die Beitrittserklärung erfolgte auf Grund eines Antrages von Redaktor Tung. Vorsichtshalber beschränkte sich der Verbandsausschuss jedoch auf eine

¹⁵¹ Vgl. Der Volkswirtschaftsbund, S. 59/60.

¹⁵² Vgl. Auf der Maur, eb., S. 39/43 u. 46.

¹⁵³ Vgl. Auf der Maur, eb., S. 43/46.

¹⁵⁴ Vgl. Ostschweizerischer Volkswirtschaftsbund, Jahresbericht 1919, S. 31.

provisorische Anmeldung des Beitritts; als dann im Jahre 1920 von der Delegiertenversammlung der Beitritt definitiv beschlossen werden sollte, hat man sich freilich wieder eines anderen besonnen.¹⁵⁵ Recht zurückhaltend haben sich auch die Verbände der thurgauischen Arbeitgeber mit der Frage auseinandergesetzt. Der thurgauische Handels- und Industrie-Verein hat sich zwar an der Gründungsversammlung des OVB vertreten lassen, lehnte aber einen Beitritt ab.¹⁵⁶

B. Die Gesamtarbeitsvertragsgemeinschaften

Die Gesamtarbeitsverträge sind aus den heutigen wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnissen nicht mehr wegzudenken. Durch die Vertragsgemeinschaften, die durch die Gesamtarbeitsverträge geschaffen werden, wird die Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwar nur auf die Dauer von höchstens einigen Jahren fest geregelt, doch gehört es heute zum Normalfall, dass die Verträge beim Ablauf in gleicher oder teilweise veränderter Form weitergeführt werden. Dadurch wird der Gesamtarbeitsvertrag zweifellos zu einem sehr wirksamen Instrument des Arbeitsfriedens und der Berufsgemeinschaft.

Obwohl der Gesamtarbeitsvertrag erst durch das schweizerische Obligationenrecht von 1911 (Art. 322, 323) eine gesetzliche Regelung gefunden hat, reicht das Gesamtarbeitsvertragswesen praktisch bis tief ins 19. Jahrhundert zurück. Sowohl in der Buchdruckerei wie auch in der Schusterei wurden bereits vor 1874 sogenannte «Tarifverträge» abgeschlossen, welche in den Grundzügen den heutigen Gesamtarbeitsverträgen entsprechen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat der Gesamtarbeitsvertrag auch in weiteren Industriezweigen Eingang gefunden. Vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges haben bereits mehrere schweizerische Industriezweige die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer durch Gesamtarbeitsverträge geregelt. Nach dem ersten Weltkrieg erlitt die Entwicklung der Gesamtarbeitsverträge allerdings einen empfindlichen Unterbruch. Die meisten Gesamtarbeitsverträge wurden nun leider aufgehoben. Die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage seit 1937 gab dem Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen jedoch wieder einen nachhaltigen Auftrieb. Gegen das Ende des zweiten Weltkrieges und in den darauf folgenden Jahren haben die Gesamtarbeitsverträge sodann einen Aufschwung erlebt, der alles bisherige weit übertrifft. Durch den Bundesbeschluss über die Allgemeinverbindlicherklärung, vom 1. Oktober 1941, hat die gesetzgebende Behörde überdies die Möglichkeit geschaffen, dass die Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich erklärt werden können, sei es nun gesamtschweizerisch oder auch nur für einen Landesteil oder Kanton. Der Bundesbeschluss ist seither wiederholt erneuert worden, und es wurde auch in zahlreichen Industriezweigen von ihm Gebrauch gemacht.

Die Ausbreitung der Gesamtarbeitsverträge hat im Kanton Thurgau im Vergleich zu den grossen schweizerischen Städten verhältnismässig spät eingesetzt.

¹⁵⁵ Vgl. Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband, Jahresberichte 1919 u. 1920.

¹⁵⁶ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Berichte 1918 u. 1919.

Mit Ausnahme der Buchdruckertarife waren bis zur Jahrhundertwende noch kaum irgendwelche gesamtarbeitsvertragliche Vereinbarungen vorhanden. Einer der ersten Gesamtarbeitsverträge, der in der thurgauischen Metallindustrie zur Anwendung kam, war die Vereinbarung des Vereins schweizerischer Feilenhauermeister mit der Arbeiterschaft vom 19. bzw. 24. August 1904. Dem Vertrag waren u. a. die Feilenhauereien G. Fuchs, Arbon, A. Schaffert, Arbon, und Ph. Baiter, Aadorf, angeschlossen. Die Gesamtarbeitsverträge haben sich aber im Thurgau bereits vor dem ersten Weltkrieg einen guten Ruf verschafft, sodass die kantonale Submissionsordnung vom 26. August 1910 der kantonalen Verwaltung für den Verkehr mit privaten Unternehmen ausdrücklich die Weisung erteilte, Aufträge nicht zu vergeben, wenn die Löhne und Arbeitsbedingungen hinter den üblichen Ansätzen zurückstanden, wobei als übliche Löhne vor allem jene galten, «welche in Lohnтарifen enthalten sind, die gemeinsam von den Unternehmerverbänden und Arbeiterorganisationen aufgestellt worden» waren.

Die Gesamtarbeitsverträge haben sich im Thurgau im allgemeinen vorzugsweise in der Form der für die gesamte Schweiz oder die Ostschweiz abgeschlossenen Verträge durchgesetzt. Diese räumlich weit über das Kantonsgebiet hinausgehenden Verträge haben heute einen unbestrittenen Vorrang. Eine vom Verfasser durchgeführte Erhebung bei den thurgauischen Unternehmen mit über 50 Fabrikarbeitern ergab für den Stichtag 31. Dezember 1947 folgendes Bild:

Gliederung der thurgauischen Unternehmen mit über 50 Fabrikarbeitern nach den gesamtarbeitsvertraglichen Verhältnissen Ende 1947

Kategorien	Firmen ¹⁾	Fabrikarbeiter ¹⁾
Landesverträge ²⁾	74	12 718
Regionalverträge (Ostschweiz)	5	808
Firmenverträge	13	2 241
Keine Verträge	11	1 010
Insgesamt	103	15 777

1) Ohne Doppelzählungen.

2) Einschliesslich des Friedensabkommens für die Metallindustrie.

Nun ist allerdings beizufügen, dass die Form des Landesvertrages in der grossbetrieblichen Industrie eine besonders starke Verbreitung gefunden hat. Beim traditionellen Kleingewerbe sind die Landesverträge demgegenüber bisher noch nicht so nachhaltig in Erscheinung getreten. Verschiedene Zweige des Kleingewerbes haben die gesamtarbeitsvertraglichen Vereinbarungen auf kantonomaler Grundlage abgeschlossen. Ende 1947 bestanden im Thurgau insgesamt 6 solcher Kantonalverträge, nämlich für das Baugewerbe, das Elektro-Installationsgewerbe, das Malergewerbe, das Schreiner- und Glasergewerbe, das Spengler- und Installationsgewerbe und das Zimmergewerbe. Einige wenige Kantonalverträge sind übrigens auch allgemeinverbindlich erklärt worden. Die erste Allgemeinverbindlicherklärung eines thurgauischen Gesamtarbeitsvertrages er-

folgte im Jahre 1946 für das Malergewerbe; eine zweite Allgemeinverbindlich-
erklärung betraf eine Vereinbarung für das Schreiner- und Glasergerbe (1947).
Der Vertrag für das thurgauische Schreiner- und Glasergerbe erfasste am 30.
September 1947 insgesamt 145 Arbeitgeber (wovon 134 organisierte und zu-
stimmende) und 579 Arbeitnehmer (wovon 374 organisierte und zustimmende).¹⁵⁷

In der Hausindustrie ist das Gesamtarbeitsvertragswesen noch sehr jung.
Die Verträge sind in der Regel für die gesamte Schweiz oder grössere Landes-
teile abgeschlossen.

Auch die Angestelltenberufe werden eigentlich erst seit jüngster Zeit in stär-
kerem Masse von gesamtarbeitsvertraglichen Vereinbarungen erfasst. Den ersten
grossen Vorstoss zum Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages unternahm der
Schweizerische Kaufmännische Verein am Ende des ersten Weltkrieges (Ueber-
einkommen vom 11. Dezember 1918). Nach dem zweiten Weltkrieg sind sodann
neue Vereinbarungen abgeschlossen worden. — Nur vereinzelt sind im Thurgau
auch lokale Vereinbarungen zur Regelung der Anstellungsbedingungen der An-
gestellten zustande gekommen, insbesondere in Kreuzlingen (1918) und Amris-
wil (1948).

Die Möglichkeiten einer gesamtarbeitsvertraglichen Regelung der Lohn- und
Arbeitsverhältnisse sind natürlich vor allem in jenen Berufen sehr gross, wo eine
gewisse Einheitlichkeit der Produktionsweise besteht. Je mannigfaltiger die Pro-
duktionsfaktoren sind, desto schwieriger gestaltet sich naturgemäss auch die
Ausarbeitung genereller Normen. Dies macht es erklärlich, weshalb seit 1937
der für die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie bestehende Landes-
vertrag, das sogenannte Friedensabkommen, von einer detaillierten Regelung
der Löhne völlig absieht.

C. Die gemeinsamen Fachverbände

Die bisherige Erfahrung lehrt, dass die gemeinsamen Fachverbände der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten dort gedeihen, wo ein starkes gemein-
sames Bildungsinteresse vorliegt. Diese Voraussetzung ist in geradezu idealer
Weise bei den qualifizierten technischen Berufen erfüllt. Hier finden wir denn
auch eine besonders starke Entfaltung der gemeinsamen Fachverbände der Ar-
beitgeber und Arbeitnehmer.

Ganz anderen Ursachen verdankt der Zentralverband der Stickerei-Industrie
der Ostschweiz und des Vorarlbergs seine Entstehung. Hier war das Gefühl der
wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft der in der Handmaschinenstickerei täti-
gen Kaufleute (Exporteure), Fabrikanten, Fergger und Einzelsticker wegleitend.
Dieser Fachverband war jedoch nur während verhältnismässig wenig Jahren
leistungsfähig (1885/1892).

a. Die gemeinsamen Fachverbände der technischen Berufe

Bei keiner andern Berufsgruppe der Industrie fällt der Wunsch nach einem
gemeinsamen Fachverband der Arbeitgeber und Arbeitnehmer so sehr ins Ge-
wicht wie bei den technischen Berufen. Hier finden wir denn auch gleich drei

¹⁵⁷ Vgl. Die Volkswirtschaft, 1947, S. 430.

namhafte schweizerische Fachverbände, denen sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer angehören: der Schweizerische Ingenieur- und Architekten-Verein, der Schweizerische Technische Verband und der Schweizerische Chemiker-Verband. Alle drei Verbände sind auch im Kanton Thurgau durch Mitglieder vertreten, wobei die Mitglieder der beiden erstgenannten Verbände bereits seit Jahrzehnten kantonale Sektionen bilden. — Ausserdem besteht in Arbon auf lokaler Grundlage ein gemeinsamer Fachverband der technischen Berufe, die Technische Gesellschaft (gegründet 1919).

Die älteste der oben erwähnten Organisationen ist der **«Schweizerische Ingenieur- und Architekten-Verein»** (SIA), dessen Gründung im Jahre 1837 unter der Bezeichnung «Gesellschaft schweizerischer Ingenieure und Architekten» erfolgte. Die Zielsetzung der Organisation war anfänglich ausschliesslich auf die Förderung des Fachwissens gerichtet. Im Jahre 1876 wurde jedoch eine grundlegende Statutenrevision vorgenommen, wobei der Verband seine heutige Bezeichnung erhielt. Zugleich wurde die Zielsetzung erheblich ausgeweitet. Der Zweck des Verbandes sollte es nun sein, «die gegenseitigen Beziehungen unter Fachgenossen zu heben, das Studium der Baukunst nach ihrer wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Seite zu fördern, zur Wahrung und Hebung des Einflusses und der Achtung, welche den technischen Berufszweigen gebühren, beizutragen und das Organ zu bilden, welches letztere bei Behörden und Privaten zu vertreten hat» (Art. 1). Diese Zielsetzung findet sich fast unverändert auch noch in den heutigen Statuten.

Seit 1910 verfügt der SIA über ein eigenes Sekretariat in Zürich. Hier befindet sich auch der Sitz der Schweizerischen Technischen Stellenvermittlung, deren Schaffung vom SIA im Jahre 1913 an die Hand genommen wurde. Der für Architekten, Ingenieure, Chemiker, Techniker und technische Zeichner bestimmte Arbeitsnachweis ist im Jahre 1922 zusammen mit dem Schweizerischen Techniker-Verband, dem Verein schweizerischer Maschinenindustrieller und 2 Organisationen ehemaliger Studierender wesentlich ausgebaut worden. Der Arbeitsnachweis ist in der Folge auch vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit ausdrücklich anerkannt worden.

Der SIA ist heute in den meisten Kantonen mit kantonalen Sektionen vertreten. Die Sektion Thurgau ist — als eine der jüngsten (!) Sektionen — am 23. Februar 1910 ins Leben gerufen worden. Sie bezweckt in Uebereinstimmung mit den Zentralstatuten die Förderung der gegenseitigen Beziehungen der Fachgenossen unter sich, sowie die Hebung des Einflusses und des Ansehens des Ingenieur- und Architektenstandes bei Privaten und Behörden. Die Mitgliederzahl der Sektion Thurgau war freilich — entsprechend der Kleinheit des Gebietes und der strengen Vorschriften hinsichtlich der Aufnahme von Mitgliedern — nie besonders gross. In den zwanziger Jahren gehörten beispielsweise nur rund ein Dutzend Mitglieder zur Sektion Thurgau (1924 14 Mitglieder). Im Laufe der dreissiger Jahre ist die Mitgliederzahl auf über 30 angewachsen. Ende 1947 zählte die Sektion 39 Mitglieder.¹⁵⁸

¹⁵⁸ Vgl. Schweizerischer Ingenieur- und Architekten-Verein, Jahresberichte; sowie gemäss persönlichen Mitteilungen des Sekretariates.

In ähnlicher Weise wie der SIA ist der **«Schweizerische Technische Verband»** (STV) ein gemeinsamer Fachverband von Technikern mit einer qualifizierten fachlichen Ausbildung. Der Verband hat um 1903 als loser Dachverband der Vereine ehemaliger Schüler der Techniken Winterthur, Burgdorf und Biel begonnen. Im Dezember 1905 wurde die Organisation zum «Schweizerischen Techniker-Verband» ausgebaut. Die heutige Verbandsbezeichnung steht seit 1948 in Kraft. Als Aktivmitglieder können Techniker, Ingenieure und Architekten aufgenommen werden, wobei das Diplom eines staatlich anerkannten Technikums als fachliche Qualifikation genügt (im Gegensatz zum SIA, welcher grundsätzlich nur Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung aufnimmt).

Gesamthaft betrachtet hat der STV weit mehr den Charakter einer Arbeitnehmerorganisation, da die Zahl der in Arbeitnehmerstellung sich befindenden Mitglieder stark überwiegt. Diese Zusammensetzung bekundet sich auch in der Zielsetzung und Tätigkeit des Verbandes. Der STV sah bereits in seinen Gründungsstatuten die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen vor. Dieses Postulat ist seither in mannigfacher Weise in die Tat umgesetzt worden. Bereits um 1908 errichtete der Verband eine eigene Krankenkasse; später gründete der Verband auch eine Arbeitslosenversicherungskasse, eine Hilfskasse, eine Sterbekasse, einen Bildungsfonds, eine Rechtsauskunftsstelle etc. Andererseits legt der STV aber grossen Wert darauf, immer wieder zu betonen, dass er ein «paritätischer» Verband ist. Nur während wenigen Jahren gehörte der STV der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände an (1918/1922). — Sitz des Verbandes ist Zürich.

Der STV ist schon seit 1908 im Kanton Thurgau mit einer eigenen Sektion vertreten.¹⁵⁹ Die Sektion ist aus der in Arbon bestehenden freien Vereinigung und Stammtischgesellschaft ehemaliger Schüler des Technikums Winterthur hervorgegangen. Die Sektion zählte in jener Zeit etwa 60 Mitglieder, hatte also einen recht ansehnlichen Umfang. Die Mitgliederzahl schmolz jedoch noch vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges wieder zusammen und im Laufe der zwanziger Jahre ist die Tätigkeit der Sektion sogar ganz zum Stillstand gekommen. Im Jahre 1930 ist die Sektion reorganisiert worden, wobei an die Stelle der bisherigen Ortssektion Arbon die kantonale Sektion Thurgau trat. Die Mitgliederzahl der Sektion belief sich Ende 1947 auf 83 (inkl. 2 thurgauische Einzelmitglieder).¹⁶⁰

Auf eine nähere Behandlung des **«Schweizerischen Chemiker-Verbandes»** können wir an dieser Stelle verzichten. Dieser im Jahre 1920 in Bern gegründete Fachverband ist im Kanton Thurgau nur mit einer kleinen Mitgliederzahl vertreten. Dem Verband gehören ausser den Einzelmitgliedern auch Firmen an. Die Leitung des Verbandes liegt jedoch mehrheitlich in den Händen von angestellten Chemikern.

Interessanterweise hat sich im Kanton Thurgau auch ein lokaler Fachverband mit gemischter Zusammensetzung der Mitgliedschaft gebildet, die **«Technische Gesellschaft Arbon»** (TGA). Die Gründung des Verbandes erfolgte im Februar 1919. Die TGA wird durch die Statuten ausdrücklich als ein «paritätischer Ver-

¹⁵⁹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn R. Schommer, Arbon.

¹⁶⁰ Vgl. Schweizerische Technische Zeitschrift, 1949, Nr. 16, S. 254.

ein, der sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu seinen Mitgliedern zählt», bezeichnet. Die Zielsetzung der TGA ist — unter Wahrung der politischen und konfessionellen Neutralität — der «Zusammenschluss der in Arbon und Umgebung wohnenden Angehörigen technischer Berufe und Förderung ihrer beruflichen Kenntnisse, sowie soweit möglich, ihrer wirtschaftlichen Interessen durch Stellungnahme zu den einschlägigen Tagesfragen technischer und wirtschaftlicher Art und Mitarbeit bei Vereinen mit ähnlichen Zwecken», ferner die Stellungnahme zu lokalen Fragen technischer und verkehrspolitischer Art, die Pflege beruflicher und allgemeiner Kenntnisse und freundschaftlicher Beziehungen unter den Mitgliedern.

Die Leitung der TGA ist einem siebengliedrigen Vorstand übertragen. Aktivmitglieder können Ingenieure, Architekten, Techniker und technische Angestellte werden. Die Passivmitgliedschaft steht dagegen auch Firmen etc. offen. Ende 1947 betrug die Mitgliederzahl der TGA insgesamt 80, nämlich 68 Angestellte, Techniker und Ingenieure der Metallindustrie Arbons, 6 technische Beamte des Elektrizitätswerks Arbon und des kantonalen Elektrizitätswerks, 1 Fabrikant, 1 Geometer, 3 Architekten und 1 Firma.¹⁶¹

b. Der Zentralverband der Stickerei-Industrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs

Der markanteste Versuch, die verschiedenen Berufsgruppen der Stickereiindustrie zu einem gemeinsamen Fachverband zusammenzuschliessen, war zweifellos der «**Zentralverband der Stickerei-Industrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs**», der im Sommer 1885 gegründet worden ist. Den Gründungsstatuten ist zu entnehmen, dass der Zweck des Verbandes ein doppelter war: «einerseits der Ueberproduktion in der Stickereiindustrie vorzubeugen, anderseits bessere Lohnverhältnisse zu erzielen und im allgemeinen durch alle zweckdienlichen Massnahmen an der Hebung der Stickereiindustrie und der Erhaltung derselben auf gesunder Basis mitzuarbeiten» (Art. 2). Dieses Ziel konnte dank des guten Willens aller beteiligten Berufsgruppen während mehreren Jahren mit überraschend grossem Erfolg erreicht werden. Besonders lebhafte Unterstützung fand der Verband natürlich von Seiten der Einzelsticker, doch haben sich auch die Kaufleute, Fabrikanten und Fergger für die Sache gewinnen lassen. Die Fabriksticker (d. h. die Fabrikarbeiter) wurden dagegen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, obwohl auch diese ein grosses Interesse am Verband zeigten.¹⁶²

Der Verband hat bereits im Sommer 1886 einen ersten Minimallohn-Tarif in Kraft setzen können. Auch das Postulat des 11stündigen Normalarbeitstages für das gesamte Verbandsgebiet (Ostschweiz und Vorarlberg) ging überaus rasch in Erfüllung. Vorschriften über den Maschinenverkehr und über die Errichtung einer Verkaufsstelle für Retourwaren (in Sankt Gallen) ergänzten die Massnahmen. Der Verband betätigte sich aber auch auf dem Gebiete des Musterschut-

¹⁶¹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn R. Schommer, Arbon.

¹⁶² Vgl. Auf der Maur, Paritätische Verbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schweiz, S. 17/19; Lukas, eb., S. 49/50.

zes und der Berufsbildung mit gutem Erfolg. Da es dem Verband gelang, praktisch die gesamte Stickereiindustrie innerhalb des Verbandsgebietes unter seine Kontrolle zu bringen, gestaltete sich die Durchführung all dieser Massnahmen verhältnismässig leicht. Die Schwierigkeiten sind aber rapid gewachsen, sobald der Verband mit einer starken Gruppe von Aussenseitern zu rechnen hatte. Diese Beeinträchtigung der Verbandstätigkeit setzte bereits im Jahre 1890 ein, indem sich die vorarlbergischen Verbandsmitglieder durch einen Massenaustritt vom Verbande trennten. Zwei Jahre später folgte auch eine allgemeine Abfallbewegung schweizerischer Verbandsmitglieder. Die vom Verband durchgeführten Massnahmen verloren nun natürlich ihre ursprüngliche Durchschlagskraft. Daher stellte sich nun auch die Frage der Auflösung. Diese kam im Mai 1892 und im April 1893 zur Abstimmung. Die für die Auflösung erforderliche Stimmenzahl konnte dabei allerdings nicht erreicht werden, doch war eigentlich auch nicht mehr an eine Weiterführung der bisherigen umfangreichen Tätigkeit zu denken. Nur in kleinstem Masstab hat der Verband nach 1893 noch weiterexistiert.

Der Kanton Thurgau hat im grossen und ganzen an der Tätigkeit des Zentralverbandes der Stickerei-Industrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs regen Anteil genommen. Die thurgauische Stickereiindustrie hat sich bereits zu Beginn mit 24 Sektionen, welche 867 Mitglieder und 2 032 Stickmaschinen umfassten, an der Gründung des Verbandes beteiligt. Diese Beteiligung entsprach ungefähr einem Sechstel des Gesamtbestandes an Mitgliedern und Stickmaschinen. Ende 1885 war die thurgauische Mitgliederzahl bereits auf 1 690, die Maschinenzahl auf 3 436, die Zahl der Sektionen auf 26 angewachsen. Damit hatte sich der Anteil des Kantons Thurgau auf einen Fünftel des Gesamtbestandes an Mitgliedern und Stickmaschinen erhöht. Die Mitgliederzahl der thurgauischen Sektionen hat sich auch noch in den folgenden vier Jahren in erheblichem Masse vergrössert; sie stieg Ende 1886 auf 1 852 und anfangs 1889 auf 2 174. Seit 1890 machte sich aber auch in der thurgauischen Stickereiindustrie eine rückläufige Bewegung der Mitgliederzahl geltend.

D. Die betrieblichen Arbeiterkommissionen

Wenn auch der Betrieb einerseits der Brennpunkt der Interessengegensätze von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist, so verkörpert der Betrieb anderseits doch auch in mancher Hinsicht ein Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist für beide Teile von entscheidender Bedeutung. Der Betrieb ist aber auch als Arbeits- und Lebenswelt für beide Teile ausserordentlich wichtig. Diese soziale Seite des Betriebes ist gerade im 19. Jahrhundert nur wenig beachtet worden. Man glaubte, dass es am besten sei, wenn die sozialen Beziehungen im Betrieb auf ein Mindestmass beschränkt würden. Das Fehlen einer sozialen Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betrieb bedeutet aber, dass der Betrieb als soziales Gebilde keine Festigkeit aufweist und bereits bei verhältnismässig kleinen Störungen schwer erschüttert wird.

Solange ein Betrieb noch klein ist, kann die soziale Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch ohne die Schaffung einer besonderen Organisation gepflegt werden. Ein solches Vorgehen ist aber im Grossbetrieb kaum mehr möglich, sondern es muss ein organisatorischer Rahmen zur Pflege der Betriebsverbundenheit geschaffen werden. Wie dieser organisatorische Rahmen auszusehen hat, das hängt von den Umständen ab. Es ist aber bezeichnend, dass sich seit der Jahrhundertwende vor allem die Organisationsform der betrieblichen Arbeiterkommission in der thurgauischen Industrie durchgesetzt hat.

Das Wesen der betrieblichen Arbeiterkommissionen liegt darin, dass es sich hier um eine von der Belegschaft eines Betriebes (oder Unternehmens) gewählte Vertretung handelt, die vom Arbeitgeber als Organ zur Einreichung von Wünschen, Klagen, Vorschlägen und Kritiken anerkannt wird und die zu diesem Zwecke gemeinsame Besprechungen mit der Betriebsleitung abzuhalten pflegt. In manchen Betrieben haben diese Kommissionen auch eigentliche Mitbestimmungsrechte.

Es liegt im Wesen der betrieblichen Arbeiterkommissionen, dass sie zur Hauptsache eine Vermittlerstellung einnehmen. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass diese Kommissionen nur dann einen Dienst leisten, wenn ernste Streitfragen auftauchen. Tatsächlich vermögen die Kommissionen in unzähligen anderen Fällen nicht minder wertvolle Dienste für eine harmonische Gestaltung der betrieblichen Verhältnisse zu leisten.

Der Wert der betrieblichen Arbeiterkommissionen wird erfreulicherweise immer mehr erkannt, sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern. Das dieser Organisationsform entgegengebrachte Misstrauen ist in den meisten Fällen durch die guten praktischen Erfahrungen widerlegt worden. Es darf auch als ein gutes Zeichen angesehen werden, dass viele der in letzter Zeit abgeschlossenen Gesamtarbeitsverträge die Schaffung von betrieblichen Arbeiterkommissionen unmittelbar fördern. Zweifellos bilden diese Kommissionen in den grossen Industriebetrieben in der Gegenwart ein geradezu unentbehrliches Organ zur Pflege der Betriebs- und Werkverbundenheit. Dabei dürfte allerdings klar sein, «dass unter dem Motto des Klassenkampfes kein richtiges Funktionieren der Arbeiterkommission möglich ist.»¹⁶³

Als die älteste betriebliche Arbeiterkommission der thurgauischen Industrie ist die im Jahre 1898 gegründete Arbeiterkommission der Maschinenfabrik Saurer in Arbon zu betrachten. Sie hat seither schon manche «Feuerprobe» bestanden. — Bereits um 1900 bestand auch in der Stickereifabrik Heine in Arbon eine betriebliche Arbeiterkommission. Diese hatte freilich eine besonders schwere Aufgabe, da sich der Betriebsinhaber nur wenig um die Einstellung der Arbeiterschaft kümmerte und deshalb auch der Kommission nicht den Einfluss gewährte, der ihr hätte zukommen sollen. Sehr alt ist ferner die Kommission der Schuhfabrik Kreuzlingen.¹⁶⁴ Diese Arbeiterkommission ist im Jahre 1906 geschaffen worden, doch wurden die Kommissionsmitglieder zunächst noch von der

¹⁶³ Vgl. Graf Max, Bedeutung und Aufgabe der Arbeiterkommission: Gesamtarbeitsvertrag und betriebliche Arbeitsgemeinschaft, S. 135.

¹⁶⁴ Vgl. Thurgauer Post, 17. März 1909.

Direktion selbst bestimmt. Erst um 1909 erhielten die Arbeiter das Zugeständnis, die Kommission selber wählen zu können. Nicht viel später scheint auch in der Schuhfabrik Frauenfeld eine Arbeiterkommission gegründet worden zu sein.¹⁶⁵

In der Zwischenkriegszeit erfolgten weitere Gründungen von betrieblichen Arbeiterkommissionen, von denen freilich einzelne bald wieder versandeten. Immerhin ist zu erwähnen, dass auch manche von den heutigen Kommissionen in der Zwischenkriegszeit ihren Anfang nahmen, z. B. die Arbeiterkommissionen der Aluminiumfolienwalzerei Neher in Kreuzlingen (seit 1925), der Zwirn- und Spinnmaschinenfabrik Hamel in Arbon, der Kugellagerfabrik Arbon, der Schuhfabriken Loew in Oberaach, der Blechdosen- und Aluminiumwarenfabrik Sauter in Ermatingen (seit 1932/1933), der Aluminium- und Metallwarenfabrik Sigg in Frauenfeld und der Buchbindereimaschinenfabrik Martini in Felben.

Die stärkste Zunahme hat die Zahl der betrieblichen Arbeiterkommissionen jedoch in den vierziger Jahren erfahren. Auf Grund der in diesen Jahren vorgenommenen neuen Gründungen kann die Institution der betrieblichen Arbeiterkommissionen heute auch in der thurgauischen Industrie als recht gut verbreitet beurteilt werden. Eine vom Verfasser im Sommer 1948 durchgeführte Erhebung ergab, dass von den 103 Firmen, welche im Herbst 1947 über 50 Fabrikarbeiter beschäftigten, mindestens 64 Firmen derartige Kommissionen aufwiesen (fast durchwegs unter der Bezeichnung «Arbeiterkommission», seltener «Betriebs»- oder «Personalkommission» und nur in je einem Fall «Betriebsverband» und «Arbeitervertretung» genannt). 17 Firmen haben das Bestehen einer Kommission verneint (worumter 3 Firmen mit über 100 Fabrikarbeitern!), während 22 Firmen sich hierüber nicht äusserten (worumter 1 Firma mit über 100 Fabrikarbeitern). Es ist zu beachten, dass der Anteil der Firmen ohne Kommission bei der Grössenklasse von 51 bis 100 Fabrikarbeitern erheblich grösser ist als bei der Grössenklasse von über 100 Fabrikarbeitern. Dieser Sachverhalt kann nicht überraschen, denn es sind vor allem die Grossbetriebe, die einer betrieblichen Arbeiterkommission bedürfen.

Die meisten Kommissionen besaßen gemäss den Ergebnissen dieser Erhebung eine Mitgliederzahl von 5 bis 7. Von den 60 Firmen mit eigenen Kommissionen hatten 42 eine Kommission dieser Grösse. 6 Firmen hatten eine kleinere, 12 dagegen eine grössere Kommission. 2 Kommissionen nahmen insofern eine Sonderstellung ein, als sie sich auf je zwei Firmen bezogen. In diesen beiden Fällen zählen die Kommissionen 7 und 15 Mitglieder.

Die weitaus umfangreichste betriebliche Arbeiterkommission besteht in der Maschinenfabrik Saurer in Arbon. Die Zahl der Kommissionsmitglieder beträgt gegenwärtig rund 40. Zur Kleinen Kommission, die von der Betriebsversammlung zu wählen ist, gehören allerdings nur 3 Mitglieder. Die übrigen Mitglieder, welche die Grosse Kommission bilden, werden abteilungsweise gewählt. Für die im Bedaux-Lohnsystem beschäftigten Arbeiter besteht ausserdem seit 1937 noch die Sonderregelung, dass ihr von der Firma das Recht zugestanden worden ist, einen Vertrauensmann zur Kontrolle der Anwendung des Lohnsystems zu bestimmen. Dieser Vertrauensmann, der auch als Vermittlungsinstanz bei auf-

¹⁶⁵ Vgl. TA, 5. Oktober 1918.

tretenden Unstimmigkeiten oder bei vorgebrachten Klagen zu wirken hat, erfüllt seine Aufgabe hauptamtlich als Angestellter der Firma. Der mit der Durchführung des Lohnsystems betraute Chef des Bedaux-Büros ist gegenüber dem Vertrauensmann der Arbeiterschaft auskunftspflichtig, soweit dies zur einwandfreien Ausübung seiner Funktionen notwendig ist.

E. Die gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen

Wie wir im zweiten Kapitel ausführten, sind bereits in der Zeit von 1798 bis 1874 da und dort gemeinsame Versicherungs- und Hilfskassen entstanden, insbesondere zur Durchführung der Krankenunterstützung. Diese Entwicklung ist nach 1874 weitergegangen, wobei sich nun auch gemeinsame Kassen zur Durchführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung, der Arbeitslosenversicherung etc. gebildet haben. Die Art des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist freilich sehr verschieden gestaltet. Bei manchen Kassen ist der Grundsatz des Zusammenwirkens nur in geringem Masse verwirklicht. Dies gilt namentlich für die Krankenkassen, bei denen der Grundsatz des verbandsmässigen Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute fast ausnahmslos eine geringere Rolle spielt als dies früher z. B. bei den Gesellenkrankenkassen der Fall gewesen ist. Dagegen finden wir diesen Grundsatz in sehr prägnanter Form in den Statuten der vor zwei Jahrzehnten entstandenen paritätischen Arbeitslosenversicherungskassen verankert.

Es würde uns zu weit führen, von allen gemeinsamen Versicherungs- und Hilfskassen eine detaillierte Darstellung zu geben. Wir möchten uns daher auf jene Institutionen beschränken, welche den Grundsatz des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der thurgauischen Industrie besonders deutlich zum Ausdruck bringen. Zu diesen gehören neben den paritätischen Arbeitslosenversicherungskassen eigentlich lediglich noch die Ausläufer der geschichtlichen Gesellen- und Berufskrankenkassen, sowie die Betriebskrankenkassen.

Wenden wir uns vorerst der Entwicklung der **paritätischen Arbeitslosenversicherungskassen** zu, so muss uns auffallen, dass sich im Kanton Thurgau zu Beginn der dreissiger Jahre beinahe schlagartig insgesamt 7 regionale und lokale paritätische Arbeitslosenversicherungskassen gebildet haben.¹⁶⁶ Dies hat seinen Grund im kantonalen Arbeitslosenversicherungsgesetz, das am 30. Dezember 1930 erlassen und am 8. Februar 1931 in der Volksabstimmung genehmigt worden ist. Durch dieses Gesetz wurde die gesamte thurgauische Fabrikarbeiterschaft (vom 16. bis zum 65. Altersjahr) dem Versicherungsobligatorium unterstellt. Dies hat die Arbeitgeber veranlasst, so rasch als möglich paritätische Kassen ins Leben zu rufen, um ihren Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, sich einer gemeinsam finanzierten und verwalteten Kasse anzuschliessen. Im Einzelnen ist es in folgenden Ortschaften zur Gründung paritätischer Arbeitslosenversicherungskassen gekommen: in Amriswil, Arbon, Frauenfeld, Kreuz-

¹⁶⁶ Ausserdem haben sich später auch noch einige Sektionen der paritätischen Arbeitslosenversicherungskassen der schweizerischen Branchenverbände gebildet, doch fallen diese im Kanton Thurgau nicht wesentlich ins Gewicht.

lingen, Münchwilen (Hinterthurgau), Romanshorn und Weinfelden. Alle sieben Kassen haben sich erwartungsgemäss gut durchgesetzt. Die Gesamtzahl der von den paritätischen Kassen erfassten Arbeitnehmer belief sich bereits im Herbst 1932 auf über 6 000. Die paritätischen Kassen zählten also schon kurz nach ihrer Gründung zusammen nahezu so viele Mitglieder wie die älteren gewerkschaftlichen Kassen. Seit 1937 hat die Mitgliederzahl der paritätischen Kassen sogar stets diejenige der gewerkschaftlichen Kassen übertroffen. Diesen zahlenmässigen Vorsprung besitzen die paritätischen Kassen auch noch heute, obwohl die Mitgliederzahl, die in der Zeit von 1939 bis 1943 über 7 000 betrug, seither wieder erheblich abgenommen hat. Am 30. September 1947 zählten die paritätischen Kassen insgesamt noch 6 024 Mitglieder.¹⁶⁷ Die Zahl der Arbeitgeber-Mitglieder ist dagegen stets nur klein geblieben, da die kleinen Unternehmungen meistens kein Interesse zeigten, sich einer paritätischen Arbeitslosenversicherungskasse anzuschliessen.

Die paritätischen Arbeitslosenversicherungskassen sind gesamtschweizerisch seit dem Herbst 1932 zu einer gemeinsamen Spitzenorganisation, dem «Verband schweizerischer Arbeitslosenversicherungskassen», zusammengeschlossen. Eine entsprechende kantonale Spitzenorganisation fehlt, jedoch besteht eine kantonale paritätische Kommission zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Arbeitslosenversicherung ergeben.¹⁶⁸

Eine wesentlich andere Entwicklung haben die **Krankenkassen** genommen. Hier ist eine Abschwächung des Grundsatzes des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingetreten. Diese Feststellung gilt auch weitgehend für die Betriebskrankenkassen. Eigentlich können nur wenige Ausnahmen von dieser allgemeinen Entwicklungslinie genannt werden, insbesondere die Krankenkasse der Meisterschaft Frauenfeld und die Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell. Diese zwei Kassen haben die ursprüngliche Form des engen Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auffallend rein bewahrt. Desgleichen haben die Ausläufer einiger weiterer Kassen den Grundsatz des engen Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis in die jüngste Zeit respektiert.

Charakteristisch für die seit 1874 eingetretene Entwicklung der Krankenkassen ist nicht zuletzt auch das Verschwinden der Bezeichnung «Gesellenkrankenkasse». Heute ist diese Bezeichnung vollständig verschwunden. Vor fünfzig Jahren haben dagegen noch insgesamt 7 thurgauische Krankenkassen diese Bezeichnung getragen (mit 639 Versicherten Ende 1947).¹⁶⁹ Verschiedene Gesellenkrankenkassen haben indessen bereits gegen das Ende des 19. Jahrhunderts ihre offizielle Bezeichnung aufgetrischt, indem sie sich nun Handwerker-Krankenkasse etc. nannten. So hat sich der «Handwerksgesellen-Krankenverein der Ortsgemeinde Frauenfeld» schon um 1872 den Namen «Handwerker-Krankenverein der Ortsgemeinde Frauenfeld» zugelegt.

Auch die Bezeichnung «Fabrikkrankenkasse» ist in letzter Zeit ganz ver-

¹⁶⁷ Vgl. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates des Kantons Thurgau, 1947.

¹⁶⁸ Vgl. Thurgauischer Handels- und Industrie-Verein, Bericht 1949, S. 27.

¹⁶⁹ Vgl. Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz, 1903.

schwunden und in der Regel durch die Bezeichnung «Betriebskrankenkasse» ersetzt worden.

Wichtiger als die Aenderung der Bezeichnungen ist jedoch die Aenderung des organisatorischen Aufbaus. Selbst bei der **Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell**, die noch heute besteht, ist diesbezüglich eine gewisse Wandlung eingetreten, indem im Jahre 1908 auch die Arbeitgeber die Möglichkeit erhielten, sich durch die bis dahin nur für die Arbeitnehmer bestimmte Kasse gegen die wirtschaftlichen Folgen bei Erkrankung zu versichern. Dagegen hat diese Berufskrankenkasse darauf verzichtet, ihren Mitgliederkreis noch stärker auszuweiten. Sie hat es auch unterlassen, sich irgendwelcher Spitzenorganisation anzuschliessen. Desgleichen hat die Kasse auf die Anerkennung durch den Bund verzichtet. Allerdings haben sich daraus auch gewisse Nachteile ergeben, die in jüngster Zeit die Frage der Auflösung aktuell werden liessen. Die Kasse zählt gegenwärtig lediglich noch 18 Mitglieder (1951)¹⁷⁰ Demgegenüber ist der «Handwerker-Krankenverein der Ortsgemeinde Frauenfeld», der seit dem 17. November 1926 unter der Bezeichnung «**Krankenkasse der Meisterschaft Frauenfeld**» besteht, nicht davor zurückgeschreckt, die organisatorischen Verhältnisse noch etwas stärker auszugestalten, um die Kasse konkurrenzfähig zu erhalten. Wie die Kasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell, so umfasst auch diese Kasse bereits seit längerer Zeit Arbeitgeber («Meister») als Mitglieder. Der erste Jahresbericht der Kasse, der ausdrücklich versicherte Meister erwähnte, war derjenige von 1919. Seither ist dies aber zur festen Regel geworden, die bei der Schaffung der neuen Statuten im Jahre 1926 auch statutarisch verankert wurde. Ausserdem können der Kasse seit 1926 unter gewissen Voraussetzungen auch ehemalige Arbeiter und Angestellte der Mitglieder der Meisterschaft Frauenfeld angehören. Anlässlich der Statutenänderung vom 27. Dezember 1946 sind ferner auch die Familienangehörigen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (einschliesslich der ehemaligen Arbeitnehmer) berechtigt erklärt worden, sich der Kasse anzuschliessen. Hand in Hand mit diesen Reformen wurden auch Massnahmen zum Ausbau der Versicherungsleistungen getroffen. Die Kasse hat sich zwar anfänglich nicht mit dem Gedanken befreundet, sich als Krankenkasse durch den Bund anerkennen zu lassen, doch gab das kantonale Krankenversicherungsgesetz von 1926 hierfür den Ausschlag, da es der Kasse sonst nicht möglich gewesen wäre, die dem Obligatorium unterstellten Personen rechtskräftig zu versichern. Somit hat die Kasse sogleich nach ihrer Neukonstituierung im Jahre 1926 um die Anerkennung nachgesucht und diese auch ohne weiteres erhalten (1927). Seit 1948 unterzieht sich die Kasse auch den bundesgesetzlichen Bestimmungen über die Tuberkuloseversicherung. Interessanterweise hat die Kasse auch in verschiedenen grossen Industriebetrieben Eingang gefunden. Die Kasse hat daher weitgehend den Charakter einer auf eine Vielzahl von Unternehmungen sich erstreckenden Betriebskrankenkasse, weshalb sie sich auch dem Schweizerischen Betriebskrankenkassenverband angeschlossen hat. Bei all diesen Massnahmen hat die Kasse aber gleichwohl ein

¹⁷⁰ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn Jos. Eigenmann, Bischofszell (Ladenmeister der Krankenkasse von 1913 bis 1950).

grosses Mass an individueller Gestaltung bewahrt. Seit 1926 besitzt die Kasse die Rechtsform einer Stiftung, wobei oberstes Organ der Stiftung die Meisterversammlung und ausführendes Organ der Vorstand der Meisterschaft Frauenfeld ist. Zur gegenseitigen Aussprache und Orientierung über wichtige Kassenangelegenheiten kann eine Vollversammlung der Meister und Versicherten einberufen werden (die aber nur beratenden Charakter hat). Dieser organisatorische Aufbau beweist, dass diese Kasse auch noch heute trotz mancherlei Aenderungen überaus zähe an der ursprünglichen Form des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festhält und zwar mit recht gutem Erfolg, was man am besten aus der kräftigen Zunahme der Mitgliederzahl ersehen kann, die in jüngster Zeit auf über 1 000 angewachsen ist (1947 990 Versicherte).¹⁷¹

Die übrigen ehemaligen Gesellen- und Berufskrankenkassen haben sich ungleich stärker gewandelt. So ist die ehemalige Gesellenkrankkasse Sulgen im Jahre 1903 in die «Allgemeine Handwerker-Krankenkasse Sulgen und Umgebung» übergeführt worden und besteht seit 1927 unter der Bezeichnung «Allgemeine Krankenkasse Sulgen und Umgebung», wobei der beruflichen Stellung der Mitglieder keine konstitutive Bedeutung mehr zukommt. — Auch die «Meisterschafts-Krankenkasse Kreuzlingen und Umgebung» hat bereits lange vor ihrer am 1. Januar 1949 vollzogenen Fusion mit der Volkskrankenkasse Kreuzlingen der beruflichen Gliederung nur noch eine erheblich abgeschwächte Bedeutung beigemessen und auch Privatpersonen, Beamte, Angestellte und Landwirte als Mitglieder aufgenommen und auch den Beitritt der Familienangehörigen zugelassen. Gleichwohl hat die Kasse im Laufe der vierziger Jahre eine Verminderung der Mitgliederzahl erlitten, was zusammen mit den finanziellen Schwierigkeiten zur Fusionierung Anlass gab. Ende 1947 zählte die Kasse 147 Mitglieder.¹⁷²

F. Die übrigen gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Abschliessend haben wir noch kurz mehrere weitere gemeinsame Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erwähnen, wobei wir uns freilich nicht auf eine nähere Behandlung dieser Organisationen einlassen können.

Manche dieser Organisationen haben tripartistischen Charakter, d. h. sie beruhen auf dem Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Verbindung mit dem Staat. Dies trifft zu bei der kantonalen Einigungsstelle, bei der eidgenössischen Fabrikkommission, bei der eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherungs-Kommission, beim Verwaltungsrat der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt etc. In abgeschwächter Form ist dies auch beim thurgauischen Lehrlingspatronat (gegründet 1894) und bei der ostschweizerischen «Zentralstelle für berufliche Weiterbildung» (gegründet 1946) sowie bei einer Reihe schweizerischer Organisationen der Fall. Seinen klassischen Ausdruck hat der Tripartismus jedoch bei der Internationalen Arbeitsorganisation gefunden.

¹⁷¹ Gemäss persönlichen Mitteilungen von Herrn P. Bötschi, Frauenfeld.

¹⁷² Vgl. Kantonalverband thurgauischer Krankenkassen, Jahresberichte 1946/1947, Anhang.

Ähnliche Formen des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen teilweise auch im kleineren Rahmen, wie z. B. bei der Kommission der Fabrikbibliothek der Aktiengesellschaft Adolph Saurer in Arbon.

Schlussbetrachtung

I. Das Charakteristische der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie

Alle sozialen Organisationen werden letztlich durch die einzelnen Menschen getragen, aber zugleich sind die einzelnen Menschen eingeordnet in ein vielfältiges Geflecht von sozialen Beziehungen. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft muss sich notwendigerweise auch in ihren Organisationen bekunden. Die Organisationen werden somit gleichsam zu einem Spiegelbild der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Dabei müssen wir uns aber immer bewusst sein, dass uns vor allem die Betrachtung der Gesamtentwicklung der Organisationen einen tieferen Einblick in das Charakteristische einer bestimmten Gesellschaftsgruppe vermittelt. «Man soll die Institutionen, welche die Menschen sich schaffen — so man sie verstehen will, nicht nur unter dem Aspekt einer Monats- oder Jahresdistanz betrachten», fordert mit Recht der Berner Professor Dr. Fritz Marbach.¹ Nur wenn wir die grossen geschichtlichen Entwicklungslinien zu erfassen vermögen, können wir auch das in einem bestimmten Augenblick sich bietende Bild richtig beurteilen.

Wenn wir uns nun auf das Charakteristische der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie besinnen, so wird sich unsere Aufmerksamkeit in erster Linie auf jene Organisationen richten, deren räumliche Ausdehnung auf den Thurgau beschränkt ist. Dieses Verfahren ergibt indessen in der heutigen Zeit weniger denn je ein vollständiges Bild der Struktur der thurgauischen Verbände. Wir haben zur Vervollständigung unbedingt auch die Organisationen zu berücksichtigen, welche über die Grenzen unseres Gebietes hinausgreifen.

Am stärksten tritt das Charakteristische der beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie in der Epoche des Zunftwesens in Erscheinung. Verglichen mit anderen Gebieten Mittel- und Westeuropas haben sich auf thurgauischem Boden erst verhältnismässig spät zunftmässige Organisationen gebildet, jedoch war die Zahl der Ortschaften mit derartigen Organisationen im 18. Jahrhundert gleichwohl auffallend gross. Allerdings blieb es den thurgauischen Organisationen versagt, im politischen Leben der einzelnen Orte und der gan-

¹ Vgl. Marbach, Gewerkschaft — Mittelstand — Fronten, S. 12.

zen Landschaft eine wesentliche Rolle zu spielen. Die hauptsächlichliche Tätigkeit der thurgauischen Zünfte und Meisterschaften blieb die Regelung der Zulassung zu den gewerblichen Berufen, die Ordnung des Lehrlings- und Gesellenwesens und der Marktverhältnisse, sowie die Pflege der freundschaftlichen und geselligen Verbundenheit. — Berufliche Verbände, welche das ganze Gebiet des Thurgaus umfassten, gab es zu dieser Zeit noch nicht; alle grösseren Ortschaften gingen in der Gestaltung des beruflichen Verbandswesens ihren eigenen Weg.

Auch in der Epoche der Politik des «Laissez faire» (von 1798 bis 1874) zeichnete sich die thurgauische Entwicklung durch eine weitgehende Unabhängigkeit und Selbstständigkeit aus. Die Neu belebung der zumftnässigen Organisationen vollzog sich nur zögernd und hat auch in der Zeit der Restauration keineswegs einen eindeutigen Sieg errungen. Da die Regenerationsbewegung im Kanton Thurgau schon im Jahre 1830 einen durchschlagenden Erfolg erzielte, sind die zumftnässigen Organisationen von jenem Zeitpunkt an vollends von der Bildfläche verschwunden, während die Abkehr vom Zunftwesen in anderen Kantonen teilweise erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts wirksam in Erscheinung trat. Gleichwohl blieb in der thurgauischen Industrie der Gedanke des Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer lebendig; dafür spricht die starke Entfaltung der Fabrik- und Gesellenkrankenkassen im 19. Jahrhundert. Der Ausbruch schwerer kollektiver Arbeitsstreitigkeiten blieb der thurgauischen Industrie glücklicherweise erspart. Die Bildung der getrennten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vollzog sich ruhig und unauffällig, vor allem seit den 1860er Jahren. — Es ist zu beachten, dass sich nun auch die ersten kantonalen und nationalen Wirtschaftsverbände bildeten, namentlich auf der Seite der Arbeitgeber.

In der jüngsten Entwicklungsperiode, in der Epoche des modernen Interventionismus, hat die nationale Angleichung der beruflichen Verbände grosse Fortschritte gemacht. Die nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen stehen heute im Vordergrund des beruflichen Verbandswesens. Diese sind zum grossen Teil bereits seit Jahrzehnten auch in internationale Spitzenorganisationen eingegliedert. Dadurch haben die beruflichen Verbände in den einzelnen Landesteilen natürlich einen erheblichen Teil ihrer organisatorischen Eigenart preisgeben müssen. Nichtsdestoweniger verzeichnet die thurgauische Industrie auch noch heute Verbandsformen, welche der Struktur der thurgauischen Verbände ein individuelles Gepräge verleihen. Im Kreise der Arbeitgeberorganisationen nimmt insbesondere die Meisterschaft Frauenfeld eine ausgeprägte Sonderstellung ein. Innerhalb der Arbeitnehmerorganisationen weicht vor allem der Thurgauische Arbeitersekretariatsverband von den gewohnten Verbandsformen in den umliegenden Gebieten ab. Selbst im Kreise der gemeinsamen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fehlt es nicht an Verbandsgebilden mit ausgeprägter Eigenart, wie z. B. die Technische Gesellschaft Arbon, die Krankenkasse der Meisterschaft Frauenfeld und die Arbeiterkommission der Aktiengesellschaft Adolph Saurer in Arbon. Diese mannigfachen Sonderformen des thurgauischen Verbandswesens bezeugen, wie sehr die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der thurgauischen Industrie den Willen bewahrt haben, ihre eigenen Wege zu gehen. Dies schliesst freilich nicht aus, dass das thur-

gauische Verbandswesen mit den grossen schweizerischen Verbänden eng verflochten ist und in mancher Hinsicht gleichartige Wesenszüge wie das Verbandswesen anderer Kantone aufweist.

II. Das Verhältnis der beruflichen Verbände zum Staat

Grundsätzlich lassen sich drei typische Verhaltensweisen der beruflichen Verbände gegenüber dem Staat (als Träger von Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Rechtssprechung) denken: 1. der Verband betont seine Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber dem Staat, 2. der Verband arbeitet mit dem Staat zusammen, 3. der Verband steht in Opposition zum Staat. Desgleichen kann man drei typische Verhaltensweisen des Staates gegenüber den beruflichen Verbänden unterscheiden. In der Regel besteht hierbei ein eigentliches Reziprozitätsverhältnis, zum mindesten tendenziell.

Wenn auch in der konkreten Wirklichkeit das zwischen den beruflichen Verbänden und dem Staat bestehende Verhältnis meist nicht völlig klar in Erscheinung tritt, so ist dennoch offensichtlich, dass alle drei Fälle praktisch bedeutsam sind. Die drei Fälle können unter Umständen sogar gleichzeitig nebeneinander vorkommen. Betrachtet man indessen die gesamte Verbandsentwicklung, kann man feststellen, dass der Akzent je nach der Epoche verschieden liegt. Der seine Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber dem Staat betonende Verband ist weitgehend als ein Geschöpf der Epoche der Politik des «Laissez-faire» zu betrachten, während der mit dem Staat zusammenarbeitende Verband hauptsächlich in der Epoche des Zunftwesens und in der Epoche des modernen Interventionismus hervortritt. Der in Opposition zum Staat stehende Verband besitzt namentlich in den Umbruchszeiten der Epoche grössere Bedeutung, weil dann die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung besonders grosse Spannungen verzeichnet.

In den Grundzügen lässt die Verbandsgeschichte der meisten europäischen Länder diesen Entwicklungsrhythmus erkennen. Das thurgauische Verbandswesen macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. In jedem Land ist man aber — entsprechend den verschiedenen geschichtlichen Voraussetzungen — teilweise seine eigenen Wege gegangen. In manchen Ländern sind die beruflichen Verbände in ein besonders enges Verhältnis zum Staat getreten, sodass man geradezu von «Korporationenstaaten» sprechen kann. Die beruflichen Verbände in der thurgauischen Industrie sympathisierten jedoch nie mit einer so engen Verbindung von Staat und Verbänden, sondern haben eine eher lockere Form der Zusammenarbeit vorgezogen. In keiner einzigen thurgauischen Ortschaft haben die zunftmässigen Organisationen einen wesentlichen Teil der politischen Macht an sich zu ziehen vermocht, und auch heute, da sich das Verhältnis zwischen den beruflichen Verbänden und dem Staat wieder enger gestaltet, besitzen die Verbände im Kanton Thurgau eine vom Staat weitgehend unabhängige Stellung. Bei unserer Betrachtung haben wir allerdings nicht zu übersehen, dass die beruflichen Verbände heute gesamtschweizerisch bereits stärker mit dem Staate zusammenarbeiten, als dies lokal und kantonal der Fall ist. Wie sehr die Landesver-

bände zur Durchführung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden, zeigt in instruktiver Weise die vor kurzem erschienene Abhandlung von Dr. Hans Georg Giger.² Es ist damit zu rechnen, dass sich das Verhältnis zwischen den beruflichen Verbänden und dem Staat namentlich auf gesamtschweizerischer Ebene in absehbarer Zeit noch wesentlich enger gestalten wird; in diese Richtung weist u. a. auch das neue Landwirtschaftsgesetz. Die Zusammenarbeit von Staat und Verbänden auf kantonaler und lokaler Grundlage wird jedoch durch die Fortschritte auf nationaler Grundlage nicht überflüssig gemacht. Eine räumliche Dezentralisierung der Zusammenarbeit ist durchaus wünschenswert, denn sie wird nicht zuletzt auch dazu beitragen, das föderalistische Gedankengut lebendig zu erhalten.

Der gegenwärtige Stand der Zusammenarbeit von Staat und Verbänden im Kanton Thurgau kann gesamthaft als erfreulich bezeichnet werden, da er den Besonderheiten der thurgauischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung Rechnung trägt. Die grösseren kantonalen Wirtschaftsverbände werden regelmässig bei einer ganzen Reihe von öffentlichen Aufgaben zur Mitwirkung herangezogen, insbesondere bei der Besetzung der kantonalen Einigungsstelle und der neugeschaffenen Kommission zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Kanton Thurgau. Andererseits fördert der Kanton Thurgau — wie ja auch der Bund und die Gemeinden — die Verbände durch Subventionen. Der Gesamtbetrag der kantonalen Subventionen an die thurgauischen Wirtschaftsverbände der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer belief sich bereits in der Zwischenkriegszeit auf über 5 000 Fr. (ohne Berücksichtigung der kantonalen Leistungen an die Arbeitslosenversicherungskassen, Berufskrankenkassen und ähnliche Institutionen). Seither ist die Summe der Subventionen sogar auf mehr als das Doppelte des damaligen Betrages angewachsen, wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist.³

Kantonsbeiträge an die kantonalen Wirtschaftsverbände der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Jahre	Arbeitgeberorganisationen	Arbeitnehmerorganisationen	Total
1930	3 500	2 300	5 800
1935	3 500	3 300	6 800
1940	3 500	3 300	6 800
1945	3 500	3 300	6 800
1947	5 000	5 000	10 000
1950	8 000 ¹⁾	6 000	14 000
1951	8 000 ¹⁾	6 000	14 000

¹⁾ Inkl. Kantonsbeitrag an die Betriebsberatungsstelle des Thurgauischen Gewerbeverbandes.

Staat und Verbände haben in einem demokratischen Staatswesen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Es ist unverantwortlich, wenn man den Geist der

² Vgl. Giger, Die Mitwirkung privater Verbände bei der Durchführung öffentlicher Aufgaben.

³ Vgl. Thurgauische Staats-Rechnungen, 1930 u. f.

Zusammenarbeit durch ätzende Kritik zu schwächen sucht. In einer durch Resentiments vergifteten Atmosphäre ist es schlechterdings unmöglich, die Aufgaben und Funktionen von Staat und Verbänden sinnvoll aufeinander abzustimmen. Unter den negativen Auswirkungen eines solchen Anachronismus hat aber niemand schwerer zu leiden als die grosse Zahl der wirtschaftlich Schwachen, die des Schutzes durch die Gemeinschaft am meisten bedürfen.

III. Die sozial-ethische Bedeutung der beruflichen Verbände

Jede soziale Organisation verlangt in einem gewissen Grade die Unterordnung des Willens der Einzelnen unter den Willen der Gesamtheit. Durch die Organisation wird das Individuum gewissermassen bevormundet, denn der Einzelne muss — wie Franz Klein sagt — «etwas von seinem Ich» zugunsten des grösseren Ganzen opfern.⁴ Zugleich aber schafft die Vereinigung der vielen Einzelnen neue Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe und der praktischen Gestaltung. Es ist kein Zufall, dass namentlich die Schwachen dem organisatorischen Zusammenschluss sehr grossen Wert zumessen, da auf diese Weise die individuelle Schwäche zum mindesten teilweise überwunden werden kann. «Den Schwachen steckt die Organisation leichter im Blute.»⁵

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, im Rahmen dieser Abhandlung ein endgültiges Werturteil über die sozialen Organisationen zu fällen. Wir haben uns aber unter allen Umständen klar zu sein, dass wir bei der Bewertung nicht bloss auf gewisse formale Kriterien abzustellen haben. Eine Organisation mag vielleicht genial ausgedacht sein, aber dies heisst noch nicht, dass sie funktioniert. Da jede Organisation durch eine Vielzahl von Menschen getragen wird, kommt es eben sehr wesentlich darauf an, wie sich die einzelnen Menschen in das Ganze einordnen und den organisatorischen Rahmen mit Leben erfüllen. Unsere organisationsfreundige Zeit verkennt nur zu oft die Bedingtheit der Organisationsformen. Mit unbestechlich klarem Blick hat der tiefe Denker Albert Schweitzer schon vor 30 Jahren auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht: «Wie eine fixe Idee geht es durch das Tun und Versuchen unserer Zeit, dass, wenn es uns gelänge, die Institutionen unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens in dem oder jenem Sinne zu vervollkommen, der von der Kultur erforderte Fortschritt sich von selber einstellen würde.»⁶ Viele Organisatoren kranken daran, dass sie zu wenig mit den ethischen Grundlagen der Organisationen rechnen. Der Mangel an einer guten ethischen Grundlage einer Organisation lässt sich aber erfahrungsgemäss auch durch eine brillante äussere Form nicht wettmachen.

Diese einschränkenden Bemerkungen schliessen nicht aus, dass auch der formalen Gestaltung der sozialen Organisationen volle Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Der organisatorische Rahmen soll der Aufgabe angepasst

⁴ Vgl. Klein, eb., S. 74.

⁵ Vgl. Eulenburg Franz, Das Geheimnis der Organisation (II); Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 72. Jg. (1952), 3. Heft, S. 67.

⁶ Vgl. Schweitzer, Verfall und Wiederaufbau der Kultur, S. 36.

sein. Eine organisatorische Zersplitterung ist gleicherweise wie eine Ueberorganisation zu vermeiden. Ferner ist in diesem Zusammenhang zu fordern, dass die Organisationen nicht in der einmal gewählten Organisationsform erstarren. Es muss daher von Zeit zu Zeit überprüft werden, ob die äussere Form überhaupt noch den lebendigen Bedürfnissen entspricht. Keine Organisationsform hat Ewigkeitswert. «Institutions require to be subjected to constant free criticism in the light of the service they can or might render.⁷

Die Wirtschaftsverbände spielen innerhalb den sozialen Organisationen in gewissem Grade eine Sonderrolle. Manche Kritiker sind geneigt, die Wirtschaftsverbände als besonders drastische Beispiele entarteter Organisationen hinzustellen. So argumentiert beispielsweise Carl Landauer: «Der in den Wirtschaftsverbänden unbeschränkt herrschende Berufsegoismus ist ein noch schlimmerer Feind der Sachlichkeit als der Parteigeist.» Derartige vernichtende Urteile über die Wirtschaftsverbände werden aber den Tatsachen nicht gerecht. Mit Dr. H. G. Giger sind wir der Meinung, dass einzelne Auswüchse der Verbände noch nicht erlauben, «das Wirken der Verbände in toto gering zu schätzen.⁹

Die Wirtschaftsverbände sind wie jede andere soziale Organisation nicht gegen eine Uebersteigerung des Gruppenegoismus gefeit. Es wäre aber verfehlt, deswegen den Wirtschaftsverbänden ihre Existenzberechtigung abzusprechen. Geschichtlich betrachtet haben die Wirtschaftsverbände jedenfalls bewiesen, dass sie in der Lage sind, wirtschaftlich und sozial bedeutsame Aufgaben zu übernehmen und zu lösen.

Ein Kernproblem der modernen Wirtschaftsverbände bildet die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das Aufkommen des industriellen Grossbetriebes und der vielfältigen Unternehmungsformen hat das Problem des organisatorischen Zusammenwirkens nicht vereinfacht. Leider hat man darauf nicht genügend Rücksicht genommen. Die daraus resultierende Entfremdung von Unternehmern und Arbeitern hat notwendigerweise im Klassenbewusstsein und Klassenkampf der beiden sozialen Gruppen ihren Niederschlag finden müssen. Erst spät hat man erkannt, dass man die menschlichen Beziehungen, die «human relations», bewusst im Geiste der sozialen Verbundenheit pflegen muss. Es ist ungerecht, den Arbeitnehmer bloss als «Arbeitsmaschine» zu behandeln. Statt dessen ist vertrauensvolle Zusammenarbeit notwendig, wobei jeder Mitarbeiter Anspruch auf eine gerechte und würdige Behandlung hat. Der Arbeitnehmer soll aber auch organisatorisch vom Arbeitgeber anerkannt werden, und zwar sowohl innerhalb des Betriebes als auch im Rahmen der Fach- oder Industrieverbände.

Mit Genugtuung stellen wir fest, dass im Laufe der letzten Jahrzehnte in unserem Lande eine wachsende Bereitschaft zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen der Industrie bekundet wird. Die Entwicklung der getrennten Organisationen führte also nicht zu einer unaufhaltsamen Verschärfung der sozialen Spannungen. In der Form der Ge-

⁷ Vgl. MacIver, *The Elements of Social Science*, S. 169.

⁸ Vgl. Landauer Carl, *Die Ideologie des Wirtschaftsparlamentarismus: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege*, 1. Bd., S. 168.

⁹ Vgl. Giger, eb., S. 230.

samtarbeitsverträge ist ein Instrument geschaffen worden, das bereits sehr gute Dienste leistete, um zwischen den verschiedenenn sozialen Gruppen feste Brücken zu schlagen. Der Wert solcher Vereinbarungen wird heute von allen führenden Persönlichkeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkannt, auch wenn im einzelnen die Meinungen über die Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaften noch erheblich auseinandergehen. Deutlich manifestiert sich die Wendung von der klassenkämpferischen Mentalität zum Geiste der Zusammenarbeit in der Maschinen- und Metallindustrie. Der Abschluss des sogenannten Friedensabkommens im Jahre 1937 hat eine grundlegende Neugestaltung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieses Industriezweiges eingeleitet. Sehr klar kennzeichnet Dr. h. c. Konrad Ilg, Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, die Bedeutung dieser Vereinbarung: «Die Ueberlegung, die in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie zum Abschluss vertraglicher Vereinbarungen zur Sicherung des Arbeitsfriedens führten, beruhten unsererseits auf dem Glauben und der Ueberzeugung, dass es in unserem Lande möglich sein müsse, in voller Freiheit und unter Wahrung der Selbständigkeit beider Vertragspartner zu einer Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gelangen, die dem Fühlen und Denken unseres Volkes und seiner demokratischen Tradition wirklich entspricht.¹⁰ Die auf Treu und Glauben beruhende Vereinbarung ist seither von den beteiligten Verbänden immer wieder verlängert worden. In ähnlicher Weise ist es in den übrigen Industriezweigen gelungen, der Betriebs- und Berufsgemeinschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Entwicklung zeigt, dass sich die meisten industriellen Wirtschaftsverbände unseres Landes heute ihrer grossen sozialen Verantwortung bewusst sind.

¹⁰ Vgl. Ilg, Der Arbeitsfriede, seine Idee und seine Voraussetzung, S. 2.

Quellen- und Literaturverzeichnis

VORBEMERKUNGEN. Für die Archive und für einige mehrfach zitierte Zeitungen wurden in den Fußnoten Initialabkürzungen verwendet. Jubiläumsschriften, Jahresberichte, Jahrbücher und Protokolle sind durchwegs unter der Bezeichnung der betreffenden Organisationen angeführt.

I. Archive

AKS	=	Archiv der Krankenkasse Sulgen.
BAA	=	Bürgerarchiv Arbon.
BAB	=	Bürgerarchiv Bischofszell.
BAD	=	Bürgerarchiv Diessenhofen.
BAF	=	Bürgerarchiv Frauenfeld (Meisterschaft Frauenfeld).
HMA	=	Historisches Museum Arbon.
HMB	=	Historisches Museum Bischofszell.
HMSG	=	Historisches Museum St.Gallen.
TKB	=	Thurgauische Kantonsbibliothek, Frauenfeld.
TSA	=	Thurgauisches Staatsarchiv, Frauenfeld.

II. Allgemeine Literatur zum Verbandswesen

Auf der Maur L., Paritätische Verbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schweiz, Diss. Freiburg i. Ue., Zürich 1936.

Beuttner Paul, Mittelstandsgrundsätzliche Gedankengänge (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 3), Weinfelden 1928.

Beuttner Paul, Sozialpolitische Strömungen in der heutigen Gewerbepolitik (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 19), Weinfelden 1943.

Die schweizerische Angestelltenbewegung, Bedeutung und Standort (herausgegeben von der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände), Zürich 1949.

Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag, 2 Bde., München 1925.

- Farner Hans*, Die Geschichte des Schweizerischen Arbeiterbundes, Diss. Zürich, Weida i. Thür. 1923.
- Fritsch Jakob*, Handbuch der Schweizerischen Arbeitnehmerverbände 1951, Zürich 1951.
- Gehring Emil*, Die Entwicklung des Gesamtarbeitsvertrages im schweizerischen Buchdruckgewerbe, Eine berufsorganisatorische und arbeitsrechtliche Untersuchung, Diss. Bern, Winterthur 1948.
- Gerster Hans*, Die Arbeitgeberorganisationen der Schweiz, Diss. Zürich, Binningen b. Basel 1921.
- Gesamtarbeitsvertrag und betriebliche Arbeitsgemeinschaft, Festgabe für Jakob Haas (herausgegeben vom Schweizerischen Verband evang. Arbeiter und Angestellter), Zürich 1949.
- Gierke Otto*, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 1. Bd., Berlin 1868.
- Gierke Otto*, Das Wesen der menschlichen Verbände, Leipzig 1902.
- Giger Hans Georg*, Die Mitwirkung privater Verbände bei der Durchführung öffentlicher Aufgaben, Diss. Bern, Bern 1951.
- Grimm Robert*, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1931.
- Handwörterbuch der Soziologie (herausgegeben von Alfred Vierkandt), Stuttgart 1931.
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 6. Bd., 4. Aufl., Jena 1925.
- Huber Ernst Rudolf*, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Institutionen des öffentlichen Arbeits- und Unternehmensrechts, Tübingen 1932.
- Huber Max*, Gesellschaft und Humanität, Gesammelte Aufsätze, Zürich 1948.
- Ilg Konrad*, Der Arbeitsfriede, seine Idee und seine Voraussetzung, Bern 1943.
- Klein Franz*, Das Organisationswesen der Gegenwart, Ein Grundriss, Berlin 1913.
- König René*, Soziologie heute, Zürich 1949.
- Kulemann W.*, Die Berufsvereine, 6. Bde., 2. neu bearbeitete Auflage der «Gewerkschaftsbewegung», Jena 1908.
- Kull Ernst*, Die sozialreformerische Arbeiterbewegung der Schweiz (Die römisch-katholische, die evangelisch-soziale und die liberal-nationale Arbeiterbewegung), Diss. Zürich, Zürich 1930.
- Lukas Josef*, Die Textilarbeiter-Bewegung der Schweiz im 19. Jahrhundert, Zürich 1933.
- Mac Iver R. M.*, The Elements of Social Science, 9. Aufl., London 1949.
- Mannstaedt Heinrich*, Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Kartelle und Trusts, Jena 1916.
- Marbach Fritz*, Gewerkschaft — Mittelstand — Fronten, Zur politischen und geistigen Lage der Schweiz, Bern 1933.

- Marx/Engels*, Gesamtausgabe (herausgegeben im Auftrage des Marx-Engels-Instituts in Moskau), I. Abt., 6. Bd., Berlin 1932.
- Méthodes de collaboration entre les pouvoirs publics, les organisations professionnelles ouvrières et les organisations professionnelles patronales* (Conférence internationale du Travail), Genève 1940.
- Moser Ernst*, Struktur der Wirtschaftsverbände, Aktuelle Studien Heft 4, Muri b. Bern 1942.
- Pestalutz J. Conrad*, Bericht an die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft über das Zunft- und Innungswesen in der Schweiz, Zürich 1829.
- Schweitzer Albert*, Verfall und Wiederaufbau der Kultur, Kulturphilosophie I. Teil, Bern 1923.
- Schweizerischer Gewerbeverband*, Festschrift 1879/1929 (verfasst von H. Tschumi), Bern 1929.
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund*, Denkschrift 1880/1930 (verfasst von Friedrich Heeb, mit Beiträgen weiterer Mitarbeiter), Bern 1930.
- Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein*, Gedenkschrift 1870/1882 (verfasst von Otto Hultegger), Zürich 1920.
- Schweizerischer Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter*, Rückblick/Ausblick, Jubiläumsschrift 1920/1945, Zürich 1945.
- Society* (by Rob. Morrison Max Iver and Charles H. Page), London 1950.
- Sombart Werner*, Der moderne Kapitalismus, 2 Bde., 2. Aufl., München/Leipzig 1916/1917.
- Stucki Walter*, Der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der Kriegszeit 1914—1920, Diss. Bern, Bern 1928.
- Vierkandt Alfred*, Familie, Volk und Staat in ihren gesellschaftlichen Lebensvorgängen, Eine Einführung in die Gesellschaftslehre, Stuttgart 1936.
- Vierkandt Alfred*, Staat und Gesellschaft, Eine Einführung in das staatsbürgerliche Denken und in die politische Bewegung unserer Zeit, Leipzig 1916.
- Weckerle Eduard*, Die Gewerkschaften in der Schweiz, Ein Querschnitt durch Geschichte und Gegenwart (Nr. 20 der Gewerkschaftlichen Schriftenreihe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes), Zürich 1947.
- Ziegler Alfred R.*, Die evangelisch-soziale Bewegung der Schweiz, Diss. Zürich, Zürich 1939.

III. Spezielle Literatur zur Geschichte der beruflichen Verbände im Thurgau und in den angrenzenden Gebieten

- Aelteste Oeffnung der Stadtgemeinde (herausgegeben von der Stadtgemeinde Arbon), Arbon 1902.
- Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung*, Jubiläumsbericht an die 25. ordentliche Generalversammlung, Kreuzlingen 1943.

- Bericht über das thurgauische Fabrikwesen (erstattet von der thurgauischen Fabrikkommission von 1866), Frauenfeld 1869.
- Beuttner Paul*, Der Solidaritätsgedanke in der thurgauischen Handwerker- und Detailhandelspolitik (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 20), Weinfelden 1948.
- Beuttner Paul*, Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Thurgauischen Gewerbeverbandes (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 1), Weinfelden 1928.
- Der Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund, Ein neuer Weg zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen (herausgegeben vom Ostschweizerischen Volkswirtschaftsbund), St.Gallen 1921.
- Gewerbeverein Steckborn und Umgebung*, Jubiläumsbericht 1905/1930 (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 7).
- Gothein Eberhard*, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften, 1. Bd., Strassburg 1892.
- Hüberlin Johann Jakob*, Der Kanton Thurgau in seiner Gesamtentwicklung vom Jahr 1849 bis 1869, Frauenfeld 1876.
- Hüberlin Johann Jakob*, Geschichte des Kantons Thurgau von 1789—1849, Frauenfeld 1872.
- Handwerk und Gewerbe (gewidmet dem Thurgauischen Gewerbetag in Bischofszell), Bischofszell 1946.
- Hasenfratz Helene*, Die Landgrafschaft Thurgau vor der Revolution von 1798, Diss. Zürich, Frauenfeld 1908.
- Isler Egon*, Industrie-Geschichte des Thurgaus (mit Katalog der thurgauischen Fabrikbetriebe und mit Beiträgen einzelner Firmen), Zürich 1945.
- Kaufmännischer Verein Amriswil*, Gedenkschrift 1897/1947.
- Kaufmännischer Verein Arbon*, Jubiläumsbericht 1899/1949.
- Kaufmännischer Verein Frauenfeld*, Jubiläumsschrift 1880/1930.
- Kaufmännischer Verein Kreuzlingen*, Jubiläumsschrift 1906/1931.
- Kaufmännischer Verein Steckborn*, Denkschrift 1908/1933 (vervielfältigt).
- Krankenkasse Saurer Arbon*, Jubiläumsbericht 1870/1845.
- Krankenkasse Sulgen*, Jubiläumsbericht 1842/1942 (vervielfältigt).
- Kranken-Unterstützungskasse der Zimmerleute des Kreises Bischofszell*, Jubiläumsschrift 1826, 1926 (verfasst von Theodor Bridler).
- Merz Walther*, Die Rechtsquellen der Stadt Aarau, 1. Bd., Aarau 1894.
- Meisterschaft Frauenfeld*, Hundert Jahre Krankenkasse, Gedenkschrift 1823/1923 (verfasst von A. Thalmann).

- Oberholzer A.*, Geschichte der Stadt Arbon, Arbon 1902.
- Pupikofer Johann Adam*, Der Kanton Thurgau, historisch, geographisch, statistisch geschildert, St.Gallen/Bern 1837.
- Pupikofer Johann Adam*, Geschichte der Stadt Frauenfeld von ihrer ältesten Zeit bis auf die Gegenwart, Frauenfeld 1871.
- Richard Emil*, Kaufmännische Gesellschaft Zürich und Zürcher Handelskammer 1873—1923, 2 Bde., Zürich 1924.
- Rüedi Willy*, Geschichte der Stadt Diessenhofen im Mittelalter, Diessenhofen 1947.
- Schnyder Werner*, Quellen zur Zürcher Zunftgeschichte, 2 Bde., Zürich 1936.
- Stark Emil*, Entwicklung der gewerblichen Berufsschule Frauenfeld (Sonderabdruck aus der Thurgauer Zeitung vom 3. Juli 1948).
- Statuten der Bürgergemeinde Frauenfeld, ihrer Anstalten und Foundationen, mit historischen Notizen, Frauenfeld 1907.
- Thurgau (herausgegeben von Walter Schmid), Bern 1941.
- Thurgauischer Arbeitersekretariatsverband*, 25 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Thurgau, Jubiläumsschrift zum 25jährigen Bestehen des Thurg. Arbeitersekretariates 1909/1934.
- Thurgauischer Gewerbeverband*, Jubiläumsschrift 1892/1942 (verfasst von Paul Beuttner).
- Thurgauischer Gewerbeverein*, Denkschrift 1892/1917 (verfasst von Alfred Gubler).
- Thurgauer Metzgermeisterverband*, Jubiläumsschrift 1901/1951 (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 22).
- Thurgauischer Malermeisterverband*, Jubiläumsbericht 1907/1932 (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 11).
- Typographia Frauenfeld*, Gedenkschrift 1863/1913 (verfasst von Conrad Raas).
- Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau*, Jubiläumsschrift 1911/1936 (verfasst von Georges Schmitt).
- Verband christlichsozialer Organisationen des Kantons Thurgau*, Jubiläumsschrift 1911/1951 (verfasst von Paul Herzog).
- Verband Thurgauischer Elektro-Installationsfirmen*, Jubiläumsbericht 1923/1948 (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 21).
- Verband Thurgauischer Schlossermeister*, Jubiläumsbericht 1907/1932 (Sammlung gewerbepolitischer Schriften für den Thurgau, Heft 12).
- Vock Paul*, Beiträge zur Kulturgeschichte der nordostschweizerischen Kleinstadt im Zeitalter der Reformation (Rheinau—Neunkirch—Diessenhofen—Stein), Diss. Zürich, Affoltern am Albis 1950.
- Wälli J. J.*, Geschichte der Herrschaft und des Fleckens Weinfelden, Weinfelden 1910.

IV. Periodica und Protokolle

Bildungsarbeit, Mitteilungsblatt der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale (herausgegeben als Beilage zur Gewerkschaftlichen Rundschau des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes), Bern.

Bischofszeller Mappe (Jahrbuch), Bischofszell.

Christliche Sozialreform, Organ der christlichsozialen Arbeiter- und Volksbewegung der Schweiz, Winterthur.

Der Oberthurgauer, Arbon.

Die Volkswirtschaft (herausgegeben vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit), Bern.

Felleisen, Organ des Zentralverbandes deutscher Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz (1862/1875), Zürich.

Gewerkschaftliche Rundschau, Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern.

Kongress der christlichen Gewerkschaften der Schweiz, Protokolle der Verhandlungen (gedruckte Berichte).

Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich.

Rechenchaftsberichte des Regierungsrates des Kantons Thurgau, Frauenfeld.

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Berlin.

Schweizerische Technische Zeitschrift, Bern.

Thurgauer Arbeiterzeitung (TA), Arbon.

Thurgauer Post und Arboner Tagblatt (1909/1911), Töss b. Winterthur.

Thurgauer Tagblatt, Weinfelden.

Thurgauer Volkszeitung, Frauenfeld.

Thurgauer Zeitung (TZ), Frauenfeld.

Thurgauische Beiträge zur vaterländischen Geschichte (herausgegeben vom Historischen Verein des Kantons Thurgau), Frauenfeld.

Thurgauisches Neujahrsblatt (herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung des Guten und Gemeinnützigen im Kanton Thurgau), Frauenfeld.

Thurgauische Staats-Rechnungen, Frauenfeld.

VCU-Bulletin, Organ der Vereinigung christlicher Unternehmer der Schweiz, Zürich.

Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Karlsruhe.

Zeitschrift für noch ungedruckte schweizerische Rechtsquellen (herausgegeben von Joseph Schauberg), Zürich (2. Bd., Zürich 1847).

Ferner: Jahresberichte, Jahrbücher und Protokolle der einzelnen Organisationen.

V. Statistische Quellenwerke

Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz, 1880 (bearbeitet von H. Kinkelin, herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt), Bern 1888.

Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz, 1903 (bearbeitet von A. Gutknecht, herausgegeben vom Eidg. Statistischen Amt), Bern 1907.

Die gegenseitigen Hilfsgesellschaften der Schweiz, 1865 (bearbeitet von H. Kinkelin, herausgegeben von der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft), Basel 1868.

Eidgenössische Betriebszählungen, Bern.

Eidgenössische Volkszählungen, Bern.

Schweizerische Fabrikstatistiken, Bern.

Statistik der Maschinenstickerei in Plattstich für die Kantone St.Gallen, Appenzell und Thurgau, Dezember 1872 (herausgegeben vom Kaufmännischen Directorium in St.Gallen) Sankt Gallen 1873.

V I T A

Am 15. Mai 1923 erblickte ich, G e o r g R o b e r t W y l e r, in Romanshorn (Kanton Thurgau) das Licht der Welt. Nach Absolvierung der Primar- und Sekundarschule in meinem Geburtsort besuchte ich die Gymnasialabteilung der Thurgauischen Kantonsschule in Frauenfeld bis zur Erlangung des Maturazeugnisses im Herbst 1942. Hierauf immatrikulierte ich mich an der volkswirtschaftlichen Abteilung der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Mein Hochschulstudium wurde wiederholt durch Militärdienst unterbrochen, auch betätigte ich mich neben meiner Studienarbeit verschiedentlich in der Praxis (Bankwesen, Journalismus, Verbandswesen etc.). Am 16. Februar 1952 bestand ich die mündliche Doktorprüfung.

Während meines Hochschulstudiums befasste ich mich besonders intensiv mit Wirtschaftsgeschichte, Praktischer Sozialökonomie, Versicherungslehre und Soziologie. Vorlesungen und Seminarübungen besuchte ich u. a. bei den Herren Professoren M. Silberschmidt, H. Barth, W. Bickel, H. H. Boesch, R. Büchner, K. Käfer, R. König, H. Nabholz und M. Saitzew.

